



Wortprotokoll

Der 176. Sitzung vom 22. Dezember 1992

Resoconto integrale

della seduta n. 176 del 22 dicembre 1992

X. Legislatur
X. Legislatura
1988 - 1993



**CONSIGLIO DELLA PROVINCIA AUTONOMA
DI BOLZANO
SÜDTIROLER LANDTAG**

SEDUTA 176. SITZUNG

22.12.1992

INDICE

Disegno di legge provinciale n. 191/92: "Disposizioni per la formazione del bilancio di previsione per l'anno finanziario 1993 e per il triennio finanziario 1993-1995 (legge finanziaria 1993)" e

Disegno di legge provinciale n. 192/92: "Bilancio di previsione della Provincia Autonoma di Bolzano per l'anno finanziario 1993 e bilancio pluriennale 1993/1995".....pag. 3

INHALTSVERZEICHNIS

Landesgesetzentwurf Nr. 191/92: "Bestimmungen über das Erstellen des Haushaltes für das Finanzjahr 1993 und für den Dreijahreszeitraum 1993-1995 (Finanzgesetz 1993)" und

Landesgesetzentwurf Nr. 192/92: "Haushaltsvoranschlag der Autonomen Provinz Bozen für das Finanzjahr 1993 und mehrjähriger Haushalt 1993-1995"..... Seite 3

PRESIDENZA DEL PRESIDENTE:

SANDRO PELLEGRINI

VORSITZ DES PRÄSIDENTEN:

ORE 10.08 UHR

(Appello nominale - Namensaufruf)

PRESIDENTE: La seduta è aperta.

Prego dare lettura del processo verbale dell'ultima seduta.

TRIBUS (Sekretär - GAF-GVA): *(Verliest das Sitzungsprotokoll - legge il processo verbale)*

PRESIDENTE: Ci sono osservazioni al verbale? Nessuna. Il verbale è approvato.

Comunicazioni della Presidenza:

sono pervenute le seguenti interrogazioni: n. 1909/92 (Holzmann), riguardante il bilancio della Società italiana per il Magnesio e Leghe di Magnesio; n. 1910/92 (Holzmann), riguardante i dati relativi al periodo 1.1.1992 - 31.12.1992 della X. legislatura; n. 1911/92 (Tribus/Zendron), riguardante i profughi bosniaci.

Ha ricevuto risposta scritta la seguente interrogazione: n. 1848/92 (Holzmann-Bolzonello), riguardante le guardie zoofile, dall'assessore Mayr.

Sono state presentate le seguenti mozioni: n. 279/92 del 18.12.1992, presentata dai cons. Holzmann, Bolzonello, Montali e Benussi, riguardante l'elaborazione di proposte per un maggiore controllo sull'azione amministrativa; n. 280/92 del 18.12.1992, presentata dai cons. Holzmann, Bolzonello, Montali e Benussi, riguardante l'istituzione di un albo fornitori; n. 281/92 del 18.12.1992, presentata dai cons. Holzmann, Bolzonello, Montali e Benussi, riguardante la trasformazione dei fondi riservati in fondi di rappresentanza; n. 282/92 del 18.12.1992, presentata dai cons. Holzmann, Bolzonello, Montali e Benussi, riguardante il regolamento per la concessione di terreni ad attività commerciali, artigianali ed industriali.

E' stato presentato il disegno di legge n. 193/92: "Modifiche alla L.P. del 17.8.1987, n. 25: "Interventi in favore delle proiezioni filmiche di qualità", presentato dagli assessori Hosp e Ferretti il 18.12.1992.

Per la giornata odierna si è giustificato il consigliere Valentin.

Passiamo alla trattazione dell'ordine del giorno.

Punto 32) dell'ordine del giorno: "Disegno di legge provinciale n. 191/92: **"Disposizioni per la formazione del bilancio di previsione per l'anno finanziario 1993 e per il triennio finanziario 1993/1995 (legge finanziaria 1993)"** e

punto 33) dell'ordine del giorno: "Disegno di legge provinciale n. 192/92: **"Bilancio di previsione della Provincia Autonoma di Bolzano per l'anno finanziario 1993 e bilancio pluriennale 1993-1995"** (continuazione).

Punkt 32 der Tagesordnung: "Landesgesetzentwurf Nr. 191/92: **"Bestimmungen über das Erstellen des Haushaltes für das Finanzjahr 1993 und für den Dreijahreszeitraum 1993-1995 (Finanzgesetz 1993)"** und

Punkt 33 der Tagesordnung: "Landesgesetzentwurf Nr. 192/92: **"Haushaltsvoranschlag der Autonomen Provinz Bozen für das Finanzjahr 1993 und mehrjähriger Haushalt 1993-1995"**(Fortsetzung).

Proseguiamo con la discussione generale. Faccio presente che oggi abbiamo previsto una seduta notturna, cioè dalle ore 20 alle ore 23, mentre domani si continuerà ad oltranza. Vedremo poi eventualmente se è il caso di interrompere la seduta per un breve spuntino di mezzogiorno.

La parola al consigliere Tribus per proseguire il suo intervento, che aveva iniziato ieri.

TRIBUS (Sekretär - GAF-GVA): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Wir haben in der letzten Nacht über die Behauptung, die der Herr Landeshauptmann in seinem Bericht aufgestellt hat, gesprochen, wo er auf die mögliche Gefahr einer Verschlechterung des politischen Klimas hingewiesen hat, auf ethnische Wogen, die hochgehen könnten, im Hinblick auf die Landtagswahlen - so insinuiert es zumindest der Landeshauptmann. Und er spricht in diesem Zusammenhang von politischen Brandstiftern und beschuldigt expressis verbis den Regionenminister Costa, daß er wesentlich dazu beitrage, in Südtirol die ethnischen Wogen wieder hochgehen zu lassen. Wir sind natürlich einverstanden, sind auch der Meinung, daß Costas Aussagen nicht unbedingt dazu angetan sind, das Klima der Entspannung zu fördern, auf das wir alle, glaube ich, mit einer gewissen Genugtuung zurückblicken. Also wir dürfen wirklich nicht so tun, als sei der ethnische Friede im Lande so gefestigt, daß man jetzt praktisch die Phase der Kontroversen, der Gewalt und des wirklich ungunstigen Klimas überspringen könnte, als hätte es das nie gegeben. Die Wunden sind teilweise verheilt, und es braucht nicht viel, daß sie wieder aufgerissen werden. Aber wir glauben, daß es falsch wäre, die Schuld nur auf einer Seite zu suchen und daß man Brandstifter auch im eigenen Hause ausfindig machen kann und daraus eben auch Konsequenzen zu ziehen hat.

Ich habe gestern von Brandstiftern gesprochen und die Abgeordneten Pahl und Frasnelli der Brandstiftung bezichtigt. Ich glaube und wiederhole, daß die Art und Weise, mit der die Toponomastikdebatte einseitig angezettelt und vorangetrieben wurde, tatsächlich eine Aktion war, die viel Sprengstoff in sich birgt. Die Folgen müssen heute realistisch abgeschätzt werden, wenn wir nicht die Gefahr laufen wollen, für die nächsten Monate im Lande ein Spannungselement zu erzeugen, das genau in die Richtung geht, die der Landeshauptmann befürchtet. Und dabei, glaube ich, müssen wir uns einer Sache bewußt sein: Entweder wir sind tatsächlich überzeugt, daß diese Autonomie eine Angelegenheit ist, die alle im Lande vertretenen Sprachgruppen betrifft und handeln entsprechend dieser Überzeugung, oder aber wir sind nur jeweils in Krisensituationen, wenn es darum geht, etwas durchzusetzen, um den Konsens bemüht und scheren uns danach nicht mehr. Ich habe den Eindruck, daß zum Beispiel, währenddem man versucht hat, in der Paketabschlußphase einen möglichst großen Konsens zu finden, sei es auf lokaler Ebene, sei es auch auf österreichischer Ebene und man wohl sehr interessiert war - ich spreche zum Beispiel von Österreich -, auch den Konsens der Grünen im österreichischen Parlament für den Paketabschluß zu erhalten, den es dann auch gegeben hat, auch vielleicht um das Ausscheren der Freiheitlichen irgendwie zu beseitigen und auszugleichen, man danach aber, sobald diese Phase abgeschlossen

war, wieder so tut, als sei die weitere Entwicklung der Autonomie alleinige Angelegenheit eines Teiles der Bevölkerung und spezifisch der Südtiroler Volkspartei. Nur so ist es mir erklärbar, daß in dieser heiklen Angelegenheit, die Toponomastik, nur ein Teil der Gesellschaft, ein Teil der politischen Landschaft des Landes miteinbezogen wurde. Und die Reaktionen sehen wir ja heute schon. Gegen dieses Gesetz mobilisiert sich ein gewisser Teil der Republik, mobilisiert sich ein gewisser Teil der Wissenschaft der Republik Italien und auch der italienische Teil der Politik in diesem Lande. Das ist um so schwerwiegender, wenn man bedenkt - Kollege Frasnelli vor allem -, daß man doch vor nicht allzulanger Zeit in diesem Hause, in diesem Landtag von einem Runden Tisch gesprochen hat. Man sprach von einem Runden Tisch, an dem, sagen wir, alle Freunde der Autonomie Platz nehmen sollen und wo gemeinsame Konzepte und Überlegungen über die Zukunft der Autonomie und der Weiterentwicklung der Autonomie hätten entwickelt werden sollen. Die Toponomastik wäre ein Thema für einen möglichen Runden Tisch gewesen.

Inzwischen hat man diesbezüglich wiederum viel Porzellan zerschlagen, und wir richten einen dringenden Appell an die Verantwortlichen, hier einzulenken und einen Weg zu finden, der doch diese heute noch sehr ungute Situation ausbügeln kann.

Man darf nicht die Geschichte und die Vergangenheit vergessen. Man darf nicht so tun, als bestünde die italienische Bevölkerung heute aus 100 % autonomiebegeisterten Menschen. Wir wissen alle, wie schwierig es war - aus welchen Gründen auch immer; darüber könnte man Stunden diskutieren -, eine bestimmte Autonomiebegeisterung bei den Italienern zu wecken. Wir wissen, daß die Anfangsphase der gesamten Autonomiegeschichte von italienischer Seite von einer gewissen Indifferenz gekennzeichnet war, daß man so getan hat, als würde uns das nicht interessieren, als sei das eine ausschließliche Angelegenheit der Deutschen. Aber jeder hat geglaubt, uns wird das schon nicht weiters interessieren. Sobald dann in einer zweiten Phase die ersten Autonomiebestimmungen zu greifen beginnen, haben wir einen regelrechten Widerstand gegen die Autonomie. Und der Kreis, sagen wir, der Autonomiebegeisterten, reduziert sich langsam, langsam auf die Erfinder des Systems. Die Wahlen haben dann ja im Laufe einiger Jahre ganz klar gezeigt, daß sich breite Schichten der italienischsprachigen Bevölkerung von der Autonomie abwenden. Und sie haben das auch sehr kraftvoll demonstriert, indem man sehr massiv dem MSI die Stimmen gegeben hat. Es war also eine Phase des Widerstandes, der Ablehnung einer zum Teil künstlich erzeugten, aber doch sehr stark empfundenen Volk-in-Not-Stimmung, die wohl einige Jahre unserer Geschichte im Lande gekennzeichnet hat.

Nach dieser Phase hat es in den letzten Jahren Zeichen der Entspannung gegeben, und die italienische Bevölkerung hat sich im Laufe der Jahre wiederum eher mit der Autonomie angefreundet und begonnen, auch das Positive an dieser Autonomie zu sehen und die Besonderheit herauszulesen, die auch der italienischen Bevölkerung hätte zugute kommen können. Durch eine Reihe von Maßnahmen hat man langsam, langsam das Privileg empfunden und nachvollzogen, die Vorteile nachvollzogen, die der besondere Status Südtirol allen in diesem Lande lebenden Menschen zukommen läßt.

Nun, diese Phase ist relativ frisch, neu, und mir scheint, daß heute alles getan wird, um das Klima wieder zu vergiften. Dazu braucht es sehr wenig. Nach dem Paketabschluß hatte man den Eindruck: So, jetzt ist abgeschlossen. Es hat sich alles stabilisiert. Wir haben einen einigermaßen akzeptablen Rahmen, in dem sich jede Volksgruppe nach ihrem Gutdünken das Haus oder die Wohnung einrichten kann. Und das hat auch, glaube ich, eine große Sicherheit gebracht, eine Sicherheit im Lande, eine Sicherheit auch im politischen Klima. Es hat auch

diesen Vorzeigecharakter ein bißchen provoziert, einen gewissen Stolz auch, in weiten Kreisen der Bevölkerung: "Wir sind aber Südtiroler. Wir sind etwas besonderes". Und diese Besonderheit schien auch bei den Italienern Fuß zu fassen. Man hat sich irgendwie, gerade in Zeiten der Krise, in Zeiten der Auflösung der Republik, in Zeiten von politisch sehr undurchsichtigen Machenschaften in der Republik, in Korruptionsskandalen usw., irgendwie glücklich gewähnt, in diesem Land zu leben, wo man nicht so den Stürmen der Zeit und des Zeitgeistes ausgesetzt war. Aber, wie der Landeshauptmann sagt, gibt es dann wieder Brandstifter. Und die Brandstifter müssen auch im eigenen Hause gesucht werden. Wenn ein Parteiobmann hergeht und einige Monate nach dem Paketabschluß, den er ja auf seine Fahnen schreibt, den ja er irgendwie herbeigeführt hat, den er irgendwie auch forciert herbeigeführt hat, beim letzten Kongreß, aus welchen Gründen auch immer, die Drohung ausspricht, wenn eintreffen sollte, daß die Autonomie nicht verankert ist, dann werde man sich loslösen, dann werde man im Südtiroler Landtag eine eigene Republik ausrufen, ja, dann beginnt bereits das System zu wanken. Dann natürlich müssen sich jene Italiener, jene wohlgesinnten, autonomistisch gesinnten Italiener irgendwie betrogen fühlen, wenn man bereits nach drei Monaten Paketabschluß wieder die Drohung ausspricht: Entweder - oder. Entweder der Staat erklärt die internationale Verankerung wieder, ansonsten lösen wir uns los und gehen unsere eigenen Wege. Ironie des Schicksals natürlich, daß diese Behauptung von jenem Herrn aufgestellt wird, der uns vor nicht allzulanger Zeit, vor einigen Monaten, mit Vehemenz und Begeisterung überzeugt hat, diese Verankerung sei gegeben; so vehement und so begeistert und so überzeugt, daß wir es ja auch geglaubt haben - wir, ich Arnold Tribus und auch der Kollege Frasnelli, der vor mir steht. Wir haben ja gemeinsame Diskussionen geführt und diese Behauptung vertreten. Ich will sie ja heute noch vertreten. Ich will nicht glauben, daß das ganze Land Südtirol damals an der Nase herumgeführt worden ist. So naiv will ich nicht die gesamte Führungsschicht der regierenden Partei einstufen. Ich glaube heute noch daran, aber natürlich ist es sehr destabilisierend, wenn aus jenem Mund diese Zweifel kommen und auch daraus ableitend, die Drohung man werde - Grüß Gott, Herr Landeshauptmann! - im Land Südtirol oder im Südtiroler Landtag die Loslösung ausrufen, wenn nicht im Freundschaftsvertrag, oder wo auch immer, das drinnen steht, was man sich wünscht. Auch das sind Zünder, sage ich!

Genauso zähle ich den Abgeordneten Brugger zu den Zündern. Auch er kann nicht - obwohl, er kann natürlich alles tun. In dieser politischen Phase bereist der Abgeordnete Brugger in seiner Eigenschaft als junger Obmann das Vaterland und will dort wahrscheinlich so jung und dynamisch wirken, daß er bereits ankündigt: Wir leben in einem Saustall. Der Saustall zerbröckelt. Und nachdem wir besondere Schweine sind, wollen wir mit diesem Saustall nichts zu tun haben, sondern bleiben im eigenen Saustall. Und wenschon wollen wir uns in den nördlichen Saustall eingemeinden. Auch das ist, gelinde gesagt, eine Provokation, eine unverantwortliche Brandstiftung, Herr Landeshauptmann, die wirklich nicht dazu beitragen kann, das Klima im Lande in die Richtung zu entwickeln, wie Sie es in Ihrem Bericht wünschen. Stellen Sie sich vor, was sich ein unbescholtener, normaler italienischer Bürger denken soll. Der fragt sich, was wollen die eigentlich? Und es stimmt wirklich, wenn heute in irgendeiner Zeitung steht, der Brugger habe das Herz in Tirol und die Geldtasche in Rom. Auch das gehört in diese Polemik hinein. Die Folgen, Herr Landeshauptmann, sind, glaube ich, schwerwiegend für das Land, schwerwiegend weniger für die Südtiroler Volkspartei, aber schwerwiegend vor allem für ihre italienischen Koalitionspartner. Gut. Es ist heute ja keine Sünde mehr, wenn man über neue Koalitionen offen nachdenkt. Also, ich

meine, die Wirtschaftszeitung schrieb gestern oder vorgestern einen Leitartikel "Die SVP und ihre italienischen Partnerparteien" und titelte "Treu bis in den Tod". Also man kann sich vorstellen, daß man sagt: Wieso soll die Volkspartei weiterhin auf sturheit mit Christdemokraten und Sozialisten koalieren, die sich ja alle auf einem untergehenden Schiff befinden? Man müßte sich doch zeitig nach neuen Partnern umschaun, weil ja vor auszusehen ist ... Herr Landeshauptmann, haben Sie die Wirtschaftszeitung gelesen? Ich hoffe, Sie haben das verinnerlicht und suchen nach Koalitionspartnern. Natürlich, die Lega freut sich sehr.

MERANER (FDU): Meldest Du Dich?

TRIBUS (Sekretär - GAF-GVA): Nein, ich bin ja nicht salonfähig.

Die Lega freut sich sehr. Also, die Italiener werden heute wiederum nach einer Partei Ausschau halten müssen, die die ethnischen Komponenten sehr hochspielt. Es wird wieder eine Partei in Südtirol brauchen, nicht die Verräter Ferretti und nicht Sfondrini usw., sondern man wird eben eine Partei brauchen, die mit Vehemenz eine Zugehörigkeit zum italienischen Staat vertritt, auf der einen Seite, und gleichzeitig natürlich auch Ausdruck dieser neuen "Moralität" ist, die es ja heute im Lande gibt. Dieses Bedürfnis ist ja sehr diffus. Also es wird eine große Verschiebung geben. Und die Gründe, warum es diese gibt, sind auf der einen Seite die politische Instabilität und auf der anderen Seite, sagen wir, "la questione morale", auf die wir noch zu sprechen kommen werden.

Wenn die Sachen so sind, Herr Landeshauptmann, also wenn man auf deutscher Seite so an der Stabilität des Landes rüttelt und nicht imstande ist, ein Jahr, zwei Jahre Ruhe zu geben, um das Ganze zu festigen und bereits nach Monaten - es sind Monate vergangen und nicht Jahre! - beginnt, Grenzen zu verschieben, nach unten, nach oben und Forderungen zu stellen, dann natürlich ist es klar, daß diese Autonomie als Betrug empfunden werden wird, als Bluff, als Hineinleger, daß die Richtung jene ist, die Italiener endlich, früher oder später, loszuwerden, wie auch immer, und daß man als Fernziel tatsächlich nicht die Autonomie will, sondern einen, wie immer auch gearteten, Anschluß an den Norden. Und in diesem Rahmen, glaube ich, Herr Landeshauptmann, muß man jetzt sehr vorsichtig sein mit der ganzen Europadiskussion, die ich sehr nützlich finde, sehr gut finde, die vielleicht ein bißchen naiv von uns geführt und nachvollzogen wurde. Der Europagedanke ist ja nicht neu, man spricht seit Jahren davon, aber es muß sich langsam, langsam doch irgendwie abzeichnen, was man sich unter dieser Europakonzeption vorstellt. Heute, nach diesen Diskussionen der letzten Monate und Tage, wird leider auch diese positive, wichtige, wertvolle und auch voller Perspektiven scheinende Diskussion als ein Trick empfunden. Man spricht von Europa und meint den Anschluß an Nordtirol. Also das Ganze reduziert sich dann wieder auf eine tirolerische Winzigkeit, auf ein reaktionäres Gefüge, auf ein hinterwälderisches und rückwärts blickendes Geschwätz, das eigentlich europamäßig überhaupt nichts bringt. Also, wenn man diese Europakonzeption hat, daß man glaubt, daß zwei Mikrokosmen, wie Nordtirol und Südtirol irgendeinen Stellenwert in Europa einnehmen werden, dann irrt man sich. Und, ich sage Gott sei Dank, beginnt jetzt auch die Nachbarprovinz Trient in europäischen Perspektiven zu denken. Ich wünsche mir sehr, Herr Landeshauptmann, daß etwas weiter gedacht wird, etwas europäischer und nicht so kleinkariert. Es ist mir völlig uninteressant und völlig gleich, ob wir die Schützenkompanien von Nordtirol und Südtirol in einem einzigen Verband haben. Das hat mit Europa überhaupt nichts zu tun. Das ist reine Folklore. Und die

Europaidee ist nicht Folklore, wie es heute oft dargestellt wird. Und auch diesbezüglich, Kollege Frasnelli, mußt Du den Runden Tisch aktivieren.

FRASNELLI (SVP): Habe ich schon.

Es wird demnächst im Trentiner Landtag ein Beschlußantrag verabschiedet werden, auf meine Empfehlung hin, in Richtung Aufnahme in den Runden Tisch seitens des Trentino.

TRIBUS (Sekretär - GAF-GVA): Sehr gut! Wir werden das dann natürlich noch überprüfen, aber es ist bestimmt ein Zeichen, um den Anfängen zu wehren. Die Entwicklung der letzten Zeit war nicht gerade hoffnungsvoll. Entweder an diesem Runden Tisch werden all jene autonomistischen, autonomiefreundlichen, friedensstiftenden, friedfertigen Menschen und politischen Kräfte geladen oder aber es vollzieht sich wieder ein Rückschritt in eine Phase, die wir ja alle schon kennen.

Und da, geschätzter Herr Landeshauptmann, müßte man vielleicht auch einen Satz zum Verhältnis Opposition:Regierung anfügen. Ich glaube, daß Sie gut begonnen haben, aber dann wahrscheinlich von den internen Zwistigkeiten ihrer Regierung, ihrer Partei überholt und übertölpelt worden sind. Man hat sich in der relativ kurzen Zeit ihrer Machtbesteigung eigentlich wieder auf den alten Trott eingespielt und in einer gefährlichen Selbstgefälligkeit so getan, als würde man sich genügen: wir sind stark, wir sind da, also wir brauchen niemanden. Das ist eine große Gefahr, Herr Landeshauptmann. Die Zeiten ändern sich sehr schnell. Es werden in nächster Zeit wahrscheinlich eine Reihe von Episoden auf uns zukommen, wo man merken wird, wie wichtig es ist, daß möglichst viele, möglichst verschiedene Menschen und politische Richtungen das System verteidigen, die Autonomie verteidigen, unsere Besonderheit verteidigen usw. Es kann nicht nur die Angelegenheit einer Partei sein. Sie möge es tun, aber daraus auch die Konsequenzen tragen. Also im Grunde muß sich ja jeder die Frage stellen: Was soll das? Wieso sollte ich, aus welchen Gründen auch immer, Feuerwehr spielen oder Handlanger werden? Wenn ich wirklich nur demagogisch agieren würde und mir das "Gemeinwohl" völlig egal wäre, dann natürlich agiert man entsprechend und trägt - ich meine, das ist ja heute nicht schwierig - am Zerfall des Systems, am Zerfall des Hauses bei. Und wie schnell ein System bröckeln kann, können wir heute in der Republik nachvollziehen. Wer hätte bis zum April geglaubt, daß sich die Republik so schnell verändert. Wer hätte geglaubt, daß die Parteien von heute auf morgen in eine totale Krise gelangen und praktisch heute keine Legitimation mehr haben? Das ist von heute auf morgen passiert. Heute glaubt fast niemand mehr an die Legitimation dieser Parteien. Und wir waren ja lange Zeit draußen. Wir haben das irgendwie nachvollzogen: Ja, bitte, so ein Saustall in Italien. Und heute, siehe da, seit einigen Monaten zweifelt man auch im Lande Südtirol am System, an den Parteien, an der Art und Weise wie verwaltet wird, an der Art und Weise wie sich unsere Macht darstellt. Das ist sehr schnell gegangen. Und es kann noch einiges auf uns zukommen.

Ich bin kein großer Anhänger von Meinungsumfragen, Herr Landeshauptmann. Jeder kann dort hineinlesen was er will und jeder kann fragen wie er will, aber irgendwie bedenklich war es schon, in einer Sonntagszeitung zu lesen, daß auch Südtiroler Bürger und Bürgerinnen deutscher und wälscher Zunge zu einem hohen Prozentsatz glauben, auch die Südtiroler Politik ist nicht sehr sauber, auch in Südtirol gebe es Machenschaften und unsaubere Dinge. Das ist eine Volksmeinung. Also, aus dieser Volksmeinung müssen doch

irgendwie Konsequenzen gezogen werden und es müssen Zeichen gesetzt werden, um dieser Meinung entgegenzutreten.

Ich bin der letzte, mir widerstrebt das, ich verabscheue das geradezu, wenn man daraus versucht, politisches Kapital zu schlagen. Aber der Zweifel ist da. Und dieser Zweifel muß ausgeräumt werden. Und dazu, glaube ich, bedarf es einiger mutiger Entscheidungen von seiten der Landesregierung, gerade betreffend die Transparenz. Ich meine, der korrupte Staat Italien hat sich immerhin ein Gesetz geleistet, indem das Recht auf Akteneinsicht vorgesehen wird: Gesetz Nr. 241. Es ist im restlichen Teil des Staates überall rezipiert worden, bei uns noch nicht. Wir hätten die ersten sein können.

ACHMÜLLER (SVP): Der Entwurf ist schon verfaßt.

TRIBUS (Sekretär - GAF-GVA): Wunderbar! Also der Entwurf liegt in einer Schublade begraben.

DURNWALDER (SVP): Ist bereits in der Landesregierung.

TRIBUS (Sekretär - GAF-GVA): Wieso müssen wir immer die letzten sein, Herr Landeshauptmann? Wenn endlich etwas vom Staat kommt ...

DURNWALDER (SVP): Weil wir es besser machen.

TRIBUS (Sekretär - GAF-GVA): Wunderbar, wenn Sie es besser machen, dann ist das natürlich noch besser. Sie hätten vielleicht, wenn Sie wach gewesen wären, es vor dem Staat vorgelegt, und die ganze Republik hätte Ihr Gesetz abgeschrieben und Sie wären in die Geschichte als die wandelnde Transparenz eingegangen.

Dem ist nicht so. Wir hinken nach. Wenn wir in diesen wenigen Monaten noch alle Gesetze verabschieden müssen, die ausstehen - und das sind ja in der Regel Wälzer -, dann weiß ich nicht, wieviel Sitzungen stattfinden müssen, wieviel Nachtsitzungen. Dann müssen wir den ganzen Sommer tagen.

Aber auch das ist eben in der Schublade sicher vorbereitet, aber es ist nicht da. Und aus diesen Gründen glaubt man - "man" ist zwar eine unbestimmte Kategorie, aber es gibt dieses "man"; wenn 40 % der Südtiroler glauben, da ist etwas nicht klar, dann muß man das zur Kenntnis nehmen -, aha, so transparent ist es auch nicht. Da haben wir, glaube ich, etwas versäumt, und das muß nachgeholt werden.

Genauso, glaube ich, müßte man sich langsam, langsam doch auch Gedanken machen, wie unser System funktioniert hat. Man kann wirklich behaupten, Südtirol hat in allem das italienische System nachgeahmt und nachgeäfft. Es funktioniert bei uns genauso wie im restlichen Italien. Der Bürger wird in der Regel nicht als Rechtsträger empfunden, sondern der Bürger ist ein Almosenempfänger. Also anstatt den Bürger als Rechtsträger zu empfinden, wird er bei uns sehr häufig als Almosenempfänger degradiert. Das heißt, niemand glaubt, das steht ihm zu, dazu hat er recht, man kommt und kriegt das. Nein. Man muß anklopfen, antichambrieren, bitten, fragen: Bekomme ich das? Darf ich das haben? usw. Und auf diese Art und Weise ist ein ungutes System entstanden, das auf die Dauer nicht haltbar ist.

Ich gebe ein ganz banales Beispiel: die Wohnungen. Da gibt es Gesetze. Jeder Bürger, der bestimmte Voraussetzungen erfüllt, hat das Recht, eine Wohnung zugewiesen zu erhalten,

Subventionen zu erhalten für den Bau, für den Umbau, für den Ausbau usw. Also eine sehr klare Sache. Aber wie ist dieses Gesetz jahrelang gehandhabt worden? Es ist so gehandhabt worden, daß man zu den verschiedensten Vertretern verschiedenster Parteien gehen muß, anklopft und sagt "Ich hätte gerne das". Gut, ich mach Dir das Gesuch, und man bekommt dann eben das, was einem zusteht. Und vor den Landtagswahlen kommt dann das Brieflein: "Lieber Herr Wähler! Durch mein Bemühen ist es mir gelungen, Ihnen ... Bitte denken Sie daran." Sie kennen diese Texte ja bereits auswendig, Herr Landeshauptmann.

Ich meine, das ist ein ungutes System. Ich bin auch im Wohnbaukomitee.

DURNWALDER (SVP): *(unterbricht)*

TRIBUS (Sekretär - GAF-GVA): Ich bin auch im Wohnbaukomitee, habe aber keine Klientel. Im Gegenteil, ich würde soweit gehen, das Wohnbaukomitee, Herr Landeshauptmann, soll bei der nächsten Reform, die ja ansteht, der Politiker entledigt werden. Weg damit. Es braucht nicht mich und nicht den Kaserer und nicht den Mayr und auch nicht den Pellegrini und Sfrondrini. Die braucht es nicht. Den Bolognini als Präsidenten, gut, den von mir aus könnt Ihr Euch auch behalten. Aber die anderen braucht es nicht. Jeder hat das Recht oder er hat es nicht. Da braucht es keinen Segen eines wie immer auch gearteten Politikers. Das ist die Erkenntnis meiner kurzen und wenig segensreichen Tätigkeit in diesem Gremium, weil ich ja keine Klientel zu versorgen habe und eigentlich in der Regel nur die Beschlußfähigkeit garantiere, weil andere, neben der Klientel, auch sonstige Angelegenheiten zu erledigen haben. Das ist eine der Grundausrichtungen der Politik in Italien und auch in unserem Lande. Auf die Dauer werden die Bürger mürbe. Sie wollen das auch nicht mehr akzeptieren, als Almosenempfänger behandelt zu werden. Sie sind Träger von Rechten. Die Politik arbeitet nicht für sich, sie arbeitet für die Bürger. Dazu sind wir gewählt worden, und es ist wirklich nicht tragbar, daß man eine Politikerkaste konstruiert, die so tut, als sei sie die Herrin, die vergibt, verteilt, Almosen gibt. Das ist ein entwürdigender Zustand, der möglichst schnell abgeschafft werden muß, weil dadurch, neben der Würde des Menschen, auch die politische Selbständigkeit eines Bürgers garantiert wird.

Herr Landeshauptmann, wenn in letzter Zeit die Wogen von Tangentopolis auch die Küste Südtirols heimsuchen, dann wenden wir uns erstens gegen jede politische Spekulation. Diese muß wirklich mit Vehemenz zurückgewiesen werden. Ich wende mich auch mit Vehemenz gegen alle Demokratiebelehrungen, die heute auf uns zukommen, wenn man nicht einverstanden ist, in diesem Haus Justiz zu spielen. Dagegen verwehre ich mich. Aber, ich glaube wirklich, sehr nüchtern und objektiv muß man doch nachdenken, welche Fehler begangen worden sind. Es mag vielleicht Nachlässigkeit sein, aber der Bürger kauft uns das nicht ab. Und wenn Sie durch die Stadt gehen, sich beim Volk - obwohl mir dieser Begriff auch nicht sehr paßt - umhören, dann ist dort bereits Gericht gehalten worden und Urteile sind bereits gefällt. Wir wollen das natürlich nicht wahrhaben. Wir bewegen uns auf einer anderen Ebene, nach den Grundsätzen des Rechtes, der Verfassung, der Rechtssprechung, wir sagen, nein, nicht verurteilen, sondern ... Aber draußen weht ein anderer Wind. Und dieser Wind, der draußen weht, könnte wirklich alle wegfegen, nicht nur diejenigen, die regieren, sondern es ist ein so diffuses Mißtrauen gegen die Politik vorhanden, also wer im Haus sitzt, wer im Landtag ist oder im Land überhaupt, der ist ein Politiker. Und ein Politiker ist ganz einfach korrupt. Irgend etwas kriegt der schon ab, also wer die Tangenten, und wer nicht die Privilegien, und wenn nicht die Privilegien dann doch das hohe Gehalt. Also es ist für alle

etwas da. Auch das ist eine kleine Überlegung wert, die Selbstdarstellung der Politik, wie wir uns nach außen darstellen und vor allem müßte effektiv das gesamte Regelwerk verändert werden, so, daß der Verdacht nicht aufkommen kann.

Wenn der Landeshauptmann sagt "ich habe nichts zu fürchten" und wenn es der Landesrat Ferretti sagt, der ja im Augenblick, sagen wir, das "Opfer" einer bestimmten Aggression ist, dann glaube ich ihnen das. Ich habe keinen Grund, das nicht zu glauben, weil ich überhaupt nicht weiß, was die Staatsanwaltschaft da hat, außer die paar Zeilen, die in der Zeitung stehen. Aber jetzt geht es darum, diese Behauptung auch glaubwürdig zu vertreten. Und da ist einiges zu tun, weil wir nicht davon absehen können, daß weite Kreise der Bevölkerung nicht glauben, was wir ihnen vormachen. Wir sind die letzten, die von dieser großen Revolution, die Italien heimsucht, etwas abbekommen. Aber das geht jetzt, glaube ich, sehr, sehr schnell. Und reagiert werden muß sofort, nicht aus Gründen der Machterhaltung, sondern weil man das den Bürgern schuldig ist und weil wir es auch uns selbst schuldig sind. Aber diesbezüglich erwarten wir uns klare Aussagen des Landeshauptmannes und auch eine beschleunigte Verabschiedung all jener Gesetze, die in diese Richtung gehen. Dann, glaube ich, können Zweifel ausgeräumt werden. Es wäre ja fatal, wenn man feststellen müßte, daß der Sonderstatuts Südtirol im Grunde nichts anderes produziert hat, als eine etwas raffiniertere Form von Korruption. Dagegen muß man sich wehren. Alle sind gleich, alle sind gleich faul, überall dasselbe, alle gehören weg, also dagegen muß man sich wehren, aber nicht, weil wir sagen "So eine Bosheit", nein, weil man den Beweis antreten kann, daß dem nicht so ist.

Jetzt wäre noch eine Reihe von Bemerkungen zu den einzelnen Sektoren vorzubringen. Aber das würde jetzt fast zu weit gehen. Nachdem Sie hundert Seiten geschrieben haben, Herr Landeshauptmann, müßte ich eigentlich zweihundert Seiten erwidern.

Einige Sachprobleme ökologischer Natur hat bereits meine Kollegin Zendron gestern aufgezeigt, also Bereiche Verkehr usw. usw. Erlauben Sie mir nur eine kleine Bemerkung, was den sozialen Bereich betrifft. Ich bin der Meinung, daß der soziale Bereich in Ihrem Bericht etwas zu kurz kommt. Daraus könnte man fast ableiten, wir seien relativ gut abgesichert, gut versorgt und somit sei das eigentlich kein Problem mehr. Dem ist leider nicht so. Es gibt im Lande nach wie vor eine sehr große soziale Kälte. Es gibt in diesem Lande nach wie vor eine große stille Not. Und das - nicht weil Weihnachten ist, und das jetzt besonders gut herpaßt -, ist eine Realität, die wir auch angehen müssen. Gerade in dieser Zeit der Rezession, der Krise, in Zeiten der Sparsamkeit wird eigenartigerweise immer die Theorie vertreten, man müßte vor allem im sozialen Bereich etwas einsparen; dort hätte man die Leute verwöhnt; dort sei zuviel usw. Und die einzige evidente und offensichtliche Einsparung, die auch aus den Daten klar hervorgeht, ist die Einsparung im Sanitätsbereich. Das ist die einzige wirklich große Einsparung.

MERANER (FDU): Und die ist keine.

TRIBUS (Sekretär - GAF-GVA): Und die ist keine, sagt der Abgeordnete Meraner.

Das ist wirklich kein gutes Omen für die Zukunft, wenn man jetzt beginnt, im Sozialbereich einzusparen, wo wir uns gebrüstet haben, wir würden in Südtirol ein soziales Gefüge aufgebaut haben, gerade aufgrund der Autonomie, das sich sehen lassen kann. Es kann sich auch sehen lassen, aber es wäre fatal, Herr Landeshauptmann, wenn die Sparmanie

gerade dort einsetzt, wo jene Leute sitzen, die davon leben müssen, weil sie sonst nichts haben. Es genügt nicht, daß wir uns immer noch mit dem Lebensminimum brüsten: Wir haben das Lebensminimum. Zu Recht, das haben wir. Aber schauen wir auch, wieviel das Lebensminimum ausmacht, wie man davon leben kann, ob das Lebensminimum heute noch wirklich das Minimum ist. Also man muß sich das einmal vorstellen. Wir leben ja alle auf großem oder halbgroßem Fuß und können nicht nachvollziehen, was es bedeutet, mit ein paar Hunderttausend Lire im Monat auszukommen.

Dann müssen wir doch auch irgendwie mit Besorgnis zumindest registrieren, daß unser Land Südtirol das Land ist, das perzentuell, was die Drogentoten betrifft, ganz oben ist. Irgendwie wird das zwar zur Kenntnis genommen, die Zeitung führt fleißig Buch, sie zählt siebzehn, achtzehn, neunzehn usw., aber wir sind diesbezüglich resigniert und hilflos und wissen eigentlich nicht warum, wieso, weshalb. Ich glaube, daß man da, Herr Landeshauptmannstellvertreter - diese Drohungen gehören doch dem Landesrat Saurer, bitte; diese Drohungen lassen wir ihm schon -, in diesem Falle, auch allen Ernstes einmal, ich hoffe in Bälde, sich Gedanken machen muß, über die Effizienz, Wirksamkeit. Ich will nichts schlecht machen, ich sage nur, man wird sich doch überlegen müssen, ob die bisher praktizierte Art und Weise der Drogenprävention und der Maßnahmen auf diesem Gebiete tatsächlich so zielführend und so erfolgreich sind, daß man daran festhalten kann, als ob nichts wäre. Wir gehen weiter. Wir haben vor zehn Jahren ein Gesetz gemacht. Es war damals vielleicht gut. Und heute gehen wir alle weiter. Und uns sterben die Leute weg. Also irgend etwas muß doch nicht stimmen. Diese Frage muß erlaubt sein. Und da, glaube ich, müssen einige Dinge vielleicht doch überlegt werden.

Ein weiterer Punkt, der in diesen Themenkreis fällt, ist die Psychiatrie. Diese erwähne ich nur, weil dieses Lamento so alt ist, wie die Reform, es ist so alt wie Basaglia, so alt wie Frasnelli und alle sozialbewegten Menschen in diesem Lande. Auch da kommt man nicht weiter. Ein bißchen natürlich schon. Dem Landesrat Saurer geht es auf diesem Gebiet ungefähr so, wie dem Landesrat Achmüller mit dem Müll. Der Landesrat Achmüller mit dem Müll sagt immer, bitte, wir haben die Grüne Tonne in Naturns. Seit fünfzehn Jahren hausiert man mit der Grünen Tonne in Naturns. Wunderbar. In der Psychiatrie ist es dasselbe: Ja, aber jetzt haben wir doch da einen Arzt mehr und dort haben wir ein Zimmer mehr aufgebracht und da haben wir eine kleine ... Es geht alles aber so schleppend, es ist zu verzweifeln. Es gibt ja mehr Wahnsinnige, als man annimmt, Herr Landesrat Saurer, das wissen Sie vielleicht nicht, dem Gesetz zum Trotz. Daß da eine große Hilflosigkeit besteht, das werden Sie vielleicht besser wissen. Ich brauche Ihnen diesbezüglich nichts zu sagen. Nachdem ich weiß, daß Sie wissen, erspare ich mir Ausführungen dazu, aber hätte ganz gerne, wenn Sie in Ihrer Replik dem Landeshauptmann mitteilen, welche Zeichen zumindest auf diesem Gebiet gesetzt werden.

Dann noch einen Satz und ich werde dem Frasnelli die Bühne lassen, denn er ist schon sehr aufgeregt. Die Presse ist auch schon voller Erwartung. Bitte, ich lasse die Bühne sofort, wenn Du mir versprichst, eine so feurige Rede zu halten wie in Meran, die ich leider nicht gehört habe, aber die bereits in die Geschichte eingegangen ist. Mit diesem Versprechen mache ich jetzt den Schlußsatz, immer noch den Landesrat Saurer ansprechend. Er betrifft die Behinderten. Die Behinderten waren ja lange Zeit die Gehätschelten unseres Landes. Wir haben geglaubt, wir haben ein wunderbar funktionierendes System aufgebaut. Und heute sprechen die Behinderten von einer Sackgasse, in der sich Südtirols Behindertenpolitik befände. Wissen Sie das nicht?

SAURER (SVP): *(unterbricht)*

TRIBUS (Sekretär - GAF-GVA): Nein? Sie werden sich von der Präsidentin Frau Calenzani-Gänsbacher und vom Herrn Andreas von Lutterotti doch belehren lassen müssen, daß Ihre Politik offensichtlich in einer Sackgasse steckt. Auch da sind eine Reihe von Forderungen gestellt, die zum Teil überprüft werden müssen.

Der erste Reformschub war schwierig. Es ist gut gegangen. Es war turbulent und aufregend. Man hat ein System geschaffen. Man hat im Grunde in Südtirol in relativ kurzer Zeit von einer Integrationsfeindlichkeit zu einer positiven Akzeptanz der Integration gefunden. Das war eigentlich eine kleine Revolution in diesem Land. Es ist wirklich schnell und schmerzlos gegangen.

Und heute, glaube ich, müßte man auch imstande sein, einen Schritt weiter zu gehen. Die Behindertenvertreter sagen eben: Probleme gibt es beim Kindergartenbesuch, bei den Stützlehrern, in der Legasthenie, im Recht auf die Schulwahl. Also, wo ist denn der Landesrat Hosp? Böser Verdacht: Vielleicht gehört der Assessor Hosp zu jenen, die noch nicht diesen integrationsfreundlichen Zeitgeistgedanken nachvollzogen haben. Eine böse Unterstellung, aber bitte teilen Sie sie ihm mit, Herr Landesrat Saurer.

Die ganze Schulangelegenheit zum Beispiel, diese hört ja in der Mittelschule auf. Das ist ein Problem. Da hat man lange Zeit gekämpft, und jetzt sind sie in der Mittelschule, dann hört es auf. Ich habe ja jahrelang unterrichtet, auch Behinderte, und wir haben damals, nicht allen, aber doch einigen Behinderten den Mittelschulabschluß gegeben. Und diese sind dann weitergegangen. Die besetzen keine Stellen, um Gottes Willen. Die gehen halt weiter. In den deutschen Schulen bekommt niemand einen Mittelschulabschluß.

SAURER (SVP): *(unterbricht)*

TRIBUS (Sekretär - GAF-GVA): Das ist ein Problem. Es wird genauso als Problem gehandhabt wie damals. Sie wissen das ja, in den ersten Jahren war eine schwach behinderte Person schon in einer Klasse unzumutbar. Jetzt haben wir seit Jahren schon die geistig Behinderten in den Mittelschulen. Wir leben tadellos, mit Stützlehrer usw. Ich frage mich: Wieso bekommen die dann keinen Abschluß und können nicht eine Oberschule besuchen? Ich meine, diesbezüglich ist uns Italien wieder voraus. Und da müßten wir, glaube ich, ein bißchen forcieren und mit entsprechender Aufklärungsarbeit dahinter sein. Da müßten Sie oder der Landeshauptmann, wer eben zuständig ist, diese gewaltigen Menschen ein bißchen auf Studienreisen schicken, damit sie sehen, wie Integration auch an Oberschulen machbar ist.

Und dann gibt es noch die sogenannten architektonischen Barrieren, wo wir auch seit Jahren herumreden. Im Bericht des Landeshauptmannes steht zwar, daß sie zum Großteil abgebaut worden sind. Aber dem ist auch nicht so. Es gibt noch zahlreiche Barrieren. Ich meine, auch da machen wir uns nichts vor. Es genügt nicht, wenn man das einfach erklärt und dann jede behinderte Person im Nu zwanzig Barrieren begegnet, die ihr ein ganz normales Fortbewegen nicht ermöglichen. Also mit dieser Bitte, Herr Landeshauptmann, den sozialen Bereich nicht zu kurz kommen zu lassen, überlasse ich mit Freunde und mit Spannung das Feld der redegewaltigen Rede des Herrn Fraktionsvorstehers der Südtiroler Volkspartei und bedanke mich.

VORSITZ DES VIZEPRÄSIDENTEN:

ROBERT KASERER

PRESIDENZA DEL VICEPRESIDENTE:

PRÄSIDENT: Der Abgeordnete Frasnelli hat das Wort.

FRASNELLI (SVP): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Alles zu seiner Zeit.

Der solide Leistungsbericht und die pragmatische Budgetveranlagung für '93, wie sie vom Landeshauptmann vorgenommen worden sind, stimulieren bei dieser wahrscheinlich letzten politischen Grundsatzdebatte vor dem Ende der Legislatur politische Projekte, Konzepte, auch über den Tag des 21. November 1993 hinaus, zu entwickeln. Das wichtigste politische Ereignis des abgelaufenen Jahres war der Paketabschluß. Eine besondere Bedeutung gewinnt er vor dem Hintergrund der in den letzten Jahren aufgebrochenen Nationalitätenkonflikte in Europa. Im politisch turbulenten Jahr 1992 ist es schon bemerkenswert, wenn ein jahrzehntealter Streit gegenüber den Vereinten Nationen für beendet erklärt werden kann. Ein wichtiger Abschnitt der Südtiroler Autonomiepolitik liegt hinter uns. Nun beginnt eine neue Phase der Südtirolpolitik.

Die unbegrenzte Wirksamkeit des Pariser Abkommens, die Schutzfunktion Österreichs, die 1960/61 gleichfalls von den Vereinten Nationen anerkannt wurde, impliziert den österreichisch-italienischen Dialog auch zu zukünftigen politischen und rechtlichen Fragen Südtirols. Österreich, so meinen wir, unterstreicht zurecht das ständige Mitspracherecht, das im Pariser Abkommen selbst, aber auch im Notenwechsel Degasperi-Gruber vom 5. September 1946 zugesprochen wurde und anlässlich des Staatsbesuches von Ministerpräsident Craxi in Wien als offizielle italienische Haltung bestätigt worden ist. Die Kohabitation Österreich-Italien in Südtirol muß weiter gefestigt werden. Die europäische Integration, die Reform des Italienischen Staates, die stärkere Föderalisierung Österreichs, der wahrscheinliche Beitritt Österreichs zur EG, die Verhandlungen über einen italienisch-österreichischen Freundschaftsvertrag, die Neuinterpretation des Accordinos, die bilaterale Durchführung der Madrider Konvention sind Voraussetzungen dafür, daß die Autonomie und der Föderalismus in den Tiroler Landesteilen ausgebaut, die grenzüberwindende Zusammenarbeit gestärkt und die Schaffung der Europäischen Region Tirol - unter angemessener Berücksichtigung des Trentino - keine Utopie sondern ein realistisches Ziel darstellen kann.

Wenn nun in der letzten Zeit Aussagen bestimmter italienischer Politiker zur Kenntnis genommen werden mußten, das gesamte Vertragswerk Paket und seine Durchführung seien inneritalienische Angelegenheiten und international nicht verankert, so müssen wir Südtiroler, - ohne die Stellungnahmen Einzelner überzubewerten - dennoch sehr hellhörig sein. Wir dürfen nicht zulassen, daß vom politisch Vereinbarten und volksrechtlich Gesicherten verbal schrittweise abgerückt wird.

Unmißverständlich verweist daher auch unsere Fraktion auf die Aussage des Ministerpräsidenten Amato vom 30. Juni 1992 im Senat, wie dies bereits Landeshauptmann Durnwalder getan hat.

Die völkerrechtliche Doktrin belegt für uns eindeutig, daß durch die Verzahnung von Paket und Durchführungshandlung, Operationskalender und IGH, im Sinne neuer Entwicklungen des Völkerrechts - nämlich die nachfolgende Praxis als Mittel der Auslegung eines Vertrages im Sinne des Artikels 31 der Wiener Vertragsrechtskonvention zusätzlich zur

Bindungswirkung gesetzter Tatbestände, nämlich dem Estoppel-Prinzip - das Paket und seine Durchführung bilateralen Charakter angenommen haben und heute sein Inhalt als international verankert gilt.

Hinzu kommen Herr Spadolini und andere, zahlreiche zur Kenntnis zu nehmende weitere Faktoren, die alle den bilateralen Charakter und damit die internationale Verankerung des Pakets grundlegen bzw. verstärken: So war das Paket Gegenstand bilateraler Verhandlungen, die auf der Basis eines internationalen Abkommens - des dem Friedensvertrag der Alliierten mit Italien beigegebenen Pariser Abkommens von 1946 - geführt wurden; so wurden die Verhandlungen auf der Basis zweier UN-Resolutionen geführt, in denen ausdrücklich gesagt ist, daß der Streit zwischen Österreich und Italien die Durchführung des Pariser Abkommens betrifft. Dieser Passus wurde ebenfalls in den endgültigen, auch von Italien gebilligten Text der Streitbeilegungserklärung übernommen; so wurde die Durchführung der Paketmaßnahmen sowohl gegenüber Österreich als auch gegenüber den Vereinten Nationen durch Italien zugesichert; so informierte Österreich seit 1970 regelmäßig die Generalversammlung der Vereinten Nationen über die Fortschritte, die bei der Durchführung der vereinbarten Paketmaßnahmen durch Italien erzielt worden sind.

Weitere neue Elemente der Bilateralität ergeben sich eo ipso aus der offiziellen Übermittlung der Liste der italienischen Durchführungsakte mit der Note vom 22. April 1992 an die österreichische Regierung. Überdies wird in dieser Note ausdrücklich auf das Pariser Abkommen Bezug genommen. Italien hat ferner in dieser Note ausdrücklich anerkannt, daß das neue Autonomiestatut den Zielsetzungen des Pariser Abkommens entspricht.

Auch wenn da und dort von unterschiedlichen Rechtsstandpunkten die Rede ist, wie damals, sei daran erinnert, daß Italien sich nicht auf die Erfüllung seiner internationalen Verpflichtungen, also auf ein Autonomiestatut - das Statut von 1948 - stützen kann - dies geht ja aus den damaligen Rechtsstandpunkten hervor -, das nicht mehr existiert, weil es durch jenes von 1972 zur Gänze ersetzt worden ist. Unter Änderung der ursprünglich vereinbarten Schlußerklärung, wurde die Note vom 22. April auch in den Text der Streitbeilegungserklärung aufgenommen, und demgemäß den Vereinten Nationen notifiziert. Paket und seine Durchführung gelten als international verankert.

Aufgrund dieser Erwägungen und im Lichte des Zustandekommens des Paketes, seiner Durchführung und dieser letzten italienisch-österreichischen Schritte, bin auch ich der Meinung, daß sich der IGH im Falle seiner Befassung - es ist dies die Justitiabilität, die aus der Verankerung abgeleitet wird - kaum als nicht zuständig für die Auslegung des Paketes und seiner Durchführung erklären wird. Sicher ist, daß der IGH gemäß Artikel 36 seines Statutes selbst die Entscheidung über seine Zuständigkeit trifft, also entscheidet zwischen justitiablen Rechtsstreitigkeiten und neuen, nicht justitiablen politischen Streitigkeiten, die auf der Ebene politischer Gremien auszutragen sind.

Dazu kommen auch die internationalen Entwicklungen im Volksgruppenschutz. Die Beschlüsse der KSZE zwischen 1990-1992 lösen die Frage der Volksgruppenrechte aus der rein nationalstaatlichen Dimension heraus und vertrauen sie den internationalen Staatengemeinschaften an.

Der Beschluß von Genf lautet: "Fragen nationaler Minderheiten sowie die Erfüllung internationaler Verpflichtungen hinsichtlich des Rechts von Angehörigen nationaler Minderheiten sind als ein berechtigtes, internationales Anliegen und daher nicht ausschließlich als innere Angelegenheit des jeweiligen Staates anzusehen."

Soviel nochmals zur Frage der internationalen Verankerung und der Justitiabilität.

Im übrigen mache ich eines deutlich: Österreich behält natürlich das Recht - unbeschadet der Schlußklärung, politische Gremien, so auch die Vereinten Nationen -, mit einem neuen, Südtirol betreffenden Streitfall, den wir uns nicht herbeisehen, zu befassen. Dies gilt auch für Streitigkeiten wegen Rücknahme von Paketbestimmungen, die die Schlußklärung gegenstandslos machen würden. Wir sagen dies sehr gelassen, aber sehr eindeutig.

Auch die Befassung anderer politischer Institutionen, wie Europarat und die KSZE, ist grundsätzlich möglich und, je nach Situation, auch zweckdienlich.

Um ein für allemal die Diskussion um die internationale Verankerung auszuräumen, hat die SVP gegenüber den Vertretern der Schutzmacht und des Vaterlandes Österreich das eindringliche Ersuchen gerichtet, im Freundschaftsvertrag zwischen Italien und Österreich eine weitere Bestätigung der internationalen Verankerung aufzunehmen.

Wie wohl wir wissen, daß dieser Vertrag zwischen den Republiken Österreich und Italien verhandelt und gegebenenfalls beschlossen wird, haben wir Österreich wissen lassen, daß ohne diese Bekräftigung, ein Abschluß aus Südtiroler Sicht nicht angestrebt werden sollte.

Neuerdings bekräftigt auch die SVP-Fraktion die Forderung, noch offene Punkte im Zusammenhang mit der Durchführung des Paketes, vollständig zu erfüllen und den erklärten politischen Willen, daß jede nur erdenkliche Möglichkeit genutzt wird, die Ausrichtungs- und Koordinierungsbefugnis bis zur völligen Aushöhlung abzuschaffen. Der Umbruch des italienischen Staates sollte hierzu weitere neue, günstige Rahmenbedingungen abgeben.

Zur dynamischen Autonomie. Die zukünftige Entwicklung - Kollege Tribus - wird umso fruchtbringender, je breiter die Basis in der Bevölkerung ist, die die Autonomie mitträgt. Die politischen Entscheidungsträger müssen deshalb alles tun, um das, was durch das Paket gewonnen wurde, irgendwie zur Errungenschaft für alle zu machen, und das, was ansteht, zum Anliegen für alle zu machen. In diesem Geist wollen wir in die nächste Phase der Autonomiepolitik in und um Südtirol treten. Unbeschadet der Unverzichtbarkeit des Selbstbestimmungsrechtes, vertreten wir das Konzept der dynamischen Autonomie und verstärkter Regionalisierung bzw. Föderalisierung, wie sie grundsätzlich im Pariser Abkommen selbst, sehr deutlich aber schon damals in der historischen, politischen Resolution der SVP vom 23. November 1969 festgeschrieben worden ist. Lückenlos schließen wir heute an diese Aussagen an.

An die bisherigen Etappen der Autonomie werden sich in Zukunft weitere anschließen.

Dies umso mehr, da die sich verändernden internationalen Rahmenbedingungen dieser Konzeption von Autonomie weit mehr Spielraum einräumen als bisher.

Und jetzt sind wir soweit. Es gibt sie ganz konkret, die neuen Erfordernisse.

Politischer Wegbereiter für diese neuen Autonomieinhalte ist u. a. die 137er-Kommission, die letzte Paketmaßnahme, in der für die italienische Regierung die neuen Autonomieforderungen aufbereitet werden sollen.

Diese Kommission ist nunmehr ernannt. Sie muß mit ihrer Arbeit schleunigst beginnen. Und von der Kollegin Zendron ist immer wieder angeschnitten worden, es fehle in der "progettualità", der Projektfähigkeit. Ich möchte gerade diese Aussage mit Blick auf diese Kritik hier machen.

Als zentrale neue autonomiepolitische Forderung machen wir den Schul- und Bildungsbereich aus. Dies auch aus aktuellem Anlaß. Zu zahlreichen bildungspolitischen

Problemstellungen, - UNI, Sprachunterricht, seien als Stichworte genannt - machen alle Volksgruppen im Lande neue Erfordernisse geltend.

Setzen wir uns also neuerdings zusammen und verhandeln über ein neues Niveau bildungspolitischer Autonomie in Südtirol.

Weitere für Südtirol punktuell einzufordernde Autonomiebereiche sind aus unserer Sicht Arbeit, Arbeitsmarktverwaltung, Soziales, Transport und neue Kommunikation, Tarifhoheit, Steuerwesen.

Angesichts der italien- und europaweit zunehmenden Föderalisierungsbestrebungen ist dem Staat gegenüber, mittelfristig, die Übertragung der primären Gesetzgebungskompetenzen in all jenen Bereichen einzufordern, die derzeit in den sekundären bzw. tertiären Zuständigkeitsbereich des Landes Südtirol fallen.

Anstrebenswert erscheint uns, nicht nur - wir haben den erklärten politischen Willen - unter den Vertretern aller drei Sprachgruppen in der 137er-Kommission, einen grundsätzlichen Konsens betreffend diese Ausweitung der Autonomie zu erreichen. Es sollte - so hoffen wir - also nicht zu einer Frontstellung, hie Deutsche und Ladiner, dort Italiener, bezüglich der neuen Autonomieforderungen kommen. Nein. Der Konsens soll herbeigeführt werden. Auch an dieser Stelle appelliere ich an die italienische Volksgruppe: *"Geht herunter vom Bremspedal und tretet zusammen mit uns aufs Gaspedal der dynamischen Autonomie. Ja, gestaltet mit uns. Tretet heraus aus dem lähmenden Schatten der defensiven Einstellung zur Autonomie, wie es bis zum heutigen Tage doch augenscheinlich der Fall ist."*

Nun zum Freundschaftsvertrag Österreich-Italien, weil er die zukünftigen Möglichkeiten sehr stark mitbedingt. Gerade mit Blick auf die Dynamisierung der Autonomie in diesem Geiste ist ein besonderes Augenmerk auf den sogenannten Freundschaftsvertrag Österreich-Italien zu richten. Da er im Operationskalender zum Südtirol-Paket grundgelegt ist, muß unser Land ein bedeutendes Anliegen darin darstellen. Der Vertrag, der zwar die gesamten Beziehungen zwischen Österreich und Italien zum Inhalt haben wird, muß zu einer weiteren Verbesserung der Situation Südtirols führen. Und nun wollen wir, daß Österreich vor allen Dingen unsere Positionen vertritt, gegenüber einem Staate, dem Staat Italien, der verhandlungsbereit gehalten werden muß. Und daher erachte auch ich Begriffe wie "Sauhaufen" in der Öffentlichkeit dargelegt, als zu wenig differenziert die Situation schildernd und nicht förderlich der Erreichung eines Einvernehmens zwischen Österreich und Italien zu einem so wichtigen, Südtirol betreffenden Vertrag.

Es sei darauf verwiesen, daß gewissermaßen unter Vorwegnahme jener großen Freizügigkeiten, die sich zwischen Österreich und Südtirol bzw. den an Österreich grenzenden Regionen des nordöstlichen Italiens im Falle des Beitrittes Österreichs zur EG, irgendwann in mittlerer Zukunft ergeben werden, diese durch den Freundschaftsvertrag schon viel früher geschaffen werden könnten, und dabei ein Abbau der Grenzen und viel mehr Freiheit im Wirtschafts- und Arbeitsmarkt, in den sozialen und kulturellen Beziehungen zwischen den regionalen Räumen entlang der heutigen Staatsgrenze verwirklicht werden kann. Dies entspricht einem partnerschaftlichen Vertragsverständnis, aufbauend auf das Pariser Abkommen, der Verantwortung, die Österreich als Schutzmacht Südtirols immerwährend erwächst, sowie einer europäischen Konzeption der Nachbarschaft.

Die SVP betrachtet, auch im Sinne der Entschließung des österreichischen Nationalrates vom 5. Juni 1992, als Voraussetzung für den Abschluß eines Freundschaftsvertrages, daß *"strafrechtliche und zivilrechtliche Verfolgungshandlungen Italiens gegen Südtirolaktivisten noch vor Abschluß eines Freundschaftsvertrages gemäß Punkt 18 des*

Operationskalenders eingestellt werden. Mit Genugtuung haben wir die letzten Schritte der italienischen Regierung in diese Richtung zur Kenntnis nehmen können. Aber es muß noch ausgedehnt werden auf die Abschaffung auch der schwarzen Listen, was mit der Einreisemöglichkeit in Italien zu tun hat".

Die SVP erwartet, daß dieser Freundschaftsvertrag auf jeden Fall folgende Grundsätze beinhaltet: Der internationale Status Südtirols muß durch den Freundschaftsvertrag gestärkt werden. Die Aufrechterhaltung der Schutzmachtfunktion Österreichs mit gleichzeitiger Klarstellung des Umstandes, daß der Pariser Vertrag und das Paket sowie alle Akte ihrer Durchführung in einem europäischen Geist abgeschlossen wurden, bei gleichzeitiger internationaler Absicherung, Verankerung und Klagbarkeit. Die Wahrung des im Maastrichter Vertrag festgelegten Subsidiaritätsprinzips. Gerade dieses sollte in einen bilateralen Vertrag aufgenommen werden. Die volle Durchführung der Rahmenkonvention von Madrid nach Wortlaut und Geist unter Ausschaltung der 25-km-Grenze, mit Ausdehnung der darin vorgesehenen Formen grenzüberschreitender Zusammenarbeit im Sinne der Subsidiarität und das Abrücken einer allzu engen Bindung an innerstaatliche Rechtsvorschriften. Diese spezielle Bitte haben wir Österreich bereits mit Schreiben vom 9. September, also noch vor der Paraphierung, zur Kenntnis gebracht. Weiters, ein Streit-schlichtungsverfahren sowie Aussagen zum neuen Accordino, wobei wir meinen, daß eine generelle Aufwertung der "Commission Mixte" durch eine Art von Universalkompetenz der beste Weg für eine Dynamisierung des Accordinos darstellen könnte. Den besonderen Schutz der ladinischen Sprachgruppe. Die Verankerung des umfassenden kulturpolitischen Auftrages Österreichs für Südtirol, insbesondere auch in Hinblick auf die bilaterale Grundlegung einer internationalen Hochschuleinrichtung für Südtirol.

Will Italien Österreich hingegen einen Vertrag aufzwingen, der es in der Sache Südtirol billiger gibt, werden wir Österreich empfehlen, keinen abzuschließen.

Nun zur Region Trentino-Südtirol. Immer deutlicher setzt sich die Erkenntnis durch, daß die bereits vom ersten Autonomiestatut geschaffene - und damals sicherlich nicht unbedeutende Autonomieregelung - derzeitige Region Trentino-Südtirol, psychologisch, politisch und historisch, wenn wir uns die europäische Entwicklung vor Augen führen, im Auslaufen begriffen ist. Von uns Südtirolern nie gewollt, durch Degasperi aufgezwungen, erweist sie sich immer weniger - und das ist die Sachargumentation - in der Lage, die unterschiedlichen Erfordernisse der Gesellschaft in Südtirol und im Trentino zu befrieden. Es ist klar, daß in Zukunft der Begriff Region für uns immer weniger die Region Trentino-Südtirol wiedergibt, sondern den politischen Auftrag darstellt, die Verwirklichung einer dreisprachigen Europäischen Region Tirol-Trentino, unter Einschluß Nordtirols, Südtirols und des Trentino, und falls gewünscht, auch des Vorarlbergs, voranzutreiben. Als erste konkrete politische Schritte in diese Richtung kann der gemeinsame Einsatz von politischen Vertretern aus Südtirol und dem Trentino gegenüber der gesamtstaatlichen Kommission zur Reform der italienischen Institutionen, zur Schaffung zweier autonomen Regionen, sowie die angelaufene Debatte um die Verabschiedung eines getrennten Wahlrechtes für Südtirol und das Trentino, mit einer entsprechenden Abänderung des Autonomiestatuts sowie die Delegierung weiterer Zuständigkeiten von der Region auf die Autonomen Länder Südtirol und Trentino, angesehen werden.

Wir wollen beharrlich in diese Richtung unsere politische Aktion, natürlich über den Tag des 21. November 1993 hinaus, fortsetzen.

Die SVP ist Vorreiterin bei der politischen Debatte um die Schaffung einer dreisprachigen europäischen Region Tirol. Der von uns erstmals eingeführte politische Begriff - am 20.4.1989 - nimmt in der politischen Diskussion der Parteien und der Medien einen immer breiteren Raum ein.

In zahlreichen Beschlüssen, Resolutionen und Memoranden fordern beispielsweise die Landtage und Landesregierungen des Bundeslandes Tirol und Südtirols, aber auch des Trentino, wo demnächst ein Beschluß des Trentiner Landtages zu erwarten ist - Vorarbeiten in politischer Richtung sind angelaufen, wie ich in einem Zwischenruf vorhin dem Kollegen Tribus gegenüber zum Ausdruck gebracht habe -, bereits seit Jahren eine Stärkung und Absicherung der Länderrechte im Sinne von Föderalismus und Subsidiarität. Diese Forderungen können sich nicht nur auf internationale Vereinbarungen berufen, sondern auch auf die von Jahr zu Jahr wachsende Einsicht, daß die Nationalstaaten Europas alleine immer weniger in der Lage sind, komplexe Probleme auf regionaler wie auf überregionaler Ebene, befriedigend zu lösen.

Bereits in etlichen Konzepten wurden die Umrisse einer Europaregion Tirol skizziert, die als Leitbild einer gemeinsamen Entwicklung unserer Länder nahezu uneingeschränkte Zustimmung erfährt. Dabei wissen wir, daß mühsam Geschaffenes, die spezifischen Rechtsordnungen, die es etwa auch in Südtirol gibt, im Rahmen der Autonomie, durch diese Diskussion nicht abgebaut, nicht zerstört werden sollen, sondern daß diese spezifischen Rechtsordnungen zusätzliche Grundlage dafür sein sollen, daß wir auf diese aufbauend, in der vorgenannten Konzeption weiterkommen.

Der Prozeß der europäischen Einigung hat in den letzten Monaten und Jahren, nicht zuletzt bedingt durch die gewaltigen Umbrüche in den Staaten des ehemaligen Ostblocks, eine neue Dynamik entwickelt. Sie beinhaltet im besonderen das Konzept vom Europa der Regionen, der Durchschaubarkeit und der Bürgernähe, das ganz offensichtlich nur dann konkret und tragfähig wird, wenn die Regionen selbst es zu entwickeln und zu verwirklichen beginnen.

Angesichts dieser Entwicklungen wurde auf der letzten gemeinsamen Landtagssitzung bekanntlich auf Antrag der SVP mit großer Mehrheit beschlossen, einen Runden Tisch Europaregion Tirol einzuberufen. Damit soll eine Vertiefung der Diskussion und der gemeinsamen Arbeit am Konzept einer Europaregion Tirol durch die gezielte und koordinierte Einbeziehung von Fachleuten aller relevanten Richtungen, wobei juristische und insbesondere völkerrechtliche Fragen ebenso zu behandeln sind, wie Fragen der Sachpolitik und der konkreten Konturen einer solchen künftigen Zusammenarbeit der beiden Länder, erreicht werden.

Entwicklungen und Bemühungen dieser Art stellen wir nicht nur in Südtirol fest. Das ist im südwestlichen Deutschland, in Richtung Frankreich genauso der Fall, wie in der Region Aachen-Maastricht der Fall. Und das ist auch der Weg, den die italienische Minderheit in Istrien und in Slowenien gehen will, mit denen ich erst unlängst zusammen gewesen bin. Die 30.000 Italiener in Istrien und die 4.000 Italiener in Slowenien wollen grenzüberwindend über die neue Staatsgrenze Slowenien-Kroatien hinweg, eine Kooperation dieser Art. Und sie haben sich sehr interessiert an den Beschlüssen und Ergebnissen gezeigt, die hier in diesem regionalen Bereich Europas bereits gelaufen sind.

Und auch in diesem Zusammenhang möchte ich eine kritische Bemerkung machen, im Zusammenhang mit dem, was unlängst zum Ausdruck gebracht worden ist, ausgehend von

einem, so meine auch ich, etwas zu undifferenzierten Vergleich: Ja, wenn die Staatsgrenze zwischen Italien und Slowenien verschoben wird...

Ich habe Kontakte zu italienischen Politikern im Bereich der Außenpolitik gehabt, sehr intensive mit Slowenien geführt und mit den Vertretern der italienischen Minderheit in Slowenien und auch in Kroatien. Es besteht kein Interesse, Osimo, was den Verlauf der Staatsgrenze sozusagen auf dem Lande anbelangt, irgendwie neu zu diskutieren. Was heute noch offen ist, ist die Frage des direkten Zugangs Sloweniens zu den internationalen Gewässern, weil es eine Regelung gibt, die dazu geführt hat, daß Slowenien, obwohl es 40 Kilometer Küste hat, über keinen direkten Zugang zu internationalen Gewässern verfügt. Wenschon wird im Konsens zwischen diesen drei betroffenen Staaten - Italien, Slowenien und Kroatien - die Frage des Verlaufs der Grenze zu den internationalen Gewässern hin vernünftig diskutiert und vor allen Dingen die Frage der Entschädigung noch einmal aufgeworfen, nicht aber die Frage der Grenzziehung auf dem Lande. Man muß sich also über diese Dinge sehr genau informieren, wenn man vielleicht allzu leichtfertig hergehen möchte, Vergleiche zwischen Südtirol und anderen Situationen, die es gar nicht gibt, in Europa herzustellen. Dies sei an dieser Stelle kurz eingefügt.

Weiters soll eine Verbreiterung der Diskussion unter Einbeziehung aller gesellschaftlichen und politischen Gruppen der mitarbeitenden Länder und unter angemessener Berücksichtigung des Trentino erzielt werden, wobei Fragen nach den konkreten Interessen der Bevölkerung, nach den Möglichkeiten einer emotionalen Verankerung der Vision von einer dreisprachigen grenzüberwindenden europäischen Region im Vordergrund stehen sollten.

Konkrete programmatische Forderungen unsererseits sind dazu: die rasche Einsetzung des Runden Tisches, der dann engagiert und systematisch arbeiten soll, konkrete Modelle für die politische Mitsprache auf europäischer Ebene zu entwickeln und Ausschau zu halten, wie es bestellt ist mit der Frage der Harmonisierung der Landeskompetenzen der davon betroffenen Länder, der Institutionen, der Gesetzgebung und der Verwaltung.

Zur Föderalisierung des italienischen Staates. Eine zentrale politische Aussage anlässlich der Parlamentswahlen im April d. J. und der Wahlgänge danach, war die Forderung nach Reform der Institutionen des italienischen Staates. Und wenn man so manch eine Diskussion in der Bicamerale mitverfolgt, und über Radio Radicale hat man zwischendurch die Gelegenheit über mehrere Stunden direkt zugeschaltet zu sein, so muß man sich die Frage stellen, ob die bisher oder noch staatstragenden italienischen Parteien den Ernst der Stunde überhaupt erkannt haben oder nicht. Hier werden noch Positionen der Zentralstaatlichkeit vertreten, die, wie die Haltung der Bürger in den letzten Jahren es doch sehr eindeutig und eindrücklich zum Ausdruck gebracht hat, vollkommen an diesen neuen Positionen der italienischen Staatsbürger vorbeigehen. Ja, wie lange fahren diese italienischen Parteien fort, solche Positionen zu vertreten?

In den letzten Jahren ist es immer deutlicher geworden, daß jede ausschließlich zentralistische Staatskonzeption in eine unüberwindbare Sackgasse geraten ist. Vor allem im entwickelten Norden des italienischen Staates haben die bisherigen staatstragenden Parteien arge Stimmenverluste hinnehmen müssen, die weit darüber hinaus gehen, was auch die Schmiergeldaffäre bewirken hätte können. Man kann da und dort geradezu von Auflösungserscheinungen der bisherigen staatstragenden Parteien sprechen. Andererseits konnten neue föderalistische Bewegungen, wie etwa die Leghe, vielerorts großartige Wahlerfolge erzielen. Grundsätzlich muß die Südtiroler Volkspartei in den neuen föderalistischen

politischen Bewegungen Italiens einen natürlichen politischen Partner sehen. Und ohne bisherige Verbindungen und die Zusammenarbeit mit den bisher staatstragenden Parteien etwa leichtfertig über Bord zu werfen, muß die Südtiroler Volkspartei auf systematische aufmerksame Art und Weise das neue Gespräch mit diesen immer mehrheitsfähigeren, die absolute Mehrheit demnächst erreichenden politischen Bewegungen suchen. Wir Südtiroler wollen natürlich mit großem Engagement die Reform selbst mitgestalten.

Hier gibt es zwei Hauptzielrichtungen: Italien ist in einen Bundesstaat umzuwandeln - diese Vorwegentscheidung der Bicamerale mutet antihistorisch an, angesichts der konkreten Entwicklung im italienischen Staate selbst, was die Parteienlandschaft und das Ja der Bürger anlangt -, der eine Art Eigenstaatlichkeit der Regionen festschreibt. Durch die Umkehrung des Artikels 117 der Verfassung sind einige wenige hoheitliche Aufgaben des italienischen Staates zu definieren, sie sind bekannt, während alle anderen den Regionen vorbehalten sein müssen und die Errichtung des Senates der Regionen, der auf subsidiäre Art und Weise mitwirkt an der Verabschiedung der Gesetze und nicht nur sozusagen eine bloße Kontrollinstanz darstellt. Nein. Es muß die Mitwirkung des subsidiär aufgebauten Organes, Kammer der Regionen oder Senat der Regionen geben. Durch die Schaffung eines italienischen Bundesstaates mit völlig neuer Zuordnung der Zuständigkeiten an die Regionen, möglichst in Form neuer Regionalverfassungen, sind positive Auswirkungen auf die spezifische, international begründete Südtirol-Autonomie zu erwirken.

An dieser Stelle muß auch aus der Sicht der Fraktion der SVP eine Aussage zur Föderalisierung Europas gemacht werden, weil die Dinge dort mehr in Bewegung sind als dies bis vor kurzem der Fall zu sein schien.

Am Europagipfel vom 9./10. Dezember 1991 in Maastricht wurden grundlegende Weichenstellungen für die europäische politische Union vorgenommen. Im besonderen wurden erste Schritte unternommen, das Subsidiaritätsprinzip als föderalistisches Ordnungs- und Strukturprinzip beim Aufbau der Einrichtungen der Europäischen Gemeinschaft grundzulegen. In diesem Sinne wurde dann auch beschlossen, den Ausschuß der Regionen zu schaffen. Dieser Ausschuß wurde im Artikel 198 in das Schlußdokument aufgenommen.

Die Integration Europas bedarf in der Tat der umfassenden Einbeziehung aller Länder, Regionen und Autonomen Gemeinschaften der Europäischen Gemeinschaft. In partnerschaftlichem und solidarischem Geist muß es zu einem immer stärkeren Zusammenwirken der Regionen kommen, ob reiche oder arme Region. Wenn das nicht wäre, hätte das Subsidiaritätsprinzip keinen Sinn. Das Europa der Bürger verwirklicht sich am besten in einem Europa selbstbewußter, leistungsfähiger und kooperativ zusammenarbeitender Regionen.

Angesichts dieser Entwicklungen ist es, auch unter dem spezifischen Gesichtspunkt des Volksgruppenschutzes, von großer Bedeutung, daß Südtirol einen Vertreter im Ausschuß der Regionen stellt.

Die Volksabstimmungen in Dänemark und Frankreich sowie der EG-Gipfel in Birmingham vom Oktober und jener in Edinburgh vor wenigen Tagen haben gezeigt, daß über die Ratifizierung der Maastrichter Verträge hinaus es dringend notwendig ist, dem EG-Parlament verstärkte Zuständigkeiten einzuräumen, die Arbeit der EG-Bürokratie stärker demokratisch zu legitimieren und zu kontrollieren sowie das Subsidiaritätsprinzip bis hin zu den Regionen und Ländern eindeutig zu verankern.

Es wird mit Genugtuung zur Kenntnis genommen, daß im Sinne eines Beschlusses des Landtages, der von der SVP-Fraktion eingebracht wurde, über die Bemühungen der

Regierung Durnwalders sichergestellt werden konnte, daß Südtirol im Regionenausschuß vertreten sein wird. Nur muß eines klar sein, letzte Meldungen deuten da in eine bestimmte Richtung: Diese Vertretung kann aber nicht im Sinne einer innerregionalen Rotation zwischenzeitlich für Südtirol ausgesetzt werden. Unsere Bemühungen müssen also in diese Richtung fortgesetzt werden.

Weitere programmatische Forderungen im mittelfristigen Bereich sind: Es sind Kontakte mit Vertretern anderer Regionen mit Sonder- und Normalstatut herzustellen, damit es zu einer konzertierten Aktion aller Regionen des Staates kommt, um das Kontingent Italiens (24 Vertreter) im Regionenausschuß Europas ausschließlich aus Vertretern der Regionen zu bestellen. Hier haben Vertreter des Nationalstaates und des Zentralstaates für wahr nichts zu suchen.

Es ist des weiteren darauf hinzuwirken, daß - spätestens 1996 - bei der nächsten in Aussicht genommenen Änderung der EG-Verträge das Subsidiaritätsprinzip bis hin zur dritten Ebene, der Ebene der Regionen und autonomen Gemeinschaften, institutionell erweitert und verankert wird. Der Regionenausschuß selbst muß daher zu einem echten Mitbestimmungsgremium heranreifen mit dem Fernziel, eine europäische Kammer der Regionen zu schaffen.

Zum internationalen Volksgruppenschutz, eine der wichtigen Aktivitäten der Südtiroler Volkspartei und Südtirols auf internationale Ebene.

In Europa gibt es mehr als 200 Volksgruppen, auch Nationalitäten oder nationale Minderheiten genannt mit insgesamt fast 100 Millionen Angehörigen. In nur sehr wenigen Fällen wurde bisher eine auf rechtlicher Grundlage beruhende Problemlösung versucht bzw. auch in der Tat erreicht. Die überwiegende Mehrzahl der Fälle hingegen ist noch ungelöst; sie stellt daher, wenn wir unsere Bildröhre aufschalten, ein permanentes Konfliktpotential dar, das zunehmend mehr die Sicherheit in Europa über den engeren, derzeit unmittelbar betroffenen Bereich hinaus bedroht.

Für Rechtsstaaten kann die Lösung des Problems nur auf rechtlich-friedlichem Wege erfolgen, wenn der Anspruch auf demokratische Rechtsstaatlichkeit nicht aufgegeben werden soll.

Der Schutz der Minderheiten ist mit Gradmesser für die Demokratie und das zivilisatorische Niveau eines Gemeinwesens. Die Ereignisse im früheren Jugoslawien und in der ehemaligen Sowjetunion machen es überdeutlich: ohne Lösung von Nationalitäten- und Volksgruppenproblemen kann europäische Friedenspolitik nicht gelingen.

Was in Südtirol im Auftrag der UN auf dem Weg zur vollen Autonomie auf dezentraler Ebene statuiert wurde, hat aller Voraussicht nach in Zukunft für die Regelung von Volksgruppenkonflikten allgemeine Bedeutung; nicht als simple Übertragung des Modells, aber als rechtsstaatliche, friedliche Lösung von Volksgruppenfragen. Denn nicht zu übersehen ist die Tatsache, daß das Volksgruppenproblem seit dem politischen Aufbruch in Osteuropa international erheblich an Aktualität und Gewicht gewonnen hat: Ein Nachholprozeß, der die Defizite von mehr als vier Jahrzehnten abdecken muß, scheint nun im Zeitraum weniger Jahre abzulaufen, und sein Ende ist noch nicht in Sicht.

Mittlerweile gibt es rund 30 internationale Quellen zum Volksgruppenschutz. Sieben davon sind internationale Rechtsquellen, die übrigen - das sind reichlich drei Viertel - sind internationale politische Vereinbarungen, wovon ein Drittel im Zeitraum 1967 bis 1989 getroffen wurde und zwei Drittel in den Zeitraum zwischen Juni 1990 und November 1991 fallen. Die Beschleunigung der Behandlung des Themas Volksgruppenschutz auf

internationaler Ebene ist damit unverkennbar. Angesichts dieser intensiven internationalen Diskussion müssen die Minderheiten selbst auf europäischer Ebene eine aktive Rolle übernehmen. So hat die SVP im Mai 1991 in Budapest anlässlich des 18. Nationalitätenkongresses der FUEV einen ersten Vorschlag für ein Zusatzprotokoll zur Europäischen Menschenrechtskonvention für die Kodifizierung des Europäischen Volksgruppenschutzes vorgelegt. Gleichmaßen wurde sie bei der KSZE-Konferenz im Juli 1991 in Genf tätig, wo dank der Hilfe Österreichs und des Entgegenkommens der Vertreter der italienischen Delegation, SVP-Vertreter den Vorschlag für eine Europäische Volksgruppencharta vor den versammelten Vertretern erläutern konnten. Auch später wurde für diesen Vorschlag geworben, den sich in der Zwischenzeit weitere Minderheiten zueigen gemacht haben, so daß er auf dem letzten Kongreß der FUEV in Cottbus durch die europäischen Minderheiten selbst insgesamt gebilligt werden konnte -, der aber, Gott sei Dank, auch bei manchen Staatenvertretern auf immer größeres Interesse stößt.

In diesem Sinne übergab am 2. Oktober 1992 eine Delegation der FUEV offiziell dem Europarat in Straßburg den Entwurf dieser Konvention. Am 23. November dieses Jahres wurde er im Rahmen des Expertenkomitees für Nationale Minderheiten im Detail vorgestellt. Der sog. "Bozner-Entwurf" ist gleichrangig mit sacheinschlägigen Aussagen der UNO, der KSZE und des Europarates in die Arbeitsunterlagen des Europarat-Expertenkomitees aufgenommen worden, obschon sich Italien - wir wunderten uns - einige Zeit dagegen gewehrt hatte, indem es den Bozner Entwurf als "non paper" erklären lassen wollte. Die Mehrheit der 26 Europastaaten lehnte dieses Ansinnen im Interesse der europäischen Friedenspolitik aber ab.

Die für das Frühjahr 1993 anberaumte KSZE-Minderheitenkonferenz sowie die für 1993 erwarteten Entscheidungen des Europarates bedingen für uns ein systematisches Engagement auf internationaler Ebene. Gerne nehmen wir daher die Position der Landesregierung entgegen, in Verbund mit der FUEV, der Europäischen Akademie hier verstärkte Aufgaben zuzuwenden, damit wir den wissenschaftlichen Unterbau auch im Interesse des Europarates organisch und systematisch beibringen können.

Soviel zu institutionellen und eurointegrationspolitischen Fragen der Südtirol-Autonomie.

Nun zum zweiten Thema. Die nächste bedeutende Weichenstellung für die Zukunft auch unseres kleinen Landes, ist die Vollendung des EG-Binnenmarktes mit 1.1.1993.

Er findet statt vor folgendem Szenario: Eine Krise des Europabewußtseins bei vielen Bürgern: Sie wollen ein Europa der starken Regionen. Sie wollen ein demokratisches und überschaubares Europa. Sie verlangen mehr denn je eine demokratische Legitimation und Kontrolle der EG-Kommission und EG-Bürokratie. Sie sagen nein zur ausufernden Regelungswut der EG-Politkommissäre. Sie wollen ein Parlament, das seinen Namen verdient und die demokratischen Kompetenzen in vollem Umfang innehat. Sie wollen die Mitsprache der kleineren, überschaubaren, regionalen Räume durch eine eindeutige Festschreibung des Subsidiaritätsprinzips schon jetzt bei der Umsetzung der Maastrichter Verträge. Und die Politik muß diese Botschaft sehr sehr ernst nehmen.

Das zweite Kriterium des Szenarios:

-Dem Zusammenbruch der Wirtschaftsstrukturen in den osteuropäischen Staaten, der auch die Wirtschaft und Konjunktur innerhalb der EG in Mitleidenschaft zieht. Das Beispiel Deutschland beweist es, mit seinen unmittelbaren Auswirkungen auch auf Südtirol, sehr eindeutig.

- Den ethnischen Auseinandersetzungen und Bürgerkriegen in Osteuropa, die sich noch ausweiten können, Kosovo und Mazedonien und die Autonomiebestrebungen der ungarischen Volksgruppe in der Slowakei, die sich nach dem Erreichen der Souveränität der Slowakei am 1.1.1993 einstellen werden, seien als Stichworte angeführt. Sie bewirken Wanderungsprobleme von Ost in Richtung West ungeahnten Ausmaßes mit all den Problemen, die wir auch in Südtirol zunehmend verspüren.
- Der Explosion an Ausländerhaß und Rechtsradikalismus in einer neuen Dimension. Ich greife da ein erstes "heißes Eisen" auf, um den Terminus zu gebrauchen, den Landeshauptmann Durnwalder in seinem Bericht auch angezogen hat. Ich möchte hier einige sehr deutliche Aussagen tätigen. Die Morde von Mölln in der Nacht vom 22. und 23. November haben nicht nur die Deutschen erschüttert.

Nein, ganz Europa - auch wir - müssen betroffen sein. Mit diesen drei Toten sind es bald an die 50 Menschen, die in der EG allein in diesem Jahr Opfer politisch motivierter rechtsextremistischer Gewalt geworden sind. Hunderte von Verletzten, Tausende, die beschimpft, beleidigt und physisch oder psychisch angegriffen wurden: Ausländer, Zuwanderer, Asylbewerber, politisch Andersdenkende, sogar Behinderte waren davon betroffen. Das ist für Europa eine schreckliche, eine beschämende Entwicklung, eine Entwicklung die von den Demokraten gestoppt werden muß. Das in Deutschland gewählte Motto "Erst die, dann auch Du" für eine gemeinsame Aktion der Demokraten gegen Gewalt gegen Ausländer, ist auf ganz Europa auszudehnen. Die Jugend Südtirols hat sich in diesem Zusammenhang beispielhaft für die gesamte Gesellschaft unseres Landes in der größten Demonstration seit vielen Jahren gegen Ausländerhaß, Faschismus und Rechtsradikalismus ausgesprochen.

Und es ergeht anlässlich dieser Debatte der Aufruf an die Direktoren und an die Schulleute: Denken wir gemeinsam an das, was wir in den letzten Jahrzehnten immer wieder gesagt haben: Ach wären doch in den 33er Jahren mehrere aufgestanden und hätten den Anfängen gewehrt, hätten demonstriert. Die Jugend Südtirol darf jetzt, nachdem sie den Mut bewiesen hat, nicht durch irgendwelche administrative Regelungen kleinkariert behandelt werden.

Auch im Südtiroler Landtag, nach der Demonstration der Jugend, ist ein klares Wort nötig: Wir sagen nein zu Haß und Gewalt und ja zu Menschlichkeit und Menschenwürde. Auch in Südtirol und in Italien wird der Ruf nach schärferen Gesetzen, nach einer neuen Einwanderer- und Asylgesetzgebung lauter. Das Martelli-Gesetz bedarf Änderungen, die aber europaweit getroffen werden müssen. So begrüßen auch wir Südtiroler die Einigung, die die neun Mitglieder des Schengener Abkommens am Dienstag voriger Woche in Madrid, betreffend den Wegfall der EG-Personenkontrollen an den Binnengrenzen, getroffen haben. Was hat dies mit der Ausländerproblematik zu tun? Da man innerhalb der EG (ohne Irland, Großbritannien und Dänemark) die Freizügigkeit von Personen ohne Grenzkontrollen im Juni 1993 verwirklichen will, müssen andererseits die Kontrollen an den Außengrenzen verschärft werden. Das beschlossene, einheitliche, fälschungssichere Visum für Bürger aus sogenannten Drittstaaten soll die illegale Einwanderung innerhalb der EG eindämmen. Es ist dies der erste konzertierte Schritt der EG-Staaten in diese Richtung. Wir erwarten, daß sich die EG auch auf eine einheitliche Asylpolitik einigt, die immer heftiger von den Bürgern gefordert wird.

Unsere Position, auf das kleine Südtirol bezogen, ist folgende: Wir sagen ja zur Aufnahme von Einwanderern im Ausmaße dessen, was unser Arbeitsmarkt hergibt. Wir versagen uns nicht grundsätzlich einem weiteren Sockel an Einwanderung aus humanitären

Gründen. Politik, Sozialpartner und Kirche sind aufgerufen, die Größenordnung festzulegen. Wir sagen aber dann auch, mehr können wir nicht aufnehmen. Der Staat ist aufgefordert, im Verbund mit den anderen EG-Staaten und gegenüber den Regionen - auch dies muß *expressis verbis* angeführt werden - eine Kontingentierung vorzunehmen. Sonst entgleitet der Politik auf Staats- und regionaler Ebene dieses Problem.

Unser Engagement zur Ursachenbekämpfung durch einen angemessenen Beitrag Südtirols für eine fortschrittliche Entwicklungskooperation ist erklärter politischer Wille. Bleiben Sie daher weiter so dran, Herr Landeshauptmann, Sie haben dabei die volle Unterstützung unserer Fraktion.

All diese Entwicklungen machen aber eines deutlich: Es gibt keine Alternative zum vereinten Europa. Es gibt keine andere Perspektive gegen das Wiederaufflackern des Nationalismus. Die neue kritische Bürgerbeteiligung an der Diskussion über die Ausgestaltung der europäischen Union wird die Anziehungskraft der europäischen Perspektive weiter stärken. Davon bin ich überzeugt. Sie ist heute schon so stark, daß zehn weitere Länder ihr beitreten wollen. Und wir wollen mit unserer dreisprachigen europäischen Region, die ich in diesem Zusammenhang als Ausdruck europäischer Friedenspolitik im kleinen neuerdings nennen möchte, eben Europa auch im kleinen praktizieren, das vom Bürger hautnäher gespürt und mitgetragen wird.

Die Vollendung des Binnenmarktes fällt weiters zusammen mit einer relativ düsteren Einschätzung der Perspektiven für einen Wirtschaftsaufschwung in den westlichen Industriestaaten durch die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. In ihrem wirtschaftlichen Ausblick für das kommende Jahr zeichnet sich für Europa eine schwache Konjunkturentwicklung ab. Als Folge des schleppenden Wachstums wird die Arbeitslosigkeit in den westlichen Industriestaaten weiter kontinuierlich zunehmen. Bis Ende 93 sind wahrscheinlich 34 Millionen Menschen, 8 Prozent der aktiven Bevölkerung, ohne Arbeit.

Ich habe dann eine Reihe von Kriterien entwickelt, die es zu erfüllen gilt, damit der Binnenmarkt wirklich der entscheidende Stimulus für eine echte Integration Europas und auch geistigen Wohlstand in Europa für die Menschen wird.

Für die italienische Wirtschaft, Südtirols erstes wirtschaftspolitisches Bezugsmoment, wird gleichfalls von der OECD eine stagnierende Konjunktur prognostiziert. Insbesondere die Inlandnachfrage erwartet erhebliche Einbrüche wegen der Spar- und Steuermaßnahmen der Regierung. Die Erhebungen des Statistischen Amtes bestätigen, daß sich die wirtschaftliche Dynamik in Italien weiter verlangsamt. Die Vollendung des Binnenmarktes soll der Konjunktur und dem Arbeitsmarkt in der EG, und damit insbesondere auch Italien, die immer dringender benötigten Impulse geben.

Zum nächsten Punkt: Der Hirtenbrief der Diözese - ein Spiegel der Sorgen und Ängste unserer Bürger.

Zur Analyse der Lage in Südtirol erscheint es mir sinnvoll, den vor kurzem vorgestellten Hirtenbrief unserer Diözese "Denkt an die fünf Brote ... - unsere Sorge für Mensch und Schöpfung", heranzuziehen. Und ich sage dies bewußt, weil seitens der Kollegin Zendron Kritik in Richtung Regierungsparteien geübt worden ist: in den diversen Ausführungen und Abhandlungen fehle es an Seele, am Einfühlungsvermögen in die echten Sorgen der Bürger. Gerade durch das intensive Sich-beschäftigen eben mit diesen Sorgen, wollen wir hier die Kritik sich lügenstrafen lassen.

Dieses Dokument, ein Hirtenbrief zum Weiterschreiben, stellt für mich eine Art Spiegel der Sorgen der Bürger unseres Landes dar, der der Gesellschaft, besonders aber der Politik, vorgehalten wird. Aus den schriftlichen Vorarbeiten, so wurde unlängst auf einer Tagung der Sozialverbände unterstrichen, sind die Ängste der "einfachen Leute" sehr deutlich herauszulesen.

Die Leute schrieben über ihre Sorgen um den Arbeitsplatz, über die Angst vor Einkommensverlusten; sie klagten über belastende Arbeitsbedingungen, Leistungsdruck, Streß und Berufsverdrossenheit; sie kreideten den Zeitgeist an, der unentwegt die Menschen auf die Jagd nach größerem Wohlstand und materiellem Wohlergehen schickt; sie beschwerten sich über die zunehmende Steuerbelastung durch den Staat und die Gemeinden; sie meldeten Zweifel an der wirklichen Erfüllung der Steuerpflicht durch alle Bürger an; sie äußerten Ärger über die Undurchschaubarkeit von wirtschafts- und entwicklungspolitischen Entscheidungen. Sie tun sich schwer, ihren Teil an sozial- und gesellschaftspolitischer Mitverantwortung in Stadt und Land zu erkennen und zu verkraften. Sie sind der Meinung, daß hinter dem Vorhang die Würfel schon gefallen sind. In ihren Augen ist immer öfters die öffentliche Hand das Allheilmittel, nach dem in allen Tonarten, aus allen Ecken und Enden gerufen wird.

Die "einfachen Leute" tun sich schwer, die zunehmende Spezialisierung im Bereich des Berufes und der Arbeit zu verstehen und sich entsprechend vorzubereiten und anzupassen. Sie schauen beängstigt auf die immer höher gestellte Hürde der Berufsausbildung, der berufsbegleitenden Weiterbildung, der periodenmäßigen Notwendigkeit, des Umlernens und Umsteigens in Folge der technologischen Innovation der Produktions- und Arbeitsprozesse, wo der arbeitende Mensch in einer sehr intensiven Weise in ein Hörigkeitsverhältnis oft mit der Technik und Technologie treten muß. Sie sind verunsichert in ihrem Verständnis von menschlicher Arbeit. Sie sehen nicht durch zum Sinn und Wert ihrer Beschäftigung als einer Arbeit mit den anderen und für die anderen. Bildung verbinden sie stark mit den Erfahrungen der einstigen Schulbank und also Schulzeit, die sie längst hinter sich haben wollen. Sie tun sich schwer, einen für ihre Schrittlänge angepaßten Zugang zum Weiterbildungsmarkt zu finden. In Südtirols Bildungslandschaft orientieren sie sich nur schwer. Beweggründe, Einsicht, Zeiten, geistige Energien, Geduld und Kraft für eine laufende Ausbildung finden sie nur schwer. Und damit wächst die Wahrscheinlichkeit, daß diese Kategorien von Menschen in konjunkturschwachen Zeiten abgekoppelt, abgespalten und verdrängt werden. Die Gefahr der Verarmung und des sozialen Abstiegs wächst dadurch. Die Gesellschaft wird zu einer gespaltenen Gesellschaft. Die Durchsetzungskraft der arbeitenden und werktätigen Menschen nimmt damit ab. Sogar die Arbeitswelt spaltet sich auf in Arbeitsbesitzern und Arbeitslosen, in privilegierten Facharbeitern und unqualifizierten Gelegenheitsarbeitern, in Überbeschäftigten und Unterbeschäftigten, in Überbezahlten und Unterbezahlten, in heimischen Angestellten und "Fremdarbeitern", in überquotierten Dienstleistungen und in willkürlich bezahlten Schwarzarbeiten. Soziale Errungenschaften, die bislang auch finanziell abgesichert zu sein schienen, werden abgebaut. Die auch notwendigen Sparmaßnahmen der öffentlichen Verwaltung bekommen immer noch die sozial- und finanzschwachen Kategorien der Lohnabhängigen am schnellsten und am empfindlichsten zu spüren.

Gerade zur richtigen Zeit haben wir also das "Arbeitsförderungs paket" im Südtiroler Landtag beschlossen.

Bereits die Krise der 80er Jahre hat deutlich vor Augen geführt, wie wichtig arbeitsmarktpolitische Instrumente sind, wenn es darum geht, den Verlust von Arbeitsplätzen zu bekämpfen, aufzufangen, neue Arbeitsplätze zu erschließen und Notsituationen zu lindern. Die angesichts der sich verschlechternden Konjunkturprognosen im europäischen Wirtschaftsraum, die ohne Binnenmarkt wahrscheinlich dramatische Ausnahme annehmen würde, zwingt uns, im besonderen Maße der Arbeitsmarktförderung Beachtung zu schenken. Die Arbeitsgesellschaft von morgen wird geprägt sein von hohen Anforderungen in der Produktion und einem immer bedeutender werdenden Dienstleistungssektor. Die Arbeit selbst wird sich in ihrem Inhalt, ihrer Form und ihrer Qualität verändern.

Aus dieser Entwicklung leiten wir ab, daß die Umstrukturierung von veralteten Wirtschaftssektoren in der Form obsoleter Industriebetriebe wie bisher aus volkswirtschaftlichen Überlegungen vorangetrieben werden muß.

In diesem Zusammenhang muß auch offen über die Großbetriebe zur Herstellung von Metallen in der Industriezone Bozen gesprochen werden. Die Frage muß beantwortet werden...

ABGEORDNETE: *(unterbrechen - interrompono)*

FRASNELLI (SVP): ... ob ein langsames Dahinsiechen, angesichts der europäischen Stahl- und Aluminiumkrise ...

PRÄSIDENT: Entschuldigung, Abgeordneter Frasnelli! Ich werde darauf aufmerksam gemacht, in der Geschäftsordnung des Südtiroler Landtages ...

FRASNELLI (SVP): Herr Präsident, in der Geschäftsordnung steht, daß, wenn man vom Blatte abliest, man zwanzig Minuten zur Verfügung hat. Und da man zwei Gesetze hat und da die Gesetze bei der Haushaltsdebatte verdoppelt werden, stehen zwanzig mal vier, achtzig Minuten beim Ablesen zur Verfügung.

Ich habe das bei den Haushaltsdebatten schon x-mal gemacht. Es ist immer wieder der MSI, der nicht bereit ist, diese Bestimmungen der Geschäftsordnung durchzulesen.

BENUSSI (MSI-DN): Venti più venti sono quaranta, anche per te!

PRÄSIDENT: Es kann nur eine Verdoppelung geben und nicht eine Vervierfachung!

FRASNELLI (SVP): Es ist eine sehr eindeutige Haltung. Ich ersuche das genau zu verifizieren.

PRÄSIDENT: Nein...

FRASNELLI (SVP): Herr Präsident, gestatten Sie mir. Machen wir es einfach: zwanzig Minuten für das Ablesen. Zwei Gesetze stehen zur Debatte. Bei den Haushaltsgesetzen ist die Verdoppelung der Zeit vorgesehen.

PRÄSIDENT: Wir haben aber durchwegs nur 120 Minuten und nicht das Vierfache.

FRASNELLI (SVP): Das ist eine andere Sache. Wir gehen von der Geschäftsordnung aus.

Die Frage muß beantwortet werden, ob ein langsames Dahinsiechen angesichts der europäischen Stahl- und Aluminiumkrise für die Sicherung der Arbeitsplätze und somit die Sicherung der Existenz der Familien der Mitarbeiter die richtige Wahl darstellt oder ob man sich gemeinsam einen Ruck geben sollte und mutig in die industrielle Sekundärverarbeitung einsteigen sollte, die technologisch erneuert mit hoher Produktivität und damit Wertschöpfung eher das Überleben, auch im ethnischen Interesse der Landeshauptstadt, der Betriebe sichern würde.

Den heutigen Problemen auf dem Arbeitsmarkt muß dadurch begegnet werden, daß die Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik - und dafür danken wir der Regierung - weiterhin am Ziel der Vollbeschäftigung orientiert bleibt und das in Südtirol zu niedrige Ausbildungsniveau der Beschäftigten verbessert und an die Anforderungen der neuen Technologien und der Internationalisierung in den Marktbeziehungen angepaßt wird.

Soll weitgehend Vollbeschäftigung weiterhin Wirklichkeit sein, ist eine aktive Arbeitsmarktpolitik zu betreiben.

Mit der Genehmigung des neuen Arbeitsmarktgesetzes haben wir nun ein flexibles Instrument für die Gestaltung einer effizienten Arbeitsmarktpolitik in die Hand bekommen. Dadurch hat die Landesregierung die Möglichkeit, bei unterschiedlichen Arbeitsmarktsituationen rasch, zeitgerecht und effizient zu handeln.

In diesem Zusammenhang muß die Forderung unterstrichen werden, gemeinsam mit dem autonomen Land Trentino und in Absprache zwischen den drei Volksgruppen im Lande die restlichen Kompetenzen des Staates im Bereich Arbeitsmarktverwaltung so schnell wie möglich einzufordern, um ein lückenloses, systematisches Instrumentarium für eine aktive Arbeitsmarktgestaltung verwirklichen zu können.

Das mit diesem Gesetz ebenfalls errichtete Arbeitsmarktförderungsinstitut ist eine öffentlich-rechtliche Einrichtung, die den Arbeitnehmern und deren Organisationen zur Verfügung steht.

Von dieser Stelle aus ergeht der Appell an alle Arbeitnehmerorganisationen, insbesondere die Gewerkschaften, über alle ideologischen Barrieren hinweg die Zusammenarbeit zu suchen und im Interesse der Arbeitnehmer das zur Verfügung gestellte Instrumentarium engagiert und systematisch zu nutzen.

Ausdruck dieses neuen Niveaus in den gesellschaftlichen Beziehungen in Südtirol ist auch der politische Wille, Arbeit, Wirtschaft und Kapital stärker auf die Bedürfnisse der menschlichen Person und ihrer Lebensverhältnisse auszurichten. Damit wenden wir uns auf der Grundlage der kirchlichen Soziallehre gegen den reinen Ökonomismus, der die menschliche Arbeit ausschließlich nach ihrer wirtschaftlichen Zielsetzung betrachtet. Das vor wenigen Wochen vom Südtiroler Landtag beschlossene Genossenschaftsgesetz ist ein kleiner, aber konkreter Versuch, Arbeit, Wirtschaft und Kapital konkret in einen neuen, menschengerechten Einklang zu bringen. Gerade mit rechtlichen Möglichkeiten dieser Art wollen wir die Anziehungskraft unseres Gesellschaftssystems, das auf den Elementen der Freiheit, der Demokratie und der sozialen Gerechtigkeit beruht, gegenüber anderen Systemen erhöhen. Es wäre ein katastrophaler Fehler zu meinen, der Wegfall der kommunistischen Herausforderung mache die fortwährende Erneuerung und Verbesserung unserer

gesellschaftlichen Ordnung entbehrlich. Der Landesregierung sei Anerkennung für diesen mutigen Schritt ausgesprochen.

Südtirol verfügt in der Tat über eine bedeutende Wertschöpfung aus seiner Arbeitsleistung. Die neue Finanzautonomie ist Grundlage für ein vernünftiges Wirtschaftswachstum im Rahmen der sozialen und ökologischen Marktwirtschaft. Alle haben wir Interesse an einer gutgehenden Wirtschaft, damit mit ihr der Sozialausgleich erreicht werden kann. Marktwirtschaft bedarf der sozialen Korrektur.

In diesem Sinne und angesichts der Sorgen unserer Bürger bedarf es in Südtirol einer neuen Wohnbauoffensive und dies nicht nur für die Landeshauptstadt.

In Südtirol zeichnet sich zunehmend eine schwere Krise auf dem Baugrund- und Immobilienmarkt ab, sei es in bezug auf Eigentums- als auch auf Mietwohnungen. Hauptursachen dieser Marktkrise sind: das Fehlen von Baugrund; die stark angestiegene Nachfrage infolge fehlender Wohnungen; die unzureichende Umstrukturierung vorhandener Wohnungen nach deren Sanierung; die massive Besetzung von Bauvolumen, das bereits für Wohnzwecke bestimmt war und nachträglich zu Büros umfunktioniert wurde.

Diese schwere Marktkrise und die Konzentration auf wenige Käufer hat Spekulationen begünstigt und folglich die Quadratmeterpreise von verfügbaren Gründen und Gebäuden extrem in die Höhe getrieben. Sie liegen also viel höher als in benachbarten Gebieten mit einem ähnlichen landschaftlichen Gepräge. Derzeit sind die Preise zwar etwas im Sinken bzw. sie steigen nicht mehr so stark an. Dies wohl aufgrund der Hoffnung, daß in absehbarer Zeit der Bauleitplan in Bozen umgesetzt wird.

Die Kriterien, nach denen über Grund und Boden verfügt wird, scheinen nicht mehr den vielfältigen Erfordernissen unseres sozialen Gefüges ausreichend zu entsprechen, und daher warten wir mit großer Spannung auf das neue Wohnbaugesetz, das von der Landesregierung verabschiedet worden ist.

Es muß vor allem dafür gesorgt werden, daß der erforderliche Baugrund ausgewiesen und weitgehend für die einheimische Bevölkerung für die Errichtung ihrer Erstwohnung reserviert wird.

Hinsichtlich der Bedarfsdeckung unter den Südtiroler Wohnungssuchenden begrüßen wir die Haltung der Landesregierung, wie sie im neuen Gesetzesentwurf zum Ausdruck kommt, die Wohnflächen in den Erweiterungszonen der gemeindlichen Bauleitpläne zu 70 % für den geförderten Wohnbau und zu 30 % für den privaten Wohnbau zur Verfügung zu stellen.

Dies um: den Zielsetzungen des Wohnbauinstitutes zu entsprechen, um Wohnungen auf dem freien Markt vermieten oder auch verkaufen zu können; den Nachfragen der Wohnbaugenossenschaften, die von öffentlichen Beiträgen abhängen, nachzukommen; sowie der Nachfrage der Wohnbaugenossenschaften, die nicht von öffentlichen Beiträgen abhängen, aber konventioniert sind, zu entsprechen; aber auch den etwaigen öffentlichen oder privaten Projekten, die nur die Vermietung von Wohnungen beabsichtigen, nachzukommen.

Wir begrüßen die Abänderung der Zuweisungskriterien von Baugründen und öffentlichen Beiträgen, wie sie im Entwurf vorgesehen sind. Diese Abänderungen tragen der neuen Situation, der Angleichung an das soziale Gefüge, Rechnung. Besonderes Augenmerk muß in der Tat dabei der Lage der Jugendlichen, der jungen Familien und der alten Leute geschenkt werden.

Es ist zu überlegen, ob für die Jugend für die Zukunft die Möglichkeit des Bausparens eingeführt wird, da wir in der Zwischenzeit ganz allgemein mit dem Sparen im Nachhinein eigentlich sehr gut gefahren sind.

Die Wohnungseigentümer müssen aufgefordert werden, leere Wohnungen zu besetzen und sei es durch Anhebung des Steuerdruckes auf die leerstehenden Wohnungen. Das Land muß rigoros die konventionierten Wohnungen kontrollieren und wer ein Jahr diese nicht besetzt, so sind diese Wohnungen dem Institut zuzuweisen, da die Verpflichtung zur Besetzung in der Konvention steht und eine eingegangene Verpflichtung darstellt. Es müssen auch neue Möglichkeiten geprüft werden, dem Verfall preisgegebene Gebäude durch die Gemeinden, das Wohnbauinstitut oder durch gemeinnützige Gesellschaften mittels der Gewährung von Begünstigungen zu erwerben und dem Erstwohnungsbau zuzuführen.

Eklatante Fälle, wie die zerfallene "Burgund" in Meran, müssen die öffentliche Hand auch zu Überlegungen anregen, ob nicht eine noch schärfere Gangart einzuschlagen ist.

Ich führe dann des weiteren Überlegungen und Projekte, ausgehend von den geringen Haushaltsmitteln zum Thema Familie, Gesundheitswesen, weitere Anliegen im sozialen Bereich aus und komme zum letzten wichtigen Punkt, der in der Tat die neue Qualität der Politik in unserem Lande über den Tag der nächsten Landtagswahlen hinaus festschreibt, nämlich das Projekt des Bildungs- und Kulturstandortes Südtirol.

Unsere Autonomie als Modell friedlicher Volksgruppenkoexistenz in Europa kann sich nicht in einer ängstlichen Abkapselung der Volksgruppen gegeneinander erschöpfen; sie bezieht ihre Anregungen und entwickelt ihre Zielvorstellungen in ständiger Auseinandersetzung mit den kulturellen Einflüssen vom Norden und vom Süden, wie es in der Kulturgeschichte Tirols schon immer der Fall war.

Die langfristige Gefahr einer Assimilierung der deutsch- und ladinischsprachigen Tiroler im italienischen Staatsgebiet ist umso kleiner, je offener und zukunftsorientierter unsere Bildungspolitik auf Gemeinde- und Landesebene ist. Wir dürfen kein folkloristisches Kulturresevat sein!

Wir brauchen Mut und Ideen in der Bildungspolitik. Schule und Hochschule werden in den nächsten Jahren in einem offenen Prozeß Richtung Europa einerseits immer mehr an Bedeutung gewinnen, andererseits stärkeren Veränderungen als in den letzten Jahren zu unterliegen haben, sofern sie konkurrenzfähig bleiben wollen. Wir reden ja von der Vollendung des Binnenmarktes. Wir tragen diese Veränderungen mit Augenmaß und Weitsicht mit. Bildung, Wissenschaft und Forschung sind die entscheidenden Grundlagen für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

Südtirol muß und Südtirol wird ein wichtiger Standort für Kulturschaffende bleiben. Uns kommt es darauf an, daß auch in Zeiten knapper werdenden Ressourcen nicht zuerst an der Kunst und Kultur gespart wird. Aus diesem Grunde danken wir der Regierung für die Art der Budgetierung.

Unersetzlich dazu ist, daß der Rechtsordnungsrahmen im Bereich Bildung durch eine Revision des Statutes grundsätzlich ausgeweitet wird. Daher unsere Forderung der Übertragung der primären Gesetzgebungskompetenz im gesamten Bildungsbereich, vom Kindergarten über Grund-, Oberschule bis hin einschließlich der Universität.

Ich habe dann auf den nächsten Seiten im einzelnen dargelegt, warum es notwendig ist, für den Grundschul- und Oberschulbereich die primäre Kompetenz einzufordern. Ich überspringe dies und komme zur Universität, die Universität die natürlich von diesem neuen Projekt Bildungsstandort Südtirol genau involviert ist.

Die Erklärungen des Trentiner Landeshauptmannes Mario Malossini vom Jahre 1989, "aufgrund der positiven Entwicklung der Beziehungen zwischen den beiden autonomen Provinzen Bozen und Trient sei es zu erwägen, die Universität Trient zu einer mehrsprachigen, interethnischen, regionalen Hochschule auszuweiten", Forderungen in unserer Fraktion selbst sowie das Inkrafttreten des Ruberti-Gesetzes haben zur neuen Diskussion zum Thema Universität geführt.

Dazu gilt es, aus der Sicht der SVP-Fraktion festzuhalten, daß Innsbruck Landesuniversität für ganz Tirol ist. Dafür gibt es historische, kulturelle, ethnische und emotionale Überlegungen, die auch heute von ihrer Überzeugungskraft nichts eingebüßt haben, im Gegenteil, angesichts des zunehmenden Überwindens europäischer Grenzen aktueller denn je sind. Dazu meine ich auch, daß wir Südtiroler eine Reihe von klaren Forderungen aufstellen müssen, um unsere Rolle in Innsbruck zu stärken. Wir müssen Möglichkeiten suchen, an den Entscheidungen der UNI verstärkt beteiligt zu werden. Solange wir in Innsbruck "nur" durch unsere Studenten vertreten sind, während die Anzahl der Lehrenden aus Südtirol aus objektiven Erwägungen bisher sehr begrenzt blieb, oftmals aber auch die Qualität stark leidet, ist Innsbruck letztlich nicht eigentlich Landesuniversität. Die Südtiroler müssen in einer Landesuniversität in Forschung und Lehre neue Entfaltungsmöglichkeiten erhalten.

Aufgrund rechtlicher Verpflichtungen aus staatlichen Reformgesetzen und aus eigenen spezifischen Erfordernissen heraus, haben wir beschlossen, auch in Südtirol Hochschuleinrichtungen zu errichten. Diese neuen universitären Einrichtungen haben sich aus unserer Sicht nach folgendem Grundsatz auszurichten: Es darf mit Blick auf die Landesuniversität und die arbeitsteilige Zusammenarbeit auf universitärer Ebene in der zukünftigen Europäischen Region Tirol nicht zur nachahmenden Konkurrenz zwischen Süd- und Nordtirol kommen, aber auch nicht zwischen Südtirol und dem Trentino und den Hochschuleinrichtungen dort kommen, die die Trennung, zumindest jetzt in Richtung Nordtirol, auf universitärer Ebene herbeiführen würde, sondern vielmehr müssen wir die komplementäre, also ergänzende Einzigartigkeit in unserem Südtiroler universitären Angebot anstreben, die nicht die Konkurrenz zu Innsbruck, sondern das Ergänzende zur Landesuniversität sucht. Man wäre schließlich nicht intellektuell redlich, wenn man die Realität der UNI-Trient außer acht lassen würde. Wie über die Zusammenarbeit mit der Universität Padua hinaus die Universität Trient in die Hochschulschiene der europäischen Region Tirol eingebaut wird, kann und soll von der SVP nicht verdrängt werden. Hierfür werden wir in Zukunft noch klare Vorstellungen entwickeln. Arbeitsteiligkeit und das Ergänzende sind sicher auch in Richtung Zusammenarbeit mit der Universität Trient zu suchen.

Des weiteren ist unsere Haltung zu den Hochschuleinrichtungen folgende: Als Standort für die Errichtung der Hochschule für die Grundschullehrerausbildung wird Brixen bekräftigt.

Die Entscheidung über die Standortfrage bezüglich der Fachhochschulen sowie die Lösung der noch offenen rechtlichen Problemkreise soll von der Landesregierung vorgenommen werden.

Auf Betreiben des Landes wird in allernächster Zeit ein eigenes Sekretariat eingerichtet, dessen Aufgabe es ist, das Projektmanagement für die Hochschule sowie die Fachhochschulen in seiner gesamten Tragweite vorzunehmen.

Träger der geplanten Hochschulstruktur sollen Österreich und Italien unter Einbeziehung des Landes Südtirol sein. Die Durchführung des Vorhabens soll auf der

Grundlage der Zusammenarbeit zwischen der Universität Innsbruck und italienischen Universitäten - und dabei vorrangig die Universität Padua - erfolgen.

Die Titelvergabe soll durch die derart gestaltete Hochschule erfolgen und international anerkannt werden.

Die bilaterale, internationale Grundlegung dieser Hochschuleinrichtung muß im Freundschaftsvertrag Österreich-Italien erfolgen.

Toponomastik. Die Wiedergutmachung des faschistischen Unrechts ist für uns mehr als nur ein kulturelles Recht, es ist für uns ein Menschenrecht. Wir leben aber nicht im rechtlichen luftleeren Raum. Die Rechtsgrundlagen sind bekannt: Pariser Abkommen, Autonomiestatut. Die politischen Vereinbarungen sind ebenfalls klar. Es gilt das im Koalitionsabkommen Vereinbarte. Was kommt an Neuem hinzu? Die Debatte um die Bedeutung und Gültigkeit der UNO-Resolutionen.

Zur Frage der völkerrechtlichen Bindung an die Empfehlungen der bisherigen fünf UNO-Konferenzen zur Standardisierung geografischer Namen gilt:

Die Empfehlungen der fünf UN-Konferenzen haben für Südtirol zweifellos besondere Bedeutung. Grundlegend ist vor allem die bei der ersten UN-Konferenz vom 4. bis zum 22.9.1967 in Genf beschlossene Resolution Nr. 4, die detaillierte Grundsätze für Standardisierungen im staatlichen Bereich und insbesondere für mehrsprachliche Gebiete spezielle Empfehlungen für die Festlegung geografischer Bezeichnungen enthält.

Aus gesetzgeberischer Sicht erscheint es nun fraglich, als eine der Rechtsgrundlagen des geplanten Landesgesetzes, die UN-Empfehlungen über die Standardisierung geografischer Namen zu nennen. Alle fünf UN-Konferenzen zur Standardisierung geografischer Namen waren Konferenzen unpolitischer Natur, an denen kartografische Experten aus aller Welt teilgenommen, welche Grundsätze für kartografisches Arbeiten ausgearbeitet haben, die in Form von Empfehlungen gefaßt sind. Eine Umsetzung dieser Empfehlungen in innerstaatliches wie immer geartetes Recht etwa durch ein Tätigwerden staatlicher gesetzgebender Organe ist nicht vorgesehen. Es besteht somit keine formalrechtliche Bindung, beispielsweise des italienischen Gesetzgebers, an diese UN-Empfehlungen bzw. auch keine Verpflichtung zur gesetzgeberischen Tätigkeit in deren Sinne.

Italien hat übrigens an der ersten, der entscheidenden in Genf, und an der dritten UN-Konferenz, 1977 in Athen, nicht teilgenommen.

Sinnvoller erscheint hingegen eine Bezugnahme auf die UN-Regeln für die Standardisierung geografischer Namen im Sinne des Artikels 4 des Entwurfes der SVP-Fraktion betreffend die Arbeitsweise der vorgesehenen Landeskommission für Toponomastik. Die genannten UN-Regeln sind ihrem Inhalt nach methodologische Richtlinien für die Arbeit der kartografischen Experten in den zuständigen Organen.

Ich stelle fest, daß das entscheidende UNO-Dokument aus dem Jahre 1967, Artikel 4, Empfehlung d), wo es um die mehrsprachige Toponomastik in den mehrsprachigen Gebieten geht, uns nicht jene interpretative Klarheit zusätzlich bringt, die wir für das Pariser Abkommen und für das Autonomiestatut vielleicht gerne hätten.

Gehen wir also in nächster Zeit den Weg der Verabschiedung des sogenannten Prozedurgesetzes weiter, in Absprache mit unseren Koalitionspartnern; die nächste Verhandlungsrunde ist für den 15. Jänner festgelegt worden. Aber glauben wir nicht, mit dem Kopf durch die Wand gehen zu können. Je mehr wir jetzt im Vorfeld den Starken spielen, umso weniger werden wir imstande sein, faschistisches Unrecht wieder wegzukriegen.

Ich habe einen letzten sachpolitischen Abschnitt, den Umweltschutz, im Sinne einer neuen Partnerschaft zwischen Mensch und Natur, der in meinen schriftlichen Unterlagen ausgeführt ist.

Ich komme zum Abschluß. Und den Abschluß meiner Ausführungen möchte ich den Namen geben: Vertrauen festigen.

Gerade in einer Zeit großer Umwälzungen benötigen die Verantwortlichen in der Politik höchste Autorität und die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit der Bevölkerung auf breiter Basis, ein erklecklich Maß an Glück und das Vertrauen der Bevölkerung. Dieses Vertrauen der Bevölkerung scheint zu bröckeln. Die Verdrossenheit gegenüber den Parteien und den Organen der öffentlichen Hand nimmt bedenkliche Ausmaße an. Die Bereitschaft zum ehrenamtlichen Engagement in unserem Gemeinwesen geht tendenziell zurück. Die Entscheidungen in der Politik werden vom Bürger heute immer öfter nicht mehr akzeptiert. Die Vertrauensverluste gegenüber den Parlamenten sind überall in Europa deutlich spürbar. Wir stehen im letzten Jahr dieser Legislaturperiode und zugleich am Anfang einer immer schwieriger werdenden politischen Arbeit. Es gilt, die Glaubwürdigkeit in die Politik zu festigen und dort, wo sie abbröckelt, wieder zurückzugewinnen. Die Mitarbeit des Bürgers muß neu gesucht und auf eine noch breitere Grundlage gestellt werden. Die Vertrauensbasis ist dauerhaft zu stärken. Die parlamentarische Demokratie auch in Südtirol - sehr geehrter Herr Präsident und sehr geehrter Herr Landeshauptmann - steht heute in einer Phase echter Prüfung. Danke für die Aufmerksamkeit!

PRÄSIDENT: Nachdem während der Rede des Abgeordneten Frasnelli Zweifel über die Möglichkeit des Verlesens aufgetaucht sind, möchte ich etwas klären. Es heißt ganz klar, daß bei der Generaldebatte die Verdoppelung der Redezeit gilt. Wir wissen auch, daß es sich um zwei Gesetze handelt. Und somit könnte man, bei breitester Auslegung, auf eine längere Zeit des Lesens schließen.

Nun ist die Geschäftsordnung nicht so klar, was das Lesen bedeutet. Wenn ich mich richtig erinnere, dann hat man damals bei der Ausarbeitung der Geschäftsordnung, also vor mehr als zehn Jahren, daran gedacht, daß man vermeiden will, daß jemand aus irgendeinem Schriftstück, gemeint ist Buch oder Unterlagen, die nicht selbst erarbeitet worden sind, über eine bestimmte Zeit hinaus zitieren kann. Vielleicht ist dieser Absatz dann nicht so klar formuliert worden, wie es eigentlich gedacht war.

Wir werden es so machen müssen, daß wir bei der neuen Geschäftsordnung dieses Problem klarer regeln.

Grundsätzlich, glaube ich, ist es aber falsch, wenn man jemandem, der sich zu einem bestimmten Argument vorbereitet, sozusagen verbietet, das vorbereitete Dokument zu verlesen. Das war nicht der Sinn, denn sonst könnte jemand, der kein guter Redner ist, nicht das, was er vorbereitet hat, so gut hier darstellen.

Ich würde aber um eines ersuchen, daß man versucht, trotzdem in Zukunft weitgehend dem Absatz 3 des Artikels 58 gerecht zu werden.

Als nächster Redner hat sich der Abgeordnete Meraner vorgemerkt. Wir haben noch eine viertel Stunde Zeit. Ich würde ersuchen, diese Zeit zu nützen und am Nachmittag um drei Uhr weiterzufahren. Bitte, Herr Abgeordneter Meraner.

MERANER (FDU): Herr Präsident! Ich möchte aber nicht eine viertel Stunde reden. Ich werde insgesamt sicher über eine Stunde reden. Es ist jedes Mal bei der Haushaltsdebatte

dasselbe, daß ich nach zehn, fünfzehn Minuten meine Rede unterbrechen muß. Das tue ich einfach nicht. Ich weigere mich.

PRÄSIDENT: Ja, aber dann müßte ich die nächste Rednerin fragen, ob die bereit ist.

MERANER (FDU): Bitte.

PRÄSIDENT: Ich ersuche nachzusehen, ob die Abgeordnete Bertolini oder der Abgeordnete Holzmann im Foyer sind.

TRIBUS (GAF-GVA): Ich habe ja auch gestern Nacht angefangen.

PRÄSIDENT: Ja, Abgeordneter Meraner, der Kollege Tribus hat gestern abends seine Rede begonnen und heute morgen weitergemacht.

MERANER (FDU): Es ist ein Unterschied, ob ich noch eine halbe/dreiviertel Stunde reden kann oder zehn Minuten.

PRÄSIDENT: Es sind diesbezüglich keine Grenzen gesetzt.

MERANER (FDU): Ich glaube man sollte mit einer ungefähr fünfzig Prozent gleich großzügigen Auslegung wie beim vorhergehenden Fall vorgehen, Herr Präsident, obwohl ich in der Substanz mit Ihnen in der Interpretation übereinstimme.

PRÄSIDENT: Mir wird mitgeteilt, daß die als nächste vorgemerkten Redner nicht mehr im Hause sind. Infolgedessen schließe ich die vormittägige Sitzung. Wir werden pünktlich um 15 Uhr weitermachen. Danke!

Die Sitzung ist unterbrochen.

ORE 12.49 UHR

ORE 15.04 UHR

(Namensaufruf - appello nominale)

PRÄSIDENT: Die Sitzung ist wieder aufgenommen.
Das Wort hat der Abgeordnete Meraner.

MERANER (FDU): Danke, Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! Dieser Haushalt ist an und für sich ein ziemlich langweiliger Haushalt, langweilig deswegen, weil er zahlenmäßig sich ja nur geringfügig von dem des vorigen Jahres unterscheidet und auch die Schwerpunkte nicht wesentlich anders gesetzt worden sind als wir dies gewohnt sind. Allerdings wäre es falsch, den Haushalt nur nach den Zahlen, die eingeschrieben sind, zu

beurteilen. Wir müssen selbstverständlich auch sehen, welche Gesetze hinter diesen Zahlen stehen. Und wenn wir diese mitbeurteilen - dies müssen wir wohl auch -, dann können wir mit Sicherheit feststellen, daß es einiges Neues in diesem Hause schon gibt und zwar in dem Sinne, daß die Demokratie in unserem Lande ganz bestimmt nicht zugenommen hat, sondern daß sich ein möglicherweise wohlmeinender zusätzlicher Zentralismus breitmacht. Wir müssen feststellen, daß es rings um uns herum eine ganze Reihe revolutionärer Veränderungen gibt und daß man diesen neuen, teils äußerst schwerwiegenden Gegebenheiten im Haushalt nicht Rechnung getragen hat.

Zu Recht hat heute der Fraktionssprecher der Südtiroler Volkspartei auf die Gewaltakte von seiten der Rechten in Deutschland hingewiesen. Und man kann es nicht oft genug und deutlich genug sagen, daß von uns allen derartige Geschehnisse bedauert und die Täter unzweideutig verurteilt werden müssen. Nicht allein, es schiene mir einäugig zu sein, wenn wir nur auf diese Geschehnisse bezug nehmen und nicht auch auf andere, die mir ebenso wesentlich erscheinen. Es kann sicher nicht gerechtfertigt werden, wenn ein jüdischer Offizier entführt und getötet wird. Dafür gibt es keine Rechtfertigung. Es muß aber sicherlich als ein Unrecht und als eine unverhältnismäßige Reaktion bezeichnet werden, wenn in der Folge Hunderte und Aberhunderte von Menschen in einem Niemandsland ohne Strukturen und ohne ausreichende Lebensmittel ausgesetzt werden. Gerade dieses Volk, das wie kaum ein anderes die Grausamkeiten der Diktatur erfahren hat, sollte uns zeigen, daß es aus dem, was es am eigenen Leibe erfahren hat, gelernt hat. Allein dem scheint nicht so zu sein. Und es scheint mir auch hier ein Aufschrei angebracht zu sein.

Allerdings, wesentlich mehr muß uns der Krieg vor unserer Haustür berühren, im früheren Jugoslawien, auch deswegen, weil er uns unmittelbarer berührt und, wie ich meine und wie wir hören, all das, was uns bisher an Grausamkeiten in einem Krieg bekannt war, möglicherweise überschreitet. Wieweit, meine Damen und Herren, auch der Presse, die nicht anwesend ist, muß man in einem Krieg eigentlich gehen, damit die Menschheit aufschreit, damit sie sich gegen Unrecht und Grausamkeit wehrt? Genügt es nicht, wenn minderjährige Mädchen von mehreren Männern gleichzeitig vergewaltigt werden und wenn den Eltern, die das vergewaltigte Kind zurückhaben wollen, der Kopf gegeben wird? Genügt das nicht? Ich frage Sie. Und soll es uns verwundern, wenn Hunderttausende von diesen Menschen, diese Grausamkeiten fürchtend, Hab und Gut, ihre Heimat verlassen und in andere Länder flüchten, nicht, weil sie nicht arbeiten möchten, sondern weil sie ganz einfach ihres und der Kinder nacktes Leben retten möchten? Und sind wir nicht ebenso grausam, wenn wir nicht Sorge tragen, daß diese Menschen bei uns hilfsbereit aufgenommen werden? Ich weiß - und ich weiß es zu honorieren -, daß viele Menschen in unserem Lande, auch Politiker, in dieser Hinsicht Erhebliches geleistet haben. Allein, wer te Herren der Landesregierung, die offiziellen Politiker, die Landesregierung, hinkt in diesem Bereich weit hinten nach. Wir haben nicht die Geldmittel bereitgestellt, die nötig sind, um diese Menschen zu versorgen; wir haben nicht die nötigsten Strukturen geschaffen, um diesen Menschen entgegenzukommen. Ich habe manchmal das Gefühl, als ob wir nur zwecks eigener Gewissensberuhigung sie irgendwo in Kasernen untergebracht haben, dafür sorgen, daß sie nicht erfrieren und daß sie zu essen haben, daß wir uns im übrigen aber nicht sehr viel oder auf alle Fälle zu wenig um sie kümmern.

Und nun möchte ich gewiß nicht der sein, der hier den Samaritaner spielt, aber hier ist einfach zuviel Grausamkeit, zuviel Unrecht, als daß wir als Menschen - Christen oder nicht - zuschauen dürften.

Wir sprechen immer wieder von einem Sparhaushalt. Eigentlich schäme ich mich, angesichts dieser Verhältnisse dieses Wort in den Mund zu nehmen, genauso wie ich es beschämend finde, wenn wir mehrmals am Tag während der Nachrichten hören, daß es sich um ein kärgliches Weihnachten handelt; die Unternehmer verkaufen zu wenig; den Arbeitern sind beim dreizehnten Monatsgehalt 100.000 bis 150.000 Lire und den Großverdienern vielleicht auch 400.000 Lire abgezogen worden; uns geht es schlecht. Schämen wir uns nicht? Schämen wir uns nicht, meine Damen und Herren, aber auch von einem Sparhaushalt zu reden, solange wir Geld genug haben für eine Mumie Hunderte von Millionen auszugeben, bei allem Respekt vor der Geschichte? Ich meine den Ötzi, Herr Landeshauptmann.

DURNWALDER (SVP): *(unterbricht)*

MERANER (FDU): Hunderte von Millionen. So lesen wir es zumindest in der Zeitung, daß die Universität Innsbruck mit entsprechenden Beträgen für die Forschungsarbeit unterstützt wird.

DURNWALDER (SVP): *(unterbricht)*

MERANER (FDU): Ja, wenn es ein "pluralis majestaticus" ist, glaube ich es. Sonst werden Sie mir es ja sagen.

Eines muß aber zugegeben werden, daß der Bürger die Last der Steuern, der direkten, der indirekten, der Gebühren schon sehr deutlich spürt, denn in einem scheinen sich Staat, Region, Land und Gemeinden einig zu sein: von den Bürgern soviel zu kassieren wie nur irgendwie möglich. Und in diesem Zusammenhang müssen es sich diese Institutionen gefallen lassen, wenn sie als die wirklichen Inflationstreiber bezeichnet werden. Wenn auch die Inflation, wie wir offiziell hören, rückgängig verläuft - ich persönlich kann nicht daran glauben, denn alles, was ich kaufe, ist teurer geworden -, aber selbst wenn dem so wäre, so muß man trotzdem sagen, daß mittelfristig die Preise sich sicher nicht auf dem derzeitigen Niveau halten können werden, wenn die öffentliche Hand hergeht, Abgaben und Gebühren zweistellig zu erhöhen.

Zu den Steuern, die ja auch von anderen Kollegen angeschnitten worden sind, wahrscheinlich unter einem anderen Gesichtswinkel als von mir. Und ich schicke voraus, daß es zwar wahr ist, Herr Landeshauptmann, daß wir keine Steuerhoheit haben, Sie müssen aber selbst zugeben, daß Sie froh sind, wenn der Staat sehr viele Steuern kassiert, weil Sie damit auch Ihre Kassen - die Landeskassen, nicht die persönlichen meine ich - besser und reichlicher füllen können. Denn, wäre dem nicht so, dann würde das Land ganz sicher Mittel und Wege finden, um zu erwirken, daß diese Steuerspirale endlich einmal etwas zurückgedreht wird. Auf 203 Steuern sind wir angelangt! Von einem Weltrekord will ich nicht reden, weil ich es nicht weiß, aber ein Europarekord ist es allemal. Es gibt in Europa kein anderes Land, so habe ich es in einer Fachzeitschrift gelesen, das 203 Steuern hat. Wir sind inzwischen auch wirtschaftlich gesehen weitestgehend gegenüber dem Ausland konkurrenzunfähig geworden, weil die Steuern und die Lohnnebenkosten zu groß geworden sind - nicht die Löhne wohlgermerkt, sondern die Lohnnebenkosten! Das gefährdet unsere Wirtschaft, das gefährdet unsere soziale Stabilität, weil die Wirtschaft auf Dauer nicht garantieren kann, daß sie den derzeitigen Beschäftigtenstand halten kann. Es ist ein ungutes

und unnatürliches System, daß nicht derjenige die Steuern einzutreiben hat, der sie auch ausgibt.

Ich würde mich an Ihrer Stelle ebenso wohlfühlen, wie Sie, Herr Landeshauptmann, das gebe ich zu, denn natürlich ist es bequemer die Steuern nur zu verteilen und einen anderen, weit entfernten Sündenbock zu haben, der sie kassieren muß. Aber eines muß uns doch klar sein: Je mehr wir dem Staat abfordern, desto mehr muß der Staat den Bürgern wieder abfordern. Und so sind wir indirekt halt doch diejenigen, die den Bürger zusätzlich belasten, wenn auch auf dem Papier gesehen, das immer noch der Staat ist.

Ein neues System hat man sich von seiten des Staates und mit Hilfe des Landes auch einfallen lassen: die größere Gemeindeautonomie. Die Gemeindeautonomie, im Gegensatz zum Land wohlgerneht, muß vorwiegend darin bestehen, daß die Gemeinden auch selbst gewisse Steuern und Gebühren einheben können. Beim Land ist das für die Autonomie nicht erforderlich, aber bei den Gemeinden schon. Der Grund ist ein sehr einfacher: Der Staat hat nicht mehr die Mittel, die lokalen Körperschaften ausreichend zu finanzieren. Und deshalb erfindet er einfach neue Steuern, aber nicht neue Steuern, die andere ersetzen, sondern neue Steuern, die einfach noch einmal dazukommen. Das bewirkt nicht nur Inflation, das bewirkt nicht nur Steuerlast für die Betroffenen, sondern indirekt selbstverständlich auch gegenüber der gesamten Bevölkerung, denn, wenn die Wirtschaft mit zusätzlichen Steuern belastet wird, dann wird sie sich irgendwann und irgendwo zumindest teilweise auf den Endverbraucher abwälzen müssen. Und dieser kommt dann sicher nicht mehr aus.

Inzwischen erleben wir eine Situation, die auf weite Sicht gesehen, alles eher als tröstlich ist. Wenn man heute mit jungen Leuten redet, dann werden Sie, Herr Landeshauptmann, sehr wenige finden, die Ihnen sagen, daß sie sich freuen, einmal Unternehmer zu werden. Stimmt Sie das nicht traurig? Das ist eine Tatsache. Und warum wollen sie nicht Unternehmer werden? Das, Herr Kollege Feichter, gilt übrigens im Bereich des Bauerntums genauso. Es sind immer mehr junge Leute, die sagen, ich will nicht mehr selbständiger Bauer werden. Und das hat nicht nur mit dem Verdienen zu tun. Das hat auch damit zu tun, daß sich ein Großteil der angehenden Unternehmer von der Bürokratie gegängelt und schikaniert fühlt. Die Leute wollen das nicht mehr mitmachen. Sie sagen, lieber einen gemütlichen und sicheren Job beim Land. Das ist tatsächlich die Antwort der meisten, die man bekommt. Und nun haben wir, meine ich, beim Land eine Überzahl von Leuten beschäftigt. Es wird nicht möglich sein, daß wir sie schlußendlich einmal fast alle beschäftigen. Irgend jemand wird ja außerhalb des Landes auch noch arbeiten und produzieren müssen, damit es noch jemand gibt, der Steuern zahlt, mit deren Ertrag dann das Land auch wieder jemanden beschäftigen kann. Hier, glaube ich, ist ein wichtiger Hebel anzusetzen. Ich kann den, Herr Landeshauptmann, in Ihren wirtschaftspolitischen Überlegungen nicht feststellen. Ich sehe da keine Ansätze von seiten der Landesregierung. Es wird auch nicht wirksam sein, wenn wir Förderungsgesetze für junge Unternehmer machen und ihnen weiß Gott was alles an Subventionen und Erleichterungen geben, nur damit sie Unternehmer werden. Das führt uns nicht zum Ziel. Zum Ziel führen wird uns einzig und allein, wenn wir Rahmenbedingungen schaffen, wo die jungen Leute das Gefühl haben, daß es sich lohnt, selbständig zu sein, daß sie das Gefühl haben, daß man dann nicht täglich als Steuerhinterzieher angepöbelt wird, oder als Nichtsteuerzahler im Bereich der Landwirtschaft. Sie müssen das Gefühl haben, daß sie in den Augen der Öffentlichkeit nicht als Subventionsbettler dastehen. Und sie müssen schlußendlich das Gefühl haben, daß ihnen ihr Beruf es ermöglicht, in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht, die eigene Existenz und die

ihrer Familie abzusichern. Solange wir dies nicht geschafft haben, solange die Schikane der Bürokratie überhandnimmt, wie das bis jetzt der Fall ist, so lange können wir nicht beruhigt in die Zukunft blicken. Und man kann darum herumreden wieviel man will. Es kann keine gut funktionierende Wirtschaft geben, in der es nicht soziale Gerechtigkeit für die Arbeitnehmer gibt und in der es nicht gleichzeitig eine ausreichende Zahl von Unternehmern gibt, die ihren Beruf mit Freude ausüben. Denn nur diese Unternehmer werden die Garantie schaffen, daß wir auch in Zukunft Vollbeschäftigung haben.

Als wirtschaftsfreundlich aber kann man diesen Haushalt im allgemeinen überhaupt nicht ansehen. Und zwar nehme ich nicht nur Bezug, weil ausgerechnet bei der Wirtschaft überall ein bißchen gekürzt worden ist. Ich meine, das sollte die Wirtschaft ertragen. Es geht mehr um andere Dinge.

Es geht mir zum Beispiel darum, daß man gerade bei der Wirtschaft immer wieder auf das altbewährte Rezept von Haushaltseinschreibungen zurückkommt, die man praktisch als Durchgangsposten zu betrachten hat. Wir haben das jahrelang bei der Handelszone Bozen Süd mitgemacht; wir haben es jahrelang bei der Messekörperschaft, bei der Transferierung der Messe mitgemacht; wir machen es, scheint es, auch jahrelang bei dem Rotationsfonds mit. Jedes Jahr werden die Gelder für den Rotationsfonds zugunsten der Wirtschaft eingeschrieben, aber eigentlich umgesetzt worden sind sie nur zu einem geringen Teil. Und so wird jedes Jahr so getan, als ob die Wirtschaft einen ganzen Haufen Geld bekommen würde. In Wirklichkeit hat sie dieses Geld ja nur zu einem Teil bekommen.

DURNWALDER (SVP): *(unterbricht)*

MERANER (FDU): Ja, jetzt sagen Sie mir noch, Herr Landeshauptmann, daß Sie den Rotationsfonds genützt haben! Nur zu einem geringen Teil, genau wie bei der Region auch.

DURNWALDER (SVP): *(unterbricht)*

MERANER (FDU): Ja, aber jetzt haben wir ihn halt schon jahrelang im Haushalt eingeschrieben, und man tut immer so, auch in der Presse, als ob die Wirtschaft mit diesen Milliarden gemästet würde.

DURNWALDER (SVP): ...immer neue.

MERANER (FDU): Ja, zusätzlich 30 Milliarden!

FRICK (SVP): Sparhaushalt!

MERANER (FDU): Ja. Herr Kollege Frick, Sie sind etwas zu spät gekommen, sonst hätten Sie wahrscheinlich vernommen, daß ich der Meinung bin, angesichts ...

FRICK (SVP): Seit 14.15 Uhr bin ich im Saal, lieber Kollege Meraner!

MERANER (FDU): Ja, dann hast Du mir nicht zugehört. Sonst müßtest Du wissen, daß wir uns eigentlich schämen sollten, angesichts der Tatsachen, von einem Sparhaushalt zu reden. Das eine oder das andere.

Was den Fremdenverkehr betrifft, bin ich sehr wohl der Meinung, daß dieser derzeit tatsächlich im Haushalt zu kurz gekommen ist. Der Fremdenverkehr macht derzeit eine gewisse Durststrecke durch. Er hat früher schon als Konjunkturlokomotive gearbeitet. Und ich finde, daß es ein Unrecht, aber auch unwirtschaftlich ist, wenn wir den Fremdenverkehr jetzt zu kurz kommen lassen. Auf der anderen Seite muß ich freilich sagen, daß das Gesetz, das wir für die Zimmervermieter verabschieden, zwar ein Gut-Will-Akt ist, der uns eine Menge Geld kostet, wahrscheinlich aber kaum einen Zimmervermieter motivieren wird, nur wegen dieses Gesetzes, seine Zimmervermietung nicht aufzugeben. Das wird sehr wahrscheinlich nicht der Fall sein, denn die Ursachen sind einfach andere. Die Ursachen liegen auch wieder bei der Bürokratie.

Wenn das Land aber meint - und so sagt es ja der Landeshauptmann in seinem Bericht -, daß man die mangelnde Unterstützung des Fremdenverkehrs dadurch wettmachen kann, daß man eine Fremdenverkehrsabgabe von den anderen Wirtschaftszweigen einfordert, dann, glaube ich, ist das so ungefähr das Dümme von dem, was man überhaupt tun kann. Ich für meinen Teil sage sofort, daß ich gegebenenfalls bis zum Verfassungsgerichtshof gehen werde. Ich habe bis jetzt die Beiträge immer freiwillig gegeben, und zwar mehr als mir das Gesetz auferlegen wird, aber von mir wird man keinen Pfennig herausziehen. Und bis zum Verfassungsgerichtshof gehe ich allemal.

FRICK (SVP): Teuer! Teuer!

MERANER (FDU): Das wird teuer sein, aber es gibt auch Prinzipien, hinter die man sich zu stellen hat, Herr Landesrat Frick! Das wird teuer sein, das weiß ich. Aber ich werde es tun. Es kann einfach nicht angehen, daß ein Wirtschaftszweig ausschert und sagt: Ihr braucht mich, damit Ihr besser leben könnt. Und deshalb müßt Ihr mich zahlen.

Es ist zweifelsohne so, daß die meisten Wirtschaftszweige den Fremdenverkehr brauchen, aber es ist umgekehrt ganz genauso. Wenn ich mir vorstelle, es gäbe morgen keinen Fremdenverkehr mehr in Südtirol, dann würde der Friseur wahrscheinlich einigen Touristen weniger die Haare schneiden - das kann ohne weiteres sein -, die Kaufleute würden weniger verkaufen, im allgemeinen, der Tischler würde vielleicht ein paar Stühle weniger herstellen, die die Touristen im Gasthof nicht zusammengeschlagen haben. Das kann alles sein. Machen wir uns aber einmal die Vorstellung umgekehrt, Herr Landeshauptmann. Wie ginge es dem Tourismus, wenn die Handwerker, die Industrie und die Kaufleute die Geschäftstore schließen? Was wäre dann mit dem Tourismus in unserem Land? Genau dasselbe.

Es ist deshalb völlig unvernünftig, hier auf diese Art werten zu wollen. Es ist eine Tatsache, daß sich die gesamten Wirtschaftszweige gegenseitig brauchen. Und es ist nicht statthaft, daß man einen herausbiegt, nur weil er am lautesten schreit und beim Schreien am besten organisiert ist, und sagt, die anderen müssen für ihn zahlen. Was spricht dagegen, daß nicht die Handwerker zum Beispiel sagen, der Tourismus muß uns zahlen, weil wir durch die Ausübung unseres Handwerks garantieren, daß der Tourismus überhaupt erst möglich ist? Und wieviele Touristen hätten wir, wenn die Lebensmittelgeschäfte alle schließen würden, beispielsweise?

DURNWALDER (SVP): Dann macht halt daneben ein anderes auf.

MERANER (FDU): Genau dasselbe kann ich ja beim Gastwirt auch sagen: Dann macht daneben ein anderer auf. Oder ich kann sagen: Nachdem die Betten ohnehin nicht ausgelastet sind, brauchen weniger zu jammern und sollen halt ein paar schließen, dann sind die anderen besser ausgelastet und wir haben das Problem gelöst. Da wäre es noch viel einfacher.

DURNWALDER (SVP): Die Gäste, die nicht kommen, werden wahrscheinlich nichts kaufen.

MERANER (FDU): Das ist richtig. Die werden nichts kaufen, die werden uns allerdings auch nicht belasten, strukturell nicht, verkehrsmäßig nicht usw., denn das muß auch einmal in Betracht gezogen werden. Wir werden auch weniger Ausgaben für die Erstellung und Erhaltung des Straßennetzes und dergleichen haben. Der Bürger wird in der Lebensqualität einige Schmälerungen, die er auch mit dem Tourismus in Kauf nehmen muß, halt nicht mehr verspüren. Aber ich bin auch gar nicht der Meinung, daß es dazu kommen wird. Dazu kommt es auch nicht. Das ist einfach eine ungerechtfertigte Forderung, hinter die Sie sich da stellen. Sie werden sie mir dann ja genau in der Replik begründen. Ich habe immer ein offenes Ohr. Ich gehöre zu jenen, die sich auch überzeugen lassen, wenn es die entsprechenden Argumente gibt. Aber kommen Sie mir nicht mit dem Argument: Das gibt es anderswo auch.

DURNWALDER (SVP): *(unterbricht)*

MERANER (FDU): Ich meine, das ist kein Argument, wenn man unter völlig anderen Voraussetzungen anderswo auch etwas macht. Auf alle Fälle ist das sicher ein schwarzer Punkt in Ihrem Programm.

Und ich muß sagen, andererseits, Herr Kollege Frick, habe ich manchmal den Eindruck, so schlecht geht es dem Fremdenverkehr auch nicht, denn solange Sie es sich leisten können, einem Kollegen von mir für seinen Spaziergang 150 Millionen zu zahlen, und, wie ich gestern gesehen habe, nicht nur die 150 Millionen, sondern ungefähr weitere 40 Millionen für eine Multivision, muß ich sagen, solange wir so aus dem Vollen schöpfen können, solange geht es uns ganz schlecht nicht, auch dem Tourismus nicht.

FRICK (SVP): *(unterbricht)*

DURNWALDER (SVP): *(unterbricht)*

MERANER (FDU): Ja, das sind eben die Ungerechtigkeiten im Leben. Ich habe auch manchmal etwas gesagt, Herr Landeshauptmann, was als dumm angesehen wurde. Und wenn Sie oder Ihr Vorgänger es gesagt haben, war es plötzlich intelligent. Das muß man im Leben halt manchmal ertragen.

Ich meine, der Kollege Saurer tut ja auch alles mögliche für die Kranken und bedauerlicherweise ... Aber lassen wir das. Es gibt Dinge, die besser ungesagt bleiben.

Industrie. Die Geldmittel sind, wie wir festgestellt haben, in etwa gleich geblieben, aber ich glaube zumindest in diesem Punkt gehe ich mit dem Landeshauptmann konform, daß zugegebenermaßen, unter dem Zwang der Sachlage, hier die falsche Industrie falsch gefördert wird. Es sind Altlasten vorhanden, die Sie und Ihre Vorgänger nicht verursacht haben. Das sei zugegeben. Der Vorwurf kann Euch aber nicht erspart bleiben, daß Ihr zu wenig Anstrengungen unternommen habt, um hier Alternativen zu finden, denn ganz neu ist es nicht, und es hat sich inzwischen fast in der ganzen Welt herumgesprochen, daß Stahl, Aluminium und Magnesium nicht gerade die Industriezweige sind, von denen wir uns für die nächste Zukunft eine übergroße Konjunktur erwarten dürfen. Aber, wie gesagt, Sie haben diese Industrien nicht hingesetzt, jedoch es kann auch nicht sein, daß wir diese Industrien ständig - um einmal mit den Worten des Geldlandesrates Saurer zu reden - ans Flebo der Landessubventionen hängen. Das kann halt auch nicht ein Dauerzustand sein. Es wird notwendig sein, daß wir, wie gesagt, Alternativen schaffen, denn auch ich, Herr Landeshauptmann, wenn ich an Ihrer Stelle wäre, wäre nicht bereit, diese Industrien so von heute auf morgen zu schließen und die Leute auf die Straße zu schicken. Das kann man einfach nicht tun.

DURNWALDER (SVP): *(unterbricht)*

MERANER (FDU): Ja, das wäre das Beste. Aber bis jetzt habt Ihr sie ja künstlich ernährt, damit sie sich nicht rechtzeitig geschlossen haben. Ihr habt ihnen ja viel Geld gegeben, damit sie nicht schließen. Aber mit dem Schließen alleine ist es ja überhaupt nicht getan. In einer Übergangsphase, glaube ich, muß man auch hinnehmen, daß Industriebetriebe, die zwar an und für sich besser geschlossen wären, weiterfunktionieren bis man entsprechende Strukturen für die freiwerdenden Arbeitskräfte geschaffen hat, und so, wie ich meine, dezentralisiert und nicht unbedingt zentralisiert in Bozen.

Der Handel. Wir haben es nicht übersehen, Herr Landeshauptmann, daß ziemlich einige Betriebe in Bozen Süd sich anschicken, ihre Betriebe aufzubauen. Ob es fünfundsechzig sind, das weiß ich nicht, soll aber auch nichts zur Sache tun. Es ist dies positiv. Allerdings, wenn sie mit den betroffenen Firmen reden, wie groß die Mehrspesen sind, die dadurch entstanden sind, weil von seiten der öffentlichen Hand diese Zone so lange verzögert worden ist, dann werden Sie Zahlen hören, die Sie nicht so optimistisch stimmen, wie man es im allgemeinen aus Ihrem Bericht heraushört. Optimismus ist etwas Gutes, aber ich habe den Eindruck, daß Sie mit unter hier uns so viel Optimismus vorgaukeln, daß man das schon als Nichtrealismus bezeichnen müßte, denn das, was Sie sich wünschen, daß es so sein sollte, das ist halt noch nicht alles so. Die Realität ist vielfach noch anders. Und da geht es uns wahrscheinlich allen so, daß wir aus der eigenen Haut nicht hinaus können und meinen, so wie wir es sehen, so ist es. Das stimmt nicht immer. Ich nehme das auch auf meine Kappe.

Was wir aber brauchen, ist nicht nur eine Handelszone Süd, das ist nicht nur Klarheit im Bereich der Messekörperschaft - und diesmal, glaube ich, müßte ich mich an den abwesenden Landesrat Ferretti wenden -, ich habe es schon in der Kommission gesagt: Wenn die Privatisierung beim Staat so schnell voranschreitet wie die Ablöse der Anteilspapiere vom Staat in puncto Messekörperschaft, dann können die Gegner der Privatisierung - Kollege Kaserer - die nächsten hundert Jahre noch beruhigt sein. Denn das ist einfach ein Skandal.

Seit Jahren sagt uns Ferretti: Es steht unmittelbar bevor, nur eine Frage von wenigen Tagen, von wenigen Wochen, höchstens ...

ABGEORDNETER: (*unterbricht - interrompte*)

MERANER (FDU): Ja, aber er sagt es uns ja schon fünf, sechs Jahre lang. Ich will auf die Verspätungen hinweisen, die Ihr habt: Ihr brühtet Euch mit diesen Erfolgen, die ja in Wirklichkeit nicht Erfolge sind, sondern das Ergebnis einer unglaublichen Verspätung in der Verwaltung. Das hätte vor Jahren geschehen müssen, nicht erst jetzt. Insofern kann es einfach nicht als ein Positivum bewertet werden.

Was wir weiters brauchen und wo einiges geschehen ist, zaghaft zwar, ist mehr Freiheit für den Handel insofern, als er durch die Handelspläne nicht übermäßig eingeschränkt werden darf. Es ist positiv, daß man in den kleineren Gemeinden diese Schranke weggenommen hat. Ich bin nicht ein grundsätzlicher Gegner der Handelspläne, aber ich habe es schon x-mal erfolglos gesagt, und deshalb wiederhole ich es noch einmal: Die Handelspläne bringen uns überhaupt gar nichts, solange wir nicht für die Flächen der kontingentierten Warenlisten auch entsprechende Durchführungspläne haben. Vorher bringen sie gar nichts.

Ich nenne ein eklatantes Beispiel, das sich in Eppan zugetragen hat. Wir haben den Handelsplan verabschiedet. Drei Tage bevor das Amtsblatt erschienen ist, hat die Firma PODINI bei den wichtigsten Warengruppen alle Flächen bis auf den letzten Quadratzentimeter für sich in Anspruch genommen. An und für sich legal. Und die ganzen jungen Leute, die wir haben, die haben keinen einzigen Quadratmeter mehr bekommen, für die ganze Dauer des Handelsplanes. So kann es doch nicht gehen! So hat man es ja auch bei den Produktions- und den Bauflächen nicht gemacht. Dort hat man ja auch verstanden, wenn eine Fläche für zehn Jahre ausgewiesen ist, dann wird man staffeln und sagen: in den ersten drei Jahren dies; in den nächsten fünf Jahren dies usw. Warum geht das bei den Handelsplänen nicht? Es geht, scheint es, nicht oder man will es nicht machen. Dann wäre es vernünftig.

Was die Lizenzen betrifft, muß ich sagen, daß im Bereich des Handels sehr oft und in zunehmendem Ausmaße über Vetternwirtschaft geklagt wird, die Vetternwirtschaft auf Gemeindeebene, die dann großteils auf Landesebene abgeseget wird. Ich kann da Roß und Reiter nennen und konkrete Beispiele bringen. Lizenzen, für die auch in der Gemeinde Eppan fünf Leute innerhalb eines Jahres angesucht haben, alle fünf abgelehnt, und der sechste innerhalb desselben Jahres hat die Lizenz für dieselbe Warenliste bekommen. Ich habe dann selbst rekuriert, habe beim Land dann auch in erster Instanz Recht bekommen. Aber so läuft es eben.

DURNWALDER (SVP): (*unterbricht*)

MERANER (FDU): Ja, aber nur, weil Ihr gewußt habt, daß jemand dahinter steckt, der es sich nicht bieten läßt. Aber er hat dann doch den Trick gefunden, wie er die Lizenz trotzdem bekommen kann. Das möchte ich dazusagen.

Was die Subventionen betrifft. Ich war nie ein Subventionsbettler, persönlich nicht und auch nicht für irgendeine Kategorie. Ich bin sehr wohl der Meinung, Kollege Kaserer, daß die Wirtschaft, die halt doch mehr Steuergelder zur Verfügung stellt, als manche

wahrnehmen möchten - das muß ich Dir sagen, denn in diesem Punkt muß ich mehr Dich überzeugen, als den Landeshauptmann, glaube ich -, daß die Wirtschaft, die halt doch einen erheblichen Teil an Steueraufkommen nachweisen kann, auch ein Anrecht auf einen gewissen Rückfluß hat, in dem Moment, wo Steuergelder in Form von Subventionen nochmals verteilt werden. Besser wäre es, es würden weniger verteilt, allgemein, aber in allen Bereichen dann. Das wäre noch besser. Aber wenn wir schon verteilen, dann müssen wir gerecht teilen und nicht uns das Prinzip zu eigen machen: Wer mehr gibt, der soll als Gegenleistung dafür auch weniger bekommen. Dies scheint mir ein roter Faden zu sein, der sich durch den ganzen Haushalt durchzieht.

Ich bin ein großer Gegner individueller Subventionen, die, hoffe ich, bald zu einem größeren Teil abgeschafft werden mögen. Was man für eine Kategorie Steuergelder ausgibt, um deren allgemeine Rahmenbedingungen zu verbessern, das kann und wird in vielen Fällen richtig und sinnvoll sein. Die individuellen Subventionen sehe ich in den wenigsten Fällen für gerechtfertigt, in den meisten Fällen eher als anrühlich.

Was wir nicht brauchen, ist eine ganze Serie von Supermärkten. Der Ferretti hat sich immer gebrüstet: seit er Landesrat für Handel ist, hat es keinen neuen Supermarkt mehr gegeben. Das wäre wohl auch nicht mehr möglich - wir sind ja, gemessen an der Bevölkerungszahl, am Bruttosozialprodukt und an dem, was gekauft wird, mit Supermärkten übersättigt -, wohl aber hat man uns eine METRO vor die Nase gesetzt und hat dem Handel vorgemacht: Ja, das ist ja eigentlich nur für das Engros. Ich habe mir die Mühe genommen und bin am letzten Sonntag vormittag in die METRO gegangen. Da habe ich mir einmal angeschaut, wer da kauft und was da alles gekauft wird. Und wenn ich auch nicht viel vom Handel verstehe, so habe ich doch den sicheren Eindruck gewonnen, daß hier nicht alles Engros war. Da habe ich zum Beispiel Frauen gesehen, die haben ein oder zwei Flaschen Putzmittel gekauft. Ich kann mir nicht vorstellen, daß das Engros ist. Ich habe andere gesehen, die haben einen Fernseher gekauft; andere haben einen Fotoapparat gekauft. Einen Herrn habe ich gesehen, der hat einen Brillantenring gekauft. Und so wurden Spielzeuge, Lego, Schachteln gekauft. Nein, nein, das ist nicht alles Engros! Und da plagt mich jetzt kein Neid. Ich verkaufe diese Produkte gar nicht. Von meinen war keines dabei. Aber wir müssen uns einfach fragen, ob es in Ordnung ist, daß wir so ungleiche Bedingungen schaffen und dann verlangen, daß alle auskommen. Denn die Bedingungen sind nun einmal völlig ungleich. Wenn die METRO wirklich nur Engros machen würde, dann wäre das in Ordnung. Dann wäre nichts dagegen einzuwenden. Aber die METRO ist überwiegend, wenn nicht ausschließlich, ein Detailbetrieb, denn ich habe mir die Preise angeschaut. Für ein Engros wäre sie völlig unattraktiv, könnte man gar nicht einkaufen - abgesehen davon, daß sie sich natürlich auch so eine Art Selfservice oder Restaurant zulegen mußte. Man kann dort auch gut und billig essen, so lese ich es wenigstens auf den Plakaten. Belegte Brote gibt es billig. Das ist alles zu haben bei der METRO. Nicht der Neid plagt mich, aber dann sage ich: so, dann schaffen wir die Schranken bei den anderen auch ab. Nur die Gleichstellung möchte ich. Ich möchte nicht die anderen beschränken, sondern die anderen entschränken. Um das ginge es. Gleiche Bedingungen für alle. Dann geht es mir gut. Denn, wenn unter gleichen Bedingungen gearbeitet werden kann, dann muß eben jeder schauen wie er tut.

Ich möchte auch noch auf ein anderes Thema bezug nehmen, das von den Handelsleuten immer wieder beklagt wird - und zwar auch nicht aus Neid, wohlgermerkt, Herr Landeshauptmann. Und zwar nehme ich bezug auf die "vu cumprà". Da geht es nicht um das Produkt, das diejenigen verschleudern oder verkaufen, ich weiß es nicht. Es geht nicht um das

Feuerzeug, es geht nicht um den Teppich oder weiß ich was. Darum geht es nicht, sondern es geht darum, daß der ganze Handelszweig mit der Bürokratie derart geplagt wird, daß die meisten bald nicht mehr wissen wo ein und aus. Wenn ich auch nur eine Schachtel Bonbons ohne Warenbegleitschein im Auto habe - sofern ich diese Lizenz habe -, dann zahle ich zwischen 4 und 12 Millionen Strafe. Und Sie können einmal herumfragen, wieviele Tausende in der letzten Zeit solche Strafen auf sich nehmen mußten. Da kann es nicht angehen, daß alle wegschauen, wenn andere ohne Warenbegleitschein, ohne Lizenz, ohne gar nichts alles verkaufen, was sie wollen, unter dem Anblick der Finanz, der Polizei. Und niemand sagt etwas. Das kann einfach nicht gerecht sein. Laßt sie verkaufen, schafft meinetwegen auch Sonderbedingungen, aber Recht und Ordnung muß sein, geregelt muß es sein. Gebt ihnen eine Sonderregelung, damit sie das rechtmäßig tun können und damit sie gegebenenfalls, sofern sie Gewinn haben, auch Steuern zahlen. Aber es geht nicht an, bei diesen allen wegzuschauen, zu sagen, sie sind zwar mit dem Gesetz nicht in Ordnung, aber da kann man nichts machen und bei anderen, die versuchen, mit dem Gesetz in Ordnung zu sein, dann so kleinlich zu sein.

Die Landwirtschaft. Ich bin nach wie vor der Meinung, daß auch die Landwirtschaft einkommensbesteuert gehört, allerdings, würde ich mir vorstellen, mit einem erheblichen Freibetrag, denn wir wissen alle - und diesbezüglich habe ich mit dem Kollegen Feichter ja schon einmal persönlich darüber geredet -, es ist einfach nicht möglich - nicht nur bei uns nicht möglich, sondern in der ganzen Welt nicht möglich -in der Landwirtschaft die Erträge zu erzielen, im allgemeinen gesehen, wie in vielen anderen Wirtschaftszweigen. Und ich will nicht das aufwärmen, was ich in diesem Hause schon oft gesagt habe, sondern nur mit einem Satz feststellen, daß ich sehr wohl mit Genugtuung und Dankbarkeit zur Kenntnis nehme, daß die Landwirtschaft in unseren Breitengraden gesunde Lebensmittel weit unter den eigentlichen Kosten liefert. Dies ist notwendig, weil ansonsten, speziell Familien mit niedrigerem Einkommen, sich die Lebensmittel in genügendem Ausmaß gar nicht leisten könnten. Dies ist im öffentlichen Interesse, und deshalb bin ich der Meinung, daß die Landwirtschaft, als einer der wenigen Wirtschaftszweige, auch ein Recht darauf hat, daß ihr von der öffentlichen Hand mit Steuer- und Gebührenerleichterungen entgegengekommen wird. Besser wäre dies, als übermäßig viel Subventionen. Es kann aber nicht angehen, daß wir die gesamte Landwirtschaft über einen Kamm scheren, denn es ist ein Unterschied zwischen einem Bergbauer mit den zehn Ziegen und dem Landbauer, der fünfzig Waggon Äpfel macht. Und da sage ich einfach folgendes: Die Gerechtigkeit kann nur darin bestehen, daß wir, unter Berücksichtigung gewisser Eigenheiten und Festlegung von geeigneten Freibeträgen, die Einkommensbesteuerung in allen Wirtschaftszweigen und bei allen Menschen einführen. Dann wird der mit den zehn Ziegen ja keine Steuern zahlen und der mit den fünfzig Waggon Obst ist nicht schade zu zahlen.

Es muß nach wie vor unsere Aufgabe sein - und diesbezüglich möchte ich ein außergewöhnlich positives Urteil in bezug auf Ihr Programm, Herr Landeshauptmann, abgeben -, daß wir die Landwirtschaft in ihrer Substanz erhalten und zwar so, daß der Landwirt, der Bauer seinen eigentlichen Beruf ausüben und davon leben kann und daß wir ihn nicht mit Steuergeldern soweit subventionieren, daß er praktisch gar nicht mehr Bauer machen muß, sondern nur mehr als eine Art Angestellter der öffentlichen Hand, sozusagen als Landschaftsgärtner, betrachtet wird, wie das in gewissen Teilen der Schweiz heute der Fall ist, eine Art der Agrarpolitik, die ich aus innerstem Herzen ablehnen würde. Sie hat auch etwas Wesentliches mit der Würde des Bauern zu tun.

Für unser Gebiet hat die Landwirtschaft, neben der allgemeinen Bedeutung, noch eine besondere völkische Bedeutung. Ich brauche dies nicht besonders zu betonen. Und deshalb ist es nur recht und billig, daß wir die Landwirtschaft in einem geeigneten Ausmaß fördern und unterstützen. Allerdings wird auch hier noch zu sehen sein, ob diese Unterstützungen immer differenziert und gerecht genug gegeben werden.

In der Bildungspolitik möchte ich nur zwei Themen kurz herausgreifen: Universität und Stipendien. Was die Universität betrifft, bin ich nach wie vor der Meinung, daß Südtirol eine Universität haben sollte, eine eigene - ich sage nicht muß. Ich bin überzeugt, Südtirol kann kulturell auch ohne Universität überleben, aber auf alle Fälle schlechter als mit. Ich bin der Meinung, daß Südtirol eine Universität dringend haben sollte, und zwar sehe ich diese Universität nicht nur als einen Ort der Arbeitsplatzbeschaffung für Akademiker, nicht nur als einen Ort der akademischen Ausbildung unserer Jugend, sondern ich sehe daneben, und als ganz wichtiges Argument, die Universität als ein kulturelles Ausstrahlungszentrum. Diese Universität würde und sollte auch nicht das Ziel haben, unsere Studenten von den beiden Universitäten Innsbruck oder Trient abzuhalten. Jeder nach seiner Wahl. Ich bin überzeugt, daß Innsbruck noch über lange Zeit hinaus unsere eigentliche Landesuniversität bleiben wird. Wir werden uns auch nicht einfallen lassen, dieselben Fakultäten in Südtirol zu haben, sehr wahrscheinlich.

Was die Sprache betrifft, bin ich mir sehr wohl bewußt, daß es Schwierigkeiten geben könnte, aber unsere italienischen Mitbürger sollen zur Kenntnis nehmen, daß wir in unserer Region eine Universität ihrer Muttersprache haben und daß es deswegen nur eine allzu gerechte Forderung ist, wenn wir dasselbe fordern, was sie schon haben, nämlich auch eine Universität in unserer Muttersprache. Das kann für mich aber nicht heißen, wenn an dieser Universität Englisch, Französisch oder Italienisch unterrichtet und gelesen wird, daß wir dies dann alles in Deutsch machen müssen. Man wird Englisch in Englisch lesen, Französisch in Französisch und die italienische Literatur in Italienisch. Das halte ich für vernünftig.

PAHL (SVP): Und Lateinisch?

MERANER (FDU): Auch Lateinisch, dort wo es angebracht ist, Herr Kollege Pahl. Ich will damit nur sagen, ich möchte nicht, daß wir eine Stätte verkrampften Deutschtums in unserem Lande bilden, denn es ist das Natürlichste von der Welt, daß man italienische Literatur in Italienisch liest, soferne dies möglich ist, aber daß im Ganzen gesehen, es sich um einen deutschsprachigen Betrieb zu handeln hat, so wie wir es den Trientnern nicht neiden, daß sie eine italienischsprachige Universität haben. Das ist in Ordnung. Aber warum sollen wir nicht das gleiche für uns fordern können, wie sie es für sich gefordert und bereits erhalten haben?

Sanität. Diesbezüglich will ich mich ganz kurz halten, denn da zählt es sich fast nicht aus, Worte zu verlieren. Wegen der ungefähr 1.000 Milliarden, Herr Landesrat Saurer, sollten wir eigentlich nicht lange herumreden, nur darf vielleicht doch auf die 53 Milliarden weniger im Haushalt hingewiesen werden. Wie ich das gelesen habe, habe ich schon Mitleid bekommen. Aber ich war ein bißchen voreilig, denn dann habe ich nachher schon gesehen, daß Sie ja nicht bereit sind, auf die 53 Milliarden zu verzichten, sondern daß sie diese in Form erhöhter Gebühren den Bürgern wieder abnehmen. Die Frage in diesem Zusammenhang ist nur: Wieviel kann man den Bürgern überhaupt noch zumuten? Wollen wir sie überhaupt ganz nackt ausziehen?

Daß wir 20 Milliarden, glaube ich, nach Innsbruck überweisen - und das ist erheblich mehr als frühere Jahre -, das muß einen Grund haben. Ich sage nicht, die Gelder dürfen nicht überwiesen werden, aber sagen Sie uns bitte warum so viel mehr. Haben wir bei uns nicht die Strukturen? Haben wir nicht genügend fähige Ärzte? Oder woran hapert es eigentlich, daß wir soviel Geld auch noch zusätzlich nach Österreich schicken müssen?

Eines aber muß in bezug auf die Sanität sicherlich gesagt werden: Die links-ideologisch geprägte Sanitätsreform ist zusammengebrochen, wie der Bolschewismus, wie die Sowjetunion im allgemeinen, denn eine andere war es nicht, als eine bolschewistische Sanitätsreform, der die SVP-Vertreter in Rom seinerzeit zugestimmt haben.

SAURER (SVP): *(unterbricht)*

MERANER (FDU): In Rom zugestimmt, Herr Kollege Saurer! Die haben wahrscheinlich mit Dir vorher nicht geredet.

Aber Deine Vorgängerin - Gott hab sie selig - hat diese Reform eisern als die soziale Errungenschaft verteidigt. Ich habe so etwas wie dreieinhalb Stunden an der Kusanus Akademie mit ihr gestritten. Und es tut mir leid, für mich, daß ich es erleben mußte, zu erfahren - ich freue mich für sie, daß sie es nicht mehr erleben mußte -, wie recht ich schon damals hatte. Geblieben ist: die Beraubung und Ausplünderung der privaten Kassen - die habt Ihr übernommen, die Gelder. Produziert worden sind: riesige Kosten.

SAURER (SVP): *(unterbricht)*

MERANER (FDU): Es nützt nichts zu lächeln und wegzuschauen. Die Zahlen zeigen uns eben ...

SAURER (SVP): *(unterbricht)*

MERANER (FDU): Das wird wahrscheinlich nicht dadurch besser werden, daß wir die privaten Kliniken in bezug auf den Tagessatz ständig benachteiligen. Ich glaube nicht, daß das der richtige Weg ist. Da müßte man eine andere Richtung einschlagen. Aber es ist halt schon schwierig, wenn man auf einem Geleis ist und dann ins Nebengeleis übersteigen sollte, das zufälligerweise noch etwas weniger links verläuft.

Produziert worden sind riesige Kosten. Es sei aber objektiv zugegeben, daß wir in Südtirol doch einigermaßen eine Gegenleistung im Bereich der Sanität feststellen, was im übrigen Staatsgebiet - so wie ich es mir sagen lasse und über die Nachrichten höre - wesentlich schlimmer ist als bei uns. Das rechtfertigt aber noch nicht dieses System. Ich bin der Meinung, daß gerade in diesem Bereich Privatisierung mehr denn je gefragt wäre. Und man wird dem ja auch nicht ausweichen können. Stufenweise versucht man ja auch über die Staatsgesetze zum alten System zurückzukehren. Dies wird notwendig sein, wenn man nicht einen totalen Zusammenbruch dieser Sanitätsstrukturen bewirken will.

Daß ein gewisser Selbstbeteiligungssatz für die Bürger vorhanden ist, gestaffelt nach Einkommen, erscheint mir grundsätzlich richtig. Aber auch hier geht es nicht darum, ob wir politisch bewerten das ist richtig oder falsch. Hier geht es im wesentlichen um die Grenze. Wo ist die Grenze? Und da kann man selbstverständlich geteilter Meinung sein. Und wenn ich das Prinzip befürworte, grundsätzlich, daß diejenigen, die ein höheres Einkommen haben

auch mehr verkraften können, so muß man doch sagen, daß man die Schere nicht zweimal öffnen sollte, denn wer mehr Einkommen hat, der muß gerechterweise auch mehr Steuern zahlen. Aber dann kann man nicht auf der anderen Seite noch einmal hergehen und sagen: Weil Du ein größeres Einkommen hast, mußt Du zwar mehr Steuern zahlen, aber Du bekommst auch noch weniger. Da wird die Schere zweimal und zu weit geöffnet. Das scheint mir nicht gerecht zu sein. Ich nehme nichts für mich persönlich in Anspruch, wohlgemerkt, aber ich möchte es in den Raum stellen, damit vielleicht diesbezüglich Überlegungen angestellt werden.

Was den Verkehr betrifft, Herr Kollege Bolognini, kann ich nur sagen: Was wir betreiben ist keine Verkehrspolitik, sondern mit Sicherheit eine Verkehrtpolitik (!), wenn man überhaupt von einem Konzept in dieser Politik sprechen kann. Ich wundere mich, daß es dem Kollegen Bolognini gelingt, trotz dieses Zustandes, den Landeshauptmann und seine Kollegen zu überreden, daß er jedes Jahr praktisch zweistellige Steigerungen für diesen Bereich herausholen kann. Er muß ein ganz gewiegter Verhandler sein, der Kollege Bolognini!

Inzwischen erleben wir, daß wir zwar mehr Geldmittel im Haushalt, höhere Tarife für die Fahrgäste und eigentlich immer dasselbe Chaos haben. In diesem Zusammenhang möchte ich es aber nicht versäumen - Herr Kollege Bolognini, ich hoffe, Sie sind mir deshalb nicht böse -, Ihrem prädestinierten Nachfolger, unserem gemeinsamen Kollegen Atz, ein großes Kompliment auszudrücken und ihm auch den Dank der Überetscher Kaufleute auszusprechen, denn er hat es immerhin fertiggebracht, durch die Installierung des Christkindlmarktes am Waltherplatz, dafür Sorge zu tragen, daß die Bozner nach Eppan fahren, um einzukaufen, weil sie dort einen Parkplatz finden. Wir sind ihm dafür sehr dankbar. Wie gesagt, er scheint mir Ihr natürlicher, auf alle Fälle hochgradig fähiger und genialer Nachfolger zu sein, denn bis jetzt hat noch niemand gewußt, daß zur Weihnachtszeit es ohnehin schon schwer ist, in die Nähe des Waltherplatzes zu kommen oder gar noch einen Parkplatz zu finden. Nein. Da muß man eine Attraktion schaffen, die noch mehr Leute hinlockt. Aber um das geht es eigentlich nicht. Ich glaube, es ist eher der Vorwand dafür, daß irgend jemand zwei-, dreimal im Fernseh aufzutreten kann.

Aber, was er dann wirklich exzellent gelöst hat, das muß man ihm lassen - ich weiß nicht, ob es der Herr Landesrat auch beobachtet hat: Über das Wochenende, Samstag/Sonntag, in weiser Voraussicht, daß man den ganzen Verkehr ja nicht bewältigen kann, den ja nicht er verursacht hat, sondern die Leute, die dummerweise zum Christkindlmarkt gehen, den er installiert hat, in weiser Voraussicht, daß das nicht gehen wird, hat er ein Polizeiauto quer über die Südtirolerstraße stellen lassen, von Stadtpolizisten bewacht, damit jene, die von der Drususstraße kommen, nicht in die Südtirolerstraße fahren dürfen. Diese mußten dann alle zum Bahnhofplatz fahren. Und weil das auch nicht geht, hat er dort noch einmal zwei Polizisten aufgestellt, damit sie nicht in die Bahnhofstraße und zum Parkplatz fahren dürfen. Diese mußten dann alle umdrehen und die Drususstraße zurückfahren. Wo sie dann gelandet sind, kann ich nicht sagen. Aber auf alle Fälle eine Verkehrsregelung, die meines Erachtens wirklich beispielgebend für weit über Südtirol hinaus, wenn nicht für ganz Europa, ist!

Also, was wir dringend brauchen, Herr Kollege Bolognini, ist ein Assistent in Ihrem Assessorat vom Schlage eines Assessors Atz. Nicht begeistert? Was wir nebenbei auch noch brauchen könnten, sind mehr Präzedensspuren für öffentliche Fahrzeuge. Was wir planen sollten, sind Schienenverbindungen in die Peripherie der großen Zentren. Was wir sofort

machen sollten, wäre, dafür Sorge zu tragen, daß die derzeit bestehenden öffentlichen Verbindungen effizienter arbeiten und der Service etwas freundlicher ist, vom Schalter bis zum Chauffeur. Was wir weiters brauchen sind Trambahnen. Ich werde schon ein altmodischer Mensch sein, aber bis jetzt haben mir die genialen Moderndenker noch kein Konzept gebracht, das besser funktioniert. Was wir weiters brauchen, ist entweder eine Tram oder möglicherweise in bestimmten Orten auch eine Gondelbahn in den großen Zentren. Ich spreche einmal von Meran und Bozen.

Ich bin nicht der Meinung, daß wir alle Parkplätze aus den Zentren verbannen sollten, aber wir sollten sie den Menschen reservieren, die dort wohnen bzw. dort jeden Tag arbeiten, während für die anderen, die von Fall zu Fall zu den Zentren zureisen, es sinnvoller wäre, in der Peripherie Parkplätze zu schaffen und sie mit der Parkplatzkarte mit dem öffentlichen Fahrzeug in die Zentren fahren zu lassen. Die Tatsache, daß der "Schokoladenbus" vom Atz nicht funktioniert, darf uns nicht abschrecken. Der Schokoladenbus ist ein Bus, mit dem man fährt, und wenn man dann in Bozen beim Christkindlmarkt ankommt, kann man die Fahrkarte gegen eine Schokolade eintauschen. Also, wenn es noch etwas Höheres gibt im Bereich der Verkehrsplanung, dann lasse ich mich hauen!

Manche Dinge brauchen eben eine gewisse Zeit. Das ist einfach eine Tatsache. Manche Dinge brauchen eine gewisse Zeit. Und wenn man vorzeitig aufgibt, hat man verspielt. Aber als Konzept wäre es sicher richtig so.

Zur großen Freude meines Kollegen Sepp Kußstatscher, der Eva Klotz und einiger anderer, bin ich auch der Meinung, daß der Flugplatz in St. Jakob angemessen modernisiert gehört.

ABGEORDNETER: (*unterbricht*)

MERANER (FDU): Also Nichtfreude. Ja, ich bin da halt anderer Meinung.

KUSSTATSCHER (SVP): (*unterbricht*)

MERANER (FDU): Das soll aber keine Revanche dafür sein, daß ich auch einiges gehört habe, was mir nicht zugesagt hat, Kollege Kußstatscher.

Ich bin auch der Meinung - und hier werde ich sicher die Zustimmung Kußstatschers finden -, daß sich die Landesregierung verstärkt bemühen soll, daß der Brennerbasistunnel halt doch zustande kommt, denn ich bin der Meinung, Kollege Kußstatscher, daß damit nicht alle Probleme aus der Welt geschafft sind - dafür finde ich kein Rezept, leider Gottes -, aber früher oder später wird es nolens volens dazu kommen müssen, ob wir wollen oder nicht, daß durch das Eisacktal halt doch mehr Züge rollen als jetzt, und zwar wesentlich mehr. Und da sehe ich die Zeit kommen, wo die Eisacktaler auf den Knien herbeirutschen und bitten, daß der Verkehr auf Gummirädern wieder verstärkt wird, denn er würde sie wesentlich weniger belästigen als die Bahn. Davon kann ich ein Lied singen, weil ich ein Jahr lang in der Nähe des Hauptbahnhofs in Mailand gelebt habe.

Aber nun wollen wir beides nicht anstreben. Und wenn wir beides nicht wollen und nicht rechtzeitig dafür Sorge tragen, daß der Eisack schiffbar gemacht wird, dann werden wir halt eine andere Lösung finden müssen. Flugverkehr kann ich mir auch schlecht vorstellen.

Ich bin auch der Meinung, daß der Bau der ME-BO nicht behindert werden sollte. Ich bin aber auch der Ansicht, daß sich aus dieser häßlichen ME-BO auch etwas Schöneres in

Zukunft machen ließe. Mir beispielsweise schwebte vor, daß man ohne weiteres einen gewissen Teil an Geldern investieren könnte, um diese ME-BO wenigstens streckenweise in eine Blumenstraße umzuwandeln und sie möglicherweise auch zu einer Attraktion zu machen, so wie wir es anderswo auch schon erlebt haben. Wunderschöne Strukturen. Man hat aus einer an und für sich häßlichen Struktur versucht, eine Attraktion zu machen.

Was die Umführungen der Ortskerne betrifft, bin ich der Meinung, daß wir dies anzustreben haben, aber nicht große, weiträumige Umführungen, sondern möglichst enge Umführungen der Ortskerne. Und zu jeder Maßlosigkeit, wie wir sie derzeit im Bereich Leifers erleben - ich meine jetzt die finanzielle Maßlosigkeit - möchte ich einfach nein sagen, so leid es mir tut. So etwas ist eine dem Steuerzahler unzumutbare Maßlosigkeit.

Ich will jetzt nicht auf das Alte zurückkommen, wo immer wieder gesagt wird "Ja, da werden halt ein paar Techniker abgeschmiert worden sein". Ich glaube gar nicht, daß das geschehen ist. Aber die öffentliche Verwaltung hat die Pflicht, auch einmal den Mut zu haben, nein zu sagen, wenn die Verhältnismäßigkeit nicht gegeben ist. Und sie scheint mir in diesem Fall nicht gegeben.

Auch was den Individualverkehr betrifft, bin ich sehr wohl der Meinung, daß er in gewissen Bereichen zu reduzieren ist, aber durch Überzeugung, durch Schulung, nicht durch Zwang und nicht durch Schikane. Und wenn der Kollege Kußstatscher gestern... Ich nehme auf Dich Bezug!

KUSSTATSCHER (SVP): Das ist aber schon sehr nett. Angenehm.

MERANER (FDU): Zumindest weißt Du, daß ich Dir zugehört habe, auch wenn wir nicht derselben Meinung sind.

... von den volkswirtschaftlichen Kosten des Individualverkehrs gesprochen hat, so, Kollege Kußstatscher, meine ich, sollten wir beide keine einseitige Rechnung machen. Es ist ganz sicher so, daß der Individualverkehr eine Vielzahl von hohen Nebenkosten - ich möchte sie lieber als indirekte Kosten bezeichnen - verursacht, die wahrscheinlich noch gar nie zur Gänze richtig analysiert worden sind. Aber es ist ebenso richtig, Kollege Kußstatscher, daß dieses Fahrzeug Automobil heute in der Welt Millionen von Menschen Arbeit gibt. Und ich weiß nicht, wo diejenigen, die das Automobil verschrotten möchten, diese paar Millionen Menschen hinstellen möchten. Die kann man nicht verschrotten. Wo tun wir die hin? Das müssen wir uns halt auch einmal fragen.

ABGEORDNETER: (*unterbricht - interrompte*)

MERANER (FDU): Ja, wenn da gute Konzepte vorliegen, bin ich jederzeit dafür zu haben. Aber momentan ist das Problem noch so. Wir können nicht eines lösen und das andere nicht. Beide müßten wir parallel lösen. Nicht einmal parallel, das sind viele Dinge, die wir zugleich in Angriff nehmen müßten.

Ich möchte aber den Individualverkehr auch unter einem anderen Aspekt irgendwie in Schutz nehmen - ich sage nicht verteidigen, weil es auch für mich bessere Alternativen in vielen Fällen gibt. Aber richtig muß sein, daß derjenige, der ein Automobil fährt - wir beide fahren eines! -, weiß, daß die Kosten, die er zahlt, so gering doch wieder nicht sind. Diese sind schon doch sehr erheblich. Erheblich nicht, weil sie so erheblich sein müßten, sondern weil sie zu einem Großteil durch Steuern ihm auferlegt werden. Das muß auch gesagt werden.

Und ich bin mir nicht ganz sicher, ob diese so eingehobenen Steuern immer zu Gunsten des Autofahrers investiert werden. Das bin ich mir auch nicht ganz sicher. Aber der Individualverkehr insgesamt muß auch noch unter einem anderen Aspekt gesehen werden. Und jetzt spreche ich von einem sozioökonomischen Aspekt. Ich glaube, daß das Automobil einen nicht unerheblichen Verdienst daran hat, daß sich in der Welt, in Europa immer mehr Menschen grenzüberschreitend nahekommen. Das kann mit dem Flugzeug, mit dem Zug in diesem Ausmaße nicht geschehen. Da kommen wir nur zu gewissen Zentren hin. Mit dem Automobil kommen wir in jeden Winkel, über alle Grenzen. Und dies ist sehr wertvoll. Dies ist deswegen sehr wertvoll, weil wir gegenseitig persönlichen Kontakt haben, weil wir uns kennenlernen, weil wir über die Grenzen hinweg Beziehungen anknüpfen; ja, und man wird vielleicht lachen, aber ich stehe nicht an zu behaupten, daß diese individuelle Mobilität wahrscheinlich ein wichtiger, nicht zu unterschätzender Faktor auch für den Frieden in Europa und in der Welt ist, weil die Menschen sich kennenlernen.

So bin ich der Meinung, daß wir die Dinge, die äußerst komplex sind, halt von allen Seiten beleuchten und bewerten sollten. Es werden wahrscheinlich die Fortschrittsentusiasten nicht immer ganz recht haben, aber auch die Fortschrittsbremser nicht. Wir wollen den Fortschritt nicht behindern, sondern fördern, und zwar im eigentlichen Sinne des Wortes Fortschritt erzielen, was selbstverständlich damit zusammenhängt, daß wir noch viele zusätzliche Anstrengungen im Bereich der technologischen Verbesserung in bezug auf Umweltschutz zu leisten haben. Aber es nützt uns nichts, wenn wir sagen, das Auto darf nicht schneller als 100 Kilometer pro Stunde fahren. Damit würden wir der Industrie ein ausgezeichnetes Alibi liefern, daß sie uns die verrottesten, ältesten und am wenigsten umweltfreundlichen Motoren erzeugt und liefert. Erst wenn wir die Industrie herausfordern, wenn wir sie zwingen, das höchste zu geben, dann erst wird sie die Technologie in einem Höchstausmaß, auch im Interesse des Umweltschutzes, zur Verfügung stellen.

Die Züge sind zumindest derzeit äußerst unzuverlässig - ich rede jetzt von Italien. Hier geht es in erster Linie nicht darum, zusätzliche Strukturen zu schaffen. Es geht in erster Linie darum, die bestehenden Strukturen sinnvoller auszunützen. Und wenn wir im Bereich der Eisenbahn in Italien, wie ich kürzlich vom Eisenbahnchef gehört habe, über 300 verschiedene Gewerkschaften haben, so darf es uns einfach nicht wundern, daß jeden Tag irgendwo in Italien eine dieser Gewerkschaften auf die Idee kommt, einen Streik auszurufen und halt am einen oder anderen Bahnhof immer wieder eine oder mehrere Lokomotiven stillstehen. So kann es nicht gehen! So kann es nicht gehen, denn da geht der Fahrgast ganz schlicht und einfach nicht mehr das Risiko ein, mit dem Zug zu fahren. Noch schlimmer ist es ja bei den Transporten. In Südtirol läßt die Doppelsprachigkeit bei der Bahn sehr zu wünschen übrig. Die Bahnhöfe sollen auch abgeschafft werden. Die Fahrkarten löst man im Zug mit Aufschlag oder überhaupt nicht; auf der Linie Bozen-Meran oft überhaupt nicht, was auch nicht im Sinne des Erfinders sein kann, obwohl man, wie ich gehört habe, in Sigmundskron eine Computeranlage gebaut hat - bevor man schließt! - die weit über eine Milliarde gekostet haben soll. Ich kann das alles nicht begreifen. Aber das hat nichts mit der Bahn zu tun. Das hat mit der schlechten Verwaltung der Bahn zu tun. Das wollen wir einmal festhalten.

KUSSTATSCHER (SVP): Den Peterlini ...

MERANER (FDU): Und so bin ich, zum Schluß kommend was Verkehr betrifft, tatsächlich der Meinung: Solange Peterlini nicht der Chef der Eisenbahnen in Südtirol wird, haben wir da nichts Gutes zu erwarten.

Natur- und Umweltschutz. Ich bin froh, daß der zuständige Landesrat anwesend ist, denn er ist einer der wenigen glücklichen Landesräte, der sich bestimmt nicht darüber beschwert, daß er sparen muß. Er kann aus dem Vollen schöpfen, er hat Geldmassen zur Verfügung, die ein normaler Sterblicher überhaupt nicht abschätzen kann, so meine ich. Und diese Großzügigkeit gegenüber dem Landesrat Achmüller - Herr Landeshauptmann - hat ja auch ganz sicher einen Grund. Ich glaube nicht, daß dies auf die besondere Sympathie gegenüber ihrem Kollegen Achmüller zurückzuführen ist, sondern möglicherweise mehr auf die Antipathie gegenüber gewissen Grünen. Und da will man ihnen einfach das Wasser abgraben, sozusagen, und das lassen Sie sich auf Steuerzahlers Kosten auch sehr viel kosten. Ich bin auch kein Grüner in diesem Sinne, wie Sie wissen, aber bin der Meinung, daß ihr euch da ganz schön ins Bockshorn jagen habt lassen. Allein gemessen am Aufwand, der da betrieben wird - Herr Landesrat, es tut mir leid, dies feststellen zu müssen, lasse mich dann aber gegebenenfalls belehren - scheint mir das Ergebnis sehr dürftig zu sein.

Wir haben im Bereich des technischen Umweltschutzes eine ganze Reihe von Strukturen geschaffen, von denen aber eine Vielzahl unzweckmäßig ist, nicht funktioniert oder nicht richtig funktioniert. Ich denke da beispielsweise an die Tisener Auen, ich denke an die Müllverbrennung in Bozen, wo ich ausdrücklich darauf hinweisen möchte, daß ich es als einen ganz großen Skandal empfinde, daß die Landesregierung bis jetzt sich nicht mehr ins Zeug gelegt hat, um die wirklich Schuldigen wegen der Verbrennung des Giftmülls ausfindig zu machen. Hier wären noch ein oder zwei Gänge, wie der Genosse Frasnelli immer sagt, zuzulegen.

Es ist halt so, Herr Landesrat, wenn jemandem eine Kanne Altöl in den Bach fällt, dann wird er in der Zeitung verhunzt und dann kommen sie mit Strafen, die sie enorm erhöht haben und die nicht mehr aufhören. Wenn wir es aber mit dem größten Müllskandal zu tun haben, der in Südtirol seit Menschengedenken stattgefunden hat, dann gibt es keinen Schuldigen. So etwas kann doch nicht sein. Da verlieren Sie ja jede Glaubwürdigkeit bei der Bevölkerung.

ACHMÜLLER (SVP): *(unterbricht)*

MERANER (FDU): Ich bin der Meinung, wenn die Landesregierung will, dann wird der Schuldige oder die Schuldigen auch gefunden werden. Ich habe hier den deutlichen Eindruck, daß man ihn nicht finden will. Ich sage das nicht provokativ, sondern dies ist meine Überzeugung.

Die Kläranlage in Bozen hat sehr viele Milliarden verschlungen, aber sie funktioniert immer noch nicht richtig.

ACHMÜLLER (SVP): Tut sie schon.

MERANER (FDU): Ja, seit kurzem vielleicht, aber bisher nicht.

Die Kompostierungsanlage stinkt zum Himmel. Die Schlammleitung Bozen-Meran ist ein Projekt, von dem Sie selbst gesagt haben, Sie würden es nicht wiederholen. Wir haben Gegenden in unserem Lande, wo die zentralen Kläranlagen gebaut worden sind, aber, wehe,

keine Kanalisierungen die dort hinführen! Andererorts haben wir die Kanalisierungen seit 15 Jahren fertig, zum Beispiel in Eppan, aber noch keine zentrale Kläranlage, wo sie sich anschließen können. Dafür hat man aber voreilig alle privaten Klärgruben abgeschlossen, unter Zwang, so daß wir Eppaner jetzt, wenn ich richtig informiert bin, so etwas wie 130 bis 150 Sekundenliter Schwarzwasser in die Etsch leiten. Und das ist auch ein nicht unerheblicher Umweltskandal, der endlich zu beenden wäre.

Wir müssen feststellen, daß aufgrund dieser Tatsachen das Wasser der Etsch im Bereich Südtirol wesentlich verschmutzter ist als zum Beispiel im Bereich Trient.

Ich habe schon voriges Jahr den Vorschlag gemacht, die Biotope zu erfassen, Biotopbeauftragte anzustellen, damit diese die Biotope freiwillig und ohne Bezahlung - finden wir die Leute, ich habe mich erkundigt! - beobachten und der Landesregierung jährlich einen Bericht abgeben. Ohne Bezahlung sind die Umweltschutzverbände bereit, die Biotope zu beobachten und Ihnen jährlich einen Bericht zu liefern. Das habe ich Ihnen aber schon vor einem Jahr gesagt.

Die Leute mit den Holzfeuerungsanlagen werden in letzter Zeit immer häufiger schikaniert. Ich bin der Meinung, daß das Holz halt auch noch ein Brennstoff sein dürfen sollte. Und da gibt es neue Vorschriften, daß die Kamine einen gewissen Querschnitt haben müssen. Aber wer schon den alten Kamin hat, der wird das nur mehr sehr schwer ändern können. Und da gibt es besonders übereifrige Ärzte, Amtsärzte, die dann mit dem Mikrometer messen - jetzt etwas überspitzt ausgedrückt. Ich glaube, es ist immerhin noch besser, wenn die Leute das Holz, das sie übrig haben, anschüren, als daß sie Rohöl verfeuern.

Was den Müll betrifft, haben Sie das Konzept vermeiden, trennen usw. Akzeptiere ich vollkommen. Die Grüne Tonne in Naturns will ich nicht, wie soll man sagen, als ein Gesamtpflaster für die ganzen Wunden in Südtirol ansehen, aber wir werden diesem Problem nicht Herr werden, obwohl die Bevölkerung - das müssen Sie zugeben - durch die Schulung der letzten Jahre über Ihr Assessorat, über die Presse, über die Schulen wirklich sensibel und aufgeschlossen geworden ist. Da sind erhebliche Fortschritte in die richtige Richtung erzielt worden. Ich möchte dies als äußerst positiv ausdrücklich anerkennen. Trotzdem werden wir diesem Problem nicht Herr werden, solange wir nicht von der Flächenbesteuerung beim Müll abgehen, oder wenn das aufgrund der staatlichen Gesetze nicht möglich ist, daß wir wenigstens ein gemischtes System einführen, daß wir die Flächenbesteuerung in einem Mindestausmaß zugrundelegen und für den überwiegenden Teil aber tatsächlich das Quantum, und wenn es später einmal möglich sein sollte, auch die Art des Mülls besteuern. Dann werden Sie sehen, Herr Landesrat, werden wir nicht mehr ähnliche Müllberge haben wie auf Schloß Sigmundskron.

Die Wildbachverbauung. Hier ist sehr viel Geld ausgegeben worden für die Begradigung, für die Kanalisierung, für die Zubetonisierung, so daß das Wasser, Gott sei Dank, sehr rasch und hemmungslos von den Bergen fließt. Ja, ich muß es schon mehr dem Landesrat Mayr sagen, denn er war da über Jahre der Hauptzubetonierer. Sein Nachfolger hat diesbezüglich einige Altlasten zu übernehmen. Und da möchte ich in der Verteilung schon doch versuchen, gerecht zu sein.

Was Ihr Zubetonierer aber nicht getan habt, ist, Euch darüber Sorge zu machen: Was geschieht mit dem Wasser, wenn es einmal im Tal ankommt? Und da haben wir dann die Katastrophen. Bei jedem großflächigeren Gewitter haben wir die Überschwemmungen im Tal. Warum? Weil einerseits die Privaten und die öffentliche Hand Hunderte von Hektaren Boden versiegeln, durch Beton, durch Zement usw. und andererseits aber auch durch diese

Art der Wildbachverbauung. Ich glaube das ist ein Bumerang. Hier wäre Sorge zu tragen und ein geeignetes Programm zu entwerfen - der Landesrat hört nicht zu, aber Ihr werdet es ihm ja berichten! -, damit sichergestellt ist, daß das rasch zu Tal fließende Wasser, Herr zuständiger Landesrat, im Tal dann auch richtig verteilt werden kann und nicht jedes Mal bei einem größeren Regenguß zu Katastrophen, zu Überschwemmungen führt.

Was die Verwaltung betrifft, haben wir die minus 10 Milliarden nicht übersehen und nicht überhört; wäre auch gar nicht möglich gewesen, so oft ist es uns ja gesagt worden. Dies ist positiv, im Ansatz allerdings nicht mehr als 1,85 % der bestehenden Gesamtkosten.

Was wichtig wäre - und diesbezüglich sehe ich mich mit dem Landeshauptmann einer Meinung - ist, in den großen Zentren unseres Landes verschiedene Verwaltungszentren einzuführen, damit die Büros der Verwaltung nicht hundertfach übers Land verstreut sind. Es hat zwar einen eigenen Plan für die Landesämter gegeben, aber wenn zwei drei Ämter umsiedeln, dann ist alles nicht mehr wahr und der Bürger irrt halt herum wie ein Dürstiger in der Wüste. Er findet die Ämter nicht mehr.

Daß in der öffentlichen Verwaltung mehr Effizienz gefordert und im allgemeinen auch gerechtfertigt wäre, mit dieser Behauptung stehe ich nicht allein. Das hat auch der Herr Landeshauptmann kürzlich in einer Fernsehdebatte festgestellt. Aber auch in diesem Fall können nicht alle über einen Kamm geschert werden. Ich kenne selbst Ämter und Personen, die außerordentlich tüchtig sind, sehr fleißig und entgegenkommend sind. Es gibt aber ganze Abteilungen bei uns, wo die Leute nicht einmal mehr Zeitung lesen, weil sie auch dazu offensichtlich zu faul sind. Und das muß auch einmal gesagt werden.

Was die Gesetze betrifft, sollten wir auf dem angefangenen Weg der Einheitstexte weiterfahren, sehr positiv auch das Gesetz für den Umweltschutz in diesem Bereich, aber wir müßten uns eine weitere Modernisierung in dem Sinne aneignen, daß wir diese Einheitstexte dann auf Disketten speichern, sie allen Interessierten zum Selbstkostenpreis zur Verfügung stellen, daß diese auch die Möglichkeit bekommen in ein EDV-Zentrum beim Land die Disketten zu bringen, die Neuerungen mit Comupter einzuspeichern und gleich wieder mit nach Hause zu nehmen. Das wäre technisch überhaupt kein Problem; wäre heute bereits mit einem mittleren Personalcomputer möglich. Dadurch sollen dem Land aber keine Kosten entstehen. Die Betroffenen, die diese Dienstleistung wollen, müßten die vollen Kosten dafür zahlen. Das ist zumutbar und wesentlich billiger, als das, was sie heute haben. Und das wäre wieder eine Geste für eine wirkliche Bürgernähe, denn die Leute würden ein Gesetz schon eher verstehen, wenn sie nur den wirklichen Text lesen könnten, als wenn sie einen Gesetzestext lesen, der auf zwanzig andere - manchmal sind es über dreißig - Gesetzesbestimmungen, Dekrete und dergleichen Bezug nimmt.

Ich komme zu den allgemeinen Anmerkungen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, in bezug auf die Autonomie ist vom Kollegen Frasnelli heute festgestellt worden: Die internationale Verankerung ist gegeben. Er hat eine ganze Reihe von Argumenten dafür aufgezählt. Für mich gibt es nur ein Gegenargument: Warum, wenn sie schon gegeben ist, fordert die SVP, daß sie im Freundschaftsvertrag festgeschrieben wird? Dann braucht es das ja nicht mehr. Ihr fordert es, und folglich wißt Ihr, daß sie nicht gegeben ist. Leider hat Costa recht. Darüber kann ich mich absolut nicht freuen. Aber die Schuld liegt ja nicht beim Costa, sondern anderswo. Die SVP hat das fabelhaft gemacht - da muß man ihr taktisch eigentlich ein Kompliment machen: Magnago ist gegangen, Riz ist gegangen. Sie kann man nicht mehr verantwortlich machen. Den Brugger kann man auch nicht verantwortlich machen, denn der ist ja neu. Und der Landeshauptmann hat sich vorsichtshalber im Hintergrund gehalten -

parteilich gesehen - und läßt sich folglich auch nicht verantwortlich machen. Und so sitzen wir als Volk zwischen zwei oder mehreren Stühlen, suchen krampfhaft nach den Verantwortlichen, können sie aber nicht finden. Fürwahr, ein Meisterwerk an Taktik! Aber in Ordnung ist es nicht.

Toponomastik. Es scheint mir, daß da die SVP nachträglich auf den Feuerwehrwagen gesprungen ist, um dann, wie Tribus gesagt hat, Feuer zu legen. Das hat sie natürlich nicht getan, sie hat das ursprüngliche Gesetz der Union zunächst einmal in der Kommission vergewaltigt, und dann hat sie einen eigenen Gesetzentwurf vorgelegt, der in irgendeiner Weise eine Pseudolösung dieses Problems darstellen könnte. Das beste an diesem Gesetzentwurf ist die Tatsache, daß im Bericht weit und breit darauf bezug genommen wird, daß man der italienischen Bevölkerung erklären muß, daß sie ja die italienischen Namen nach wie vor verwenden kann, daß es hier um die Festschreibung der amtlichen Namen geht. Ich halte diesen Aspekt für sehr wichtig. Und hier werden wir noch einiges zu tun haben, denn Ferretti und die hinter mir sagen den Italienern in unserem Lande ja immer wieder: Ihr werdet es Euch doch nicht bieten lassen, daß ihr in Zukunft zu "Bressanone" nur mehr "Brixen" sagen dürft. Das ist ja nicht so. Sie dürfen auch nachher noch "Bressanone" sagen, wenn sie es wollen, so wie wir uns das Recht herausnehmen, zu "Milano" "Mailand" zu sagen. Aber der offizielle Name ist halt "Milano".

Das Zusammenleben. Ich glaube, es kann keinen vernünftigen Menschen geben, der sich gegen das friedliche Zusammenleben in unserem Lande ausspricht, aber es muß dies im gegenseitigen Respekt und mit der ehrlichen Absicht geschehen, daß keiner den anderen übervorteilt wird. Leute wie Costa könnte man eigentlich nur als eine angebrannte Zündschnur an einer ethnischen Bombe bezeichnen. Daß Amato solche Leute weiterhin in der Regierung behält, ringt mir einiges Erstaunen ab. Wir Südtiroler - und da wende ich mich an die italienischsprachige Bevölkerung in unserem Lande - haben aus gutem Grund Angst, daß uns unsere Kultur, unsere Sprache, unsere Identität genommen werden könnte. Ich habe von einem Bekannten letzte Woche zwei Pässe aus dem Jahre 1938 bekommen. Es war ein Bäcker und eine Bäckerfrau von Brixen. Und da wurde vom Beamten hineingeschrieben: "Residenti in Provincia di Trento". Wer Ähnliches durch die Geschichte erlebt hat, dem darf man es nicht verargen, wenn er Angst hat, wenn er mißtrauisch ist. Bitte gebt uns Vertrauen, setzt keine Akte, die uns verängstigen, die in uns wieder die Angst aufkommen lassen, daß wir als deutsche Volksgruppe in unserem Lande nicht friedlich überleben könnten, und Ihr werdet sehen, das Klima wird sich schlagartig ändern. Die Toponomastik, meine Damen und Herren, wäre dazu eine Chance. Hier könnte geschehenes Unrecht wieder gutgemacht werden, ohne daß man jemandem wehtun muß.

Die Funktion der Parteien. Die eigentliche Aufgabe der Parteien wäre es, die Demokratie zu organisieren und eine organisierte Pluralität zu garantieren. Und weil die Parteien vom Grundgesetz her eine so wichtige Aufgabe haben, bin ich der Meinung, daß Parteien auch etwas kosten dürfen. Sie sind allemal billiger als eine Diktatur. Leider aber sind die meisten Parteien weitgehend von ihrer ursprünglichen Aufgabe abgekommen. In Südtirol könnte man diesbezüglich insbesondere von einem wirklichen Demokratienotstand sprechen, mit einem eklatanten Mangel, nicht nur an Pluralismus, sondern auch an Verständnis für Pluralismus. Dies mag zum Teil historisch begründet sein, denn nach den Kriegswirren, als die Alliierten sich anschickten, die Südtiroler Volkspartei zu initiieren, war es verständlich, daß in der gesamten Bevölkerung der Wunsch vorhanden war: Gemeinsam und nur

gemeinsam gegen Rom. "Wir müssen alle zusammenhalten gegen die Italiener", das war das Schlagwort.

In diesen vielen Jahren hat sich einiges geändert, Kollege Frasnelli, meine Damen und Herren. Ich bin nach wie vor der Meinung, wenn es darum geht, gegen Rom anzukämpfen, soweit es einen übertriebenen Zentralismus betrifft, soweit es die ungerechtfertigte Beschneidung unserer Rechte oder die Vorenthaltung unserer Rechte betrifft, daß wir gemeinsam an einen Strick ziehen sollen. Dies darf aber nicht als Vorwand dafür gelten, daß man in Südtirol Demokratie und Pluralismus unterbinden möchte. Hier in unserem Lande muß Demokratie und Pluralismus durch Mehrparteiensystem genauso möglich sein wie anderswo. Und das wäre es auch.

Wir erleben eine übermäßige Machtkonzentration bei der Südtiroler Volkspartei: 90 % der Stimmen, 100 % der Steuergelder, 85 % der Presse, 100 %, oder fast, der Kirche. Das Ergebnis kann nichts anderes sein als ein Machtmonopol, entgegen, ganz entgegen, der ursprünglichen Aufgabe der Parteien. Diese Partei ersetzt den Landtag, das demokratisch gewählte Gremium der Bevölkerung. Diese SVP beansprucht zu Unrecht Alleinvertretungsrecht und Alleinentscheidungsrecht - siehe Paketverhandlungen. Diese SVP ist eine Partei, sie ist nicht vom Volk gewählt worden. Die Vertreter der Südtiroler Volkspartei in den demokratisch gewählten Gremien sind vom Volk gewählt worden, aber nicht die Partei und die Parteifunktionäre.

Angesichts dieser Sachlage dieser übermächtigen Parteien, gekoppelt mit Geld, Presse, Kirche, kann es nicht anders sein, als daß sich hier ein Machtpol gebildet hat, der dringend zusätzlicher und strengerer Kontrolle bedarf. Aber gerade diese demokratische Kontrolle von außen wird zielbewußt und konsequent mit aller Macht unterdrückt und abgewürgt. A la longe sind ein großer Geldhaufen und die fast unbeschränkte Macht, gekoppelt mit einer Machtverfilzung, in der Gesellschaft der ideale Nährboden für Korruption und Bestechung. Wahrscheinlich gibt es in ganz Italien kein Land, das dafür auch nur annähernd so gute Voraussetzungen geschaffen hat, wie gerade wir in Südtirol es vorfinden. Das sind Zustände, meine Damen und Herren, wie im alten Rom. Der Verdacht, daß wir nicht im gelobten Land leben, sondern der anderswo aufgedeckte Sumpf auch in Südtirol vorhanden ist, liegt deshalb nahe. Möglicherweise ist es aufgrund der geschilderten Zustände bei uns nur schwieriger, diesen Filz zu entflechten. Während der Verdacht diesbezüglich sehr wohl berechtigt ist, scheint es mir unangemessen, unbewiesene Verdächtigungen oder gar Vorverurteilungen durch die Presse zu tätigen. Diese sind von meiner rechtsstaatlichen Überzeugung her entschieden abzulehnen. Die Gerichte sollen und müssen alle begründeten Verdachtsmomente aufgreifen und sich in völliger Unabhängigkeit der Wahrheitsfindung widmen und gegebenenfalls die entsprechenden Urteile fällen. Es geht aber nicht an, daß bei Verdacht Vorverurteilungen geschehen, die derart sind, daß das wirkliche Urteil für die Betroffenen möglicherweise nur mehr irrelevant ist, weil sie inzwischen schon als Mensch ruiniert worden sind. Ich glaube, daß wir diesbezüglich den Vertretern der Gerichtsbarkeit ins Stammbuch schreiben müßten, daß auch sie als die Hüter der Gesetze die Gesetze, die in dieser Republik gelten, zu beachten haben. Ich beziehe mich hier insbesondere auf die Geheimhaltung in der Phase der Untersuchung. Wir dürfen uns keine populistische Gerichtsbarkeit wünschen, wir dürfen uns keine politische Demontage erlauben, wir dürfen es nicht zulassen, daß hier gewissen Kategorien und Menschen gegenüber Hexenprozesse nach der Art des Mittelalters geführt werden. Die Wahrheitssuche ist wichtig. Recht und Gerechtigkeit dürfen aber nicht mit Sensationshascherei und Karrieredenken vermischt

werden. Wer dies tut schadet der Demokratie und macht die Gerichtsbarkeit unglaubwürdig und macht möglicherweise den Weg frei, für eine stets und überall lauernde Diktatur. Wer sich wie ich zum Rechtsstaat bekennt, darf sich nicht über die Presselynychjustiz freuen, wenn es einmal seine politischen Gegner trifft. Er muß, unabhängig von den betroffenen Personen, dem Prinzip treu bleiben, daß jeder Mensch so lange als unschuldig anzusehen ist, bis nicht ihm gegenüber ein endgültiges Urteil gefällt worden ist, das ihn schuldig spricht und das in Rechtskraft erwachsen ist. Die Gerichte dürfen nicht nachlassen, bis auch der letzte Schuldige verurteilt ist. Was sie aber nicht dürfen, ist ständig das Amtsgeheimnis verletzen und die Politiker allgemein in den Schmutz ziehen, nur weil dies derzeit besonders populär ist. Die Gerichte sind aber auch aufgerufen, nicht nur Verfahren zu eröffnen, sondern dieselben auch zügig und innerhalb eines zumutbaren Zeitraumes abzuschließen. Ansonsten werden wir bald eine ganze Generation von Indizierten haben und keine Verurteilten. Die Demokratie kann sich nicht Legionen von indizierten Verantwortungsträgern leisten. Die Justiz muß möglichst rasch und im Sinne der Rechtsstaatlichkeit Schuld oder Unschuld feststellen. Mangelnde Effizienz der Gerichtsbarkeit schafft ein gefährliches Vakuum in der Demokratie und schadet dem Ansehen der Justiz.

Der Presse fällt die verantwortungsvolle Aufgabe zu, auch über unangenehme Ereignisse und Tatsachen objektiv, ausgewogen und möglichst vollständig zu berichten. Es gehört aber, meine Damen und Herren, nicht zu den Aufgaben der Presse, vorzeitig Informationen weiterzugeben, die sie nur in rechtswidriger Weise bekommen konnte. Wer Beamten besticht, um in gesetzeswidriger Weise in den Besitz verbotener Informationen zu gelangen, erfüllt nicht seine journalistische Pflicht. Er ist ein Gesetzesbrecher nach dem Prinzip, daß der Hehler nicht besser ist als der Stehler. Im Interesse höherer Werte, die mit dem Überleben einer demokratischen Gesellschaft zu tun haben, sollten sich auch Journalisten die Tugend des verantwortungsvollen Schweigens aneignen. Wir wünschen und erwarten nicht, daß Journalisten wahre Begebenheiten verschweigen oder gewisse Verantwortungsträger in Schutz nehmen. Dies wäre schändlich und unverantwortlich. Unrecht ist es aber auch, wenn - ohne Tatsachen und wahre Begebenheiten zu nennen - Menschen verdächtigt, verleumdet und tatsächlich verurteilt werden.

Die unablässige, indifferenzierte Anpöbelung von Politikern ohne Schuldnachweis könnte dazu führen, daß sich wirklich integre Persönlichkeiten bald nicht mehr bereit erklären, als Politiker tätig zu werden. Und dann werden diese Lücken von anderen aufgefüllt werden.

Heute ist die Gewaltentrennung, meine Damen und Herren, wichtiger denn je. Legislative, Exekutive und Justiz müssen völlig unabhängig, in gegenseitiger Achtung, jeder in seinem Bereich, zum Wohle des Ganzen möglichst effizient arbeiten. Der Presse erwächst die verantwortungsvolle Aufgabe unabhängig, ohne persönliche Wertung durch die Journalisten, sine ira et studio zeitgerecht, wahrhaftig und in angemessener Weise über alle relevanten Geschehnisse zu berichten und so einen wichtigen Beitrag für das Funktionieren unserer Demokratie zu leisten. Ich weiß, diese unsere Demokratie ist nicht die beste aller möglichen. Mit allzuvielen Mängeln ist sie behaftet. Aber ich verteidige sie, und koste es mein Leben, denn sie ist sicher besser als jede Diktatur, die auch in ihrer besten Form keine denkbare Alternative zur Demokratie darstellen kann. Arbeiten wir deshalb parteiübergreifend und berufsübergreifend, meine Damen und Herren, gemeinsam, jeder an seinem Platz, mit ganzer Kraft für die Verbesserung und Stärkung dieser unserer Demokratie!

In diesem Zusammenhang sei - und damit schließe ich ab - der Landesregierung ins Stammbuch geschrieben: Es geht nicht an, daß sich die Landesregierung anmaßt, die Legislative, die Exekutive und die Kontrolle über sich selbst de facto gänzlich und fast ausschließlich für sich in Anspruch zu nehmen. Wenn Ihr - Herr Landeshauptmann und geschätzte Landesräte - fortfahrt, jede demokratische Kontrolle zu erschweren und zu behindern, werdet Ihr Euch in Zukunft immer mehr von den Gerichten kontrollieren lassen müssen. Denkt bitte auch im Zusammenhang mit der geplanten Abänderung des Wahlgesetzes daran!

Dies meine allgemeinen Überlegungen anlässlich dieser für mich letzten Haushaltsdebatte.

Was die Gestaltung des Haushaltes im ganzen betrifft, dürfte aus meinen Ausführungen klar hervorgegangen sein, daß ich gegen die Verabschiedung dieses Haushaltes in der uns vorliegenden Form stimmen werde.

Ich danke Ihnen für's Zuhören!

BERTOLINI (SVP): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Es ist in diesem Hause von einigen Kollegen bereits sehr viel über politische Ereignisse, über Veränderungen in unserem Lande, politische Veränderungen, über Veränderungen im Staat bis hinaus nach Europa, auch in exzellenter Weise, und Visionen für die Zukunft gesprochen worden. Wenn auch die einzelnen Kollegen vielleicht von einer verschiedenen politischen Stellung her ihre Beiträge geleistet haben, so war es doch wertvoll, daß sie ausgesprochen worden sind. Und insgesamt, glaube ich, ergibt das dann ein Bild, innerhalb dessen wir hier in diesem Land in echter Demokratie für die Zukunft handeln und bauen sollen.

Ich möchte mich in diese politischen Themen jetzt nicht einlassen, sondern zu diesem Haushalt vielleicht einige Argumente zu verschiedenen Kapiteln im Bericht des Landeshauptmannes in alltäglicher Weise bringen, denn ich meine es ist einfach notwendig, daß wir auch zu den großen Visionen, diesen Alltag, dieses tägliche nicht ganz vergessen. Ich werde im Rahmen dieser meiner Ausführungen auch ein bißchen nach diesem Bericht vorgehen, so, daß auch, wie im Bericht, es dann nicht so sein sollte, daß das eine Thema wichtiger wäre, weil es zuvor gebracht wurde, als ein anderes, das später besprochen wird. Ich werde auch nicht zu allen Themen und Inhalten etwas sagen, sondern einfach einmal zu denjenigen, wo ich glaube, meine Vorstellungen aussprechen zu sollen.

Und da beginne ich zunächst einmal mit der Landwirtschaft. Ich habe im letzten Wirtschaftskurier einen Satz gelesen, der mir sehr zu denken gab. Anscheinend bei einer größeren Veranstaltung hat ein Agrarjournalist seine Thesen zum Schluß dargelegt und meinte dabei, daß die Agrargüter dort produziert werden sollten, wo sie in der Welt am billigsten produziert werden könnten. Alles andere sei kleinkarierte Autarkie. Später gibt er zu: Wenn es dann nicht klappt, könnte man ja wieder von vorne mit der Landwirtschaft beginnen. Also sozusagen Ende Landwirtschaft im bäuerlichen Sinne, wie es zumindest wir in unserem Lande, und vielleicht nicht nur wir im Lande, sondern im gesamten Alpenraum, zu verstehen haben.

Als Gegengewicht fällt mir ein Wort vom Bischof Stecher ein, der vor nicht langer Zeit einmal in einem vielbeachteten Vortrag sagte: *"Mit jedem Bauern stirbt ein Stück Schöpfung"*.

Ich zitiere diese beiden Argumente, weil ich einfach meine, da drinnen liegt das Dilemma: auf der einen Seite meinen, wir bräuchten die bäuerliche Wirtschaft nicht mehr und

auf der anderen Seite, sozusagen als Auftrag auch der Schöpfung, von der wir heute so viel reden, in ungemein vielen Zusammenhängen - das ist auch richtig -, daß es diesen Bauern einfach braucht, um Schöpfung zu erhalten. Und ich meine, wenn hier der Bauer wichtig ist, um diese Schöpfung zu erhalten, dann nicht ganz allein und ausschließlich nur der Natur wegen, der Landschaft wegen, sondern auch der Lebensweise wegen, draußen auf diesen Höfen in diesen Familien, daß dort genauso der Beitrag für die gesamte Gesellschaft geleistet werden muß und wird. Es hat schon einmal einen Mansholtsplan gegeben. Ich war damals ganz jung und neu im Assessorat für Landwirtschaft angestellt, zuständig für die Beratung und Schulung der Bauern. Ich kann mich noch gut erinnern, daß ich mich ab und zu wehren mußte, mich nicht zu schämen, für die Bauern zu arbeiten. Die Zeit ist vorbeigegangen, die Bauern sind, Gott sei Dank, geblieben. Und es war bald die Erkenntnis da: Wir brauchen diese Bauern. Was würden wir ohne sie oben tun, was würden wir mit den Bauern herunter anfangen? Heute scheinen mir ähnliche Gefahren für das Bauerntum da zu sein, wenn wir die verschiedenen GATT-Verhandlungen ernstnehmen, wenn wir gewisse EG-Normen hören, wenn es darum geht, daß auch hier nun wiederum nur der Große, beinahe die industrialisierte Landwirtschaft ein Recht hätte zu leben. Ich hoffe nur, daß diese Situation wiederum vorbeigeht, auch mit sehr viel Innovationskraft auf unseren Höfen, im Sinne einer gesunden bäuerlichen Landwirtschaft für die Zukunft.

Wenn wir hier auch die Verordnungen für die Qualitätsmilch und Fleischhygiene als Erschwernisse zu betrachten haben, dann hoffe ich, daß dieser Engpaß durchgegangen wird. Und das muß man auch einmal sagen, daß Qualitätsmilch bestimmt nicht von den Fliesen im Stall abhängt, sondern wahrscheinlich von ganz anderen Faktoren, und daß Qualitätsmilch auch in unserer Landwirtschaft, in unseren Ställen produziert wird. Wie man diesem Ganzen ausweichen kann, wie man dieses Ganze bewältigen kann, ist die Frage. Ich hoffe, daß man bei uns im Lande dann die Möglichkeiten findet, einen Bergbauern nicht unbedingt wegen der Verfließung seines Stalles in die finanzielle Enge treiben zu müssen. Das ist nämlich die Situation.

Der Bauer und die Bäuerin wollen ganz bestimmt, das wage ich zu behaupten, Betriebsleiter sein, und das ist schon angedeutet worden, nicht nur der sogenannte Landschaftsgärtner, der subventioniert oder billig bezahlt wird. Es geht hier auch um diese Initiative des selbständig, des eigenständig, des Betriebsleiter sein wollens. Und diesbezüglich hat die öffentliche Hand wohl die Aufgabe, alle Möglichkeiten zu geben und auszuschöpfen, daß das in Zukunft geschehen und bleiben kann.

Wenn im Minderheitenbericht des MSI, des Kollegen Benussi, steht, daß nach wie vor dieser Sektor Landwirtschaft zu sehr bevorzugt wird, dann meine ich, ist hier die Sicht für diesen Betriebszweig einfach nicht ganz die richtige, dann sieht man vielleicht nur eine gewisse Funktion der Landwirtschaft, aber nicht das Ingesamte, das sie zu leisten hat, im Familienbetrieb, in Familie, Haus, Hof, Feld und Wirtschaft. Die Landwirtschaft ist, Gott sei Dank, im Landeshaushalt mit den gleichen finanziellen Mitteln wie bisher dotiert. Wenn es die gleichen Summen bleiben, dann werden es letztendlich doch etwas weniger Mittel sein, weil ja, wie wir alle wissen, diese Summen immer wieder weniger Wert haben, wenn wir schon so gerne behaupten, daß man mit dieser Lira nicht mehr viel anfangen kann. Dann mag die Zahl wohl stimmen, wohl gleich geblieben sein, aber ob sie wirklich gleich viel Wert ist, ist eine andere Frage. Deswegen ist es nur recht und billig, daß dieser Ansatz geblieben ist.

Ich möchte aber in besonderer Weise vielleicht doch herausheben, daß die Bauern in unserem Lande - und ich habe das in der letzten Zeit doch gut mitbekommen - auch selbst

sich Dinge einfallen lassen, wie sie zu einem sinnvollen Nebenerwerb am Hof kommen können, wie sie ihre Existenz sichern können. Und da gibt es die interessantesten Beginne und Initiativen, wenn man an Ulten denkt, wenn man vielleicht auch ans Antholzertal oder Gsiesertal oder sonstwo denkt, wo die Bauern sich mit diesen neuen Initiativen weiterbringen wollen. Hier sind besonders die Jungbauern am Ball, wenn ich das so sagen darf. Zum Beispiel das Produkttelefon. Sicher eine ausgezeichnete Einrichtung, die wiederum den Konsumenten zum Bauernhof bringt und hier nicht nur das rein Geschäftliche, das auch wichtig ist, gepflegt wird, sondern auch die Begegnung zwischen Bauer und Konsument. Und diese Begegnung zwischen Bauer und Konsument ist einfach zu werten. Gerade über diese Begegnung und dieses Kennenlernen wird der Konsument eine andere Auffassung bekommen, der Städter sozusagen vom Bauern und seiner Arbeit, und der Bauer weiß mehr, was der Städter sich vorstellt und was er braucht. Freilich geht es darum, daß Qualitätsprodukte mit diesem Produkttelefon, mit den Bauernmärkten, die aufkommen und mit anderem mehr, angeboten werden.

Nun kann man diesbezüglich auch die Frage stellen: Solche Produkte müssen wohl wahrscheinlich etwas teurer sein, damit es sich für den Bauern auszahlt, sie herzustellen? Aber andererseits hat der Konsument einen Ausgleich zwischen all dem, was man imitate nennt in den Regalen unserer Großmärkte, wo zugegriffen wird. Und ich meine, daß gerade solche Möglichkeiten des Einkaufes von landwirtschaftlichen Produkten ab Hof eine ganz wichtige Initiative ist, ob ab Hof direkt oder über Bauernmarkt oder daß sonstige Initiativen in unseren Tälern drinnen zu greifen beginnen, besonders über die Jungbauern. Und ich meine, daß solche Initiativen auch mit die öffentliche Unterstützung haben müssen, dort, wo es notwendig ist. Wir wissen, daß da eine Menge an bürokratischen Schwierigkeiten anfallen, und diese am meisten Hindernisse aufbauen, daß wirklich dieses Produzieren und Ab-Hof-Verkaufen, ab Bauernmarkt, dieses Konsument-zum-Bauernhof-Kommen, Abholen, gerade diese bürokratischen Schwierigkeiten das auch hemmen.

Vielleicht können wir doch auch in unserem Lande, über die Landesverwaltung zusehen, wie hier Erleichterungen, in welcher Form auch immer, genossenschaftlich oder sonstwie, gefördert werden können und damit eine gute Initiative, auch als Neben- und Zuerwerb, als Erhalt der bäuerlichen Existenz betrieben werden kann.

Die Beratung und die Schulung innerhalb der Landwirtschaft möchte ich noch besonders herausheben, um nicht auf weitere andere Themen einzugehen. Beratung und Schulung ist sicher etwas vom Wichtigsten für die junge Generation, die heranwächst und in Zukunft Bauer sein muß. Und da wissen wir ja alle, sind neue Programme, neue Schularten eingeführt worden - die zweijährige, dreijährige Schule -hin auf das staatliche Biennium. Und da hat vielleicht die Landesregierung gerade auf dem bäuerlichen Sektor eine Vorreiterrolle gespielt, daß hier bereits in unseren Schulen der Landwirtschaft und in den Hauswirtschaftsschulen diese Zweijährigkeit eingeführt worden ist, auch mit einer Umänderung des Lehrplanes, um dann hineinzukommen in das Biennium der Staatsschulen, aber vor allen Dingen, daß dann mit diesem Biennium, mit dieser Anerkennung, auch der Übergang zu anderen Schulen offen bleibt. Ich hoffe nur, daß die Landesregierung - und das wäre eine Forderung, die ich aufstellen möchte - alles daransetzt und wirklich alle Schritte einleitet, daß das geschehen wird - noch ist es ja nicht -, denn unsere bäuerliche Bevölkerung braucht auch den Glauben in diese Institution Biennium an den Haus- und Landwirtschaftsschulen. Ansonsten fragt sie sich: Warum soll mein Bub jetzt drei Jahre Schule gehen, damit er ein Bauer sein kann? Bisher haben es zwei Sechsmonatskurse, also zwei Jahre mit sechs

Monaten getan. Also: daß dies wirklich durchgesetzt wird, daß die Schule anerkannt wird, sei es für die Mädchen, wie auch für die Burschen in andere Studienrichtungen hinein, und sie infolgedessen, wenn sie nicht in dem Rahmen in ihrem Leben bleiben, auch zu anderen Berufen kommen.

Die Beratung sollte vielleicht für die bergbäuerliche Bevölkerung noch ausgebaut werden, denn wir wissen, selbst wenn irgendwo Beeren angebaut werden, braucht diese Bäuerin und braucht dieser Bauer eine Beratung, damit das auch gelingt. Soviel zur Landwirtschaft.

Dann möchte ich übergeben und einiges zum Bereich Umweltschutz sagen. Ja, der Umweltschutz braucht meines Erachtens auch eine Philosophie, und zwar jene Philosophie, die uns hilft, Ökologie und Ökonomie, die ständig in diesem Streit liegen, richtig einzuschätzen und richtig zu verstehen. Wir sollten wirklich zugeben, daß wir selbst immer wieder in die Widersprüchlichkeit hineinkommen, auch in unserem Leben, in diese Widersprüchlichkeit: Umwelt und etwas anderes in dieser Welt. Der Kollege Meraner soll mir nicht übelnehmen, wenn ich ihn jetzt zitiere, um da eine Widersprüchlichkeit von meinem Verständnis her in Sache Umwelt herauszuheben. Er hat gemeint, das Auto wäre dazu da, in jeden Winkel und in jede Ecke hinauszukommen, um auch unsere, sozusagen soziale, Verbindung zu anderen hin zu pflegen. Da begegnet mir aber auf der anderen Seite genau das Gegenteil, wo man sagt: Muß denn in alle Ecken ein Auto hinauskommen? Ist es notwendig, daß allorts und überall ein Auto steht? Wenn das eine sein soll, aber wir auch die Umwelt vor diesen Dingen schützen wollen, dann sind wir schon wieder in dieser Schwierigkeit drinnen, in dieser Widersprüchlichkeit: Umwelt schützen und trotzdem die Bequemlichkeit für alles haben. Und so meine ich, daß Umweltschutz eine ganze Menge mit Aufgabe von Bequemlichkeiten zu tun hat. Und darin liegt die Schwierigkeit für jeden von uns. Geben wir es doch zu. Wir selbst stoßen doch immer wieder an diese Grenzen bei uns selbst: Bequemlichkeit oder tue ich etwas für diese Umwelt? Das beginnt bereits bei der Mülltrennung im Haushalt. Es ist so einfach, alles in einen Kübel zu werfen und dann zur Mülltonne zu bringen. Und es braucht schon Überlegung, Organisation, Zeit, Denken, vielleicht zu soundsovielen in der Familie zu sagen, Du paß auf, so tun wir es nicht, Erziehung, um diesen Müll im Hause zu trennen. Und bereits dort beginnt es, daß wir lieber bequem sind, als hier den Weitblick für diese Umwelt zu haben, wissend, daß alles, was wir hier der Bequemlichkeit opfern, wieder zurückfällt auf uns selbst. Das mag wohl vielleicht irgendwo auch mit Erziehung zu tun haben. Umwelterziehung erscheint heute ungemein wichtig. Ich selber weiß, daß der Erwachsene sehr schwer umzuerziehen ist. Er kann zehn Vorträge hören. Damit ist er noch nicht umerzogen, denn er geht heim und sagt: Ja, ja, schön ist es gewesen. Wäre schon ganz richtig, aber warum soll gerade ich es tun? Der andere tut es auch nicht. Und schon wieder sind wir in diese Beharrlichkeit des Gewohnten verfallen und steigen nicht aus und treten ein in eine neue. Deswegen habe ich die Hoffnung, wenn die Kinder für die Umwelt erzogen werden, daß da diese neue Generation heranwächst. Wir müssen halt Langmut in dieser Sache der Umwelt haben. Geduld ist eines. Diese kann vergehen. Aber das Wort "Langmut", wenn wir da alles hineinlegen, das kann uns für die Zukunft vielleicht doch weiterbringen.

Deswegen meine ich, daß sehr viel getan werden muß für diese Umwelterziehung, wie es ja auch in Kindergärten bereits praktiziert wird, spielerisch und spielend, über die Schulen herauf, die Jugend, und trotzdem aber den Erwachsenen nicht vergessen. Diesbezüglich sind

wahrscheinlich Programme zu entwickeln und sind auch Strategien aufzuzeigen, wie man am besten solche Umwelterziehung zum Menschen hinbringt.

Wir können oft und genug auch - jetzt sage ich nur ein Beispiel - vom Energiesparen reden. Und es ist auch ein recht hübsches Büchlein vom Landesrat Kofler herausgekommen. Ich habe es durchgesehen. Brauchbar für alle. Aber bis das umgesetzt wird, ist dann halt doch ein weiter Weg. Ich meine sogar, daß Umweltgestalten vom Hause weg, von der Familie weg, vom Haushalt weg, eine Menge an Kenntnissen braucht, auch für diejenige Person, die den Haushalt führt und daß diese dann dazu noch eine Menge an Führungseigenschaften braucht, um alle die, die zum Familienverband, zum Familienwesen gehören, dorthinzubringen, daß dort bereits wirklich der Umweltschutz beginnt. Es geht praktisch um eine Lebensführung, damit wir nicht nur reparieren, wo die Schäden vorhanden sind, sondern von vorneherein Umwelt schützen, ökologisch handeln. Wir wissen, Ökologie sagt mehr als Umweltschutz. Und diesbezüglich dürften wir vielleicht wirklich immer wieder ein bißchen mehr erkennen, daß zwischen Ökologie und Ökonomie eigentlich doch nicht Unverträglichkeiten und Gegensätze bestehen. Und ich zitiere hier den Prof. Dr. Rock, den ich einmal bei einer Tagung erlebt habe, der sagt: "Vielmehr handelt es sich um zusammengehörige Begriffe. Das ökonomische Element betrifft den die Natur wirtschaftlich benutzenden Eingriff; das ökologische den die Natur sorgsam bewahrenden Schutz." Und zwischen Eingriff und Schutz, glaube ich, müssen wir ständig nachdenken, damit wir dann zum richtigen Handeln kommen.

Ich muß nur einen Moment ausschweifen. Wenn ich jetzt in der Weihnachtszeit durch unser Land fahre oder durch unsere Städte gehe, dann frage ich mich schon manchmal, wieweit wir dabei mit all dem Glanz, Glitzer und Verpackung und noch einmal schöneres Packtl machen, noch einmal mehr Lichter, Umwelt schützen. Oder ob wir unseren ästhetischen Blick, unser ästhetisches Empfinden, bereits nur noch auf Glanz ausgerichtet haben. Wir gehen Blumen kaufen und lassen sie schön in Glanzpapier verpacken. Und das Glanzpapier rundherum ist das Schöne, und wir sehen die Schönheit der Blumen gar nicht mehr. Sagen wir es ruhig einmal so. Wenn man dann das Glanzpapier weg hat und den Strauß in die Vase stellt dann endlich: Ja, ja, Blumen habe ich gekriegt. Schön sind sie verpackt gewesen. Ich habe das selbst gehört, so und so oft. Ich möchte dieses Beispiel nur bringen, um für mich persönlich aufzuzeigen, wie unser ästhetisches Empfinden bereits von der Natur abgerückt ist, daß wir nicht mehr die Natur in ihrer Schönheit an sich zu sehen imstande sind, sondern weiß Gott welchen Glanz rundherumstellen müssen und dieser Glanz bereits bei der Produktion schon Umwelt vermutzt, durch die Produktion, durch die Herstellung all dieser Dinge. Dort zurück müßten wir eigentlich denken. Aber das ist vielleicht jetzt zu weit ausgeschweift und ich weiß nicht, wieweit wir im Lande die Möglichkeit haben, solche Dinge zu unterbinden.

Und damit wäre ich ein bißchen bei der Müllvermeidung. Ich bin sehr für die Mülltrennung und hoffe, daß auch die entsprechenden Infrastrukturen in unseren Dörfern und besonders in der Stadt - in den Dörfern beginnt es, besser zu klappen; das muß ich sagen - da sind, um diese Mülltrennung den Menschen möglichst zu erleichtern. Es geht halt nicht anders. Und das ist wiederum vielleicht eine Rahmenbedingung, die wir gesetzgeberisch oder zumindest von unserer politischen Machbarkeit her, setzen können. Dort ist gut, wenn Geld ausgegeben wird. Die Müllvermeidung natürlich, würde bei der ganzen Verpackung beginnen. Die Müllvermeidung würde beginnen, ich weiß nicht wo immer, und die Müllvermeidung hat eben mit dem zu tun, daß wir mäßig werden und Mäßigkeit üben, eine Kardinaltugend von einst und damals. Aber diese haben wir ein bißchen vergessen.

Etwas anderes ist, was schon der Kollege Meraner auch gesagt hat, ich muß es wiederholen, die Art und Weise, wie wir Müllgebühren einheben, daß über diesen Weg wirklich auch der Mensch angereizt werden kann, weniger Müll zu produzieren oder Müll zu trennen, um dann weniger zu bezahlen. Und dann zahlt es sich eben aus. So ist halt einmal der Gedankengang der Menschen. Und dann würde wirklich etwa weniger Müll produziert. Soviel dazu.

Ich hätte nur noch die Reinhaltung der Luft und die Bekämpfung des Lärms gerne angesprochen. Zur Zeit in Bozen, wenn vor den Garagen und den Parkplätzen die Autos Schlange stehen und den Motor laufen haben, dann erschrickt man, wenn es um die Luftverseuchung und um den Lärmschutz geht. Wenn ich hier noch eine Überlegung zu dem anstellen darf, dann frage ich mich wirklich, ob nicht diese Weihnachtszeit jetzt in Bozen uns etwas aufzeigt, nämlich, daß diese Einrichtung Parkplatz draußen und Shuttlebus nicht funktioniert. Warum? Weil sich jeder sagt: Ich hoffe noch mitten drinnen einen Parkplatz zu bekommen. Während der Messe hingegen hat es funktioniert. Denn da ist niemand in die Stadt hereingefahren, um einen Parkplatz zu suchen, um dann zu Fuß in die Messe zu gehen. Da hat man draußen geparkt. Jetzt fährt man lieber herein, in der Hoffnung, halt doch noch einen Platz mit dem eigenen Auto zu bekommen, weil man herinnen ist und herinnen sein will und möglichst nicht weit vom Auto weg. Da ist mir eingefallen, hier könnten alle diejenigen recht bekommen, in dieser jetzigen Situation in Bozen, die sagen: "Möglichst keine Parkplätze in der Innenstadt schaffen". Bisher habe ich auch immer gemeint, es ist wirklich, Gott sei Dank, ein Parkplatz. Brauche ich nicht zehnmal die Runde fahren, bis ich irgendwo ein Plätzchen finde. Wir brauchen noch Parkplätze. Aber diese eine Situation jetzt belehrt mich ganz einfach, daß es schwierig ist, zu den Leuten zu sagen, bleibt's draußen, steigt in den Shuttlebus, fährt's herein, weil ja der Parkplatz in der Walthergarage gleich unter dem Christkindlmarkt ist. Warum sollte ich dann draußen bleiben? Das ist ein Zeichen, das wir untersuchen müssen. Und da müssen wir nachdenken, ob nicht wirklich andere Lösungen richtiger sind. Im Vergleich Messe. Da hat es schon funktioniert. Aber jetzt herinnen? Und Garagen? Soviel zu diesem Problem und auch Luftreinhaltung und dann Verkehr in der Stadt, über den wir soviel reden.

Ich möchte in diesem Zusammenhang mit der Umwelt nur auch darauf hinweisen, und ich meine, das ist doch auch wichtig für uns alle und für die Landesregierung, sei es in der Legislative wie in der Exekutive, wenn man vom Volk herauf wiederum einen Beschluß nachgetragen bekommt, um zu Handeln. Und zwar zitiere ich, daß auch die SVP-Frauenbewegung auf ihrer Landesversammlung eine Resolution beschlossen hat, im Zusammenhang mit Umwelt, wo sie wirklich einige sehr wichtige Dinge verlangt, wie: genügend Information über Umweltprobleme, aber auch Umwelterziehung oder die Vorstellung eines Landesverkehrskonzeptes oder ein Konzept für die landesweite Mülltrennung und die Entsorgung des Sondermülls, der uns ja auch immer wieder Probleme schafft, und auch die Koordinierung der Müllentsorgungsanlagen, daß das vorgenommen wird und daß auch technische Gutachten über die Zweckmäßigkeit und Vertretbarkeit der Müllverbrennung eingeholt werden. Also auch hier hat man sich Gedanken gemacht und in einer Resolution einiges festgelegt, was man möchte, daß auf politischer Ebene gelöst wird. Ich möchte das hier sagen, daß sich auch die SVP-Frauen mit diesen Problemen wirklich beschäftigen.

Nun hätte ich noch ein soziales Problem, um nicht weiter auf Sanität und ähnlichem einzugehen. Aber eine soziale Sache möchte ich im Zusammenhang Jugend-Frau-Familie,

wie es hier auch festgehalten ist, aufreißen. Vielleicht eine Initiative, die sehr stark vom Subsidiaritätsprinzip getragen ist, von Menschen guten Willens sozusagen, aber die Rahmenbedingungen von der Landesregierung braucht, und zwar das Projekt Tagesmütter. Ich meine, daß diese Projekt Tagesmütter wirklich in Angriff genommen werden muß, auch von der Landesregierung. Ich weiß, daß diesbezüglich der Landeshauptmann und auch der Landesrat Otto Saurer Zuschriften bekommen haben und daß sie genau in Kenntnis über dieses Projekt sind. Ich meine ganz einfach, daß es wirklich ein Projekt ist, auch einmal für die Frauen und ein Projekt für das Kind, aber auch ein Projekt für die Familie und sagen wir ruhig auch ein Projekt für die Gesellschaft. Wenn ein solches Projekt, auch durch gute Ausbildung derjenigen, die da einsteigen wollen, gut funktioniert, dann kann das für unsere Kinder, für unsere Familien, für die berufstätige Frau, aber auch die nichtberufstätige Frau, eine wirklich ausgezeichnete Sache sein. Ich würde deswegen bitten, gerade in diesem Zusammenhang sich wirklich dieses Themas anzunehmen und nachzufragen, wieweit dieses Projekt Tagesmütter im Verein oder auch später in einer Genossenschaft gefördert werden kann und dieses Projekt sicher der Landesregierung weniger kostet, als wenn sie andere soziale Einrichtungen für Kinder, Frauen erstellen muß und dabei aber auch nicht zu vergessen ist, daß ja eine persönliche Initiative mit da ist, die immer zu unterstreichen und immer zu fördern ist, weil dieses private Engagement einfach notwendig ist, auch im sozialen Bereich, auch im Familienbereich, im Bereich für Kinder und Jugend; nicht nur von obenher erwarten, sondern auch von untenher mitgeben. Und hier schiene mir, träfen sich eben die Privatinitiative und das Engagement der Landesverwaltung zu einem guten Ganzen für die Frau, die Familie, das Kind und vielleicht weiter gedacht, für die Gesellschaft.

Ich hätte dann noch ein Problem, das ich gerne angeschnitten hätte, und zwar im Zusammenhang mit Kultur, kulturelle Tätigkeiten. Auch hier finde ich wieder im Minderheitenbericht des MSI den Satz "Uns scheint, daß man, wie in der Vergangenheit, weiterhin die deutsche Sprachgruppe bevorzugt". Das ist ein Anstoß, daß ich mich dazu jetzt zu Wort melde, aber nicht nur das allein, sondern auch andere Tatsachen. Es geht hier um die kulturelle Tätigkeit oder Bildungsbereich. Ich möchte anhand von diesem Beispiel eine Situation aufzeigen, die ich ersuche, jetzt nicht so zu verstehen, daß ich mit dem, was ich jetzt aufzeigen werde, irgendwo das Klima des guten Verständnisses zwischen deutscher und italienischer Volksgruppe in Frage stellen oder anknabbern will. Im Gegenteil. Ich meine sogar, es gehörte zum gerechten Ausgleich zwischen deutscher und italienischer Volksgruppe dazu, auch solches einmal aufzuwerfen, wie ich es jetzt tun werde. Ich bin Verwaltungsratsmitglied des Musikinstitutes. Im "Alto Adige" vom 11. November stand einiges drinnen über diese "8 miliardi per i tromboni". Anscheinend ist die Anfrage nie irgendwo angelangt, aber der "Alto Adige" hat zumindest geschrieben, er hat auch im Bild die "tromboni" mit "bass-baritone" verwechselt. Aber das mag nur so nebenbei bemerkt sein.

Das deutsch-ladinische Musikinstitut bekommt, genau nach Proporz errechnet in Prozenten das Geld. 8.789 Millionen waren es im Jahre 1992. Das Musikinstitut der italienischen Sprachgruppe erhält 2.512 Millionen. Und jetzt aber die Rechnung dazu. Das deutsche Musikinstitut hat 9.000 Schüler; das italienische Musikinstitut hat 900 Schüler. Beides belegtermaßen hier vor mir. Das heißt: das deutsche Musikinstitut kann pro Schüler 976.556 Lire ausgeben; das italienische Musikinstitut kann 2.791.111 Lire pro Schüler ausgeben. Wir haben im Autonomiestatut enthalten, im Artikel 15, daß gerade im sozialen und kulturellen Bereich diese Mittel im direkten Verhältnis zur Stärke, mit bezug auf das Ausmaß des Bedarfs einer Sprachgruppe, verteilt werden. Das haben wir ja im

Volkswohnbau angewandt. Und jetzt ganz einfach schlicht hingelegt meine Forderung, daß sich die Landesregierung wirklich durchringen sollte, auch diesen Bedarf zu sehen und nicht nur den Proporz.

Ich will jetzt nicht für andere Vereine der deutschen Sprachgruppe reden. Ich kenne mich da zu wenig aus, ob auch dort irgendwo dieses Proporzverhältnis nicht mehr ganz stimmt. Seien wir froh, daß wir so viel Subsidiarität in unserem Lande haben, daß Vereine draußen gut arbeiten, auch mit eigenen finanziellen Mitteln oder einmal ganz ehrenamtlich. Das ist ungemein positiv zu werden. Aber um so mehr muß hier Gerechtigkeit herrschen. Und diese Dinge sind in unserer Volksgruppe durchgesickert. Ich weiß, daß sich viele schon damit beschäftigt haben und dieses Problem einfach da ist.

Zudem müssen wir auch noch einmal sagen, wenn ich nur ein Beispiel gebe mit unseren Mitteln im Musikinstitut. Denken wir an das Gadertal. Da sind Unterrichtsorte, St. Vigil, St. Martin, Wengen, Stern, St. Leonhard, Corvara, alles solche Außenstellen, die wiederum Geld kosten, mit Pendeln, mit Lehrerhinfahren usw. Diese Erschwernisse sind ja bei unserer deutschen Volksgruppe im Lande auch noch zusätzlich da, die sicher die italienische Volksgruppe durch die größeren Städte weniger zu bewältigen hat.

Das wäre also eine Forderung, die ich aufgreife, daß hier Proporz und Bedarf ganz laut Autonomiestatut in diesem kulturellen Bereich eingeführt werden, auch um Gerechtigkeit zu schaffen, nicht um Trennung oder Unzufriedenheit herbeizuführen oder Streit oder was weiß ich was, sondern um Gerechtigkeit zu schaffen. Und ich meine, daß solche Gerechtigkeit auch beiträgt zur Befriedung dieses Landes.

Damit wäre ich am Ende meiner Ausführungen und hoffe nur, daß dieser Haushalt, der der letzte ist vor den nächsten Wahlen, doch insgesamt in der Form, wie er ausgelegt ist, diesem Lande zugute kommt und daß trotz der Einsparungen und trotz des Gürtelengerschnallens in unserem Lande, sei es auf wirtschaftlichem, wie sozialem und kulturellem Gebiet, die Bedürfnisse insofern gedeckt werden können, als auch die Bevölkerung immer wieder mit dabei ist, zu helfen, daß die guten Dinge geschehen. Danke schön!

PRÄSIDENT: Ich möchte nur darauf hinweisen, daß die Sitzung jetzt bis 19 Uhr läuft, daß von 19 bis 20 Uhr Pause gemacht wird und es um 20 Uhr wieder weitergeht bis 23 Uhr und daß wir morgen um 9 Uhr beginnen und weitermachen bis wir die Behandlung des Haushaltes abgeschlossen haben. Das nur ein Hinweis, damit alle Bescheid wissen.

Als nächster Redner hat sich der Abgeordnete Holzmann vorgemerkt. Bitte, Sie haben das Wort.

HOLZMANN (MSI-DN): Sarò sicuramente più breve dei colleghi che mi hanno preceduto, con buona pace dei colleghi che mi dovranno sopportare.

In occasione della discussione di questo bilancio vorrei fare alcune considerazioni di merito. Prima di tutto debbo nuovamente sottolineare che in questa Provincia siamo ancora attaccati a principi che secondo noi non hanno più ragione di essere e che non consentono di penetrare nei meandri delle voci di spesa che formano il nostro bilancio, sul quale come consiglieri dobbiamo esprimerci. Questo tipo di impostazione, che garantisce semplicemente all'Esecutivo un certo margine di discrezionalità per poter operare con maggiore tranquillità e per poter evitare le insidie che i colleghi dell'opposizione potrebbero seminare sul loro cammino, sicuramente non contribuisce ad instaurare quel clima di collaborazione che

dovrebbe contraddistinguere i lavori di un Consiglio così importante come il nostro. Sono ben pochi i Consigli come il nostro, in Italia perlomeno, che hanno questa grande capacità di spesa e di produzione legislativa sulla base delle competenze che ci vengono assegnate dallo Statuto.

In presenza di questa situazione, della quale noi purtroppo dobbiamo continuare a prendere atto anno dopo anno, è evidente che il nostro ruolo ne viene gravemente sminuito e in questa sede vorrei quasi autodenunciarmi come uno dei tanti che in un certo qual modo ruba il suo stipendio. La mia è una via di mezzo tra battuta e realtà, però in realtà rubiamo il nostro stipendio, se è vero come è vero che non abbiamo possibilità di intervento reale sui processi amministrativi e sull'azione amministrativa. Non abbiamo la possibilità della verifica e del controllo, e in virtù dei rapporti che ci sono, e dei quali purtroppo dobbiamo prendere atto, tra maggioranza e opposizione abbiamo anche scarse possibilità, anzi scarsissime, di incidere in maniera propositiva. Allora io vorrei chiedere ai colleghi, quelli che siedono da questa parte e non quelli che stanno in Giunta, che cosa ci stiamo a fare. Noi siamo pagati, e non poco, dalla collettività, e evidentemente per i soldi che noi percepiamo dobbiamo produrre un qualcosa, dobbiamo produrre iniziative, dobbiamo produrre delle leggi, delle mozioni, delle interrogazioni, perché null'altro ci è consentito fare nella nostra veste. Ebbene, se le nostre proposte nella maggioranza dei casi sono destinate a cadere nel vuoto, perché il rapporto maggioranza-opposizione, essendo squilibrato nei numeri, non consente di avere un dialogo costruttivo, e se dall'altra non ci si consente di esercitare appieno la funzione ispettiva e di controllo, mi chiedo - sarebbe bene che anche gli altri colleghi si chiedessero - che cosa ci stiamo a fare. Il fatto che non ci sia un rapporto produttore e fecondo tra maggioranza e opposizione significa non consentire all'Esecutivo - ma è sull'esecutivo che ricade la responsabilità di questa situazione - di poter contare sulle esperienze e sulle competenze di questo Consiglio. Se in questo Consiglio siedono 35 consiglieri, è evidente che si era pensato che 35 persone fossero il numero sufficiente oppure giusto per amministrare le competenze di questa Provincia e i soldi, i fondi, gli stanziamenti, che servono poi per attuarle. Ebbene, se già si opera una discriminante tra maggioranza e opposizione, si perdono le intelligenze dei consiglieri - escludo la mia, se mi consentite, ma anche quelle degli altri colleghi che fanno parte dell'opposizione - che non hanno nessuna possibilità di incidere fattivamente sulle scelte della nostra Provincia.

A questo riguardo vorrei aprire un'ulteriore parentesi. Qual è l'importanza di questo Consiglio provinciale? Il Consiglio è più importante perché ha una capacità legislativa su tanti settori o è importante in quanto ha più di 4.000 miliardi da spendere ogni anno? E' importante in egual misura per entrambe le cose, perché l'una è la conseguenza dell'altra. Ebbene, se noi abbiamo questa importantissima funzione di distribuire 4.300 miliardi all'anno in servizi, mi chiedo quando mai c'è stato un confronto su questo argomento? Quando mai si sono verificate le condizioni affinché si discutesse in questo Consiglio, ad esempio, di programmazione economica o di programmazione di importanti settori quali la sanità, quali l'assistenza. Queste cose non si verificano. Noi ci limitiamo ad usare il Regolamento con le nostre mozioni, dove è consentito parlare per qualche minuto, e quindi possiamo entrare in certi argomenti con questa minima possibilità che l'attuale Regolamento ci offre. Credo che sarebbe giusto, vista l'enorme ricchezza in termini finanziari che dobbiamo gestire, che ci fosse un confronto prima o poi, ma in questo senso non mi sembra di cogliere nessun segnale da parte della Giunta; forse sarebbe opportuno che ci si pensasse per il futuro.

Dicevo prima che abbiamo una grandissima difficoltà nell'esercitare la funzione ispettiva, che è una funzione importante. Mi rendo conto che per un assessore forse è difficile capire questo ragionamento, però dobbiamo partire dal presupposto, che secondo me è un postulato, che ogni buon governo si qualifica con una buona opposizione e senza una buona opposizione difficilmente ci sarà un buon governo. Se l'opposizione ha la possibilità e la capacità di controllo e di stimolo, evidentemente chi ne beneficia maggiormente è chi governa. Ma questo non lo si vuole, perché si preferisce scegliere la strada più comoda che è quella di evitare l'interferenza e di poter andare avanti dritti e spediti per la propria strada, senza nessuna occasione di disturbo. Credo che anche questo debba essere motivo di riflessione quando si andrà a modificare il Regolamento interno del Consiglio provinciale, e sarebbe giusto che si consentisse ai consiglieri un maggior accesso alla documentazione pubblica. Nella bozza del nuovo Regolamento c'era un articolo - io ho partecipato solamente una volta alle riunioni della Commissione per il regolamento in sostituzione del collega Montali - che prevedeva testualmente la possibilità di questo genere. E cito proprio alla lettera: *"Ogni consigliere ha facoltà di prendere visione di tutti gli atti pubblici e di chiederne copia"*. Questa frase me la sono scolpita nella mente a memoria, perché è emblematica del tipo di rapporto che si vuole instaurare in questo Consiglio. Come, un consigliere, per regolamento, ha diritto di prendere visione degli atti pubblici, perché se non ci fosse un regolamento che lo prevede non avrebbe nemmeno il diritto di prendere visione di quegli atti che qualsiasi cittadino ha il diritto di poter visionare e di poter ottenere in copia? Evidentemente se siamo ancora a questo punto, vuol dire che non abbiamo capito quale deve essere il ruolo dell'opposizione, quale deve essere il ruolo della maggioranza e quale soprattutto deve essere il ruolo di ciascun consigliere. Noi purtroppo come consiglieri dell'opposizione siamo degli ignoranti, in quanto ignoriamo elementi importanti che vengono sottratti alla nostra conoscenza. Abbiamo condotto delle battaglie - il nostro gruppo in modo particolare lo scorso anno - per avere l'elenco delle delibere della Giunta, e prendiamo atto che la Giunta ce lo mette a disposizione, però nulla di più. Non abbiamo ancora la possibilità di ottenere, ad esempio, tutta la documentazione che forma l'oggetto di una delibera. Dobbiamo votare un bilancio con delle voci di spesa che sono identificate per capitoli e non possiamo prendere visione analiticamente del come queste voci si sono formate nel bilancio. Questa mi sembra una situazione paradossale. Se a questo punto il nostro ruolo è solamente quello del controllo politico, allora tanto vale che non ci diate nemmeno un bilancio fatto in questo modo, ma che ci diciate semplicemente in 10 righe: abbiamo speso tot per l'agricoltura, tot per l'industria, e via discorrendo. A questo punto il nostro intervento rimane nell'ambito politico e possiamo semplicemente affermare che era giusto o sbagliato investire di più in questo o in quel settore. Se noi dobbiamo votare un bilancio in maniera seria, come qualsiasi altra azienda, come qualsiasi altro ente pubblico, abbiamo diritto di prenderne visione; ci mancherebbe altro! Mi auguro che questo mio sfogo non debba cadere necessariamente nel vuoto e che qualcuno ci possa se non altro fare un ragionamento sopra.

Lo scorso anno mi sono lamentato, come l'anno precedente del resto, del fatto che questo bilancio non ha riscontro con il gettito fiscale di ciascun settore economico. Ebbene, in Provincia di Trento, dove il nostro collega, Claudio Taverna, ha suggerito di verificare anche questo aspetto economico importantissimo, è stato accolto il suggerimento del collega Taverna ed è a disposizione di chiunque questo tipo di riscontro. Io mi rifiuto di condividere un'impostazione che vuole che si assegnino centinaia di miliardi a dei settori economici, senza avere nessun tipo di riscontro sulla redditività che questi settori danno dopo l'investimento che

è stato fatto in termini di denaro pubblico. Credo che questo sia veramente paradossale e spero che nel futuro, a forza di dirlo, anno dopo anno, qualcuno inizi anche a pensare che forse percorrere questa strada non è proprio così male, che forse avere la capacità di verifica sui risultati di un investimento non è poi una cosa così tanto assurda. Lo fanno le singole persone, lo fanno tutte le aziende, non vedo perché noi, che siamo la maggior azienda della provincia di Bolzano, dobbiamo sottrarci a questa regola generale.

Noi siamo, quindi, fortemente preoccupati che si continui ancora in una politica di incentivazione economica dei vari settori produttivi in maniera del tutto arbitraria, sulla base di scelte politiche, che forse, per quanto ne sappiamo, sono determinate dal fatto che un assessore riesce a fare la voce più o meno grossa rispetto al collega e quindi ottiene più possibilità di spendere denaro pubblico. Questa non è certamente programmazione, soprattutto in un periodo in cui dobbiamo prendere atto purtroppo che il periodo delle vacche grasse è finito, e quindi il Paese si appresta a fare i suoi sacrifici. I sacrifici toccheranno anche noi. Quando la mucca da mungere darà poco latte, evidentemente se non saremmo stati in grado di consolidare dei settori economici stabili, credo che dovremmo fare i conti con una realtà che si profilerà piuttosto amara.

A questo riguardo forse è opportuno che ci interroghiamo su quale modello di sviluppo noi vogliamo dare alla provincia di Bolzano. Io spero che la Giunta qualche riflessione l'abbia fatta sull'argomento. Che tipo di modello di sviluppo vogliamo? Vogliamo un modello di sviluppo conservativo, che cristallizzi la situazione attuale, con un settore agricolo di un certo tipo, con un commercio più o meno sviluppato, con un'industria piuttosto in crisi, con un turismo anche piuttosto in crisi? Vogliamo mantenere una situazione come questa, oppure vogliamo cercare di fare un salto di qualità e confrontarci con le economie che ci sono vicine? Le economie che confinano con noi sono quelle della Lombardia, sono quelle del Veneto, del Trentino, dell'Austria, della Svizzera; credo che rispetto a queste economie noi non siamo certamente quella che gode della maggiore salute. Allora forse, visto che ci troviamo in una situazione geografica ed economica di questo tipo, qualche riflessione dobbiamo farla sul modello di sviluppo che vogliamo dare alla nostra provincia. Se noi vogliamo il confronto con le economie vicine, che cosa dobbiamo fare? Anzitutto credo che dobbiamo ragionare sui settori economici che vogliamo far progredire. Forse dobbiamo anche iniziare a ragionare sul fatto che ci sono altre nazioni che si affacciano sul panorama e sullo scenario europeo, che in certi settori forse ci potranno dare dei punti; mi riferisco soprattutto all'agricoltura. Noi oggi riusciamo a reggere con la nostra produzione frutticola, perché abbiamo le celle frigorifere che ci consentono di vendere le mele quando ormai i raccolti sono finiti, mentre nei Paesi dell'est europeo i frigoriferi ancora non li hanno. Ma fra qualche anno li avranno anche loro e allora la mela raccolta a Bolzano e la mela raccolta in Polonia, in Cecoslovacchia o in Ungheria, forse avrà dei costi unitari un po' diversi, per cui credo che l'Alto Adige non sarà quello che potrà imporsi sul mercato per i costi minori. Ci sono anche altri Paesi, come quelli del sud Europa: la Spagna, il Portogallo, per cui queste cose dobbiamo vederle in prospettiva. Che senso ha allora, oggi come oggi, l'incentivo che viene dato all'agricoltura, dove il valore aggiunto è molto basso - siamo intorno al 6% - mentre il valore aggiunto nell'industria è del 20%? In bilancio abbiamo 220 miliardi circa per l'agricoltura e 120 miliardi per l'industria. Su questi dati io farei qualche ragionamento e qualche considerazione se fossi dall'altra parte del banco. Mi auguro che il Presidente, il quale sta diligentemente prendendo nota di quello che sto dicendo, queste cose le tenga presenti per il futuro. Se noi vogliamo dare un modello di sviluppo alla nostra provincia, che sia un modello

moderno e soprattutto che ci consenta, rispetto alle realtà che ci circondano, di imporci, è chiaro che dovremmo fare della programmazione. Ma che tipo di programmazione ha fatto questa Giunta, visto che si discostano ben poco le cifre di bilancio rispetto al bilancio precedente, visto che i settori più o meno vengono trattati nello stesso modo? Ci sono spostamenti minimi; si va a risparmiare sulla Sanità, ma per quanto riguarda i contributi all'economia le percentuali nell'ambito del bilancio sono più o meno le stesse. Credo che forse dovremo cambiare impostazione e investire anche sugli uomini e sulle risorse umane oltre che sui contributi.

Dicevo prima della bassa redditività dell'agricoltura e della maggiore redditività dell'industria: ma anche sull'industria dovremo fare delle scelte ben precise. Ma di questo parlerò un po' dopo.

Per quanto riguarda l'altro aspetto dell'economia, che è quello delle risorse umane, in questo bilancio non abbiamo visto stanziata una lira per uno studio sull'università. Si è parlato, si è detto, si è scritto sui giornali, di esponenti della Volkspartei: università sì, università ni, a Bressanone, a Bolzano, dove la faremo, cosa faremo, discuteremo, faremo, però in realtà in questo bilancio non c'è una lira sull'università. Personalmente sono convinto che il problema dell'università sia il problema centrale per l'Alto Adige per i prossimi 20 anni. Per problema centrale intendo in assoluto il problema più importante è quello dell'università. Mi spiego meglio: ci sono evidentemente dei problemi che sono dovuti all'emergenza: il problema della casa a Bolzano, il problema del lavoro in qualche azienda, sono problemi immediati ed emergenti. Se parliamo di programmazione, il problema più importante con cui noi ci dovremmo confrontare nei prossimi anni è l'università. Purtroppo, anche in questo Consiglio l'università viene vista unicamente come fabbrica di laureati. Sento dire nei corridoi che l'università non serve, perché a 50 Km c'è l'università di Trento, a 100 Km c'è quella di Innsbruck; pertanto l'università di Bolzano sarebbe una piccola università di serie B, non ci andrebbe nessuno; chi ce lo fa fare, ecc. E' chiaro che se noi per università intendiamo semplicemente un luogo dove uno va a studiare e si laurea e poi se ne esce, se la nostra visione è così limitata, il ragionamento non fa una grinza. Io sono convinto, invece, che la funzione dell'università sia molto più importante che non la semplice fabbrica che produce laureati più o meno qualificati. L'università ha una funzione educativa importantissima, non solamente per chi la frequenta, ma per tutto il territorio circostante. Ho accennato in altre occasioni all'esempio di Trento che ci è vicino. A Trento ci sono in questo momento seimila studenti universitari portatori di un livello culturale medio-elevato, che in questo momento stanno parlando, stanno seminando idee e cultura. In questo stesso momento in provincia di Bolzano i seimila studenti universitari altoatesini non ci sono, quindi non parlano con nessuno, quindi non seminano né stimoli culturali, né cultura. Questa è la grossa differenza tra noi e Trento. I seimila studenti che parlano e seminano cultura tutti i giorni per 10 anni o per 20 anni, come è il caso dell'università di Trento, vogliono dire qualcosa. Se noi abbiamo avuto minor progresso in campo economico lo dobbiamo anche al fatto che non abbiamo avuto l'università e loro l'hanno avuta. Se poi aggiungiamo che a Trento ci sono 350 docenti universitari, i quali tengono conferenze, pubblicano dei libri, e parlano anche loro con la gente, e noi i 350 docenti universitari non li abbiamo, abbiamo un ulteriore elemento di arricchimento da una parte e di impoverimento dall'altra.

CONSIGLIERE: *(interrompe - unterbricht)*

HOLZMANN (MSI-DN): Infatti, proprio di questo vi sto parlando: dell'impo-
verimento culturale, perché a questi due aspetti fortemente penalizzanti va aggiunto il terzo e
cioè che molti nostri studenti laureati non tornano più in provincia di Bolzano, rimangono
sradicati dal loro territorio. Questo aspetto colpisce purtroppo, e me ne dispiace, soprattutto la
comunità italiana. Lo studente italiano che esce dalla scuola superiore, il quale magari nel
frattempo ha ottenuto il patentino B, se ne va a Padova per cinque anni, dove non parla più
una parola di tedesco, dove si inserisce in un altro contesto, frequenta altre persone, si crea un
suo ambiente umano, per cui dopo cinque anni che cosa torna in Alto Adige a fare? A dover
riprendere lo studio della lingua tedesca per ottenere un patentino di grado piuttosto elevato, il
patentino A, molto difficile, dopo che per 5 anni non ha parlato una parola di tedesco essendo
ormai slegato dal suo territorio? In effetti non torna, perché la statistica dei laureati che
ritornano e di quelli che invece non fanno più rientro è purtroppo fortemente penalizzante,
soprattutto per il gruppo linguistico italiano, e anche per il gruppo linguistico tedesco. Questo
è il terzo elemento cruciale e negativo, penalizzante, del fatto di non avere un'università.
Sull'università a questo punto tutti gli altri ragionamenti: la facciamo a Bressanone, la
facciamo a Bolzano, a Bressanone è meglio per i tedeschi, a Bolzano è meglio per gli italiani,
sono totalmente di secondo piano, perché prima evidentemente bisogna affrontare il problema
se nel nostro modello di sviluppo prevediamo l'università oppure no, se vogliamo delle
persone qualificate dal punto di vista economico, culturale, e anche politico, perché non avere
un'università e quindi avere un impoverimento culturale significa in prospettiva avere anche
una classe politica di basso profilo e avere degli imprenditori di basso profilo. Questa è la
realtà. Per questo dico che il problema dell'università in Alto Adige è un problema
fondamentale, cruciale e centrale nei prossimi anni; è il più importanti di tutti in assoluto.

Per quanto riguarda un altro aspetto importante della vita della nostra Provincia, che è
quello dell'urbanistica, vorrei fare alcune ulteriori considerazioni. L'urbanistica è una materia
che si lega in maniera quasi indissolubile, non solo con la qualità della vita che ne deriva per
gli abitanti di un certo territorio, ma si lega anche all'economia, perché sono le scelte
urbanistiche che determinano, non solo la qualità della vita, ma anche le scelte economiche
che poi la Provincia deve compiere. Allora, se si prendono certe decisioni, evidentemente
queste decisioni influenzano poi le altre. Se la Provincia compra i palazzi in centro città, è
evidente che richiama nel centro un certo tipo di traffico; se la stessa Provincia mette i suoi
palazzi all'esterno della città, si inserisce in tutt'altro ambiente, crea altri problemi, ha i suoi
vantaggi e i suoi svantaggi. Le scelte urbanistiche sono molto importanti e purtroppo sulle
scelte urbanistiche non sempre si sono fatte delle scelte oculate e corrette - questo secondo il
mio parere -, perché anche in questo settore manca un'adeguata programmazione. La
Provincia non è nemmeno stata capace di programmare i suoi palazzi provinciali, figuriamoci
che capacità ha di programmare la suddivisione del territorio o l'inserimento di certe opere nel
territorio. Le responsabilità, poi, si ripercuotono a cascata anche sulle amministrazioni
comunali, le quali, a cominciare da Bolzano, ne hanno sicuramente anche loro da vendere. Se
si pensa a fare un palazzo del ghiaccio, ad esempio, all'estrema periferia di Bolzano, perché ci
fa comodo per i mondiali di hockey, e non si pensa che questo palazzo, al di là dei mondiali,
che si svolgeranno una volta sola e che dureranno una settimana o 10 giorni, servirà per tutto
il resto della sua durata alla popolazione, mi si deve spiegare per quale motivo la gente dal
centro si deve spostare nella zona industriale per portare i figli a pattinare, quando viceversa
lo si poteva ubicare in una zona diversa. Questo solo per fare un esempio di come l'urbanistica
può influenzare certe scelte. La Provincia a Bolzano ha compiuto degli atti di violenza: ha

violentato in alcune occasioni il territorio, compiendo delle scelte sulla testa degli abitanti e anche interferendo in maniera pesante sugli organi decisionali preposti, che sono i Consigli comunali o le Giunte comunali.

Al di là dell'ubicazione dei suoi palazzi, sono state fatte altre scelte che a nostro avviso sono criticabili. Abbiamo cubature sparse a macchia di Leopardi ormai in tutta la città. Ci sono uffici provinciali ovunque in maniera disorganica e disarticolata, il che costringe molto spesso gli utenti a doversi spostare, anche loro nella città, a rincorrere i certificati, le pratiche, ecc., mentre forse una visione più studiata, più ponderata, poteva portare a soluzioni più corrette. Esempi di violenza al piano regolatore di Bolzano ce ne sono a iosa. Citerò semplicemente la scelta di realizzare un palazzone qui davanti, con una certa cubatura piuttosto che un'altra, la scelta di fare un cronicario a Ponte Adige, con un comitato tecnico provinciale che prima dice di no e poi si rimangia la sua decisione e dice di sì, e la scelta della viabilità extraurbana. Per quanto riguarda quel cronicario, mi permetto, nell'ultima fase del mio intervento, quello dedicato all'inchiesta della Magistratura sulle mani pulite, di fare un ulteriore accenno.

Per rimanere in tema di urbanistica e concludere questo argomento, vorrei dire che anche la viabilità extraurbana risente di una mancanza di sensibilità di anni da parte della Giunta provinciale. Non voglio fare un addebito solamente agli assessori e al Presidente in carica, ma anche a quelli che li hanno preceduti, perché il problema della variante alla statale 12 e alla statale 38 non sono problemi né di oggi, né dell'anno scorso, né di 5, né di 10 anni fa, ma sono problemi che si dovevano pensare già 15 o 20 anni fa. Il primo progetto dell'ANAS mi pare che abbia 15 o 20 anni in effetti. Non è che voglia difendere qualcuno in quest'occasione, certo è che alcune scelte in materia di viabilità ci lasciano piuttosto perplessi, come la variante di Laives. Abbiamo letto in questi giorni sul giornale che la Giunta provinciale ha preferito optare per il progetto Wackernell, che prevede di realizzare una galleria lunga 7 Km. Questi 7 Km di massi di porfido da qualche parte credo dovrete collocarli. Forse a questo non avete ancora pensato. Sarà una bella montagna di sassi, ma veramente una grossa montagna di sassi che qualcuno da qualche parte dovrà pur mettere. Il costo ambientale di queste operazioni, mi si consenta, non è di poco conto, anche se poi le gallerie non si vedono. Inoltre una galleria di 7 chilometri di lunghezza - abbiamo fatto alcuni conteggi - costa oltre un miliardo all'anno come costi di gestione pura solamente per quanto riguarda due aspetti, che per le gallerie sono fondamentali: l'illuminazione diurna e notturna e la ventilazione. Solamente questi due aspetti obbligatori, prescritti per legge, costeranno un miliardo all'anno, oltre ai costi di realizzazione che saranno elevatissimi. E' inutile che si parli di 200 miliardi, perché le cifre ce le possiamo tirare dietro come vogliamo, però se vogliamo fare dei ragionamenti seri non possiamo dare credito al progettista che ci propone un progetto di 190 miliardi, e ci viene a dire che rispetto al progetto dell'ANAS, che sarebbe partito dal casello di Bolzano sud e costeggiando l'argine sarebbe arrivato a Laives, si spendono 10 miliardi in più. Noi siamo delle persone serie e non possiamo credere nella veridicità, nell'autenticità e nella buona fede di un conteggio presentato in questa maniera.

Anche queste scelte in tema di viabilità ci lasciano piuttosto perplessi, perché il progetto Wackernell, che la Giunta ha approvato, non prevede ancora gli svincoli, e quindi non si sa dove e come questi svincoli verranno fatti. Già adesso il Comune di Bolzano dice di non volerne uno dove si pensava dovesse essere ubicato. Quindi il problema rimane totalmente aperto.

L'ulteriore considerazione sul progetto Wackernell riguarda la realizzazione di una strada a due corsie, mentre il progetto ANAS prevedeva 4 corsie. Non è che voglia stare dalla parte dell'ANAS e contro la Provincia, ma voglio stare dalla parte della nostra proposta iniziale, che era quella più semplice e più economica, cioè di aprire un accesso all'autostrada in prossimità di Laives. Con una spesa veramente minima si poteva consentire agli abitanti di Laives di utilizzare un'arteria esistente, in grado di sopportare il traffico necessario, e di portarli poi nel punto giusto, cioè all'incrocio con la variante per Merano, con la ME-BO, in zona industriale, pronti per dirigersi poi verso gli altri punti di destinazione, con il vantaggio comunque che per chi era diretto a Nord in autostrada proseguiva per l'autostrada senza ulteriori uscite. Questa era una soluzione economicamente ben gestibile, tecnicamente realizzabile, ma soprattutto che ci consentiva di risparmiare oltre 200 miliardi nella migliore, più rosea e più ottimistica delle previsioni del progettista che ha proposto quella soluzione. Anche in questo campo ci siamo mossi molto tempo fa, abbiamo presentato una mozione in Consiglio regionale, che è stata approvata, con la quale si impegnava la Giunta ad agire sul Consiglio di amministrazione dell'autostrada, affinché venisse fatto uno studio, studio che si dice sia stato realizzato, ma del quale non sappiamo nulla. Credo che quella proposta meritasse una più attenta, serena e obiettiva valutazione da parte della Giunta.

Per quanto riguarda l'industria - mi spiace che non ci sia l'assessore competente - siamo molto preoccupati e ci sono alcuni aspetti che ci lasciano molto perplessi. Abbiamo sollevato alcuni quesiti su alcune importanti aziende che si trovano in uno stato di profonda crisi; mi riferisco, ad esempio, alla società per la produzione del magnesio e leghe di magnesio, società che occupa oltre 200 lavoratori e che è costretta a chiudere. Sappiamo i motivi che stanno all'origine della chiusura, sappiamo che tra questi motivi non c'è nessuna responsabilità da ascrivere alla Giunta provinciale, perché si tratta di situazioni contingenti che investono l'ambito internazionale; però questo è un dato di fatto. Ebbene, prendiamo atto di questa situazione e ragioniamo di conseguenza. Noi non siamo d'accordo con l'assessore quando dice e sostiene che per mantenere quella zona industriale è disposto ad espropriarla; anzi credo che questo sia l'intento della Giunta. Noi che abbiamo una competenza primaria in materia urbanistica e quindi abbiamo la possibilità di legiferare, di vincolare qualsiasi area del nostro territorio alla destinazione che più ci aggrada, dobbiamo andare a spendere decine di miliardi per andare ad espropriare un terreno per avere la garanzia che mantenga quella destinazione. Allora, nello stesso modo per garantirci che le campagne rimangano destinate a verde agricolo domani mattina andiamo ad espropriare tutte le campagne. Questo mi sembra veramente allucinante. Mi sembra anche che l'assessore abbia dichiarato che metà dei fondi del suo assessorato, quindi quelli destinati all'industria, sono stati accantonati e congelati in attesa di poter espropriare quel terreno. Non so quanto questo aspetto sia stato dibattuto in Giunta provinciale, ma mi auguro che Lei, signor Presidente, che mi sembra abbastanza attento a queste osservazioni, induca l'assessore competente a ripensarci, perché una legge provinciale si può farla domani mattina e stabilire che quella è una zona industriale. Anche a noi non fa piacere che oggi come oggi quell'area venga impegnata in base alla legge vigente, che non parla più di zona industriale, ma di zone per insediamenti produttivi. Domani mattina possiamo trovare su quell'area le Sorelle Ramonda vicino al magazzino della METRO! Questo non lo vogliamo, perché crediamo che l'industria debba giocare un certo ruolo nella nostra economia. L'industria che venne introdotta durante il fascismo si è adattata al territorio, il territorio provinciale l'ha recepita, l'ha accettata e l'ha sviluppata. Poi si è sviluppata nelle vallate, perché ci sono zone industriali ovunque: c'è la zona industriale a Laives, c'è la zona

industriale a Vipiteno, c'è una zona industriale a Bressanone, c'è una zona industriale in Val Venosta, quindi l'industria ormai è una componente essenziale del nostro tessuto economico, ma anche del nostro tessuto sociale; quindi va tutelata e va difesa. Noi siamo perfettamente d'accordo che quell'area preziosa, un'area grande, venga destinata alla zona industriale; non però con l'esproprio. Non capisco per quale motivo dobbiamo spendere decine di miliardi di denaro pubblico per poi assegnare quei territori a prezzo agevolato agli imprenditori. Gli imprenditori facciano gli imprenditori, signori miei: non è giusto mantenere questo tipo di politica di incentivo, di intervento, di supporto all'industria! L'industria, come qualsiasi altro settore, va supportata in altri modi. Bisogna costruire le infrastrutture: abbiamo un'industria e non abbiamo, ad esempio, un autoporto, un luogo dove possano stazionare i camion degli spedizionieri. Questa mi sembra una cosa quasi ridicola. Non abbiamo uno scalo ferroviario degno di questo nome e non siamo ancora convinti esattamente di dove farlo: se vogliamo procedere con lo scalo a Bronzolo o se vogliamo lasciarlo dove si trova. Quindi non abbiamo ancora le idee chiare. Ma allora, signori, come possiamo parlare di programmazione industriale, di gestione del territorio, di esercitare le nostre competenze in materia urbanistica, se non siamo capaci di risolvere questi nodi che secondo noi sono semplicissimi? Si delineino chiaramente le linee di intervento, si identifichi il modello di sviluppo, si coinvolga maggiormente il Consiglio su queste scelte di vasto respiro, altrimenti si va incontro ad un tipo di politica che si adagia o perlomeno si appiattisce sulle problematiche, affrontandole una per una, come secondo il nostro parere avviene oggi, senza una visione d'insieme. Questo purtroppo - chiedo scusa se mi ripeto - dipende anche dal fatto che a noi manca un'università. Ad esempio a Trento, quando la Giunta provinciale deve valutare le scelte economiche o deve valutare l'assetto di un certo settore, si affida per questa indagine ai docenti universitari, i quali fanno uno studio. Comunque essi hanno una visione organica del problema, dal momento che vivono in quel territorio e conoscono i vari aspetti. Invece noi siamo costretti, ogni qualvolta abbiamo bisogno dell'esperto che venga a togliere le castagne dal fuoco, a rivolgerci a Graz, ad Innsbruck, a Vienna, se l'assessore che li incarica è di lingua tedesca; a Padova, a Bologna, a Milano, a Firenze, se l'assessore che li coinvolge è di lingua italiana. E' evidente che in una situazione di questo tipo manca la visione d'insieme; di conseguenza gli interventi sono quelli che sono e quelli che noi purtroppo dobbiamo constatare e denunciare in questa fase.

L'industria, quindi, ha bisogno di infrastrutture e queste infrastrutture devono essere fatte. Si parla del BIC, del Business Innovation Center, una bellissima cosa, però mi sembra che le trattative per l'acquisto siano ancora in alto mare. Vengo sollecitato una volta da questo, una volta da quello, e mi chiedono cosa fa la Provincia, e io rispondo che non fa niente, che non so niente, perché qui non si fa niente. Io non posso sapere niente di più di quello che sapete voi! Questa è la realtà dei fatti. La realtà vera, quella che mi interessa in questo momento, è che questo centro non è decollato, ed è un centro importantissimo. Siamo andati a vederli in altre parti d'Italia ed è stato fatto un convegno a Bolzano, al quale ho partecipato - è durato 4 giorni - e purtroppo al di là di un paio di colleghi non ne ho visti altri. E' evidente che quando noi decidiamo delle strade da percorrere dobbiamo anche avere il coraggio di percorrerle; invece qui siamo sempre all'improvvisazione.

Per quanto riguarda invece certe scelte politiche non posso fare a meno di non rilevare alcuni aspetti di particolare rilevanza. In primo luogo la questione di Bolzano: capoluogo dell'Alto Adige, capoluogo della popolazione di lingua italiana, visto che ne risiedono circa 70.000 di italiani, quindi oltre la metà del totale della provincia, e risiedono altri 30.000

concittadini di lingua tedesca, i quali rappresentano l'entità numericamente maggiore della nostra provincia. Quindi si tratta di Bolzano capitale dell'Alto Adige, della popolazione di lingua italiana e di lingua tedesca. Ebbene, questa città crediamo che abbia un suo ruolo diverso da Laives, da Merano, da Bronzolo, perché Bolzano è sede della stazione centrale, del tribunale e della Provincia oltre che di tanti altri servizi pubblici, e richiama a sé interessi e flussi da tutta la provincia. Quindi questo suo ruolo dobbiamo riconoscerglielo. Finora la città di Bolzano è stata trattata alla stregua di Bronzolo, naturalmente in proporzione al numero di abitanti, in proporzione quindi alla sua importanza, però non le viene riconosciuto un ruolo specifico che Bolzano ha. Questa, secondo noi, è una cosa molto grave. Bolzano è in ritardo su tantissimi problemi importanti, primo fra tutti quello della casa. Non è più accettabile che l'IPEAA metta i suoi quattrini nei BOT, non perché l'IPEAA sia sprovvista o sia scellerata nella sua amministrazione, ma perché non ha alternative. Secondo me è assurdo che Bolzano non sia ancora dotata del suo piano regolatore, anche se buona parte delle colpe, per carità, ricadono sul Comune, che non ha provveduto tempestivamente. Nel 1985 si era insediato il Consiglio comunale, del quale facevo parte anch'io, oltre al collega Bolzonello e a qualche altro collega presente in quest'aula, e non si è subito incaricato il progettista per la nuova variante del piano urbanistico comunale; di conseguenza, arrivando con due anni di ritardo, ci troviamo anche noi a dover prendere atto di questi ritardi. Però non siamo scervri da responsabilità, perché non dimentichiamoci che la discussione sulle aree di espansione ha coinvolto i partiti che in buona parte sono rappresentati in questo Consiglio, e li ha coinvolti attraverso gli esponenti che siedono proprio in questo Consiglio. L'accordo ha portato a dilatare ulteriormente i tempi e quindi ad aggravare la situazione esistente. Bolzano negli ultimi 10 anni è passata da 107.000 abitanti a 97.000 abitanti; quindi, sta perdendo il suo ruolo e sta diventando una città in decremento demografico, nonostante l'immigrazione che c'è stata. Infatti abbiamo avuto un'immigrazione extracomunitaria che ha fatto crescere le file dei nostri abitanti. Ma se il decremento c'è stato ed è comunque abbastanza sensibile, perché negli ultimi tre anni abbiamo registrato una perdita di mille abitanti all'anno, significa che le perdite sono state ancora maggiori, perché gli insediamenti extracomunitari sono circa di 3 o 4 mila persone. Anche a questo riguardo devo dire che non si è fatto a sufficienza. Io non faccio parte sicuramente di quelle persone che, animate da spirito pseudo-democratico, si sono chiuse gli occhi e hanno detto: ma sì, questi poverini, lasciamoli entrare in Italia; oppure come qualcun altro che diceva che queste persone vengono a fare i lavori che noi non facciamo e che non vogliamo fare. Questo non è vero, ormai lo sappiamo tutti, e spero che lo sappiano soprattutto coloro che hanno detto queste cose.

Il problema dell'immigrazione purtroppo non è gestito in modo appropriato in campo nazionale grazie a quella scellerata legge Martelli, tra le cui maglie sono entrate migliaia di persone. Pertanto dobbiamo affrontare un problema piuttosto grave, piuttosto rilevante, perché anche noi abbiamo la nostra parte di responsabilità. Quali sono stati i nostri interventi nei confronti delle autorità per far rispettare la legge? Perché si sono tollerati gli insediamenti abusivi in violazione alle leggi urbanistiche che noi abbiamo fatto, che questo Consiglio ha approvato? Perché nessuno è intervenuto al di là di noi? Noi non abbiamo paura di passare per razzisti; noi non vogliamo fare una politica contro l'immigrazione, ma vorremmo che l'immigrazione fosse regolata in base alle necessità della nostra popolazione, in base all'effettiva possibilità di inserire queste persone nel tessuto sociale e nella produzione, e quindi assicurare loro un lavoro. Quando un extracomunitario ha un lavoro stabile è giusto che goda di tutti i diritti di cui gode la popolazione. Siamo nettamente contrari a certe

impostazioni, come per esempio il disegno di legge che è all'esame della quarta Commissione, nel quale si prevede che per gli extracomunitari si debba riservare una quota degli alloggi IPEAA. Su questo siamo totalmente in disaccordo, visto che questo disegno di legge prevede solamente tre anni di anzianità di residenza per gli extracomunitari per poter accedere ad un certo numero di alloggi IPEAA. Su questo siamo totalmente in disaccordo, perché riteniamo che i diritti debbano essere uguali per tutti, perché se si creano situazioni di privilegio, come una legge di questo genere introdurrebbe, allora si creano gli elementi che coagulano il fenomeno razzista. Il razzismo in Germania - questo dovremmo impararlo e tenerlo presente - si è sviluppato nel momento in cui, in presenza di una grave crisi economica, i cittadini della Germania vedevano che gli immigrati avevano assistenza, avevano case, avevano sussidi, avevano facilitazioni per cercare lavoro, mentre a loro questi diritti venivano negati. Allora è sorto questo fenomeno; da qui ha avuto le sue origini. Mi auguro che in questa Provincia non si voglia ripetere un'esperienza di questo tipo. Diamo allora a tutti i loro diritti, ma diamo anche a tutti i loro doveri e non privilegi. Auspichiamo che gli interventi finalmente su questo importante aspetto della vita sociale del capoluogo, ma anche ormai della provincia, vengano affrontati con serietà e con programmazione. Anche per quanto riguarda gli interventi a favore delle organizzazioni che rappresentano gli extracomunitari ci vuole una certa oculatezza e una certa serietà. Non è possibile che un rappresentante della lega araba, che si è autocostruita e che si è autoproclamata con un presidente con una fedina penale lunga mezzo metro, espulso dalla Germania, nella quale non può più fare rientro, si presenti e chieda dei quattrini all'amministrazione provinciale e li ottenga.

BOLOGNINI (DC): (*interrompe*)

HOLZMANN (MSI-DN): Non li ha ottenuti, ma perché nel frattempo lo hanno espulso dall'Italia; altrimenti li avrebbe ottenuti. Non voglio criticarla, assessore; citavo questo esempio, perché mi è venuto in mente.

Bisogna stare attenti a questo tipo di fenomeni: non dobbiamo consentire che si instauri una mentalità di tipo assistenziale in modo che 20 extracomunitari si mettono insieme, fondano una lega e il giorno dopo sono qui a battere cassa. Io veramente credo che sul tema dell'immigrazione ci debba essere una certa attenzione, ma anche una certa severità, e che soprattutto non si garantiscano dei privilegi a favore di queste persone a danno dei nostri concittadini. Noi abbiamo centinaia di sfratti che sono stati eseguiti in questi mesi e altre centinaia che sono pendenti: che cosa andiamo a dire alle persone che vengono buttate fuori casa, che sono residenti dalla nascita nella nostra città, comunque in provincia di Bolzano, che non hanno nessuna possibilità di ottenerla, perché magari quello che li ha buttati sulla strada non gli ha sottoscritto l'atto notorio con cui comunica che lo sfratto viene eseguito per sua necessità e quindi non hanno nessuna possibilità concreta di ottenere un alloggio? Cosa diciamo a queste persone? A voi la casa niente; la diamo all'extracomunitario residente qui da 3 anni! Credo che su questo argomento ci sarà motivo di ulteriori riflessioni, di ulteriori approfondimenti in occasione della discussione del disegno di legge in Commissione, però spero che la Giunta rifletta su queste cose, anche se per la verità non facevo riferimento ad un preciso disegno di legge della Giunta.

Ci sono altri problemi, comunque, sui quali vorrei mettere l'accento. Mi riferisco al clima di pacifica convivenza che è un po' il tema conduttore e trasversale di tutti i partiti,

perlomeno quelli che si trovano qui, che però si instaura se ci sono certe condizioni. La pacifica convivenza non è un qualcosa che noi dobbiamo attendere come lo Spirito Santo, ma è un qualcosa che si costruisce, e noi siamo coloro che siedono nell'organismo maggiormente responsabile di un certo clima che si può o meno creare. Ebbene, credo che la pacifica convivenza si fondi prima di tutto se c'è la volontà di crearla. Su questo consentitemi di avere alcune riserve. La pacifica convivenza passa innanzitutto per il reciproco rispetto e credo che da parte del gruppo linguistico italiano o da parte delle forze politiche che rappresentano il gruppo linguistico italiano, compresa la mia, non ci sia mai stato nessun attacco alla cultura del gruppo linguistico tedesco. Citatemi un solo esempio in cui noi abbiamo criticato certe scelte che sono state fatte e che riguardano il gruppo linguistico tedesco! Abbiamo mai criticato le vostre cerimonie? Allora per quale motivo il Presidente della Giunta provinciale, che si è giustamente all'indomani della sua proclamazione dichiarato Presidente di tutti i gruppi linguistici, interviene in occasioni come quella del 4 novembre per mettere sul tema della pacifica convivenza ulteriori ipoteche, ulteriori motivi di scontro? La pacifica convivenza si fonda sul rispetto reciproco e se il gruppo linguistico italiano si aggancia alle sue tradizioni, che sono anche quelle della storia - la storia si è fatta purtroppo anche con le guerre, vinte e perse - allora se il popolo italiano vuole, come vuole, commemorare le sue origini...

DURNWALDER (SVP): *(interrompe - unterbricht)*

HOLZMANN (MSI-DN): Non è offesa per gli italiani, signor Presidente, perché se Lei mi vuole fare un discorso serio, non può ignorare la storia, e la storia è anche costituita dal fatto che nel 1947 il monumento alla Vittoria è stato consacrato, alla presenza degli esponenti della Volkspartei, ai caduti. Lei questo non lo può ignorare, signor Presidente! Lei, come Presidente della Provincia, non può nemmeno ignorare le cose: Lei deve saperle! Comunque se non le sa, io gliele dico in questo momento. Il monumento alla Vittoria è stato riconsacrato ai caduti nel 1947. Negli anni successivi alle consuete celebrazioni del 4 novembre c'è sempre stata la presenza di Magnago fino al 1957. Noi abbiamo le foto che parlano per lui. Quindi, non Le sto raccontando delle cose solamente perché sono qui al microfono e Lei non mi può interrompere: sto dicendo delle cose che sono in grado di documentare e di provare. Non c'era solo Magnago, c'era anche il dott. Erckert, quando era Presidente della Giunta provinciale, e c'erano altri esponenti della Volkspartei. Questo clima è cambiato proprio quando in base alle competenze che lo Stato vi ha assegnato avete ottenuto la possibilità di governare su quasi tutte le materie dove vi interessava avere la competenza, e avete avuto la garanzia che la vostra identità culturale, politica ed economica, venisse tutelata, in quanto diventavate i tutori e i garanti di questi valori. Ebbene, questo è accaduto proprio quando da parte dello Stato italiano è stato fatto questo sforzo nei vostri confronti e vi è stato concesso questo tipo di autonomia, che è talmente bella ed è talmente completa che nessuno al mondo si sogna di imitarla! Anche questo dobbiamo dirci. In nessuna parte del mondo esiste una minoranza - lo si è detto in diverse occasioni, ma forse è opportuno ricordarlo anche qui dentro - che gode dell'autonomia e della tutela di cui gode la minoranza altoatesina. Allora, perché da parte vostra c'è ancora questo tipo di attacco alle radici che legano la comunità italiana a questo territorio? Io me la prendo con Lei non soltanto per la cerimonia del 4 novembre, sulla quale ci siamo già espressi anche pubblicamente sulla stampa con degli interventi che Lei naturalmente avrà letto e che comunque avranno letto tutti, ma questa Sua posizione si

inserirsi in un contesto ben più generale. Perché allora da parte della Volkspartei si continua con una certa pervicacia a battere sul tasto della toponomastica? Per quale motivo dal momento che lo Statuto vi assegna la possibilità di accertare e di inserire la toponomastica di lingua tedesca in qualsiasi punto del territorio e ad accertarne l'esistenza con legge provinciale, cosa che peraltro non avete ancora fatto, per quale motivo voi pensate di togliere un patrimonio della comunità italiana? Voi dite che non è un patrimonio, perché ha solo 50 anni di storia. Per voi non è un patrimonio il fatto che noi che siamo nati qui, abbiamo sempre chiamato queste località con quel nome italiano che ci è stato insegnato. Questo secondo voi non è un patrimonio culturale? Dite che è artificioso, perché è stato introdotto dal fascismo? Cinque mesi dopo che il fascismo è andato al potere è stata promulgata la prima legge con la quale si è inserito il primo elenco di nomi nella provincia di Bolzano. Il Tolomei da chi è stato incaricato? Signori miei, non è stato incaricato da Benito Mussolini, perché Mussolini è andato al potere con la marcia su Roma il 28 ottobre 1922, mentre la prima parte della toponomastica è stata inserita nel marzo del 1923, ovvero cinque mesi dopo, ma frutto di uno studio che è durato anni! I lavori preparatori erano stati fatti dalla commissione Tolomei, che era stata insediata da un governo democratico, il governo Giolitti, e non da Mussolini. Allora, quando parliamo di toponomastica, se abbiamo l'onestà storica, dobbiamo riconoscere che il primo passo venne compiuto da un Governo legittimo, e attuato successivamente durante il fascismo per questioni temporali.

Io credo che ci siano altri elementi di valutazione per consentirmi di affermare che da parte vostra è in atto un'aggressione alle radici storiche e culturali della comunità italiana, perché non solo i Suoi interventi in occasione delle cerimonie del 4 novembre riferite al Monumento della Vittoria, non solamente la vostra proposta di legge per cancellare la toponomastica, ma anche il vostro atteggiamento nei confronti dell'architettura del passato è contrario. Qui è concesso di demolire a piene mani tutto quanto potesse ricordare un certo passato: è stato demolito il Ponte Druso, è stato demolito il cinema Corso. Fu proprio un italiano a demolirlo - lo ricordo molto bene - il signor Tosolini, però con il beneplacido di tutti gli enti pubblici e di taluni esponenti di partiti che sotto sotto si fregavano le mani. Noi abbiamo cercato di salvare lo stadio Druso, abbiamo cercato di salvare l'ex Gil, ma non può negare che proprio Lei era uno dei fautori del suo abbattimento all'indomani del Suo insediamento alla Presidenza di questa Giunta. Se questo tipo di azioni coordinate vogliono produrre dei risultati, a nostro avviso la chiave di lettura e di interpretazione è solamente quella di recidere i vincoli che legano la comunità italiana a questo territorio e quindi metterla in condizione di sentirsi in libera uscita e pronta per staccarsi da un'entità nella quale non si sentono più rappresentati, nella quale non si sentono più partecipi. Questo sicuramente non è il modo per costruire la pacifica convivenza e allora credo che sia un vocabolo che non dovrebbe entrare nel vostro vocabolario politico fino a quando rimarranno queste iniziative in cantiere. Mi riferisco soprattutto alla legge sulla toponomastica, sulla quale poi faremo le nostre valutazioni quando sarà il momento.

Vorrei concludere questo mio intervento, che è stato più lungo di quanto avrei voluto, di quanto avevo immaginato, per parlare dell'inchiesta mani pulite. Lei, signor Presidente, ha dichiarato sulla stampa che nella nostra Provincia non ci sono tangenti; lo ha dichiarato e affermato sulla stampa. Ebbene, mi consenta, signor Presidente, di richiamarLa ad una maggiore prudenza in primo luogo per il fatto che Lei non può sapere quali siano le dimensioni di questo fenomeno. Noi non crediamo, e nessuna persona dotata di un'intelligenza media può credere che Lei abbia l'assoluto controllo sull'amministrazione di

tutta la Provincia e su tutti i 7000 dipendenti dei nostri uffici. Non si possono quindi fare affermazioni di questo tipo, a meno che siano affermazioni che intendono dare una visione ottimistica di una situazione, che in realtà secondo noi è piuttosto grave. Le spiegherò il perché. L'indagine è partita e sappiamo che è arrivata anche in quest'aula; ma su questo aspetto non voglio enfatizzare o fare dei processi. Non spetta a noi fare dei processi sulla base di quello che scrivono i giornali. Io non voglio fare il processo a Ferretti, ma so che Ferretti è titolare di un avviso di garanzia, è indagato; non ho letto, e non ho interesse a leggerlo, il certificato che lui ha in tasca e il cui contenuto dovrebbe essere nella sua tasca e sulla scrivania del magistrato che lo ha emesso. Per me questo non è un atto preoccupante, e non voglio mettermi tra coloro che vogliono processare una persona politicamente in base agli articoli apparsi sui giornali; mi tiro fuori da questo tipo di posizione. Voglio però che sia fatta assoluta chiarezza e auspico che la Magistratura possa fare il suo lavoro pienamente e fino in fondo. Politicamente a me interessa però accertare un'altra cosa, cioè perché è partita l'indagine mani pulite e perché quest'indagine parte dopo che da mesi, e forse da anni, in città e in provincia si parla di tangenti. Questo è l'aspetto rilevante. La gente è portata a mormorare e ad avere dei sospetti sull'attività degli assessori provinciali: a nostro avviso, questo è un atteggiamento negativo, fortemente negativo, perché delegittima l'istituzione e chi esercita il potere, il quale dovrebbe essere libero nel suo mandato di poter fare le sue scelte, con assoluta obiettività, ma con acuta trasparenza. E' questo il vero punto: voi non garantite la trasparenza; voi non ci consentite di aiutarvi a rigettare queste accuse, perché se noi avessimo libero accesso nei vostri uffici, nelle vostre ripartizioni, e potessimo andare a prendere visione delle convenzioni, degli atti che stipulate, dei contratti che firmate, se noi potessimo prendere visione di questo, allora voi sareste legittimati già a difendervi e potreste dire che non ci sono tangenti in provincia di Bolzano, che i vostri uffici sono aperti per chiunque voglia venire a controllarli, soprattutto per coloro che ne hanno la facoltà e che ne avrebbero il diritto, come noi consiglieri. Invece voi questo non lo avete fatto e non lo volete nemmeno oggi. Allora voi vi dovete esporre a queste critiche, perché se avete scelto la strada più comoda, cioè quella di non consentire all'opposizione di poter controllare e quindi di poter esercitare la funzione ispettiva, adesso vostro malgrado dovete consentire che questa funzione venga esercitata dalla Magistratura e dai carabinieri, che vengono nei vostri uffici e vi portano via gli armadi e i documenti. Questo è il risultato di questo tipo di impostazione. E' un'impostazione che non porta lontano, perché, come dicevo in premessa, avendo questo rapporto conflittuale tra maggioranza e opposizione, non c'è un secondo scambio di idee, non c'è un produttivo scambio di opinioni, di iniziative, non si producono cose nuove, non si producono interventi di qualità, a meno che voi non vi riteniate gli unici depositari delle intelligenze presenti in questo Consiglio. Allora, se voi partite da questo presupposto, e ci credete, allora fate bene a mantenere questa impostazione. Voi avete troppa discrezionalità e troppo potere e soprattutto non c'è nessun controllo sul vostro operato. Questo è il fondamento di questo clima di sospetto che vi danneggerà in prospettiva; sicuramente vi danneggerà. Noi crediamo che la Magistratura farà il suo lavoro e siamo molto fiduciosi nell'esperienza, nella capacità e soprattutto nel coraggio e nella volontà e determinazione dei magistrati di andare avanti; però siete stati voi a fornire gli elementi affinché queste indagini iniziassero e nella popolazione si creasse un clima di sospetto. Con le vostre leggi voi avete consentito che ciò avvenisse.

Si è parlato dell'indagine sull'acquisto di opere d'arte, ma non credo che porterà a molto questo filone dell'inchiesta. Non credo che andrà molto avanti, perché purtroppo siamo in un settore dove i valori delle opere d'arte sono in continua fluttuazione, sono piuttosto

soggettivi il più delle volte, però non si può affidare acquisti per centinaia di milioni ad una commissione composta dall'assessore e da altre due persone, di cui uno di Verona, che il più delle volte non era presente. Un'impostazione di questo genere fa nascere sospetti, come fa nascere sospetti la gestione dei soldi per la cultura. Noi abbiamo sollevato qui il caso del circolo Solisurna e ci siamo chiesti se è possibile che un circolo culturale di Salorno, di 21 soci, costituito una settimana prima, prenda 650 milioni di contributo per comprare la sede a S. Lorenzo in Banale, nelle valli Giudicarie, a 50 Km da Salorno. Queste cose fanno venire il sospetto, colleghi! Anche l'assegnazione senza un criterio, senza un regolamento, di terreni a Bolzano-Sud a decine e decine di aziende fa sorgere dei sospetti. In Sicilia, dove c'è un'altra Regione autonoma, i regolamenti ci sono, perché mi sono informato. Forse non sempre li hanno applicati in maniera corretta e forse hanno trovato altre scappatoie, ma li hanno fatti i regolamenti; invece noi non abbiamo il regolamento. Qui corriamo il rischio che un'azienda con 100 dipendenti chieda un terreno e non glielo diano, e un'altra con un dipendente lo riceva. Questa è una cosa pazzesca! Allora è chiaro che la gente si pone il problema: glielo hanno dato a quello, perché probabilmente ha pagato la tangente.

Abbiamo dei casi concreti di una ditta di Bolzano, ad esempio, che ha avuto tre assegnazioni di terreno pubblico, mentre ci sono aziende che non hanno avuto nessuna assegnazione. Ci sono aziende che hanno ottenuto l'assegnazione e poi hanno venduto, oppure hanno affittato e ci sono delle banche dove dovrebbero esserci delle attività artigianali; questo lo sapete anche voi! Questo è avvenuto contro la legge; si è tollerato, perché le leggi sono fatte male, perché gli strumenti di controllo non ci sono, perché noi abbiamo scarsa possibilità di intervento. Solamente noi dell'MSI, onore e merito al mio gruppo, abbiamo proposto che venisse fatto un regolamento per l'assegnazione dei terreni ad aziende artigianali, commerciali ed industriali, ma nessuno in questo Consiglio ha avuto il coraggio di votare quella mozione. Mi dispiace di questo, ma siamo arrivati a questo punto. Un filone dell'inchiesta, non a caso, è sull'assegnazione di terreni a Bolzano-Sud, sui quali c'è molto da discutere e molto da dire e sui quali si dice e si chiacchiera molto; forse a sproposito, però si chiacchiera. Siete voi che purtroppo avete reso possibile tutto questo, impostando le leggi in questo modo e consentendo questa discrezionalità che, secondo me, non dovrete avere.

Un altro aspetto piuttosto grave sono gli incarichi alle imprese progettiste con la tessera di partito nella tasca destra dei pantaloni. A Bolzano abbiamo avuto l'era Postal; adesso dobbiamo assistere all'era Bizzo, perché è cambiato il segretario della Democrazia Cristiana. Gli incarichi pubblici adesso devono andare all'ingegnere Bizzo, mentre Postal non ne becca più uno. Vi sembra un modo serio di governare questo! Non sto dicendo cose campate in aria; lo sapete anche voi! Io dico i nomi e voglio che mi si smentisca sui fatti. Anche da parte tedesca si è fatta la stessa cosa: l'ingegner Unterberger di Merano quanti incarichi ha ricevuto e quanti ne prende suo cognato? Se sono questi i nomi dei professionisti di grido che girano, guarda caso tutti esponenti di partito, evidentemente vi dovete aspettare che la gente mormori e abbia qualche cosa da dire. Lo stesso discorso vale per gli avvocati: è possibile che in testa alle graduatorie vi sia l'avvocato Panunzio, dello studio Guarino, guarda caso ex ministro, e l'avvocato Riz insieme all'avvocato Bertorelle? E' chiaro che voi volete mantenere un'impostazione che si presta e dà adito a centinaia e centinaia di dubbi nella gente. Voi sapete che purtroppo le voci al di fuori del palazzo quando nascono si ingrandiscono strada facendo, e tra un po' verrete sommersi da un'opinione negativa, corale, perché questo sta succedendo fuori. Ma voi consentite tutto questo!

Per quanto riguarda le imprese, signori miei, non c'è solo l'impresa Saccani che ha lavorato qui, ci sono altri baciati dalla fortuna che hanno avuto incarichi pubblici abbastanza succulenti. L'impresa Saccani ha ricevuto il lavoro dell'ospedale di Vipiteno e anche quello di Bolzano, ha ricevuto il lavoro del canile di Castel Novale, ha ricevuto la zona di Via Maso della Pieve, ha ricevuto la casa del giovane a Merano: sono tutti incarichi piuttosto recenti. Potrei citare anche la SESTE per tanti altri lavori da parte tedesca. Poi c'è l'impresa SICAR, un'altra baciata dalla fortuna. C'è il cronicario da fare per 40 miliardi senza gara d'appalto: ci rendiamo conto del costo? La Provincia ha modificato una zona urbanistica nel Comune di Bolzano e l'ha trasformata in zona per opere e impianti pubblici; poi, in virtù di una legge che consente all'ente pubblico di non fare una gara d'appalto se c'è solo una persona che può offrire la cosa di cui si ha bisogno, visto che abbiamo bisogno del cronicario e visto che la SICAR aveva la cubatura guarda caso in zona per impianti pubblici, gliela concedete perché si offre di fare lei l'opera visto che è anche un'impresa. Si tratta di una costruzione per 40 miliardi, quando le norme CEE stabiliscono che per una spesa superiore ai 75 milioni bisogna fare una gara d'appalto europea. Svicolando tra le maglie della legge e comunque con un comportamento formalmente legale avete dato ad un'impresa 40 miliardi di lavori senza gara d'appalto! Queste sono cose gravissime, secondo noi, per cui la gente ha diritto di sapere. Così la Magistratura fa quello che noi consiglieri dell'opposizione non possiamo fare.

Spero di avervi fornito elementi utili di valutazione e di giudizio e spero che lo teniate nel debito conto, contrariamente a quanto è avvenuto negli anni passati quando le indicazioni che soprattutto dai banchi delle opposizioni vi sono pervenute sono cadute nel vuoto e non sono state di alcuna utilità per la nostra Provincia.

PRESIDENZA DEL PRESIDENTE:

SANDRO PELLEGRINI

VORSITZ DES PRÄSIDENTEN:

PRESIDENTE: La parola al consigliere Viola.

VIOLA (PDS): Vorrei fare un'osservazione preliminare, signor Presidente. Nella riunione dei capigruppo ho cercato di vedere se era possibile trovare una forma di "gentlemen agreement" per avere una distribuzione ottimale della richiesta di parola, dal punto di vista della logica, della composizione, attraverso un libero accordo che sarebbe stato impugnabile da parte di ciascuno degli intervenuti. Purtroppo questo non è stato possibile; c'è stata quella specie di gara goliardica, senza neppure però la possibilità del colpo di pistola della falsa partenza che ha stabilito non tanto il più veloce - non si offenda Benussi - quanto quello che ha premuto un attimo prima. Voglio aggiungere che poi ieri sera, quando ero in elenco, ho avuto un momento di stanchezza, di cui mi sono scusato, per cui ha fatto benissimo il Presidente a mettermi in fondo alla lista. Solitamente mi dicono che nei Parlamenti regionali del nord è possibile trovare una certa alternanza, distribuirsi gli interventi, ecc., ma queste sono comunque questioni di dettaglio. Nell'ultimo anno di legislatura, più ancora che in passato, evidentemente la discussione sul Bilancio di previsione assume un'importanza, come tutti possono intuire, del tutto speciale; diventa, con un facile gioco di parole, questo discorso sul bilancio di previsione una valutazione complessiva di un'intera legislatura e diventa anche il bilancio inevitabilmente dell'attività di ciascuno di noi. Il bilancio sull'attività di ciascuno di noi e il giudizio sull'attività di ciascuno di noi è bene che lo facciano gli altri.

La discussione su qualsiasi bilancio di previsione non può naturalmente limitarsi ad un esame semplicemente analitico del bilancio in quanto tale, ma deve necessariamente allargarsi al quadro politico complessivo in cui questo bilancio si colloca, alla sua evoluzione e alle sue linee di tendenza. Se tentiamo di ricostruire questo quadro complessivo, vediamo che ci sono almeno tre elementi che vanno presi in considerazione, perché hanno modificato abbastanza profondamente il quadro di riferimento, il contesto in cui si colloca questa previsione di spesa rispetto agli anni passati. Due fattori sono fortemente negativi, uno è indubbiamente positivo. Questo è il Bilancio che si discute nell'era post pacchetto e il bilancio che si discute con la grave crisi economica del nostro Paese, che da molti anni si riflette inevitabilmente anche sulla nostra realtà. E' anche il bilancio che si discute nel momento in cui per la prima volta in seguito alle iniziative della Magistratura è esplosa la cosiddetta questione morale nella nostra provincia. Ora, mi stavo chiedendo se era meglio da un punto di vista di distribuzione del mio intervento dividere l'intervento stesso in più parti, magari anche in fasi diverse, ma queste mi sembrano francamente delle piccolezze.

Voglio incominciare dalla parte più sgradevole di questi tre elementi, perché siamo premuti dall'immediatezza della cronaca. Vorrei partire nell'esaminare questo fattore, che ha sconvolto il quadro politico generale in cui si muove questo bilancio, dalle motivazioni, scegliendo e citando alcune delle parole che sono nelle motivazioni, con cui il tribunale della libertà e dunque non il pubblico ministero che ha avviato le indagini tempo fa ha negato la scarcerazione di uno dei tre arrestati. Si badi bene, queste motivazioni sono prima del recente clamoroso avviso di garanzia, di qualche giorno fa. Adesso ricavo da alcune frasi virgolettate dei giornali, ma che corrispondono - mi sono informato - grosso modo a quanto segue: *"Nel motivare le ragioni per cui si nega la scarcerazione - dicono i tre giudici di lingua italiana e di lingua tedesca del tribunale della libertà - quello delle tangenti negli appalti pubblici sarebbe una prassi usuale anche in Alto Adige"*. Non lo dico io, lo dicono i magistrati. *"Anzi - rileva sempre il Tribunale - "il fenomeno è talmente radicato ed esteso che meraviglia come nel bilancio delle aziende non sia ormai espressamente inserita la voce <<tangenti>>"*. Non è retorica se dico che queste parole pesano come il piombo e che non c'è possibilità di ignorarne la gravità. Non si tratta di una dichiarazione estemporanea strappata da qualche cronista, non è un'affermazione di un politico di opposizione, di demagoghi, ma è il risultato dell'esame, del frutto di un lavoro lungo molti mesi che la Magistratura di Bolzano ha svolto con un'accanita indagine.

Se è ovvio che dobbiamo augurarci che la Magistratura funzioni correttamente secondo la filosofia tipica della divisione dei poteri. Credo che come politici in generale dobbiamo manifestare verso la Magistratura la massima fiducia e creare intorno alla Magistratura un clima, non evidentemente di collaborazione, perché non è il nostro compito, ma un clima di sostegno morale che sappiamo essere molto importante in questi casi. Ho detto un clima di sostegno e di rispetto, non un clima di incitamento o di complicità verso chissà quale obiettivo. Mi auguro che non ci sia qui da noi un Craxi di turno; sto parlando di un personaggio che non esiste qui da noi, il quale sta dando la colpa al giudice della tragedia in cui la sua politica è sprofondata, in cui il suo partito è sprofondato, il partito glorioso di Nenni, di Morandi, di Lombardi e di mille altri eroi e martiri della libertà e anche di persone che hanno difeso i diritti dei sudtirolesi nell'immediato primo e dopo guerra, un partito le cui condizioni morali sono sotto gli occhi di tutti. La cosa può capitare - è successa a molti altri partiti -, però nessun altro segretario ha proseguito lucidamente nel tentativo di dimostrare che tutto in fondo si riduce - parlo sempre a livello generale - alla bricconaggine di qualche

singolo mariuolo e alla parzialità, maliziosità e scorrettezza della Magistratura. In ogni caso sarà il giudizio storico e politico che farà giustizia anche di questo personaggio.

Vorrei aggiungere qualcos'altro tornando alla nostra realtà locale. Queste valutazioni del tribunale della libertà sulla situazione, che secondo questi magistrati si sarebbe instaurata, non so quanto estesa sia. Mi auguro molto meno estesa che in altre situazioni, che non appaiano di sorpresa come un fulmine a ciel sereno altre novità, perché ormai da mesi, forse più che da mesi, è diventato - sia vero o no, ma questo è un dato che a noi politici ci deve preoccupare moltissimo - il senso comune di moltissimi cittadini, i quali sono convinti che si sia del marcio ovunque. E' diventata una sorta di dato che viene dato per scontato. Da tempo, da mesi, moltissimi cittadini di moltissimi gruppi linguistici sono convinti che quello che il giudice Di Pietro aveva scoperchiato a Milano si poteva benissimo verificare anche da noi, anzi si erano convinti che si era già verificato da tempo e che era soltanto questione di tempo che si potesse anche arrivare ad individuarlo, perché da molto tempo, come sappiamo - questo è un dato che ci deve preoccupare moltissimo, perché mina le basi, il rapporto di fiducia elettorato-classe politica, cittadini-istituzioni - da molto tempo tutta la città era tutto un ribollire di chiacchiere, di pettegolezzi, di allusioni, di battute, e persino di barzellette in materia, che si diffondevano con progressione geometrica. Da mesi nei bar delle città non si parla d'altro. Io dico subito che non sono di quelli che né prima, né dopo, ha brindato alla notizia di certe clamorose iniziative della Magistratura. Non sono di quelli che ha esclamato "finalmente", anche se sono profondamente preoccupato e amareggiato per gli effetti devastanti che tutto questo non potrà non provocare sul rapporto di fiducia fra cittadini e istituzioni, per l'ombra che tutto ciò non può non gettare non solo su singoli settori, su singole persone, ma più in generale sulle istituzioni locali, che ci piaccio o no, che sia giusto o meno.

Sono anche preoccupato per il tempo non breve, temo anzi assai lungo, che sarà necessario, sempre che noi siamo all'altezza di questo compito, per recuperare e rimediare ai danni che questo ha provocato, per recuperare un rapporto positivo tra la gente e la politica, anche perché il momento che stiamo attraversando è un momento, a livello nazionale, in cui più basso nella storia del secondo dopoguerra è la sfiducia fra i cittadini e le istituzioni. Questo è il compito che noi oggi politici abbiamo davanti, non quello di fare processi sommari o di sostituirci alla Magistratura, ma di ridare dignità alla politica, cioè un progetto da costruire con la gente e fra la gente. Mi fermo qui per continuare più tardi.

PRESIDENTE: Va bene. I lavori sono per il momento sospesi e riprenderanno, come previsto, alle ore 20 con la prosecuzione dell'intervento del consigliere Viola. La seduta poi si concluderà alle ore 23. Ricordo che domani si inizia alle ore 9.

La seduta è sospesa.

ORE 19.00 UHR

ORE 20.08 UHR

(Namensaufruf - appello nominale)

VORSITZ DES VIZEPRÄSIDENTEN:

ROBERT KASERER

PRESIDENZA DEL VICEPRESIDENTE:

PRÄSIDENT: Die Sitzung ist wieder aufgenommen.
Das Wort hat der Abgeordnete Viola zur Fortsetzung seiner Rede.

VIOLA (PDS): Riassumo in un minuto - come tutti gli insegnanti sono pedante - l'inizio del mio intervento, per poi proseguire.

Avevo detto che c'erano tre elementi nuovi che caratterizzano la situazione politica generale in cui si colloca questo bilancio, uno positivo e due negativi: la chiusura del Pacchetto, la crisi economica nazionale e la questione morale esplosa anche in Alto Adige. Avevo ricordato l'estrema gravità delle parole usate dai magistrati del tribunale della libertà nel negare la scarcerazione ad uno dei tre arrestati, parole da cui risulta che i tre magistrati - non si tratta dunque di un pubblico ministero - sono convinti che da noi la tangente fa parte del comune paesaggio economico. Ho anche detto che questo, indipendentemente poi dall'esito dell'inchiesta finale, è un gravissimo colpo alla credibilità delle nostre istituzioni e che dobbiamo essere tutti consapevoli che abbiamo di fronte a noi il compito di fare il possibile per recuperare una fiducia che questa inchiesta ha già largamente minato, cioè dare dignità alla politica.

Ho citato prima alcune frasi di un'ordinanza di un giudizio della Magistratura; vorrei ora leggere qualche riga da un intervento di quello che io considero un eccellente giornalista, il direttore del "Mattino", oltre che della Cronaca di Verona, Paolo Pagliaro. In un articolo pubblicato il 29 di novembre fa alcune riflessioni che secondo me sono degne per tutti noi della massima attenzione. Dice: *"La straordinaria omogeneità, direi quasi la simbiosi che in Alto Adige si è creata tra una parte di questo ceto politico dirigente e una parte dell'imprenditoria delle professioni, fa sì nei fatti che riesca molto difficile distinguere le responsabilità degli uni e quelle degli altri. Se per il diritto la responsabilità è solo ed esclusivamente personale, la coscienza comune si accontenta di un giudizio meno formale, forse più veritiero."* Qui c'è la parte che io trovo più significativa. *"Sarebbe ora, insomma, che anche a Bolzano, Merano e Bressanone questo patto di ferro tra 10 notabili della politica, 10 studi professionali e 10 costruttori, finalmente si spezzasse"*. Io ritengo che in fondo Pagliaro sia stato generoso con il numero, perché forse il numero è inferiore a 10 ripetuto sui tre versanti. Non mi riferisco qui a questioni di rilevanza penale, ma dico che questo in qualche maniera in alcuni settori sia la pura e semplice verità. Per questa ragione ho ritenuto opportuno chiedere ieri una riunione dei capigruppo, perché è necessaria evidentemente una larga maggioranza per inserire un nuovo punto all'ordine del giorno. Il punto dell'ordine del giorno doveva essere più o meno questo: *"Valutazione politica del Consiglio sulle recenti iniziative della Magistratura"*. Questo non per fare dei processi sommari, ma, come ho già detto, per fare delle valutazioni politiche. E' per questa ragione, comunque, che si impone una nostra riflessione come Consiglio, che farò in questo caso all'interno del lungo tempo che ci è destinato per il Bilancio, anche se avrei preferito farlo come specifico punto per le ragioni che ho motivato e su cui nella riunione dei capigruppo poi eventualmente ritornerò.

L'interrogativo politico, il problema politico, che noi ci troviamo davanti è più o meno il seguente: quello che è successo - non mi riferisco in particolare a nessuno dei tre arrestati - va compreso, se volete liquidato, come una serie di casi individuali? E' una domanda molto importante, perché se diciamo di sì, allora evidentemente non c'è molto da fare. I casi

individuali non si potranno mai evitare del tutto. I padri della Chiesa ci hanno già insegnato che la natura umana è debole, che l'uomo non è di legno, e quindi la natura umana è imperfetta. Quindi delle singole eccezioni ci saranno sempre. Bene, io sono convinto invece che probabilmente di casi individuali non si tratta, e di questo è convinta anche purtroppo larga parte della pubblica opinione. Allora, se non si tratta di casi individuali, mi chiedo se abbiamo fatto abbastanza per prevenire il sorgere di questi fenomeni. Vorrei fare un esempio molto banale: in un cantiere c'è un infortunio; questo infortunio dipende dalla distrazione o dalla incoscienza del singolo lavoratore o dipende dalla mancanza di sufficienti ed efficaci misure di sicurezza? Questo è il problema e la domanda a cui dobbiamo rispondere. Quando a scuola spiegavo alcuni fenomeni sociali per evitare che gli studenti cadessero nell'errore, perché questa può essere una prima ingenua tentazione di risposta, di interpretare cioè determinati fenomeni sociali come singoli casi individuali: un determinato sovrano fa una cosa, un generale fa un certo errore, mi servivo di un esempio, di una metafora che ho visto che funzionava. Non so se funzionerà anche qui, perché ovviamente è una cosa molto diversa. Dicevo: badate che determinati fenomeni, anche individuali - piccola premessa: casi individuali e singoli ci saranno comunque sempre - si ripetono o sono collocati all'interno di un certo contesto. Determinati fenomeni, in questo caso determinate ipotesi di reato o reati, si spiegano così come si spiega il fenomeno delle singole zanzare. E' evidente che le zanzare sono da un lato un fenomeno singolo, dall'altro sono riconducibili ad una palude, ad un'acqua stagnante che consente a loro di sorgere e di riprodursi. Per restare in questa metafora, se è compito della polizia e della Magistratura occuparsi delle singole zanzare, è compito della politica prosciugare la palude se c'è palude. Comunque occorre prosciugare anche quelle che non sono vere e proprie paludi, ma acque stagnanti, che potenzialmente potrebbero, non necessariamente, dare adito a determinati fenomeni.

E' compito, dicevo, della politica agire quindi in senso preventivo e non soltanto curativo; è compito della politica, se vogliamo che la politica sia all'altezza di alcune grandi definizioni che sono state date da grandi personaggi, far sì che questo non accada. Non si deve prestare il fianco a certe battute, a certe barzellette che sulla politica in generale, quindi anche su di noi, come uomini politici di professione, circolano. Ne ricordo soltanto una che non riguarda il caso specifico, una delle più belle battute della cultura anglosassone, che è celeberrima negli Stati Uniti, per dire che la politica è una cosa sporca. Circola da anni una immortale battuta che prevede due giovani che parlano fra di loro; uno di loro fa politica e dice all'altro: *"Mi raccomando, non dire a mia madre che faccio politica; lei fortunatamente crede che io sia un pianista in un bordello"*. E' una battuta negli Stati Uniti che non voglio applicare meccanicamente qui, ma se non vogliamo che la politica rischi di prestare il fianco a questo tipo di deliziose battute, dovremmo riuscire a far sì che la politica possa essere quella che la definiva Max Weber, ad esempio, quando dice che il vero politico è un mix di tre caratteristiche: Leidenschaft, Verantwortungsgefühl und Augenmaß, cioè passione, senso di responsabilità, avvedutezza, capacità di giudicare le distanze ad occhio senza sbagliarsi. Un'altra splendida definizione che mi è venuta in mente, meno nota forse - per questo la dico - è quella di Thomas Mann, quando lui dice che *"la politica è umanesimo; la politica è costruzione della comunità; non c'è niente di più alto. L'architetto è bravo perché fa l'urbanista, ma il politico, in teoria, come modello ideale, è ancora meglio perché costruisce la comunità"*. Ora, al di là di queste citazioni più o meno interessanti io credo di poter dire che da parte nostra non è stato fatto abbastanza proprio nel senso della prevenzione delle misure

di sicurezza, non è stato fatto abbastanza per evitare probabilmente - posso sbagliarmi nelle mie valutazioni - il formarsi di acque stagnanti.

Scendo nel concreto ed esco dalle metafore. Cosa intendo per fenomeni che possono determinare precondizioni da cui possono poi emergere casi individuali di rilievo giudiziario? Intendo due fenomeni fondamentali che sono presenti da noi anche se in forme diverse e specifiche non meno che in altre situazioni: in primo luogo sono l'occupazione della società civile da parte dei partiti e la lottizzazione partitica o per meglio dire la lottizzazione correntizia. Possiamo dire che questo da noi non sia mai successo? Che da noi è sempre stata tenuta rigorosamente distinta la politica intesa come direzione ed indirizzo programmatico, come capacità di fare delle grandi scelte, dalla gestione amministrativa? Io dico che nessuno di noi questo lo possa dire anche se magari qualcuno da noi dice che non c'è corruzione. Ma questa precondizione, questa acqua stagnante o potenzialmente stagnante credo che nessuno la possa negare. La lottizzazione correntizia da noi è esattamente come dalle altre parti. Può essere più dignitosa, può avere esiti meno rilevanti penalmente o non avere nessun esito penalmente rilevante, ma le nomine negli enti pubblici con quale criterio sono sempre state fatte? Le conosciamo tutti? Sono nomine che premiano i migliori? Pensate alle U.S.L., alla RAI, alla Cassa di Risparmio, a tutte le infinite nomine in enti in cui nominiamo dei nostri personaggi. Non dico che si premino sempre i peggiori, però qual è l'elemento decisivo? La variabile indipendente? Generalmente l'appartenenza non solo politica, ma partitica.

Quando parlo poi di precondizioni di rischio, anche questa mescolanza fra società, circoli e politici non va bene. Non sto parlando male perché sono all'opposizione; queste cose succedono un po' ovunque, e succedono anche nelle Regioni dove il mio partito rappresenta la maggioranza. Cosa c'entrano le società sportive con la politica? Non c'entrano assolutamente niente. Il politico fa il piano dello sport; gli sportivi fanno le società sportive. Non sto parlando di cose penalmente rilevanti; dico che secondo me dobbiamo abituarci a considerare questa commistione, che io potrei moltiplicare per mille altri casi, come un fatto non poi tanto normale. Tanto per tirarne fuori una su cui abbiamo discusso avendo presentato a suo tempo una mozione che è stata approvata peraltro senza nessuna efficacia in Consiglio regionale, mi chiedo come sia stato possibile sostenere spese elettorali agli inizi di questa legislatura, quando si è parlato di politica all'americana, di marketing politico, e sono venute fuori cifre pubblicate su tutti i giornali: 50, 100, 200 milioni. Al di là che nessun magistrato ha avuto nulla da obiettare, anche se un qualche movimento c'è stato, poi la cosa non è andata avanti. Dico quindi che non sono tutti fattori di rischio, ma è meglio evitare, è meglio un clima secco. Sono un fatto negativo, perché in questo modo la persona che può disporre di questi capitali per investire nella propria campagna elettorale schiaccia i concorrenti del suo partito e degli altri partiti. E' negativo verso gli elettori, perché dà un esempio sbagliato di politica intesa come apparenza, come forza, come merce di scambio, come marketing, e gli elettori poi non sono molto meglio, quindi cascano volutamente su questo. Io non stimo molto un elettore che vota una persona perché ne vede la faccia più spesso su un muro, però le cose sono così ed è negativo anche perché limita di fatto l'effettiva libertà di coscienza di quell'eletto. La legge non vieta che uno faccia delle donazioni per una campagna elettorale, ma è chiaro che se quella persona per caso ha avuto dei contributi da determinati circoli politico-economici, non sarà libero nella sua coscienza; evidentemente sarà condizionato e quindi sarà tentato di rappresentare più gli interessi delle persone che l'hanno aiutato nella campagna elettorale che non gli interessi del popolo.

Vedete, sto parlando di cose che non hanno niente a che fare con la Magistratura, ma che secondo me c'entrano, perché è qui che noi possiamo agire. Non possiamo certo evitare la singola deviazione.

Anche certi fenomeni che riguardano tutto il mondo, di certe permanenze eterne nei consigli, nelle assemblee elettive, io direi che è una cosa su cui dobbiamo riflettere, perché è chiaro che chiunque fa parte della natura umana del politico, quindi anche del sottoscritto, che se prende una determinata posizione, anche per merito, ricopre una certa carica, la cosa può non avere nessuna conseguenza perché si deve comportare correttamente. Posso anche, però, se non sono totalmente coerente ed onesto, servirmi in maniera non penalmente rilevante, ma forse moralmente rilevante, della mia carica per crearmi questo giro di clienti, che poi mi rendono di fatto invincibile. Ci sono già alcune Regioni italiani, credo forse la Sardegna, se non vado errato, che hanno approvato una legge che stabilisce per esempio le due o le tre legislature come massimo. Sono misure rozze, perché von Karajan lo si fa dirigere l'orchestra fino a 90 anni; non si dice che tu hai diretto per 10 anni, adesso basta anche se sei il migliore.

Ma come sarà questo strano fenomeno che mentre la percentuale di iscritti ad un partito tra i vari settori della popolazione è poniamo del 2%, in una certa categoria, ad esempio gli architetti, è del 20, 30 o 40%? Non ha niente a che fare l'architettura con le scienze politiche. Il fatto che in tutta Italia e quindi anche all'estero - non sto diffamando la nostra amata terra - ci sia un senso comune fra i giovani architetti, non fra tutti - non so poi quali siano le percentuali, mi sembrano superiori alla media - che se tu non ti iscrivi ad un partito o che comunque iscriversi ad un partito è cosa che ti aiuta nella carriera, anche se poi non è vero, ma questo senso comune gira, anche questo è un fatto molto negativo.

Un altro aspetto preventivo, che io trovo fondamentale, è quello di avere la massima attenzione nell'assicurare la partecipazione, la Mitbestimmung e la famosa Sozialpartnerschaft, vale a dire la consultazione costante fra la gente, perché in questo modo otterrò un'infinità di risultati, a cominciare da un fatto di democrazia, fino anche ad avere maggiori informazioni, maggiori controlli, maggiori difficoltà nella famosa deviazione. Qui vorrei anche ricordare, come hanno fatto altri, che il ritardo nel recepimento della famosa trasparenza amministrativa, mi sembra che sia la 241, se la memoria non mi inganna, un ritardo che è già quasi di tre anni - diceva il Presidente Durnwalder che noi la facciamo meglio, ma voglio proprio vedere - questo ritardo del recepimento di queste norme, dell'accesso quindi soprattutto al politico, ma direi soprattutto per il pubblico, alle delibere della Giunta, anche questo è un fatto grave. E' un po' come quel cantiere che non mette le adeguate misure di sicurezza. Non sempre avviene l'incidente, però è più facile che avvenga là dove queste misure mancano. Al limite è anche utile, come misura preventiva, un discorso di attenzione alla massima semplificazione della legislazione. L'assessore Saurer, che è un tecnico, sa quanta fatica fa lui nel ginepraio delle leggi. Qui non c'è volontà malvagia necessariamente, però il creare il più possibile, destinando fondi a questo, testi unici di legge anche semplificati, è un altro modo per aiutare la gente a capire che cosa sta succedendo, a difendersi meglio e a controllarci meglio.

C'è poi un'altra questione che ci viene posta da queste iniziative, su cui anche la Giunta dovrebbe riflettere. Devo dire anzi che finora io non sono d'accordo con le reazioni del tutto così formali, del tutto neutrali della Giunta, di fronte ad un fenomeno di questo tipo, perché siamo tutti capaci di ripetere alcune norme prese da un manuale di diritto. Ma qui non c'è soltanto il manuale di diritto c'è una popolazione, ci sono i giornali, ci sono delle iniziative, ci sono dei sospetti, ci sono delle situazioni a rischio. Io trovo una minimizzazione costante

fatta dalla Giunta non solo in questi ultimi giorni, ma anche da mesi a questa parte, in questo atteggiamento. Mi dispiace che sia rattristata una persona che io stimo personalmente, come il dott. Silvius Magnano, ma in una videocassetta o comunque in un compact disk mi pare si sia molto insistito su questo concetto, che qui da noi in questa "Seelige Insel" queste cose non succedano. Questo accade che lo si dica sempre il giorno prima. Sia il Movimento Sociale Italiano che il sottoscritto, ma poteva farlo un altro, abbiamo chiesto una commissione d'inchiesta - a questo 20 giorni fa - alle avvisaglie del caso "Maso della Pieve", perché è comunque importante fare quello che si può fare e una commissione d'inchiesta non puramente interna alla Giunta, ma con la presenza anche del controllo delle opposizioni, può servire e serve come elemento educativo, simbolico, favorevole, che non c'è paura di...

CONSIGLIERE: (*interrompe - unterbricht*)

VIOLA (PDS): Non sto dicendo che non accettare la commissione d'inchiesta vuol dire avere qualche cosa da nascondere, però è una valutazione sbagliata quello che diceva il Presidente Durnwalder, cioè che i controlli di tipo contabile sono stati fatti e quindi non c'entrano, questo non basta. Del resto quando chiedi una commissione d'inchiesta sulla questione dell'inceneritore fu fatto lo stesso ragionamento. E' meglio in queste cose abbondare, come sa il vicepresidente della Giunta Saurer, piuttosto che lesinare.

Vorrei adesso affrontare nello specifico il caso del nostro collega Ferretti, trattazione che io faccio non a cuor leggero, per restare in metafore cardiache, e molto a malincuore. Qui vorrei essere estremamente chiaro, se mi riesce, e so anche che non sono infallibile. Una cosa è sicura: la valutazione politica, non giudiziaria, di questo caso, che secondo me spetta a questo Consiglio, è estremamente difficile. Non sono affatto sicuro nelle mie esternazioni, per usare un termine cossighiano, di essere convincente o di avere sempre ragione, totalmente o in parte ragione. Perché è estremamente difficile? Perché mettiamo due cose sulla bilancia nella valutazione che ciascuno di noi fa quando prende una posizione politica: da un lato una considerazione di civiltà del diritto, che senza essere laureato in legge mi è completamente nota. Il diritto è sacrosanto; è lì la differenza tra dittatura e democrazia: la presunzione di innocenza fino all'eventuale condanna definitiva; dall'altra l'elemento umano della vicenda, che per me è anche estremamente importante, perché non ci vuole molta forza di immaginazione per capire che cosa passa una persona in una situazione di questo genere, la sua famiglia e la cerchia dei suoi amici. Se toccasse a qualcuno di noi sarebbe un dramma; su questo non ci sono dubbi. Ora, però, quello che io pongo sull'altro piatto della bilancia, che mi ha spinto ad un discorso politico di invitare l'assessore Ferretti ad autosospendersi, a dare le dimissioni temporaneamente per il tempo necessario, quanto meno fino ad arrivare all'eventuale rinvio a giudizio o archiviazione del caso, la valutazione politica è di altro tipo, e a mio avviso a questa valutazione politica non si può sfuggire. Che cosa fare allora? Se una società privata - io adesso ho dovuto fare il nome, però è chiaro che non parlo della persona in sè - apprende che un suo dipendente riceve un tipo di garanzia, non può stare zitta. Lo può fare, però sarebbe sbagliatissimo moralmente, perché può essere innocente, ma terrebbe quel dipendente con una determinata ipotesi di reato proprio in quel settore, proprio in quell'ufficio, e non direbbe di spostarsi un attimo dall'altra parte. Il problema è questo, su cui mi rendo conto è difficile prendere una decisione. Prendo atto che il Consiglio ne ha presa un'altra. Con quanta serenità ed efficacia reale, con quanta legittimazione reale, non teorica, da manuale, da diritto, può operare un assessore, indipendentemente da come sono andate le

cose, con questo tipo di ipotesi di reato - si tratta di un indagato, non di un accusato, lo sappiamo tutti - e con quanta serenità ed efficacia può lavorare una Giunta, organo collegiale, in questo senso? Detesto fare i processi sommari, ma questo interrogativo ritengo di porlo a questo Consiglio, perché mi sembra un interrogativo reale, legittimo, che io ho posto a malincuore dopo averci pensato anche abbastanza lungamente, dopo essermi consultato dentro e fuori il partito e cosciente di poter anche sbagliarmi. Prendo atto che nella discussione fatta nella riunione dei capigruppo tutti i rappresentanti politici presenti come loro sacro santo diritto, tranne uno, la collega Klotz, avevano posto il problema di dare questa specifica attenzione di punto di ordine del giorno, e devo dire che lì dentro c'è stata una discussione estremamente civile; hanno detto civilmente tutti: no, non siamo d'accordo. Apprendo poi dalla cronaca di corridoio di un autorevole giornalista del "Mattino" - non mi riferisco a Paolo Pagliaro - che due capigruppo, che in quella sede non mi hanno detto che sono uno sciacallo, mi hanno accusato in corridoio di sciacallaggio. Io non so se questo giornalista se l'è inventata, perché non lo conosco, o se è stato veramente detto; in ogni caso respingo al mittente la critica o al giornalista inventore o a chi ha detto in corridoio qualcosa di diverso da quanto è stato detto nella riunione dei capigruppo, perché non vedo quale vantaggio potrei avere nell'infierire su una persona, di cui capisco benissimo il dramma che sta vivendo. Questo vi prego di credermi; dopo di che posso sbagliarmi nella valutazione. Può essere intempestiva o sbagliata la mia iniziativa, e questo è diritto di tutti farlo rilevare, però tengo anche a precisare che non ritengo giustificata nei miei confronti questa accusa, mentre l'accusa che io mi possa sbagliare è sempre possibile. Vorrei qui finire l'argomento per me più sgradevole da affrontare: ripeto quello che ho detto all'inizio, che non ho brindato affatto quando ho saputo certe notizie, per la persona, per la sua famiglia e per noi tutti, ma c'è molto da lavorare.

Dicevo che tre erano gli elementi caratterizzanti questo bilancio rispetto agli altri. Ne ho appena citato uno adesso; vorrei analizzare quello positivo, cioè la chiusura del "Pacchetto", che non c'era negli altri bilanci. Siamo alla fine di una vertenza di 20 anni, che è stata lodata universalmente - ho già detto e ripeto - più all'estero che all'interno, ma anche all'interno. La parte migliore della Volkspartei la loda sicuramente, anche se capisco che non possa fare altari con degli incensi; ci sono anche delle dialettiche politiche da mantenere. Del resto ha fatto bene Durnwalder a ricordare che diventa un esempio di grande interesse per l'estero. Vorrei far notare che questa è l'unica riforma del dopoguerra dell'Italia repubblicana - parlo adesso a livello nazionale - che possiamo mostrare con orgoglio all'estero. Immaginatevi se andassimo all'estero a dire: guardate che bel funzionamento della Camera e del Senato abbiamo; sarebbero risate europee. Però su questo punto ci sono lodi da tutte le parti. La sua validità la possiamo apprezzare, almeno io la comprendo, l'ho sempre apprezzata, ma l'apprezzo particolarmente adesso se entriamo nella logica di quel che poteva essere, alla luce di eventi e di situazioni che sono vicinissime a noi, più vicine che altre attualità italiane. C'erano 25 mila militari negli anni 60, all'inizio. Pensate che cosa sarebbe successo se non si fossero verificate due ipotesi: la prima per la quale, secondo me, Magnago entra nell'Olimpo dei grandi personaggi politici - e parla un avversario politico della SVP -, perché Magnago ha avuto la genialità di capire nel '57 che "Los von Trient" era la strada politica e che "Los von Rom" era forse la strada utopica, una strada allora purtroppo tragica indipendentemente dalla sua validità morale. Va anche riconosciuto che c'è stata un'altra condizione, e qui non buttiamoci troppo giù, dico almeno noi di madrelingua italiana; dall'altra parte, con tutte le difficoltà, le incomprensioni, ma lentamente, c'è stato un Governo di centro-sinistra, che noi

comunisti allora abbiamo, non per quanto riguarda il "pacchetto", sottovalutato nelle sue potenzialità - ero abbastanza grande per ragionare allora, non so se ragionavo meglio o peggio di adesso - con uomini come Moro, Saragat, ecc., insomma un Parlamento di centro-sinistra che ha scelto la strada della trattativa. Poteva scegliere la strada della violenza, del no. Per fortuna in quel momento alla Presidenza del Consiglio non c'era il partito liberale o l'ineffabile ministro Raffaele Costa, perché allora sì, uomo del Risorgimento, contro il regionalismo, contro l'autonomismo, sarebbe stata allora, al di là della sua magari buona fede personale, una tragedia.

Sull'onorevole Raffaele Costa vorrei dire due parole. Innanzitutto che non dobbiamo mai dimenticare che ha dei meriti, e questo non da oggi, ma da anni, nella sua tenace battaglia contro gli sprechi nella pubblica amministrazione. Se poi vi sono sprechi nella pubblica amministrazione delle Regioni non cambia niente: regionalismo non vuol dire posso sprecare più che a Roma; ma su questo siamo tutti d'accordo. E' una cosa meritoria su cui anche si è costruita la sua carriera politica. Potrebbe succedere soltanto in Italia, e qui ritorno a quella condizione di acqua stagnante e pericolosa dove regna la lottizzazione: solo nel regno della lottizzazione può capitare di fare un Governo dove siccome ad un partito liberale piccolo tocca comunque un posto di potere e in quel momento quel posto era libero, gli diamo il posto che si libera e mettiamo un antiregionalista alla guida del ministero delle Regioni. Essere antiregionalista è sbagliato, ma è un diritto costituzionale. Sarebbe come mettere Khomeini a dirigere la segreteria di stato vaticana: ha lo stesso senso. Ma noi questo riusciamo a farlo, perché il manuale Cencelli stabilisce, secondo l'infinita saggezza di Andreotti, che ai liberali toccava quel pezzettino, quel pezzettino era libero lì, su un altro c'era un altro posto e quindi non si poteva dare.

Dette queste cose, visto che parliamo di Costa, direi che il salto di qualità fondamentale positivo che ha provocato e comunque deve provocare la chiusura definitiva del "pacchetto", con tutte le prospettive su cui dopo tornerò, fa sì che dovremmo fare tutti un grosso sforzo per evitare le ricadute del passato. Io sono stato critico - credo di averlo detto chiaramente, anche se il 90% e oltre dei miei elettori è di madrelingua italiana - e non sono stato d'accordo sulla questione del Monumento alla Vittoria, cioè che il generale Federici ha fatto uno sbaglio il 4 novembre. Sono cose che non possono più succedere alle soglie del 2000. Colgo qui l'occasione, se se la annota, vista la gentilezza della sua attenzione, l'assessore Saurer, e non lo dico in termini polemici, perché Durnwalder ha nominato la commissione sul monumento alla Vittoria, per dire due parole. Questa commissione è stata ferma un anno, perché lo Stato non si decideva, anche grazie alle interrogazioni di illustri autonomisti a Roma, a nominare i suoi tre rappresentanti. Poi però la commissione ha lavorato, ha lavorato in maniera molto buona; la lettura della relazione finale la trovo praticamente esemplare, di grande interesse. Questo è avvenuto a giugno di quest'anno: cosa aspettiamo adesso? Il prossimo 4 novembre, con la prossima discussione? Ho parlato di Costa, del Monumento alla Vittoria, ecc. - non metto le cose sullo stesso piano - però dobbiamo dire che anche la Volkspartei, che è il partito che ha più lunga storia, più esperienza e anche più risultati ottenuti sulle spalle di un ministro Costa o di un singolo generale, dovrebbe stare attenta a misurare le parole. L'uscita di Brugger è stata anche criticata, ma ho colto la differenziazione di Frasnelli. Considero Brugger un autonomista, un interlocutore rispettabilissimo, non ne faccio dei drammi su questo punto. L'uscita di Brugger, così come ipotesi teorica, come esperimento mentale, che se *"l'Italia chiede di ritorno l'Istria, allora noi vogliamo tornare all'Austria"* è infelice, è sbagliata. Bisogna evitare queste frasi, prima di

tutto perché l'Italia non sta chiedendo di ritorno l'Istria, e anche se la chiedesse di ritorno faremmo un clamoroso errore nell'attuale situazione, perché abbiamo capito che i confini non si spostano, non si devono smontare. Ma Brugger, che è giovane, ha preso esempio dal più anziano, perché eravamo tutti presenti al convegno della Volkspartei. E' sempre un grande spettacolo andare a vederlo, perché vedo lì uno spaccato della società sudtirolese per me istruttivo. Quando l'onorevole Riz, che ha fatto una relazione, che a me è sembrata molto equilibrata, molto precisa, una relazione conclusiva interessante per quanto riguarda l'aspetto generale, dice una frase, perché sa che ci sono delle dialettiche interne, bisogna tenere calma l'ala destra, e per un'uscita di Costa si arriva a chiedere l'indipendenza, non è grave, perché alla fine dicono che è un modo di dire; però stiamo attenti, perché qui da noi, come si suol dire, le parole pesano. Devo stare attento io naturalmente, devono stare attenti i partiti italiani, devono stare attenti un pochino tutti. Anche l'ultima uscita, sempre in questo famoso colloquio fatto dal collega Brugger alla televisione austriaca, quando parla dell'Italia, poteva risparmiarsela. Allo stesso modo devo stare attento a parlare male dell'Austria come italiano; ci sono delle questioni di gentilezza e di rispetto. Gli inglesi, ad esempio, parlano molto male dell'Inghilterra, io però li difendo e non accade il contrario. Se io comincio a parlare male dell'Inghilterra loro iniziano a difenderla. Rifletta allora la SVP su un dato: questo "Sauhaufen" è stato costruito dai Governi che hanno governato l'Italia. Ci saranno anche responsabilità delle opposizioni, ma io capisco perché il piccolo partito della Volkspartei deve trattare, non può andare a criticare, deve trattare per ottenere i propri risultati, però avete sempre dato i voti a queste persone inevitabilmente, ma senza molte differenziazioni. L'unica volta che la SVP ha minacciato di togliere il voto alla maggioranza fu perché c'era il rischio che un partito, che già allora era un partito democratico, anche se non aveva cambiato nome - lo posso dire perché ci sono dentro da 30 anni e lo conosco meglio di chiunque altro qui dentro - rischiava di entrare nel Governo, perché nel 1976 il Partito Comunista aveva avuto una grande avanzata elettorale. Comunque queste sono questioni marginali.

Guardiamo adesso le questioni di fondo. Il fatto della chiusura del "pacchetto" è estremamente positivo; adesso dobbiamo guardare avanti. Io ho seguito con attenzione il discorso fatto da Frasnelli - mi auguro che sia a nome di tutta la SVP - su questi due concetti, poi non è che sia d'accordo su tutto: autonomia dinamica, Europa, Region-Tirol. Interessante è la variante Andreolliana, che è un'altra cosa, probabilmente, comunque meglio così. E' evidente che per "autonomia dinamica" intendiamo lo sviluppo delle competenze primarie e al limite trasformazione di tutto ciò che è terziario in primario; vuol dire federalismo. Poi ritornerò su questo punto. Posso dire che il mio partito è pienamente d'accordo sia localmente che nazionalmente su questo principio e anzi posso dire che noi di Bolzano, piccoli e brutti, una volta tanto abbiamo avuto il "Vorreiterrolle" per quanto riguarda il federalismo, nelle discussioni interne al partito a Roma. Non è che sia stato merito nostro, ma almeno qui siamo andati nella direzione giusta. Vorrei ricordare, per quanto riguarda lo sviluppo delle competenze - questo Frasnelli della SVP lo sa e lo ha riconosciuto anche Brugger al congresso della Volkspartei - che dopo alcune esitazioni iniziali, è stato il PDS fra i grandi partiti nazionali a porre quella famosa richiesta di trasformazione dell'Italia in Stato di ispirazione regionalista, che è stata respinta dagli alleati storici della SVP a Roma. Su questo Frasnelli ha detto anche delle cose interessanti. Dunque federalismo, sviluppo quindi delle competenze, poi c'è una specificità delle Regioni locali, ma in ogni caso il principio è questo. Non è che se a tutte le Regioni ordinarie danno tutto quello che abbiamo noi, più tutto quello che chiediamo anche noi, la cosa ci dispiaccia; c'è una specificità su cui non torno, ma comunque va bene. La

competenza primaria della scuola è utile anche nelle Marche, poi non è detto che riesca ad essere applicata bene.

Ci sono naturalmente - questo è appena il caso di dirlo, ma è bene precisarlo -due concetti di federalismo: quello vero, quello democratico, e poi c'è un federalismo a volte interessante, più spesso inteso e giocato in termini egoistici dalla Lega, dove federalismo vuol dire che le Regioni ricche sganciano le Regioni povere; basta soldi al sud! Basta soldi corrotti e mal impiegati! Su questo siamo tutti d'accordo, ma mi pare che il modello Bundesrepublik, con tutte le varianti, il concetto di solidarietà tra le Regioni, fra i Länder, Finanzausgleich, quando occorre Bundeszwang, che le risorse date dalle Regioni più ricche siano discusse nel Senato delle Regioni e non da Cirino Pomicino, su questo siamo tutti d'accordo. Se poi con Bossi, nei suoi continui ondeggiamenti un po' da cane da tartufo, c'è chiarezza su questo punto, su questo si può discutere, però se intende il federalismo in questo modo, non come le tre repubbliche: la repubblica del Nord contro i terroni, meglio i negri dei terroni, e cose di questo genere. Allora nuovamente seguo con attenzione il discorso lungo di Frasnelli, leggo i giornali, e vedo quanta attività internazionale sta facendo la Volkspartei, in particolare alcuni uomini della Volkspartei. Sono orgoglioso che si chiami la Carta di Bolzano, anche se non sono stato io ad elaborarla, cioè che da qui nasca un qualcosa di significato più generale. L'osservazione però che io debbo fare è che la SVP capisca, al di là delle dichiarazioni di buona volontà, che deve entrare più direttamente a far parte del movimento federalista italiano, perché non è stato pienamente così. Riz ne ha parlato di 10 anni fa per primo, ma si occupava d'altro; aveva altre cose a cui pensare che non al federalismo, però deve interessarsi di più di questo "Sauhaufen", anche per migliorarlo tutti assieme, senza paura di italianizzarsi. La lotta per la democrazia del Movimento Federalista Italiano è per la democrazia internazionale, della riforma dello Stato, di avere maggiori collegamenti con le Regioni a statuto speciale, ma anche non solo come SVP, che sarà la parte fondamentale del convoglio, ma cercare di coinvolgere in questo anche i partiti italiani autonomistici, coinvolgere anche il Consiglio in queste cose, che cioè ci sia anche una nostra iniziativa più larga dell'iniziativa sia pure del partito di maggioranza assoluta.

Sulla questione della Regione Tirolo, sulla tavola rotonda va benissimo, ma dico che ancora le cose non sono del tutto chiare. Forse non possono esserlo e forse non c'è del tutto chiarezza sia per ragioni epistemologiche, cioè in questa fase non è possibile prefigurare quello che sarà il futuro, ma anche un po' perché non sempre si vuol fare chiarezza. La chiarezza in questo obiettivo, che io sottoscrivo - poi vediamo in che senso - è indispensabile, altrimenti nascono degli equivoci. Allora qualche italiano, che non fa il politologo di professione, che non ha seguito tutte le fasi, può pensare: cosa vuol dire, che poi andiamo ancora più in minoranza? Sarebbe la fine dell'Europa Region-Tirol e i trentini potranno staccarsi dall'Alto Adige. Non è forse un risorgere dell'idea di autodecisione sotto altre forme? Allora legittime sarebbero le resistenze, ecc., un nuovo "Los von Trient". Tutte queste cose sono da chiarire con il massimo di dialogo, di comprensione, di disponibilità al chiarimento. L'idea è affascinante, per cui invito ad intensificare al massimo tutte le possibili relazioni economiche, culturali, ecc. Sorvoliamo poi sul fatto che quando propongo di scambiare gli studenti fra Innsbruck e Bolzano mi si dice che non si deve fare; ma questo perché lo avevo chiesto io. Ricordiamoci allora che all'interno della Regione Tirolo storico l'università non è un optional, ma diventa una cosa di interesse interregionale, anche se ovviamente qui saremo noi a dover dire la parola fondamentale. Dalle vaghezze occorre uscire al più presto, altrimenti la cosa diventa controproducente, e, come dicevo, uscire dalla vaghezza o

dall'ambiguità non è solo un problema di terminologia, ma è un problema di volontà politica. Bisogna che la SVP capisca che su questo problema deve coinvolgere anche gli altri, e per gli altri non si intendono solamente i tre assessori che si trovano in Giunta, ma si intendono gli altri partiti autonomisti: popolazione, dibattiti anche esterni, anche direttamente con la popolazione italiana. C'è bisogno di una vera e propria rivoluzione copernicana in questa politica del dialogo. Quello che voglio dire è che se il "Pacchetto" è stato fatto fino adesso con una tenace volontà politica, con una situazione internazionale anche favorevole, però è stato fatto con il metodo della trattativa. Gli italiani in gran parte, tranne i politici di professione, sono stati a guardare a volte con paura. Non sto giustificando, è un fatto. Il post-pacchetto deve essere l'epoca della trattativa e del dialogo per la trattativa, cioè la trattativa deve essere la fase finale preparata dal dialogo. Se si parte un po' come fanno i sensali nelle buone trattative: io parto con un prezzo alto sapendo che non lo posso ottenere, ma perché così poi strappo un prezzo finale migliore, questo è sbagliato perché diventa controproducente. Io non ho visto rappresaglie in questo senso; lo dico io, che rappresento il 3%, ad un partito che rappresenta penso il 63%. Nel post-pacchetto, in questi due o tre mesi, la SVP è riuscita a fare due errori: uno di non venire incontro alla questione del bilinguismo precoce nelle scuole italiane, che ritengo un infortunio e l'altro è la famosa questione della toponomastica. E' sbagliato legare la richiesta, la concessione - io sono abituato a dire, come mi insegnava Andrea Mascagni, che quando c'è un diritto si riconosce e non si concede - il riconoscimento degli italiani ad avere questa loro sperimentazione, all'acquisizione di competenze primarie sulla scuola; la richiesta è giusta, ma è il metodo che è sbagliato. Il metodo non santifica l'obiettivo. Farne merce di scambio è una cosa sbagliata.

Sulla toponomastica brevemente vorrei dire questo. La SVP ha fatto uno sbaglio a cui sembra legato anche l'elezione dell'Obmann nella Landesversammlung, e credo che abbia giocato un certo ruolo questa scadenza. Adesso sembra che faccia marcia indietro. Non si può affidare una questione di questa delicatezza, come è stato fatto per mesi, al collega Franz Pahl, presidente della prima Commissione legislativa, che ha tutto il diritto di pensarla come crede, ma che rappresenta posizioni estremistiche da questo punto di vista. Affidare a questo tipo di posizione politica la costruzione dell'ipotesi su cui andare alla trattativa è sbagliato. Per concludere questa parte vorrei usare una efficace metafora che ha usato Frasnelli. Ho sentito per la prima volta il dibattito sull'università che abbiamo fatto nell'associazione Bertold Brecht: attenzione, voi italiani dovete uscire dalla posizione difensiva, non tenete sempre i piedi sul pedale del freno, mettiamo insieme i piedi sui pedali dell'acceleratore. Io vorrei due integrazioni a questa metafora personalmente: 1. non sono soltanto determinati settori o politici italiani o di popolazione che premono sul pedale del freno del gruppo delle autonomie in questo senso, ci sono anche settori della società tedesca, ci sono anche settori che di fatto frenano all'interno della SVP, frenano sull'università, frenano in mille altre cose; quindi il pedale del freno è affollato; 2. se vogliamo che tutti i gruppi politici collaborino non nel frenare, ma nello spingere, frenare caso mai per prudenza in qualche curva pericolosa, dobbiamo fare sì che anche gli italiani nelle forme dovute dalla dialettica politica siano chiamati a mettere le mani sul volante, perché se il volante è tenuto soltanto da una parte della SVP e gli altri sono lì che non possono dire niente, al di là di due o tre assessori, succede che poi frenano, e questo va a danno di tutti, anche vostro o anche nostro, per tutti quelli che ci credono. Fine dell'epoca ad iniziare da noi, fine di questa ossessione che il tedesco non si possa mai imparare, come se si trattasse di una sorta di daltonismo, che io non riesco a vedere i colori; d'altra parte il tedesco con il nostro assistenzialismo non può pretendere che lo Stato

ce lo insegni con il metodo della flebo. Io sto lì, mi si attacca la flebo e dopo otto ore ho imparato il tedesco. Lo Stato mi può dare i migliori insegnanti, i migliori metodi, ma le ore devo farle io seduto su una sedia o in movimento. Questo dato del 78% della popolazione di lingua italiana che dichiara, dalle statistiche di ricerca dell'ASTAT, che si ritiene in tutto o in parte svantaggiato rispetto agli altri gruppi linguistici: 38% i tedeschi e 46% i ladini, ci dice che c'è qualcosa che non funziona. Mi sorprende che questa radiografica dell'ASTAT sia stata presa un po' così sottogamba, perché è uno dei rilevamenti più importanti - è più importante sapere quanta pioggia acida cade - non meno importante quanto meno, perché è un potenziale di freno a mano, e a pedale, sull'autonomia. Non sto dicendo che hanno ragione, dico che sono un fatto; è questo il vero problema del post-pacchetto e se questo sarà risolto allora andrà anche benissimo il trattato di amicizia, su cui io sono d'accordo, che si debba una volta tanto discutere in Consiglio. Il trattato di amicizia può essere una grande occasione per noi, oltre che per l'Austria e per l'Italia. Non entro nei termini tecnici, che mi sono sempre stati un po' ostici, perché l'importante secondo me è il principio; poi saranno i tecnici a trovare la soluzione. Va benissimo anche lì mettere delle formule concordate che non diventino un momento di rottura per garantire ulteriormente il concetto di ancoraggio internazionale. Non capisco gli italiani che dicono di essere contro l'ancoraggio internazionale, dato che è una questione internazionale, e l'ancoraggio internazionale essendo a difesa dell'autonomia è a difesa anche del gruppo linguistico italiano che vive qui. Questo mi sembra un teorema di Euclide perfetto. Quindi non capisco perché ci si appelli ad una questione interna. E' un po' come se von Karajan mi dicesse che le note sono 12 o che un medico o l'assessore alla Sanità mi dicesse che i reni sono 4. Quindi chi parla di questione interna dello Stato si deve dimettere; questo accade solo in Italia. Non entro poi nella questione tecnica, e non facciamo un gioco al rilancio: deve essere una soluzione concordata. Quindi va bene che ci sia anche questo ancoraggio, va benissimo che ci sia la decisione di coabitazione, chiamiamola collaborazione, fra Italia e Austria sulla questione dell'università, questa è la cornice ideale; poi la SVP dovrà mettersi d'accordo su cosa intende per università, perché su questo l'accordo non esite. Deve essere chiaro questo concetto, ma ritornerò ancora una volta su questo problema. Mi stanno bene tutti gli scambi possibili all'interno della regione sull'università, come ho già detto prima.

Mi si consenta di utilizzare qui 30 secondi per dire che mi fa piacere - lo leggo sul giornale - che l'assessore Ferretti da tempo sta trattando con Vienna per avere l'equiparazione per quanto riguarda le tasse degli studenti universitari di lingua italiana in Austria, ma nell'attesa, per queste 30 o 35 primule rosse che sono lì, non si potrebbe rimborsare noi queste 800 mila lire all'anno? Dobbiamo aspettare 40 anni per questo? Dopo, quando la questione sarà chiarita, non ce ne sarà più bisogno, perché saranno parificati. Ho parlato con molti studenti e questo se lo aspettano, perché devono tirare fuori le 800 mila lire. A loro fa piacere che un domani ci sia nel trattato di amicizia, magari al momento del brindisi, anche l'equiparazione, ma non potremmo intanto anticiparli noi questi soldi? Comunque non è questa la questione fondamentale del mio intervento.

Dopo aver discusso tutti questi temi, arrivo alle prospettive future. Non ho avuto il tempo di essere più chiaro, più dettagliato, ma siccome hanno parlato in molti, non vedo perché io devo parlare di meno. Finisco, anche perché un domani, fra 20 o 30 anni, voglio mostrare ai nipoti che questo è l'intervento che ho fatto nel bilancio del 1992, magari l'ultimo, così lo facciamo stampare.

Occupiamoci adesso del presente immediato e cioè del nostro bilancio di previsione. Se potessi racchiuderlo in una formula - tutte le formule sono imperfette e non rendono giustizia alla ricchezza della realtà che cercano di definire - direi che la relazione di Durnwalder, pur con riferimenti alla crisi e pur con l'ammissione che esistono problemi e difficoltà, è una relazione piena di ottimismo pragmatico, a mio avviso, eccessivo. Non ci sono ragioni di allarme spaventoso. Detesto le upupe, i gufi e i corvi del pessimismo, però c'è un eccessivo ottimismo. Non so se forse lo ha già notato qualcun altro. Gli ottimisti, anche perché pieni di energia come Durnwalder, di solito poi non perdono tempo per fare la necessaria autocritica, e questa magari poi tocca all'opposizione farla, o a me farlo, per dire che non parlo a nome dell'opposizione. Ora, mi sembra che se è ingeneroso fare delle critiche sommarie, perché in fondo siamo in una situazione tutto sommato di qualità della vita - lo dice anche la stessa statistica ASTAT che dà quel 78% - non dobbiamo dimenticare, senza appunto fare del catastrofismo, che alcune osservazioni critiche vanno fatte. Comincerò invece con alcuni riconoscimenti degli elementi positivi. Trovo molto saggio, ed è la conseguenza della saggezza, l'impostazione dei padri dell'autonomia quando hanno ottenuto quella norma finanziaria che non ci costringe a trattare ogni anno la quota fissa, ma che la lega ad una percentuale. Fa bene la Provincia quando dice che si oppone con tutte le forze al tentativo dello Stato di tornare indietro, ma grazie a Dio quella è legge costituzionale, che non si sottrae alla necessità di fare la propria parte per la crisi economica generale, e allora intende non dare soldi, ma assumere competenze. Questa la trovo una linea giusta, riconoscibile. L'esempio concreto è quello dell'ANAS. Io mi auguro che le trattative vadano avanti bene, anche perché l'ANAS ha bisogno di molta più efficienza di quanta ne abbia adesso.

Detto questo, possiamo dire che questo programma di bilancio è all'altezza delle esigenze vere della nostra società? Io avevo detto, con le solite formulette negli interventi ai bilanci precedenti, che la Giunta aveva più soldi che idee; una forma un po' rozza, me ne scuso, ma dobbiamo un po' semplificare il discorso. Mantengo questo giudizio con una specificazione: adesso i soldi si contraggono mentre le idee non aumentano, perché soltanto con un aumento di progettualità - è già stato notato da altri - si riesce a rispondere ai nuovi problemi. Diciamoci la verità, cari colleghi: è stato facile governare in questi ultimi 10 anni dal punto di vista strettamente finanziario, perché se non lo sapessimo, ma non è una cifra segreta, nel 1982 il bilancio nostro assommava a 1.169 miliardi, nel 1992 a 4.157, quindi quasi quadruplicato. Si è forse quadruplicato il costo della vita in 10 anni? E' una cosa straordinaria. Allora in questo campo non è difficile amministrare con questo afflusso di risorse, su cui non sputo, però mi auguro che siano impiegate al meglio. Non vedo perché dovremmo darle da un'altra parte senza nessuna garanzia che siano impiegate al meglio. Nessun'altra Regione del mondo ha visto quadruplicare le proprie risorse; qui però ripeto un discorso che avevo già fatto. Va tenuto presente il discorso molto interessante del professor Cerea; egli notava in un'analisi del 1989 - il professor Cerea appartiene all'università di Trento - alcune cifre che mi hanno sempre colpito e che io continuo a ripetere pur non essendo un economista. Nel 1989, non so se l'assessore lo ha presente, l'intervento pubblico in Lombardia attivava il 29% dell'occupazione e il 25% del reddito e così un po' più, un po' meno anche in altre regioni produttive del nord, come l'Emilia Romagna, il Veneto, ecc. In Calabria nello stesso anno l'intervento pubblico attivava il 47% dell'occupazione e il 46% del reddito, e non è un buon segno per la Calabria. In Trentino-Alto Adige - mancano le cifre separate per provincia - sempre secondo il professor Cerea - e cito -: *"La spesa pubblica attivava il 46% dell'occupazione e il 41% del reddito"*. Abbiamo quindi delle percentuali più simili alla

Calabria che alla Lombardia, anche se le differenze sono per fortuna abissali, cioè con un'altra cifra che viene fuori dalla famosa relazione Peterlini a quel convegno, se sempre nel 1992 il prodotto interno sociale lordo era di 12.400 miliardi, il 45% di questo prodotto sociale lordo veniva dai trasferimenti pubblici e tolto l'apporto dello Stato, secondo una stima fatta dal dott. Peterlini, Presidente della terza Commissione, con i suoi 4.100 miliardi la Provincia contribuiva per il 34% al prodotto interno lordo; quindi è una percentuale enorme. Ora, come sanno ormai anche i sassi, per la prima volta in 20 anni non c'è aumento di risorse, quindi questo è un bilancio spartiacque, è il bilancio della frenata. Non so se poi ci sarà il bilancio della difesa, mi auguro di no, con una riduzione pari al tasso di inflazione reale. Ciò pone esigenze nuove, capacità nuove, necessità di rigore nuovo, di solidarietà e di priorità nuove. Il futuro non consente a livello nazionale ed internazionale, ma soprattutto nazionale, previsioni ottimistiche. Le previsioni internazionali per l'Italia dicono che questi tagli al Bilancio sono soltanto un assaggio; i prossimi anni, il 1993 e il 1994, sarà roba da impazzire, perché il deficit e il debito non si bloccano. Quindi le risorse rischiano di diminuire. Dove trovarle? Nella relazione di Durnwalder non si fa cenno al problema, sollevato tra l'altro anche da Kußtatscher, della collaborazione all'evasione fiscale, però mi ricordo benissimo che ad una mia specifica domanda in sede di discussione nella terza Commissione legislativa, Durnwalder mi ha detto che la Provincia sta pensando di fare un ufficio specifico della Provincia delegato alla collaborazione per l'accertamento dei redditi e delle evasioni. Mi auguro che questa iniziativa venga presa subito, ma lamento che si sia assunta tardi; si poteva fare di più. Teniamo presente che gli uffici finanziari sono in condizione di sottodotazione di personale, per cui ci sarà moltissimo da fare. Ci vorrà molta fantasia, molte risorse, perché qui si possa recuperare centinaia di miliardi che non colpiranno l'economia, perché saranno centinaia di miliardi di evasione, quindi non è che uno può morire se paga le tasse. Da questo punto di vista, quindi, c'è moltissimo da fare. Poi se nella replica ci sarà un chiarimento generale oltre a quanto già detto in Commissione mi farebbe piacere.

Insomma questo bilancio, che come abbiamo detto è stato facile amministrare in passato, a mio avviso non corrisponde alle nostre potenzialità. Per usare una metafora biblica, non ho la sensazione che i sette anni della vacche grasse siano stati utilizzati da Giuseppe d'Egitto: Durnwalder, che poi nello splendido romanzo di Thomas Mann incarna un po' Rooswelt, cercando di mettere da parte i cereali necessari per l'epoca delle vacche magre. Durnwalder dirà che non è vero, perché ci sono i fondi di rotazione, fatto importante che sta dando dei frutti. Io ritengo però, per uscire dalla metafora, che i cereali che mancano nei magazzini per prepararci agli anni più difficili sono i piani, i progetti, le programmazioni, le università, le strutture di ricerca, che se avessimo realizzato prima ci permetterebbero adesso di reagire meglio all'arrestarsi dell'aumento del Bilancio e alla prevedibile discesa o quanto meno possibile discesa. Mentre abbiamo visto, infatti, quadruplicare il bilancio, non sono quadruplicati gli strumenti tecnici di management, di progettazione, di programmazione. Questo è un errore. C'è un forte ritardo da recuperare, anche se mi rendo conto che non è facile. Già altri hanno detto che, ad esempio, il ritardo sull'università ha dei costi, perché ogni anno che passa senza certe strutture ha dei costi, come fanno tutte le imprese private.

Dicevo, signor Presidente, che a mio avviso dovrebbe esserci un aumento di produzione di idee quando diminuiscono le risorse e che questo non è avvenuto. Fra l'altro vorrei qui rifarmi, per non sembrare che voglio fare delle critiche gratuite, a degli interventi di grande interesse e di grande franchezza, che io apprezzo, tenuti da alcuni assessori, anche dallo stesso Presidente Durnwalder, in sede di esame del bilancio in terza Commissione

legislativa. L'assessore Ferretti, ad esempio, ha fatto due osservazioni importanti che non uso contro: ha lamentato l'insufficiente programmazione, affermando senza mezzi termini che lui purtroppo è solo l'assessore al Bilancio, non è l'assessore alla programmazione. Non credo che essere assessore alla programmazione dia di per sè dei risultati miracolosi, ma è vero che manca l'assessorato alla programmazione; manca soprattutto la cultura da questo punto di vista della programmazione, almeno al massimo o al meglio. L'assessore al Bilancio ha riconosciuto anche che in fondo di tutti i progetti, le utopie o i desideri presentati all'inizio della legislatura l'unico piano esistente è quello socio-sanitario; aggiungiamo certamente anche la legge sul mercato del lavoro, che poi non a caso proviene dallo stesso assessorato, anche se vi hanno collaborato altri assessorati. Quindi non sono ancora ultimati tutti gli altri piani; sono in dirittura di arrivo, ma intanto non ci sono. Sempre in quella Commissione, l'assessore Saurer ha dichiarato tranquillamente, senza farsi estorcere la risposta, ma dicendolo sulla base delle nostre domande, che gli è stato chiesto di risparmiare. Lui lo capisce, perché la Sanità riguarda un quarto del bilancio, e ha anche fatto il possibile per farlo, ma che non è affatto convinto che la stessa richiesta con la stessa forza sia stata fatta anche in altri settori. Ci ha detto che andrà a verificare nel momento della relazione del bilancio nel giugno 1993 che cosa fanno gli altri assessorati, se hanno anche loro tagliato là dove si poteva tagliare, ovviamente senza sacrificare l'essenziale.

Colgo qui l'occasione per ricordare che un bel modo per dare dei tagli al bilancio è dare anche delle dimostrazioni simboliche di volontà di disboscare certi settori, che per ben due volte questo Consiglio ha ritenuto di dover fare. Benché l'assessore Saurer avesse detto di essere d'accordo di ridurre ad una le quattro Unità Sanitarie Locali, è vero che sono diminuiti gli importi scandalosi del passato. Quando parlavo di lottizzazione, ecc., la lottizzazione c'è stata egualmente: gli importi sono diminuiti, ma sono sempre significativi. Già il fatto di avere un solo amministratore straordinario al posto di quattro comporta un risparmio non indifferente; così si potrebbero fare notevoli economie in razionalizzazioni, in risparmi, sinergie, ecc.

Sulle carenze di personale dell'ufficio di prevenzione dell'infortunio non mi dilungo, perché su questo ha già detto cose molto chiare la collega Zendron, che essendo presidente della quarta Commissione legislativa ha anche avuto un'audizione con i sindacati.

Mi pare di poter dire che questo bilancio, malgrado i tentativi, malgrado la consapevolezza che ci vengono incontro alcune grosse difficoltà, resti sempre un bilancio insieme incrementale e aggregativo, anche se adesso l'incrementale non vale di più. Che cosa si intende per incrementale? Si intende che si hanno delle risorse, ne arrivano di nuove e le si aggiunge. Incrementare però non è plasmare, non è pilotare. Si parla di aggregativo, perché la sintesi del bilancio è più che altro una sommatoria delle richieste dei singoli assessori che vengono poi messe assieme e hanno in comune il fatto di far parte dello stesso bilancio, ma non fanno parte della medesima programmazione. Io sto naturalmente sottolineando il lato polemico, però ho la sensazione netta che ci sia moltissimo da fare in questa direzione. L'incrementare è già caduto; non ci sono più incrementi. Se resta ancora un sistema aggregativo di tenere insieme il bilancio saranno guai seri.

E' stata respinta con un'alzata di spalle la mia richiesta di controllo di gestione, eppure avevo studiato la questione confrontandola con 4 o 5 Regioni italiane. Mi si dice che è stato introdotto il "Verwaltungskontrollring"; comunque ciò è avvenuto con un certo ritardo. Non so poi come funzionerà, ma non credo sia la stessa cosa.

Sui fondi di rotazione Durnwalder è molto orgoglioso, è sicuramente un grosso passo avanti rispetto al passato, però c'è sempre il problema della verifica di efficacia e di efficienza del tipo di destinazione dei prestiti. Stabilito che è meglio così di prima, sulla destinazione finale e sull'efficacia complessiva, sulla ricaduta di questi prestiti mancano ancora studi e ricerche approfondite. Mi risulta che qualcosa del genere sia stato fatto nel Land Tirol. A monte manca cioè la verifica data da una programmazione molto seria che permetta poi la verifica finale.

Ripensando un attimo al concetto di sussidiarietà, che viene continuamente ricordato, qualche volta sbandierato, a volte questo principio serve per dire a me no, ma poi in altri casi non funziona poi tanto bene. Il principio di sussidiarietà, che è comunque un principio nobilissimo, implica, visto che la Regione o la Provincia non gestisce direttamente certe cose - mi riferisco ad esempio alla cultura - un grosso lavoro di controllo e di programmazione, di fissazione anche di obiettivi, senza togliere troppa autonomia.

Anche la tanto sbandierata "Sozialpartnerschaft": Durnwalder mi dirà che lui i sindacati li incontra spesso. Io dico che leggo i giornali, per cui un conto è incontrarne uno alla volta, un conto è avere strutture più adeguate per una consultazione contemporanea quando è necessario. Continuo a dire che farò delle proposte in questo campo, perché non riesco a capire per quale ragione non debba funzionare attraverso la Consulta Economico-Sociale della Provincia, che è lo strumento principe della "Sozialpartnerschaft". Rendiamola più snella, più efficace. E' stata respinta la proposta del "forum dell'economia", va bene; forse non piaceva la parola, però dò un suggerimento. Faccio un esempio più importante di me: la prima cosa che ha fatto Clinton quando è stato eletto Presidente degli USA, è stata quella di convocare al "Little Rock", quella che loro chiamano una "Convention", in cui ha invitato il meglio d'America fra premi Nobel, grandi esperti, economisti, per avere uno scambio di idee. Ci pensi: faccia la Convention Durnwalderiana; non sarebbe poi una cosa così strana. Non voglio fare una mozione su questo punto, però non credo che Lei abbia mai avuto l'occasione di dire: troviamoci un momento in 50 persone per uno scambio di idee. Questa "Sozialpartnerschaft" è un concetto molto sbandierato. Ho letto anche di "Sozialausschuß", che riunisce le parti sociali di lingua tedesca; allora perché non riunisce le altre parti sociali di lingua italiana? Non deve essere una cosa di partito, ma del Consiglio o della Giunta. E' grave questa mancanza di "Sozialpartnerschaft", perché non è soltanto un fatto di scarsa partecipazione democratica, ma impedisce anche di programmare adeguatamente e impedisce anche di fissare con estrema chiarezza principi di solidarietà sociale. Noi sappiamo dal famoso secondo rapporto sulla povertà che ci sono 57 mila poveri in Trentino-Alto Adige. Ringrazio per l'approvazione della proposta di fare il rapporto sulla povertà in provincia di Bolzano; vediamo che cosa ne verrà fuori. In ogni caso i valori fondamentali, ma qui mi rendo conto di non dire niente di originale, devono pur sempre essere i valori della solidarietà, della razionalità. Solidarietà più progettazione quindi: per usare una metafora, mi pare di Paolo Prodi, "cuore e cervello". Questa forse è una delle definizioni più accettabili, ma è forse un "durcheinander", come dicono i tedeschi, del concetto moderno di sinistra.

Nello specifico però voglio fare ancora qualche osservazione concreta. Il sistema scolastico lo hanno trattato in molti. Leggo una brevissima citazione presa da questo testo molto interessante, molto divulgativo, delle lezioni di economia di Paolo Prodi, dove parlando della scuola cita un'affermazione a proposito dell'importanza del settore scolastico di Sir Ralph Darndorf, questo grande liberal-democratico europeo, che è insieme tedesco e inglese. Lui dice: *"La chiave per la giustizia sociale è costituita dalle opportunità, dalle possibilità,*

che permettono alle persone di sfruttare al meglio il loro talento, di scegliere nella società, di scegliere nel mercato del lavoro. Le opportunità sono provocate da una cosa soprattutto: dall'istruzione e dalla scuola. Tutte le ricerche svolte dimostrano che la scuola è lo strumento più efficace per dare agli individui quelle opportunità che sono alla base della vita e di cui essi hanno bisogno". La scuola viene quindi vista come fondamento di tutto, uno dei fondamenti essenziali. Il tema mi appassiona, però non mi dilungo; mi sembra comunque che qui abbiamo moltissimo da imparare.

CONSIGLIERE: (*interrompe - unterbricht*)

VIOLA (PDS): Non sono l'unico che ha parlato due ore; è tardi, però mi dilungo, perché voglio passare alla storia anch'io. Quando sarò morto il mio intervento resterà negli archivi; se invece parlo poco non resta niente. Vedrà che alla fine non avrò parlato più degli altri; magari ho parlato peggio.

Allora parliamo un attimo della questione della scuola. Durnwalder ha giustamente affermato, in quello che ho definito il suo ottimismo pragmatico un po' eccessivo, che l'Europa implica la conoscenza delle lingue e la conoscenza delle lingue è un fattore fondamentale che può favorire, perché in fondo l'italiano e il tedesco non vengono studiati al di fuori dell'Italia e della Germania, sono lingue abbastanza secondarie, sono ancora schiacciate dall'inglese e dal francese. Vorrei far notare che c'è un drammatico squilibrio di conoscenza della seconda lingua fra i diversi gruppi etnici. Io non dò la colpa a chi governa la Volkspartei; però è un fatto. Questo comporta il rischio reale che io vedo quotidianamente per il gruppo linguistico italiano di essere messo ai margini, non ai margini di una volontà malvagia, ma ai margini della storia, dei fatti, che sono cose che pesano di più. Ho già citato, e lo ripeto, questo dato che ci deve far pensare: se ci sono solo 30 o 40 studenti italiani che studiano in Austria e ci sono 1500 studenti sudtirolesi di lingua tedesca che studiano in Italia vuol dire che ogni anno c'è una produzione di 300 o 400 laureati perfettamente bilingui di lingua tedesca, mentre noi ne produciamo magari solo 8 di lingua italiana. Dove non c'è proporzionale e dove non conta niente il patentino, chi sarà chiamato a dirigere le filiali delle banche tedesche qui, della Cassa di Risparmio che aprirà a Monaco, delle industrie, ecc.? Naturalmente gli accademici e i laureati di madrelingua tedesca bilingui. Questo è giusto, è ovvio, non ne faccio una colpa a nessuno. Ma questo è un grosso problema. Quando io, rischiando di diventare una specie di fissato, continuo a dire: badate che ormai bisogna passare a metodi di insegnamento della seconda lingua diversi e insisto sulla questione della scuola immersione, dico una cosa che è ovvia, che è vitale per noi, perché così la seconda lingua non la imparano abbastanza. Non faccio polemiche adesso sul bilinguismo precoce.

Sull'università bisogna chiarire, perché qui tutti dicono cose diverse. Adesso le cose sono cambiate, sono migliori, però ci sono linee diverse. Fino a quattro anni fa la SVP diceva di no all'università e gli altri dicevano di sì; adesso il no-sì si è spostato all'inizio della legislatura - me lo ricordo benissimo, ho abbastanza memoria - all'interno della SVP e adesso ci sono quelli che hanno il programma massimo e quelli che hanno il programma minimo. Non si offenda l'assessore Hosp se secondo me lui è il rappresentante legittimo di quelli che dicono programma minimo: prima Bressanone per le maestre, ecc. Si muovono a rimorchio del Parlamento italiano, che è il più lento d'Europa sulle questioni dell'università. Non so se questa sia una cosa positiva. Noi continuiamo a ripetere questo concetto di università tripolare, di rete universitaria Bolzano-Trento-Innsbruck. Mi va benissimo anche Padova, ma

sono anche preoccupato vedendo Padova giocata contro Trento, da Frasnelli, ma anche da altri. Non so poi se in questo momento stesse parlando come Arbeitnehmer. Questa è un problema che va visto con molta calma, come quello della formazione professionale su cui razionalizzare di più. Io sono sempre dell'avviso che questa competenza sia spezzettata tra troppi assessorati. A Trento la formazione professionale e la scuola pubblica sono nelle mani dell'assessore Grandi. Non so se sia una soluzione ideale; comunque è un problema. Qui è separata fra diversi assessorati. Una volta sembrava che si potesse unificare questa materia; poi non so quale rivolta ci sia stata fra il personale. La competenza sulla formazione professionale non è unificata tra i gruppi e quello tedesco ce l'ha sparpagliata fra diversi assessorati, il che non è bene.

Nel programma minimo vedo che Hosp ritiene che il teatro professionale tedesco non sia una scadenza; lui conosce il teatro molto meglio di me, è anche attore, altri uomini di teatro dicono che si potrebbe già avere la struttura del teatro professionale, ma lui preferisce figure semi-professionali. Voi direte: che cosa mi interessa? Posso dire che mi interessa e mi auguro che si faccia molto in questo senso, perché un Teatro Stabile Tedesco, professionale o semi-professionale, è una ricchezza anche per noi italiani. Bisogna incominciare a dire che ci interessa anche a noi, non con il diritto a decidere, ma ci interessa.

Proprio adesso è presente anche l'assessore Sfondrini, per cui ripeto le mie osservazioni. Lui sa qual è la mia tesi, cioè che nell'industria ci sia stato un deficit di programmazione in questi ultimi 10 anni per una somma di 500 o 600 miliardi. Il BIC ancora non c'è. Leggo che gli industriali continuano a dire che ci vuole una legge speciale, come c'è il problema della destinazione delle aree della Magnesio. Quindi per me la preparazione di un piano è urgente, assessore Sfondrini. Facciamolo bene, ma dico anche di farlo prima della fine della legislatura; i ritardi non sarebbero accettabili. Sono comunque dell'avviso che qualcosa di estremamente razionale vada fatto, per quanto riguarda la reindustrializzazione della zona industriale, laddove ci sono i vuoti. Si è parlato di agenzia, altri parlano di legge speciale: io ritengo che si debba fare comunque di più.

Concludo osservando che nella lunga relazione del dott. Durnwalder mi pare che sul problema delle donne non ci sia molto. Mi sbaglio forse? Ho la sensazione che dedicare loro anche un capitolo sarebbe stato bene. C'è una sproporzione in questa relazione che non dipende da Lei, ma dipende dagli assessori che Le hanno inviato i mini-rapporti. Questo fatto però che si parli per 10 pagine su come fare in modo che il bosco cresca mi fa anche piacere, ma credo che solo due pagine sull'industria sia uno squilibrio. Non è la quantità che conta, però un capitolo, magari a spese di qualche bosco, sul problema della donna ritengo che sarebbe stato opportuno. Lo tenga presente per la replica, perché si fanno già delle cose, ma è importante che lo dica anche il Presidente della Giunta, che ha un valore simbolico, perché gli dà un particolare rilievo di importanza.

Ci sarebbe l'ultimissima osservazione che non so quanto possa essere opportuna; la metto lì così per quello che serve. Il prossimo anno ci sono le elezioni provinciali: non sappiamo quale sarà la situazione di clima generale di fiducia e di rapporto classe politica-popolazione; vi potrebbe essere una situazione migliore o disastrosa; può succedere di tutto da questo punto di vista. Non sono un teorico della riforma elettorale, cioè uno che ritiene questa riforma di particolare urgenza - ne ho parlato una volta con l'assessore Sfondrini -, ma questo è un problema dei trentini, che non capisco bene quali calcoli facciano; noi certo non abbiamo problemi di stabilità. In linea di principio non vedo niente di negativo che ci siano anche diverse ipotesi di votazione, perché diverse sono le realtà; e non sarà certo una legge elettorale

diversa, per eleggere il Consiglio o i comuni, che determinerà la morte della Regione. Se la Regione muore, perché i trentini hanno questa ossessione, non sarà certo perché noi eleggiamo con il mandato pieno o con il mandato spezzato e gli altri eleggono con un sistema semi-uninominali; questo non ha nessuna importanza. La stessa riflessione va fatta per il problema della Camera e del Senato. Anche lì c'è ormai il problema della riforma generale del sistema elettorale, quindi esso andrà ripensato, anche se le esigenze e i problemi sono comunque diversi. Qui non facciamo le ricette per le cucine della storia, diceva il vecchio Marx. Ecco, io direi che non ci sia bisogno di grandi variazioni e anche sulla questione del mandato pieno non ne farei né un tabù, né un'ossessione, né il perno della novità, perché in una situazione di voto etnico, come il Presidente Durnwalder sa perfettamente, porre anche la soglia del mandato pieno a noi non disturba, cosa peraltro che abbiamo preso. Per quanto ci riguarda, nel 1988 e secondo i calcoli dell'aprile di quest'anno dovremmo riprendelo. Mettere per il mandato pieno una soglia del 2,7 o del 2,8% significa mettere una soglia per i partiti che al 99% non sono italiani. Non c'è nemmeno in Germania una cosa di questo genere. E' una soglia di tipo quasi globale. Quindi non c'è fretta da questo punto di vista, anche se può essere una cosa importante. Invece più interessante è questo, ma qui lancio soltanto un segnale: andremo noi della ex sinistra, di quelli che sono all'opposizione, ecc., con 17 o 18 liste, aggiungendo magari la lista di Segni, la Rete, la Lega, il Partito dei Pensionati, ecc., alle elezioni per contenderci i tre o quattro seggi? Non lo so. E' un problema su cui comunque il mio partito non ha interessi diretti e particolari. Dico solo che è un problema su cui bisogna iniziare a riflettere, perché è sempre un vecchio modo questo di far politica. Questo discorso di alleanze che funzionano male non è chiaro. Federazione dei Movimenti, dice Ruffolo, della sinistra. Termine impreciso forse, però è un problema reale. Cominciamo a pensarci.

Mi sembrava giusto, anche per non parlare solo di cose strettamente connesse al bilancio, di concludere con queste brevi osservazioni finali.

PRESIDENZA DEL PRESIDENTE:

SANDRO PELLEGRINI

VORSITZ DES PRÄSIDENTEN:

PRESIDENTE: Il consigliere von Egen ha la parola.

von EGEN (SVP): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzter Herr Landeshauptmann, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Der Landeshauptmann weiß die Lage richtig einzuschätzen und auch Prioritäten zu setzen. So möchte ich die Ausführungen beginnen. Nicht umsonst hat er in seinem Bericht zum Landeshaushalt 1993 nach der autonomiepolitischen Einführung sogleich mit der Beschreibung der wirtschaftspolitischen Maßnahmen begonnen. Die Stimmung in der Wirtschaft ist nicht gut. Das ist nicht allein auf die flau Konjunktur zurückzuführen. Nicht nur fehlende Aufträge, weiter steigende Kosten und drückende Steuerbelastungen verunsichern die Wirtschaftstreibenden. Noch nie hatten die Unternehmen in Italien so sehr an der Fähigkeit der Politik gezweifelt, die drängenden Probleme zu lösen. Kaum jemals zuvor waren die Zweifel an der notwendigen Verlässlichkeit der Rahmenbedingungen für unternehmerisches Handeln größer als heute. Dies wirft die Schatten auch auf Südtirol. Hinzu kommen die Schwierigkeiten auf internationaler Ebene, insbesondere in Deutschland hinzu. Wer zu spät Entscheidungen trifft, den bestraft der Markt. Magere Jahre lassen keine Zeit,

liebgewordene Gewohnheiten zu pflegen. Magere Jahre drängen die Unternehmen zum Handeln aus Verantwortung für ihre Betriebe und für die Mitarbeiter. Die Südtiroler Unternehmen haben diese Herausforderung inzwischen angenommen. Wichtig ist, daß nun die öffentliche Hand ihren Teil dazu beiträgt. Der Landeshauptmann selbst hat in seinem Bericht zum Landshaushalt erklärt, daß es in Südtirol Bereiche und Branchen gibt, die im internationalen Vergleich a priori leicht benachteiligt sind. Hier ist die öffentliche Hand gefragt. Volkseinkommen setzt sich aus Investitionen und Konsum zusammen. Dies muß bei jeder wirtschaftspolitischen Überlegung und Entscheidung berücksichtigt werden. Das Gefühl, daß es sich nicht mehr lohnt, eine Lira mehr zu verdienen, darf nicht zunehmen und in die wirtschaftlichen Pläne einfließen. Gerade dies muß die öffentliche Hand in Südtirol vermeiden helfen, soweit es in ihrer Möglichkeit und in ihrem Kompetenzbereich liegt. Gefährdet sind hier besonders die Klein- und Mittelbetriebe, also die Hauptpfeiler unserer heimischen Wirtschaft. Nicht umsonst hat einmal der Wirtschaftsfachmann Wolfgang Hinrichs erklärt: Zum Mittelstand, also zu den kleinen und mittleren Unternehmen, gehören alle Unternehmen, die pleite gehen können, ohne daß der Staat oder die Gewerkschaften dies zu verhindern versuchen.

Das Land sollte deshalb stärker als bisher die regionalen Wirtschaftsförderungsprogramme der EG in Anspruch nehmen. Die Entscheidung in Brüssel ein eigenes Büro zu eröffnen, geht in die richtige Richtung und ist bestens zu begrüßen.

Die Wirtschaft drückt aber der Schuh auch wo anders. Auf der Anklagebank sitzt der zeit- und geldfressende Papierkrieg. Gerade die Zustände in Osteuropa zeigten die Notwendigkeit, diesem schlichten Faktum Rechnung zu tragen, daß der einzelne Mensch gerade dann desinteressiert oder resignierend reagiert, wenn ihm zu lange zu viele Freiheiten vorenthalten werden. Auf die Organisation der Wirtschaft eines Landes übertragen bedeutet dies, daß dem einzelnen Menschen möglichst viele individuelle Handlungsräume einzuräumen sind, ihm also die Möglichkeit zu geben, von sich aus tätig zu werden und somit als Unternehmer das Wirtschaftsgeschehen beeinflussen zu können. In immer neuen Schüben hat sich die Tätigkeit der öffentlichen Hand ausgedehnt. Immer mehr Sachgebiete gerieten in den Kreis kollektiver Entscheidungen. Daß diese Entwicklung notwendig gewesen sei, weil die Märkte versagt hätten, kann im Ernst wohl niemand behaupten. Die Fälle von tatsächlichem Marktversagen sind selten genug. Sie lassen sich an den Fingern der Hand aufzählen. Eher trifft die Vermutung ins Schwarze, daß da, wo Märkte schlecht funktionieren, es in aller Regel staatliche Interventionen sind, die die Fehlentwicklungen verursachen.

Meine sehr geschätzten Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir also die wirtschaftliche Lage, wie einleitend gesagt, analysieren wollen, so muß ich leider feststellen, daß die Wirtschaftskrise, die Rezession immer weitere Kreise um sich zieht. Von den USA, den Vereinigten Staaten in Amerika, wo sie jetzt Hoffnungsschimmer zeigen - aber allein die Wahl des Amerikanischen Präsidenten Bill Clinton wird auch nicht Wunder wirken; das ist eine einzelne Person; man hat eine Hoffnung bekommen, aber die Wirtschaft ist nach wie vor in den Vereinigten Staaten am Boden, und der Dollar, wenn er sich auch erholt hat, ist immer noch schwach - ist die Krise mittlerweile auf Europa übergegangen, und selbst Deutschland, das lange Zeit als eine Art Lokomotive für unseren Kontinent gegolten hat, steckt mitten in der Rezession. Es ist erschütternd und tragisch, wenn man hört, was wir gestern oder vorgestern gehört haben, daß Daimler Benz A.G. Mercedes in diesem Jahr 850 Milliarden Lire Defizit haben wird, letztes Jahr noch 51 Milliarden Lire Gewinn. Das ist immerhin das Aushängeschild der deutschen Wirtschaft. Und das läßt nichts Gutes erwarten.

Die Wirtschaftsexperten schätzen, daß es im Jahr 1993 in Deutschland zu einem Nullwachstum kommen wird, also Stagnation. Dasselbe in Italien. Es wird also ein Tiefpunkt erreicht werden. Es wird ein Minus-Wachstum da sein. Und es ist zu befürchten, daß Italien mit seinen noch nie gelösten strukturellen Problemen, mit seinen politischen Skandalen und der entsprechenden Instabilität sowie mit seinem enormen Staatshaushaltsdefizit eines der am heftigsten von den Krisenwinden geschüttelten Länder sein wird. Obwohl Südtirol bisher im großen und ganzen von der Wirtschaftskrise noch relativ wenig gespürt hat, ist es leider keine Insel der Seligen. Zumindest von den Sparmaßnahmen und Steuererhöhungen, die bereits in Durchführung sind, und zu denen in Zukunft noch weitere dazukommen werden, ist Südtirol genauso betroffen wie der Rest des Staatsgebietes. Da bei uns die Wirtschaftsentwicklungen immer erst mit ein- bis zweijähriger Verzögerung gegenüber den italienischen Ballungsgebieten greifen, können wir nur hoffen, daß die Krise uns erst dann erreicht, wenn es anderswo bereits wieder aufwärts geht. Dies hätte zur Folge, daß wir im Grunde nur von der Wirtschaftskrise gestreift würden, denn an jeder Krise hat auch die Psychologie, d.h. der Glaube und die Hoffnung an eine positive Entwicklung in die Zukunft einen wesentlichen Anteil. Und wenn wir sehen, daß anderswo bestimmte Anzeichen sind, daß sich die Krise wieder beruhigt oder im Abklingen ist, dann trifft sie unsere Wirtschaft sicherlich weniger hart, denn wir wissen, daß es auch bei uns bald wieder aufwärtsgehen wird.

Unsere Wirtschaft ist darüber hinaus auch deshalb weniger krisenanfällig, weil sie zum weitaus größten Teil, wie bereits gesagt, aus kleinen und mittelständischen Betrieben besteht, die viel flexibler und anpassungsfähiger sind als die Großbetriebe in den Industriezentren. Aber daran, den Gürtel enger zu schnallen, werden auch wir Südtiroler in der nächsten Zeit nicht umherkommen. Abgesehen von den neuen Steuermaßnahmen enthält der Landeshaushalt für das Jahr 1993 einen der klarsten Hinweise darauf. Es ist der erste Haushalt, der, wenn auch nur mit geringfügigen rund 20 Milliarden Lire, karger ausfällt, als der vom Jahre 1992. Gespart werden mußte vor allem im Gesundheitssektor mit 53 Milliarden Lire - also weniger für 1993 als 1992 -, aber auch bei der Förderung der gewerblichen Wirtschaft mußten Kürzungen hingenommen werden. Selbstverständlich kann und will die Südtiroler Wirtschaft auch ihr Scherflein zum Sparprogramm beitragen. Aber, ich glaube, so wie der Landeshauptmann es bereits gesagt hat, wäre es richtig, wenn das Land Südtirol, wir uns also an den Sparmaßnahmen beteiligen, daß wir dafür eben Kompetenzen des Staates übernehmen, Stichwort ANAS-Staatsstraßen. Ich gehe darauf nicht näher ein. Wir wissen alle, um was es geht.

Deshalb darf ich gerade in diesem Zusammenhang mit noch mehr Berechtigung die Forderung nach einer Entrümpelung und einer kritischen Durchforstung des Landeshaushaltes wiederholen. Es sollen die Landeshaushalte in Zukunft einfach weniger einfache Fortschreibungen der vorhergehenden werden, sondern wir werden in Zukunft uns noch viel mehr überlegen müssen, welche wirtschafts-, sozial- und umweltpolitische Schwerpunkte usw. der verschiedenen Bereiche im Haushalt zu setzen sind, wobei ich mir natürlich bewußt bin, daß das ein nicht leichtes Unterfangen sein wird, weil wir ja wissen, daß die Schere immer weiter zugeht, die freien Mittel immer weniger werden, daß wir also die laufenden Ausgaben haben, die immer ansteigen. Und deswegen wird das nicht so einfach sein. Aber der Landeshauptmann, Luis Durnwalder, hat in seinem Bericht zum Haushalt auch eine Änderung der Subventionspolitik angekündigt und unter anderem folgendes erklärt: Es wird eine deutliche Verschiebung der Prioritäten stattfinden. Forschung und Entwicklung, Innovationen und neue Technologien werden ein wesentlich stärkeres Gewicht bekommen als

bisher. Das ist in Ordnung. Und selbstverständlich, das haben wir auch immer betont, braucht es bestimmte Rahmenbedingungen für die nächsten Jahre und es braucht im Rahmen dieser Rahmenbedingungen eben auch die Lösung von bestimmten infrastrukturellen Problemen. Deswegen freut es mich, daß gerade in den letzten Wochen, was die Infrastrukturen betrifft, wieder einige wichtige Entscheidungen getroffen worden sind. Ich darf nur sagen, wenn man jetzt auch entschieden hat, die Tunnellösung von Branzoll nach Bozen zu machen, so ist es genau das, was die Wirtschaft braucht: daß endlich diese Dinge weitergehen und diese Dinge realisiert werden. Und das ist der richtige Weg, auf den in diesem Zusammenhang zu verweisen ist.

Ebenso, ich muß das noch einmal sagen, ist es eine alte Forderung der Wirtschaft, die ganze Thematik mit der Entbürokratisierung. So sollten unserer Meinung nach in Zukunft mehr Rahmengesetze erlassen werden, während die Detailregelungen dann in Durchführungsbestimmungen enthalten sein sollten. Die sind flexibler, die kann man in Zeiten anpassen. Ein Landesgesetz ist oft ein langer Weg, bis es wieder durch die Kommissionen, durch den Landtag durchgegangen ist.

Für die Wirtschaft werden im Haushaltsvoranschlag des Jahres '93 insgesamt 535 Milliarden Lire, also 7,6 Milliarden weniger als im abgelaufenen Jahr zur Verfügung gestellt. Wir haben hier einen Vergleich: bei uns 13,2 % des Gesamthaushaltes, während im Trentino der Anteil 16,7 % ist. Da will ich das nicht gegenseitig aufrechnen. Es ist allerdings so, daß wir von diesen 535 Milliarden die 223 Milliarden Lire für die Land- und Forstwirtschaft abziehen müssen. So stellen wir fest, daß bei Industrie, Handel, Handwerk und Fremdenverkehr heuer, also in diesem Jahr, eben insgesamt 7,6 Milliarden weniger zur Verfügung stehen.

Wie sieht es aus? Das Handwerk hat natürlich, weil wir alles kleine Betriebe und Kleinstbetriebe haben - es sind ja 45 % Einmannbetriebe -, unter den neuen steuerlichen Belastungen der Minimumtax usw. zu leiden. Das könnte für viele kleine Handwerksbetriebe das Aus bedeuten. Das muß einfach gesagt werden. Dies hätte natürlich schwere Folgen für die gesamte Wirtschaft unseres Landes, denn gerade diese kleinen Betriebe sind die Säule unserer Wirtschaft. Und dieser Steuerdruck, verbunden mit den steigenden staatlichen, bürokratischen Vorschriften und Hemmnissen, vergällt vielen, vielen bald das Arbeiten. So sind allein im Raum Burggrafenamt 20 Handwerksbetriebe, die am 31.12. sperren wollen, die einfach nicht mehr weitermachen wollen.

Die kleinen und mittleren Betriebe im Handel, die auch die übergroße Mehrheit in diesem Wirtschaftssektor darstellen, klagen genau wie die Handwerker über diesen Steuerdruck und über diese Bürokratie. Dazu kommen Strukturprobleme, die eine schnelle Lösung brauchen und nicht das bisherige Schneckentempo bei der Verwirklichung bestimmter Handelszonen, die nach wie vor einer Erweiterung bedürfen, für Ansiedlung von aussiedlungswilligen Betrieben usw. Wir haben immer gesagt, wir wollen den Dienstleistungssektor, den Handelssektor, also den Tertiärsektor ganz besonders fördern.

Und dann besteht natürlich der Wunsch, daß man die großen Einkaufszentren verhindert. Das ist ganz klar. Wenn jetzt dann der Binnenmarkt kommt, am 1.1.1993 nur halbherzig zu 50 % - weil man sich auf EG-Ebene ja nicht geeinigt hat wird er nicht am 1.1.1993 anfangen, sondern nur halbherzig, 50 % der Maßnahmen werden in Kraft treten -, dann kommt halt wahrscheinlich noch ein größerer Druck auf bestimmte Handelsbetriebe zu. Und da sollten wir schauen, daß der kleine und mittlere Laden, das Geschäft draußen in den

Bezirken, in den Gemeinden weiter existenzfähig bleiben kann. Ich gehe nicht weiter ein. Ich überspringe sehr viel.

Fremdenverkehr und Gastgewerbe. Wir haben erst beim Fremdenverkehrstag die Ergebnisse gehört. Wir wissen, daß wir eine rückläufige Tendenz haben. Die Zahlen sind bekannt. Die Auslastung in unseren Betrieben ist in den letzten zwei Jahren rückläufig gewesen. Wenn es früher 125 Tage waren, sind sie jetzt hinuntergegangen. Auch die Gästeverweildauer ist kürzer geworden, ist nicht mehr 7 Tage im Durchschnitt. Und das sind halt alles Anzeichen, die auch nicht gerade Positives erwarten lassen. Wir müssen also die Werbung verstärken, wir müssen die Qualitätserweiterung fördern. Und diesbezüglich tut es mir halt leid, daß wir die Baukostenabgabebefreiung noch nicht in der Lage waren, für das Gastgewerbe durchzusetzen, obwohl wir hier im Landtag in diesem Jahr den Anlauf gemacht haben. Vielleicht gibt es im neuen Jahr eine Gelegenheit, das zu machen.

DURNWALDER (SVP): *(unterbricht)*

von EGEN (SVP): Es wäre ja wunderschön, wenn das gelingt, denn, ich glaube, dann kann wieder ein bißchen ein Anreiz gegeben werden. Es ist ja der Wille da. Es ist halt so, wenn man jetzt herumfährt, es sind viele, und ich staune, investitionsfreudige Betriebsinhaberinnen und -inhaber vorhanden. Und ich glaube, das ist gerade in dieser Zeit, wo es noch jemand unternehmerisch wagt - um das einmal so zu nennen - tätig zu werden, Investitionen zu machen, von ganz besonderer Wichtigkeit. Das muß auch einmal gesagt werden. Und es ist jedem einzelnen Unternehmer zu danken, der Investitionen tätigt, denn Investitionen bedeuten Aufträge an die Wirtschaft, Investitionen sichern auch die Arbeitsplätze. Und wir müssen eben, um wettbewerbsfähig zu bleiben, weiterarbeiten und weiterinvestieren. Wir können ja wirklich nicht stehenbleiben. Ich überbringe die weiteren Dinge.

Ein Stichwort: die Privatzimmervermietung. Auch dort wieder 600 Lizenzen in diesem Jahr zurückgegeben, auch dort in diesem kleinsten Fremdenverkehrsbereich größte Schwierigkeiten, die Minimumtax, die zu zahlen ist, die teure Kaufleuteversicherung. Auch dort sollte unbedingt etwas getan werden. Man ist ja dabei. Ich gehe nicht weiter ein.

Die Privatisierung der Fremdenverkehrsämter läuft, dieses Landesgesetz, das wir genehmigt haben. Auch was die Tourismusabgabe betrifft für die Finanzierung der Tourismusverbände, wie sie dann heißen, und der Vereine, laufen die Gespräche.

Auch im Sektor Industrie haben wir in den letzten Monaten und vor allem interessanterweise nach der Sommerpause ab September feststellen müssen, daß einzelne Branchen nicht mehr so laufen. Ich gehe gar nicht auf die Betriebe in der Industriezone in Bozen ein, die jetzt in aller Munde sind. Es sind auch in den Bezirken draußen Betriebe, die durchwegs mit rückläufigen Umsätzen zu rechnen haben und die bestimmte Schwierigkeiten auch schon verspüren. Aber, die Südtiroler Industrie ist gerüstet, weil viel investiert worden ist. Und, ich glaube, man darf den Optimismus einfach nicht verlieren. Das wäre das Schlimmste, was man tun könnte.

Es ist so, daß die Krise oder die Schwierigkeiten auch in der Südtiroler Industrie eigentlich vor Monaten, schon eigentlich vor der Sommerpause begonnen haben. Die Konjunkturkrise hat so ab Mitte des Jahres, Mai, Juni begonnen. Und die Daten vom statistischen Amt ISTAT im September haben diese rückläufige Tendenz der gesamten italienischen Industrieproduktion, rückläufig 5,5 %, bereits aufgezeigt. Es hat natürlich Branchen gegeben, Druck, Papier, Erdölsektor, da hat es sogar noch Zuwachsraten gegeben.

Andere Bereiche natürlich, Automobil und Zulieferfirmen zum Automotall usw. haben natürlich einen sehr starken Abwärtstrend gehabt. Und auch die Bauwirtschaft hat nach fetten Jahren in den letzten Jahren ihren Konjunkturlöhepunkt längstens überschritten. Laut Konjunkturbarometer unserer Handelskammer hat sich die Produktionsdynamik in diesem Sektor nach einem starken Wachstumsschub im Vorjahr stark abgeflacht. Es zeichnet sich für die nächste Zukunft auch im Baugewerbe ein Abschwung ab, meint die Handelskammer.

Was den Südtiroler Arbeitsmarkt anlangt, ist zu sagen, daß dieser bis vor wenigen Monaten noch wie leergefegt war und jetzt macht sich eine leichte Tendenz zur Arbeitslosigkeit auch schon breit. Man sieht auch, wenn man die Zeitungen liest, bei den Stellenangeboten eine Tendenz. Und da müssen wir schon aufpassen. Das könnte jetzt schon kommen und dann auch ein, zwei, drei Jahre anhalten. Unsere Betriebe tun sich, wie gesagt, plötzlich wieder leicht, Hilfskräfte kurzzeitig, Arbeitskräfte zu finden. Die Zahl der Ausbildungsverträge für Lehrlinge sinkt. Immer häufiger muß die Lohnausgleichskasse in Anspruch genommen werden. Ja, es ist so, daß sogar zu einem zunehmenden Personalabbau auch in Managerkreisen geredet und getan wird.

Bedingt durch die allgemein spürbare Krise sinkt auch die Kauflust und Kaufkraft der Konsumenten. Und das sieht man jetzt auch, wenn man ein bißchen herumfragt bei den Weihnachtseinkäufen. Ich möchte sehen, welche Statistik dann herauskommt. Dabei wird nicht nur an Konsumgütern gespart, sondern auch an den Ausgaben für Urlaub und Freizeit. Das bedeutet also, daß nicht nur die produzierende Industrie und der Bausektor von der schlechten Konjunkturlage betroffen sind, sondern auch die Fremdenverkehrswirtschaft. In der Industrie nimmt die Investitionsneigung der Unternehmer weiter ab. Wenn aber weder Haushalte noch Industrie investieren, kommt der Geldfluß unweigerlich ins Stocken. Die Folge einer solchen Konjunkturlaute ist, daß sich das Steueraufkommen im Land empfindlich verringert. Der Staat versucht nun in dieser Situation diese Einkommensverluste unter anderem dadurch wettzumachen, daß die einzelnen Provinzen verstärkt zur Kasse gebeten werden. Auch das Land Südtirol ist von dieser Entwicklung nicht ausgenommen und wird sich für absehbare Zeit spürbaren Sparmaßnahmen unterziehen müssen, sowohl was die laufenden Ausgaben betrifft, als auch bei den Investitionsförderungen. Nun ist es aber gerade in wirtschaftlich sehr schwierigen Zeiten sinnvoll, Investitionen anzukurbeln und diejenigen im Land zu unterstützen, die solche Investitionen tätigen können. Nur wenn wieder Geld in die Wirtschaft fließt, erreicht man ein Durchstarten der Volkswirtschaft, mit allen positiven Effekten. Zu diesen Effekten gehören zum Beispiel: a) die wirtschaftliche Stärkung der Unternehmen und damit der gesamten Wirtschaftsstruktur; b) eine verbesserte Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe; c) die Sicherung bereits bestehender Arbeitsplätze und die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen und d) die Steigerung der Massenkaufkraft und des Steueraufkommens. Das ist eine Realität. Wie läßt sich nun ein solches Durchstarten der Wirtschaft erreichen - "Durchstarten" fast im wörtlichen Sinne wie Durchstarten eines Flugzeuges, wenn es Probleme bei der Landung hat? Vor allem dadurch, daß die Wirtschaftspolitik des Landes sich auf das Bestreben richtet, die wachstumsfördernden Kräfte zu begünstigen und zu unterstützen. Hier gibt es mehrere Komponenten, die zur Erreichung dieses Zieles führen können: a) die Verwaltungsvorschriften müssen abgebaut und drastisch vereinfacht werden; b) Ansuchen um Beiträge müssen rasch und unbürokratisch behandelt werden; c) es müssen klare Kriterien für die Investitionsförderung aufgestellt werden. Oberstes Kriterium und anzustrebendes Ziel dabei ist das Erreichen bzw. Erhalten der internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Daraus ergibt sich, daß Investitionen sinnvollerweise

z.B. in eine Verbesserung - jetzt kommt es wieder, das wie ein roter Faden - der Infrastruktur, in eine Verbesserung von Produktverfahren und Produkt und vor allem in eine noch bessere Qualifizierung der Mitarbeiter getätigt werden sollen. Das ist das, was wir jahrelang hier immer wieder sagen. Und in diese Richtung geht es. Das sind genau die Themen: Qualifizierung der Mitarbeiter wird gefördert; Ausbildung, Weiterbildung. Aber man muß es immer wieder betonen. Noch mehr: Verbesserung von Produktverfahren und Produkt. Das ist genau das, was wir auch in den letzten Jahren, wenn ich jetzt die Industrieförderung hernehme, immer getan haben. Und ich darf es jetzt wieder betonen. Das sind genau die Themen. Die müssen wir hier immer wieder sagen: die Verbesserung der Infrastruktur. Ein kleines Beispiel habe ich gebracht.

MERANER (FDU): Du redest zu schnell!

ABGEORDNETE: (*unterbrechen - interrompono*)

von EGEN (SVP): Ja, dann bin ich ja schneller fertig, werte Kolleginnen und Kollegen. Versteht Ihr das nicht? Ich will in einer halbe Stunde fertig sein.

Dann der Punkt d): Eine Verbesserung der Infrakstrukturen könnte zum Beispiel betreffen, was wir tun und was wir weiter tun müssen. Und ich habe mir neulich, Kollege Achmüller, den Umweltbericht 1991 durchgelesen und muß sagen, er möge eine große Verbreitung finden, denn da ist schon sehr viel gemacht worden. Stichwort Entsorgungsanlagen und all diese Dinge. Ist sehr viel gemacht worden. Das ist eine Realität. Und das müssen wir einfach, gerade auch jetzt im Jahre 1993 - ich erlaube mir das nur zu sagen, ich werde das auch tun - noch besser verkaufen wie bisher. Weil wir früher immer gesagt haben, bei den Umweltinvestitionen sind wir hinten - vor zwei, drei Jahren hat es immer so geheißen -, das stimmt ja gar nicht, vieles ist inzwischen realisiert worden, viele Projekte sind inzwischen genehmigt worden, viele Projekte sind bereits begonnen worden, und viele sind schon auf Halbweg, und viele sind bei der Perfektionierung. Und das sage ich als Wirtschaftsvertreter in diesem Hause. Deswegen bin ich froh, das ist eine gute Broschüre, denn heute ist halt einmal das Umweltthema ein wichtiges Thema. Deswegen muß man das auch einmal sagen, weil ich das nicht mehr hören will, auch bei den Versammlungen: Wir tun diesbezüglich zu wenig. Es stimmt einfach nicht. Gerade in den letzten zwei, drei, vier Jahren sind hier Weichenstellungen gemacht worden, die äußerst respektabel sind. Das muß einmal gesagt werden. Und wir wissen ganz genau, daß diese Umweltinvestitionen auch nur mit der Wirtschaft gemacht werden können. Die Wirtschaft hat ja ein eigenes Interesse an der Lösung dieser Probleme, ob das jetzt das Problem Sondermüll ist, ob das das Problem Abwasserreinigung und Abwasserbeseitigung ist, Müllentsorgung usw. Das darf ich in diesem Zusammenhang sagen.

Ein anderes Thema, immer bei diesen Dingen wegen Durchstarten wichtig: Den weiteren Ausbau als wichtige Infrastruktur der Telekommunikationseinrichtungen im Telefonwesen und in der Datenübertragung. Das mag vielleicht im ersten Moment nicht so wichtig erscheinen. Aber das ist wichtig. Das ist ein Infrastrukturthema für die Wirtschaft und führt uns weiter in die Zukunft. Deswegen, wenn ich höre, daß z.B. die Telefongesellschaft SIP in Trient die neuen Satellitenanlagen aufstellen will, Parabolspiegel aufstellen will und diese modernsten Datenübertragungsdinge installieren will und Telekommunikationseinrichtungen, so kann ich nur das eine sagen: Was für Trient billig ist,

muß alles auch in Südtirol investiert werden. Ich weiß nicht, ob es stimmt, ich habe nur gehört, es sind solche Tendenzen vorhanden. Ich wäre hier ganz dagegen, daß diese Dinge nicht auch bei uns entsprechend eingerichtet werden.

Ein nächster Punkt auf dem Sektor Infrastrukturen: Nach wie vor ist der Ausbau der Verkehrswege ein wichtiger Punkt. Und da kommen halt die alten Themen. MeBo geht ja bestens weiter, Gott sei Dank. Das muß anerkannt werden. Wir hoffen, daß es so weitergeht, daß der Bau dann auch einem sicheren und guten Ende zugeführt wird. Ich muß die MeBo nennen, denn es ist eine ganz wichtige Geschichte. Das ist ja logisch. Dann: die ganze Problematik einer Auf- und Abladestation für die gewerbliche Wirtschaft, inklusive natürlich der Landwirtschaft; irgendwo was die Eisenbahn betrifft -und dieses Thema ist auch eine Herausforderung -, Branzoll auf dem bestehenden Areal oder ... Wir brauchen da, das muß halt gesagt sein, irgendeine Auf- und Ablade. Das nächste Thema ist dann, Kollege Kußtatscher, die Brennerggeschichte. Die bestehende Bahnlinie wird modernisiert. Um den Brennertunnel ist es sehr still geworden. Wir kennen ja die Meinung des Landes Südtirol, brauchen wir jetzt nicht wiederholen. Die Meinung der Landesregierung ist auch meine Meinung, was das betrifft. Ich habe das schon so oft gebracht, daß ich jetzt nicht mehr ins Detail gehe. Aber das sind halt die großen Dinge und Herausforderungen, die auf uns zukommen. Ich möchte diesbezüglich nicht viel sagen, denn da könnte man stundenlang reden.

Dasselbe was die Aktivierung des Flugplatzes betrifft, die Übernahme viel belasteter Staatsstraßen durch das Land Südtirol, ANAS, habe ich gesagt. Da hat sich der Landeshauptmann in Rom schon sehr eingeschaltet. Da gibt es ja auch schon Listen und Vorschläge der ANAS. Ich würde es wirklich nur unterstreichen, daß das übernommen wird, natürlich auch anteilmäßig das Geld. Da gebe ich dem Landeshauptmann recht. Wir können doch nicht Straßen vom Staat übernehmen, aber dann alles mit unserem Landesgeld erhalten. Das geht nicht. Aber das Bemühen soll wirklich weitergehen, denn es gibt Staatsstraßen, das sind unsere Feldwege, die wir über das Land auch und über die Berggelder der EG, über die Bezirksgemeinschaften draußen in den Gemeinden asphaltieren konnten, die besser imstande sind, als viele, viele Staatsstraßen. Das ist eine Realität.

Dann setze ich mich für den Bau von Ortsumfahrungen auf vielbelasteten Durchzugsstrecken ein. Das gehört auch zu diesem Durchstartprogramm, denn es ist auch ein Gebot der Stunde, daß wir dort einfach Weichen und Prioritäten stellen. Es ist einfach erfreulich, wenn man jetzt sieht, daß es klappt, daß in Mühlbach gebaut wird. Das ist nicht nur eine Visitenkarte für das Pustertal, sondern für das ganze Land, wenn man diese alte historische Marktgemeinde Mühlbach umfahren kann. Das sind Dinge, die die Bürger sehen. Und man muß auch einmal jene Dinge aufzeigen, die man sieht und wo etwas getan wird. Und das ist eine ANAS-Staatsstraße. Mit Partnerschaft, mit Gespräch kommt man oft halt nur mit kleinen Schritten weiter. Aber man sieht: Durch Zähigkeit und Fleiß, wie es die Landesregierung eben hat, kommt man durch Verhandlungsgeschick wieder da einmal weiter und dort einmal weiter. Und wenn wir wissen, daß es auch in der Welsberger Gegend jetzt klappt und weitergeht, dann ist es halt auch wieder ein kleines Steinchen. Ich möchte auch einmal positiv reden und nicht immer nur kritisieren, weil ich das einfach nicht für richtig halte, weil wir auch eine Leistungsbilanz bringen können. Das muß auch einmal gesagt werden.

Dann geht es weiter mit einem wichtigen Thema. Ich glaube, dieses Thema dürfen wir nicht vernachlässigen, ist ein Wirtschaftsthema, ist aber für alle wichtig, und das ist das Thema Energie.

KUSSTATSCHER (SVP): Wirtschaftlich vor allem.

von EGEN (SVP): Danke, Kollege Kußtatscher, das akzeptiere ich. Das Thema Energie ist ein Stichwort, und darüber könnte man jetzt auch wieder Stunden reden. Da kommt mir vor, sollten wir ein bißchen aufs Gaspedal drücken, ein bißchen Gas geben im wahrsten Sinne, was die Energie betrifft. Und zwar, wenn ich jetzt die ganze Problematik der Erdgasversorgung hernehme, da gibt es diese Diskussionen, diese Meinungen und jene Meinungen, und ich glaube halt, bis Meran ist schon eine Leitung, machen wir jetzt einmal eine Leitung, wir könnten ja die zweite inzwischen aussparen, wenn man diesbezüglich noch nicht genau weiß, ob über Berg oder Tal durchs Unterland herauf nach Bozen, aber daß wir doch ein Zeichen geben, daß wir es hinausführen wollen in die Bezirke in die östliche Landeshälfte, sprich Brixen und auch Bruneck. Bei Untermerversammlungen hört man in den letzten Wochen und Monaten verstärkt dieses Thema. Und es ist eine Realität, daß das Erdgas doch nach wie vor kostengünstiger ist. Ich will mich nicht verreden, aber ein Kubikmeter, glaube ich, kostet 260 Lire. Man hat da Berechnungen angestellt. Ich will mich jetzt nicht versprechen. Aber es ist nach wie vor ein umweltfreundliches Energiemittel. Und wir sollten dafür schon etwas tun, und dann natürlich auch weiters Maßnahmen setzen, die eine konstante und verlässliche Stromversorgung gewährleisten. Warum sage ich das? Mir sagen viele Unternehmer "Plötzlich geht die Energie aus". Im Passeier gibt es solche Stromschwankungen. Es sind Schäden, wenn die Maschine steht, es entstehen Schäden, wenn Stromschwankungen oft mehrmals am Tag sind. Deswegen, glaube ich, sollten wir auch, was eine konstante und verlässliche Stromversorgung betrifft, in diese Richtung versuchen, mehr zu tun. Und dann natürlich auch die Nutzung alternativer Energiequellen.

Neben den zwei großen Blöcken Verkehr und Energie ist - und ich sage es noch einmal - der Bereich Bildung ausbaufähig. Ich halte mich überall nur im Telegrammstil. Ich bringe überall nur drei Sätze. Hier sind vor allem folgende Maßnahmen anzuführen: der weitere Ausbau des Bildungswesens, insbesondere der Weiterbildung von den Beschäftigten, auch auf überbetrieblicher Ebene. Und für diese Weiterbildung des Bildungswesens könnte noch verstärkter der europäische Sozialfonds herangezogen werden. Machen wir schon, aber meine Bitte, noch verstärkter den europäischen Sozialfonds herbeiziehen.

Und jetzt darf ich am Ende noch etwas Spezielles, was diese Maßnahmen betrifft, zur Industrie sagen. Motto: Mehr Beratung und weniger Bestrafung der Betriebe in allen Umweltbelangen und in Fragen des Arbeitsschutzes. Harte Aussage. Das geht in Richtung zweier Kollegen, die gerade vis-à-vis sind. Ich sage es noch einmal, nur im Telegrammstil. Aber darüber könnte man philosophieren, diskutieren, lange reden: Mehr Beratung und weniger Bestrafung der Betriebe in allen Umweltbelangen und Fragen des Arbeitsschutzes. Ich rede von Partnerschaft.

ABGEORDNETER: (*unterbricht - interrompe*)

von EGEN (SVP): Ich höre das ja nur. Deswegen sage ich es. Ich bringe es nicht in das Detail, das mache ich nicht, aber ich sage nur: Partnerschaft in dem Bereich. Die

Erteilung - das vielleicht wäre auch wünschenswert - einer fachkundigen und vor allem unbürokratischen Starthilfe für Jungunternehmer und Neuintiativen, einschließlich den Bereichen Forschung und Entwicklung. Und dann natürlich die Erhaltung - und das ist jetzt ein aktuelles Thema - der Bozner Industriezone für die gewerbliche Wirtschaft; Erhaltung der Bozner Industriezone im Sinne Flächen von den absterbenden Betrieben, wo ja Flächen frei werden. Das ist ja eine ganz wichtige Geschichte. Da werden Hektare und Hektare frei, für Ansiedlung von Industrieunternehmen, kleinen und mittelständischen, Großhandelsbetrieben, Handwerksbetrieben, Tertiärsektor usw. Ich glaube, da müssen wir auch schauen, damit das ja bleibt.

Ich bringe jetzt nur noch, bevor ich zum Abschluß komme, einen Satz zur Landwirtschaft, denn die Landwirtschaft habe ich immer auch noch behandelt, und dort kann man, leider Gottes, auch nicht feststellen, daß es der Landwirtschaft jetzt besser geht, wie den anderen Bereichen der Wirtschaft. Die Milchwirtschaft, die Viehwirtschaft, die Wald- und Forstwirtschaft hat sich stabilisiert, im Sinne von eingependelt, daß sich in den letzten ein, zwei Jahren kaum mehr etwas geändert hat, bei den Milch- und Fleischpreisen nach wie vor nicht gut, Wein heuer, leider Gottes, nicht ein zufriedenstellendes Jahr, gerade bei der größten Sorte, Rotweinsorte, 70% aller Rotweine, beim Vernatsch. Weil wir mit der Ernte zu spät begonnen haben, hat es hineingeregnet. Kein gutes Jahr beim Wein. Bei bestimmten Weißweinsorten ganz gut, aber die Marktlage nicht zufriedenstellend. Das ist schade für unsere guten Weinqualitäten. Und die Maischepreise, leider Gottes, verzeichnen im großen und ganzen keine stabile Tendenz, sondern in bestimmten Weinsorten sogar eine, leider Gottes, rückläufige Tendenz. Wir haben heuer eine reiche Obsternte gehabt. Aber auch, was das Südtiroler Obst betrifft, haben wir im Moment ein großes Durckverhältnis auf unsere Äpfelpreise. Und auch dort haben wir im Moment nicht nach dem letztjährigen Superjahr dieselbe positive Bilanz zu vermelden. Also auch dort schaut es im Moment nicht sehr gut aus.

Wenn ich jetzt Landwirtschaft und gewerbliche Wirtschaft gemeinsam nehme, dann müssen wir halt sagen, daß die Lage ernst zu nehmen ist und keine zufriedenstellende Lage vorhanden ist. Alles andere wäre eine Lüge. Es wäre aber falsch, in einen Pessimismus zu verfallen, sondern wir sollen optimistisch sein und wir sollen annehmen, daß wir durch die Sparsamkeit und den sparsamen Willen der Bevölkerung und der Wirtschaft in allen Branchen, aber auch durch die Einsatzfreude und die Initiative, sicherlich diese schwierigeren Zeiten überdauern werden, so daß wir, wenn der Aufschwung wieder kommt, wieder voll mit von der Partie sind.

Ich komme bereits zum Schluß und mache nur noch eine letzte Bemerkung. In diesem nun zu Ende gehenden Jahr ist für die Südtirol-Autonomie mit dem Abschluß des Paketes sicherlich eine historische Epoche zu Ende gegangen. Wir sind nun alle aufgerufen, diese Landesautonomie, die selbstverständlich international abgesichert ist, mit gemeinsamen Kräften zu verteidigen, in einem Europa, das ein Europa der Regionen werden muß. Und ohne näher eingehen zu wollen auf die Entwicklungstendenzen, die in den letzten Zeiten in Rom wiederum aufgetreten sind, darf ich nur eine bemerken: So wie es der Minister für Regionen mit seinen Äußerungen gemacht hat, ist das für uns wohl nicht zu diskutieren und akzeptieren.

Und etwas anderes. Es ist schon eine Tragödie, wenn man heute sieht, daß eine sechzigköpfige Verfassungserneuerungskommission, die große Reformkommission der zwei Kammern, nicht in der Lage ist, endlich einmal herzugehen, Italien in einen Bundesstaat, in

einen Regionalstaat umzufunktionieren, daß sie nach wie vor den Regionen Gnadengaben, Brosamen geben wollen, daß sie nicht den Willen des Volkes endlich kapieren, Wille des Volkes, der da heißt, daß die Bürgerinnen und Bürger einfach stoff sind von diesem Zentralismus. Sie sind einfach stoff! Siehe die Wahlergebnisse von Varese und von Monza. Wenn ich die zwei Leghe-Parteien hernehme und die Rete-Partei, dann kommen wir auf 44 bis 46 %. Ja, wer hätte denn so etwas vor 10, 20 Jahren in Italien für möglich gehalten? Jetzt sind die Italiener unten stoff und sie sagen: "Adesso basta". Das haben sie vor fünf Jahren auch gesagt, haben aber dabei nebenbei gelacht und haben weiter ihr "Flaschl" Wein getrunken und die "bistecca" bestellt, sind am Sonntag ans Meer gefahren und im Winter ein bißchen Skifahren gegangen. Das war so. Man hat diese Bezeichnung immer: italienische Mentalität "all'italiana", ja, ja, das geht schon irgendwie wieder weiter. Aber diese Stimmung hat sich jetzt um 180 Grad geändert. Ich glaube, daß der Italiener effektiv jetzt stoff ist. "Adesso basta!" Er ist vom politischen System stoff, er ist von der wirtschaftlichen Misere stoff, er fühlt sich, auch der einfache Bürger, um seine Ersparnisse geprellt. Der Staat hat die Bürger geprellt, denn wo in der Welt gibt es 30 % Steuern auf die Zinsen und dann noch einmal die berühmten Promille auf die Spareinlagen, wo man gerade den kleinen Mann besonders hart getroffen hat? Von den anderen Steuern rede ich nicht. Das ist ja super, jetzt haben wir alle ISI gezahlt. 6.500 Milliarden hätten eingehen sollen und laut letzten Meldungen sind nur 3.500 Milliarden eingegangen. Aber man hat 6.500 Milliarden für die Bilanz '93 vorsorglich bereits hineingetan. Also das ist die Reform, das sind die ganzen Sanierungsmaßnahmen, alles geht im alten Trapp wahrscheinlich weiter und das Tragische ist, die italienische Regierung, die will den Amato ja nicht einmal. Der wird vom Abete, von der Confindustria hinaufgehoben; bei der Tagung vor 8 Tagen ist er hinaufgehoben und gratuliert worden. Er ist auf den richtigen Weg. Ja, mag sein, daß er auf den richtigen Weg ist. Ich aber bin kritisch und skeptisch, denn solange eine italienische Regierung nicht in der Lage ist, der italienischen Wirtschaft und somit indirekt auch der Südtiroler Wirtschaft ganz genau ein Programm vorzugeben, um zu sagen: Am 1. April 1993 kommt jene Steuer, am 1. August 1994 machen wir dann diese Reform und 1995 machen wir jenes, gleichzeitig habt Ihr Steuerabsetzungsmöglichkeiten usw., wie das in der Bundesrepublik Deutschland passiert, wird man das Vertrauen in die Wirtschaft nicht wecken können. Denn heute redet der Finanzminister Waigl von Steuererhöhungen im Jahre 1994/95. Dann weiß die deutsche Wirtschaft, vom Einmannbetrieb bis zum Zwanzigtausend-Frau-und-Mannbetrieb der Industrie: Jetzt kann ich mich darauf einrichten. 1993 kommt das, 1994 kommt das. Ich mache meine Bilanzvorschauen. Ich kalkuliere alles ein. Ich plane. Dann ist der Staat, die Regierung auf Staatsebene Partner der Wirtschaft. Und wenn das nicht ist und immer so zu Silvester, während wir feiern und auf das neue Jahr anstoßen, fünf Minuten vor Mitternacht, neue Beschlüsse kommen, geht das nicht. So geht das nicht weiter. Das ist eine Realität, und das wissen wir. Wir leben halt einmal in diesem Staate. Aber ich muß sagen, daß das das Übel vom Ganzen ist, diese politische Unstabilität und die Konsensunfähigkeit, nur für vierzehn Tage, drei Wochen oder fünf Wochen.

Der Ausgangspunkt meiner Ausführung war meine Enttäuschung, daß diese Reformkommission nichts zusammenbringt. Es tut mir leid. Ganz beinhart sage ich das. Warum bringt sie nichts zusammen? Weil sie jene reformistischen Ideen, die junge Leute bei DC, bei PSI, bei anderen Parteien haben, nicht hineinlassen. Jetzt habe ich neulich im Fernsehen ein Bild gesehen, war mein Freund Roland Riz als Präsident von der Wahlrechtskommission Vorsitzender. Daneben ist der Demita gesessen, daneben ist der

Andreotti gesessen, daneben sind alle, alle von den Sozialisten, von den traditionellen Parteien gesessen. Ja, dann frage ich Euch, meine sehr geschätzten Kolleginnen und Kollegen, wie ich eine Reform der Verfassung machen will, wenn ich nicht auch ein paar junge Leute hineinlasse. Ich mache nicht den Parteien den Vorwurf, die mit uns im Land Südtirol in Koalition sind - das habe ich beim Parteitag auch schon gesagt -, ich kritisiere die Parteien, die in Rom unten sitzen; diese kritisiere ich. Wieso nehmen diese nicht endlich einmal jüngere Kräfte hinein, die Ideen haben, gute Ideen haben, neue Ideen haben, die sagen: Ich will diesen Staat umkrepeln mit neuen Ideen, ich will das eine und andere wirklich ändern? Sonst wird nichts geändert. Und es wäre schade, denn man leidet ja schließlich und endlich dann mit.

Ich bin jetzt am Ende und sage eigentlich nur mehr, daß ich diesem Haushalt zustimmen werde. Die ganzen Wirtschaftsthemen, die Wünsche und Forderungen habe ich schon im Detail gebracht. Hiermit bin ich am Ende.

BENEDIKTER (UFS): Ich habe mir nicht vorgenommen, unbedingt zwei Stunden auszufüllen, allerdings werde ich doch ein bißchen mehr als eine halbe Stunde benötigen. Ich möchte mich streng an den Bericht des Landeshauptmannes halten, in dem Sinne, daß ich der Reihenfolge nach Stellung nehme zu einer Reihe von Aussagen.

Auf Seite 3 steht: *"Um den staatlichen Haushalt zu entlasten sind wir zudem bereit, entsprechende Zuständigkeitsbereiche des Staates und die hierfür notwendigen Ausgaben zu übernehmen"*. Und dann ist die Rede vom Staatsstraßennetz.

Ich habe heuer am 3. August einen Beschlußantrag eingereicht, in dem ich bezug nehme: *"In Erwägung, daß die technische Kommission für die öffentlichen Ausgaben beim Schatzministerium am 28. Juli 1988, aufgrund einer Untersuchung unter anderem gefolgert hat ..."*. Und dann steht da: *"Das bedeutet, daß die Regionen mit Spezialstatut, um dieselben Funktionen, wofür auch die Regionen mit Normalstatut zuständig sind, auszuüben, mindestens das dreifache an Ressourcen pro Einwohner zur Verfügung haben. Daher schlägt die Kommission vor"* - das ist ja ein langer Bericht - *"den Regionen mit Spezialstatut sollen die Kosten der vom Staat zurückbehaltenen Funktionen überbürdet werden. Unter diesem Gesichtspunkt sind vorwiegend die Kosten für die nichtdurchgeführte Übertragung der Funktionen hinsichtlich Unterricht, schätzbar in 2.400 Milliarden für alle Regionen mit Spezialstatut. Diesen können hinzugefügt werden die Kosten für die Sanität, die eine regionale Funktion ist, für den Teil, der nicht gedeckt ist durch die örtlich eingenommenen Krankenbeiträge, die rund 30 % des Sanitätsaufwandes ausmachen, die eine Ersparnis von rund 2.000 Milliarden erbringen würden."* Ich habe eben im Beschlußantrag vorgeschlagen, daß wir dem Staate anbieten, zu übernehmen, was sowieso kommt, nämlich die Kosten, wie es da heißt, für das Lehrpersonal, die Kosten für die Sanität und die Kosten für die Sozialfürsorge, für die sogenannten Sozialpensionen, wo eben immer noch der Staat Ausgaben bestreitet, die in die Zuständigkeit der Provinz fallen, eben die Sozialpensionen, die auch rund 150 Milliarden ausmachen.

Die Provinz Trient hat berechnet, was da kommt und hat es auf mindestens 800 Milliarden geschätzt. Es heißt, daß es für die Provinz Bozen mindestens ebensoviel ausmacht, die Sanität rund 300 Milliarden; die Sozialfürsorge, Sozialpensionen rund 150 Milliarden und das Lehrpersonal mindestens 350 Milliarden, wo allerdings eine Änderung des Artikels 19 des Autonomiestatutes notwendig wäre. Das war die technische Kommission für die öffentliche Ausgabe beim Schatzministerium.

Ich habe hier auch ein Gutachten, das der Kommission für die Regionalverfassungsreform in diesem Zusammenhang vorliegt, die finanziellen Inhalte der jüngsten Reformvorschläge. Es ist ein Gutachten abgegeben worden, im Auftrag der Kommission, von Piero Giarda und Gianfranco Cerea, wo man praktisch zum selben Schluß gelangt: Bezeichnend in diesem Zusammenhang ist der Fall des Unterrichtswesens, der, obwohl ausdrücklich vorgesehen unter den Zuständigkeiten Siziliens und Trentino-Südtirol, immer noch zu Lasten des Staates geht - unter anderem. Und es heißt dann weiter - das ist also in dieser Zweikammerkommission: Für die autonomen Provinzen Trient und Bozen liegen die tatsächlich ausgeübten Kompetenzen sehr nahe zu den im Statut vorgesehenen, mit Ausnahme des Unterrichtswesens und sind auf jeden Fall ausgedehnter als die in der Reform vorgesehenen. Da heißt es auch: Im allgemeinen müßte man den Grundsatz aufrecht erhalten, gemäß welchem die Spezialautonomien, die Kompetenzen und die Einnahmen, wie sie sie heute haben, behalten; also weder mehr noch weniger. Und dann steht noch: Zum Beispiel eine Spezialregion, die zuständig ist hinsichtlich des Straßenwesens und der Fürsorge, müßte auch die Funktionen zugeteilt erhalten, die heute von der ANAS und von der INPS ausgeübt werden, hinsichtlich sozialer Fürsorge. Das steht eben in diesem offiziellen Bericht der Zweikammerkommission, die über diese Reformen berätet.

Ich habe meinen Beschlußantrag auch dem Finanzminister und dem Schatzminister weitergeleitet, habe das auch erläutert, was dem Beschlußantrag alles zugrunde liegt, und habe diesbezüglich am Samstag einen Brief von Giovanni Goria erhalten, in dem er Bezug nimmt und sagt: Der Inhalt, des von Ihnen vorgelegten Beschlußantrages ist sicher bedeutsam und enthält Aspekte von unzweifelhaftem Interesse. Dann erwähnt er diese Aspekte: die Übernahme gewisser Ausgaben von seiten der Provinz, eine andersartige Aufteilung der Steuereinnahmen - denn ich habe verlangt, daß wir die Steuerhoheit bekommen - und die Ausdehnung gewisser Landeszuständigkeiten, Hochschulwesen usw., sowie daß der Staat auf die Ausübung der Koordinierungsbefugnis verzichte. Diese Inhalte *"meritano certamente una discussione e possono essere affrontati soltanto con la massima ponderazione attraverso gli itinerari procedurali previsti presso la Presidenza del Consiglio dei Ministri."*

Dazu ist noch zu sagen, daß auch in diesem Gutachten dann steht, daß man entdeckt hat, daß sowohl in der Provinz Trient als auch in der Provinz Bozen es pro Person 3.000.000 Lire mehr trifft, was ausgegeben werden kann, als was örtlich an Steuern eingenommen wird. Auch das wird festgestellt, daß der Staat also sagen wird, daß er insgesamt, wenn man es umrechnet, bei uns etwas wie 1.200 Milliarden mehr ausgibt, auch einschließlich dessen, was er den Provinzen an Steuergeldern abtritt, als hier eingenommen wird. Ich wollte damit sagen, daß man sich darauf gefaßt machen muß, mindestens 800 Milliarden überbürdet zu erhalten, wobei das, was ich da angeboten habe, letzten Endes für die Provinz keinen Verlust darstellen würde.

Nicht erwähnt hat Goria in seinem Antwortschreiben den anderen Vorschlag, den ich gemacht habe, nämlich, daß die Region abgeschafft werde.

Auf Seite 6 heißt es: *"Wie leicht es ist, mit viel Mühe gekittetes Porzellan zu zerbrechen, haben gerade die Vorkommnisse anläßlich der Militärfeierlichkeiten in den ersten Novembertagen nur allzu deutlich unter Beweis gestellt"*. Entschuldigt, aber ich sage, wenn man ja sagt zum Denkmal, daß das Denkmal bestehen bleibt, ja dann ist es ganz natürlich, daß auch Gedenkfeiern an diesem Denkmal abgehalten werden - ich sage Gedenkfeiern, ob es dann nur Totengedenkfeiern sind oder Siegesgedenkfeiern ist eine andere

Frage. Aber jedenfalls, wenn ich ja zum Denkmal sage, ist es klar, daß weiter Gedenkfeiern abgehalten werden und haben die Proteste gegen diese Gedenkfeiern nicht viel Sinn.

Erinnert Ihr Euch? Der Regionalrat hat am 12. Oktober 1976 ein von mir als Sprecher der Südtiroler Volkspartei und von allen SVP-Abgeordneten unterschriebenes Gesetzesbegehren an die Römische Kammer genehmigt, womit die Beseitigung aller faschistischen Symbole und Sinnbilder durch den Staat gefordert wurde; also die Beseitigung des Siegesdenkmals selbstverständlich in erster Linie. Ihr wißt, in Deutschland haben ja die Alliierten anläßlich der Besetzung besorgt, daß alle Denkmäler, die irgendwie mit Nationalsozialismus zu tun gehabt haben, beseitigt worden sind. In Österreich sind sie beseitigt worden im Zusammenhang mit dem Staatsvertrag. In den Baltenrepubliken sind alle Denkmäler des Sowjetimperiums beseitigt worden. Die Sowjets haben ja die Baltenrepubliken 1940 besetzt. Und in der ehemaligen Sowjetunion werden alle Denkmäler und Symbole des kommunistischen Imperiums beseitigt oder sind zum größten Teils beseitigt, ja außerhalb des eigentlichen Rußlands, wo Boris Jelzin herrscht, werden auch die Denkmäler des Zarenimperiums beseitigt. Und daran stößt sich niemand.

Ich komme zu einem wesentlichen Punkt. Auf Seite 7 steht der Satz: *"Wir lassen uns diese neue Autonomie, zu der die übergroße Mehrheit der Bürger unseres Landes steht und die ohne Zweifel auf die Verankerung und Klagbarkeit impliziert, nicht immer wieder in Frage stellen."* Und jetzt möchte ich nur appellieren, daß wir doch den Leuten die Wahrheit sagen, denn, daß es keine Verankerung und Klagbarkeit gibt, das getraue ich mich zu behaupten. Und ich fordere einen Mock und einen Riz mir das Gegenteil zu beweisen, aber schon logisch zu beweisen, sachlich, einwandfrei zu beweisen, daß das einfach nicht stimmt, daß das Vortäuschung falscher Tatsachen ist, daß, wenn man darauf besteht, das eben Volksbetrug ist. Das versteht jedermann, der braucht kein hoher Diplomat zu sein: Österreich hat am 19. Juni 1992 den Vereinten Nationen die Schlußerklärung zum Paketabschluß mitgeteilt. Ich lese nicht die ganze Schlußerklärung vor, ich habe sie hier, bringe sie aber zusammenfassend. In dieser Erklärung wird dreimal ausdrücklich auf die Erklärung des Ministerpräsidenten Rumor im Römischen Parlament vom 3. Dezember 1969 Bezug genommen, in der er gesagt hat, daß das Paket eine rein inneritalienische Angelegenheit ist und daß Italien mit Österreich kein neues Autonomieabkommen abgeschlossen habe. Dreimal wird darauf Bezug genommen. Ebenso wird dreimal die vollständige Durchführung aller Paketmaßnahmen bestätigt und bekräftigt, daß im Sinne der Resolutionen der Vereinten Nationen von 1960 und 1961 alle mit dem Pariser Vertrag zusammenhängenden Differenzen bereinigt sind. Das ist der wesentliche Inhalt. Es kommt dann noch etwas. Das bedeutet, daß man die Koordinierungsbefugnis mit dem Pariser Vertrag vereinbar erachtet und darauf verzichtet hat, die Wiedergutmachung folgender durch die Koordinierungsbefugnis zunichte gemachter Autonomierechte zu verlangen. Kurz zusammengefaßt: Bevorzugung der Ansässigen bei der Arbeitsvermittlung, eigenständige Energieversorgung und Zuständigkeit auch für Staudämme über 10 Meter, Industrieförderung aus dem Staatshaushalt durch das Land, Landschaftsschutz auch der staatlichen Vorhaben, Straßen, Eisenbahnen und Großkraftwerke - wo ja der Verfassungsgerichtshof im Sinne der Koordinierungsbefugnis gesagt hat, nein, dort, wo der Staat zuständig ist, urteilt er auch über den Landschaftsschutz und über die Umweltverträglichkeit -, Volkswohnbau für Delogierte und Erstwohnungskauf für Arbeitnehmer - hat der Staat also die diesbezüglichen Staatsgesetze auch bei uns als geltend und vom Staate zu verwalten erklärt -, alles was mit Bodenschutz zu tun hat, einschließlich der Nutzung der Wasserkräfte, Wasserversorgung, Wasserbauten aller Art,

Bonifizierung und Entsorgung - da gibt es den staatlichen Plan, der letzten Endes durch den Ministerrat genehmigt wird -, dann, Verzicht auf den einsprachigen deutschen Strafprozeß, wenn ein italienischer Anwalt auftritt - dafür hätte man bei der Oberlandesgerichtssektion den Proporz erhalten sollen, der nicht vorgesehen ist -, dann, Zuständigkeit für die Durchführung der EG-Bestimmungen ohne Ersatzvornahme durch die Kommission beim Regierungskommissär - Ihr wißt, das Gesetz ist in Kraft getreten; wir haben es angefochten; der Verfassungsgerichtshof hat es bekräftigt, nämlich, wenn das Land bei uns nicht pünktlich die EG-Bestimmungen, was immer sie seien, durchführt, dann wird beim Regierungskommissär, unter Vorsitz des Regierungskommissärs, eine Kommission eingesetzt, und diese verwaltet die Sache -, Sanität - wir wissen, der Staat kann durch Gesetze und Verordnungen auch im Detail alles regeln und an sich ziehen -, Zuständigkeit für Bodenschätze von nationalem Interesse, Zuständigkeit für örtliche Rundfunk- und Fernsehprogramme sowie für Einzugsgebiete und Standorte der Sender - obwohl im Autonomiestatut klipp und klar das Gegenteil drinnen steht -, die Förderung kultureller und jeglicher Werbetätigkeit im Ausland - ohne römische Kontrolle, wie das bis 1987 der Fall war, aufgrund von Gesetzen, die noch 1956 und '57 erlassen worden sind.

Damals in Wien, es war ein Montag oder Dienstag, vor der Landesversammlung vom 30. Mai 1992, wo ich als Experte im außenpolitischen Ausschuß herangezogen worden bin, wie sie beraten haben über den Paketabschluß, hat mich dann in der Pause der Mock gefragt - vielleicht um zu zeigen, wie leidelig er ist -, was ich dazu sage. Und ich habe geantwortet: Ich verlange nicht, daß Österreich Italien sagen soll: Ach was, das Paket ist längst überholt durch die Entwicklung seit 1969 bis herauf. Und jetzt müssen wir anders verhandeln. Reden wir von Selbstbestimmung usw. Das verlange ich nicht. Aber nur, daß Österreich wenigstens, auch um Zeit zu gewinnen, weil sich ja allerhand, siehe Italien - die Wahlen waren schon da, aber die Staats- und Wirtschaftskrise - tut, erklärt, daß Italien nur verlange: Ja, bitte, da sind gewisse Dinge im Autonomiestatut und in den Durchführungsbestimmungen gemäß Paket schön vorgesehen gewesen, sind dann aber wieder durch die Koordinierungsbefugnis und durch sechzig Urteile des Verfassungsgerichtshofes rückgängig gemacht worden. Bitte, sei so gut, stell das, was im Paket vorgesehen war, im Autonomiestatut und in den Durchführungsbestimmungen vorgesehen war, aber wieder genommen worden ist, wieder her und schaffe auch die Koordinierungsbefugnis, wenigstens für Südtirol, durch Verfassungsgesetz ab. Dann werden wir, Österreich, selbstverständlich, pacta sunt servanda, die Streitbeilegungserklärung abgeben. Ich habe gesagt, nur das würde ich verlangen.

Was hat Mock geantwortet? Er und Jankowich haben es auch in der Kommission gesagt: Das können wir doch nicht, das geht doch nicht. Die Landesversammlung der Südtiroler Volkspartei wird am nächsten Samstag - das hat er gewußt - bekräftigen, das, was sie schon am 10. Dezember 1988 beschlossen hat, nämlich daß jetzt ganz gleich, rebus sic stantibus, der Paketabschluß, die Streitbeilegungserklärung so abgegeben werden soll. Da können wir arme Österreicher doch nicht anders.

Und die armen Österreicher haben ja nur darauf gewartet, daß die Landesversammlung der Südtiroler Volkspartei endlich die endgültige Zustimmung zum Paketabschluß gibt, um bedingungslos mit der Südtirolfrage Schluß zu machen, so wie es Italien schon immer in aller Offenheit verlangt hat, wenn Österreich will, daß Italien dem EG-Beitritt zustimme.

In der Schlußerklärung kommt noch etwas dazu, was darüber hinausgeht, was auf der Landesversammlung erklärt worden ist. Es wird sogar vorgesorgt, daß die Südtirolfrage - in diplomatischer Sprache - nicht mehr nur durch das deutsche Element in Südtirol, wie es im

Pariser Vertrag vorgesehen ist - das deutsche Element soll geschützt und gefördert werden -, etwa vor den Vereinten Nationen im Sinne des Selbstbestimmungsrechtes aufgeworfen werden kann, wenn, die Südtiroler zur Besinnung kommen sollten, daß es falsch war, so abzuschließen. Es heißt dort am Ende dann: Das so erfüllte Paket darf nicht einseitig von Italien abgeändert werden - bitte, das klingt ganz gut -, sondern nur wenn alle drei Volksgruppen im Lande einverstanden sind. Also, wenn die deutschen Südtiroler zum Schlusse gelangen, das war jetzt verhängnisvoll und wir verlangen das Selbstbestimmungsrecht, damit wir uns endgültig aussprechen können, dann anerkennt Österreich - weil die Streitbeilegungserklärung hat ja Österreich vor den Vereinten Nationen abgegeben, nicht Italien - dieses Verlangen nicht, wenn nicht alle drei Volksgruppen - also auch die italienische Volksgruppe! - einverstanden sind, daß etwas verlangt wird, irgendeine Änderung. Mit anderen Worten: Es ist ein Verzicht enthalten.

Und ich fordere einen Mock und einen Riz auf - er hat schon gewußt, warum er dann gesagt hat, jetzt ist Zeit, zurückzutreten - mir sachlich das Gegenteil zu beweisen und zu erklären, so wie die Streitbeilegungserklärung lautet, und es kann sie jeder lesen, so, daß jeder es versteht, warum angeblich die Verankerung und die Klagbarkeit enthalten ist.

Auf Seite 9 steht: *"In diesem Europa der Regionen kann und soll auch die Europaregion Tirol ihren Platz und ihre Entfaltung finden. Ich betrachte diese Europaregion Tirol als Kernland für eine größere geographische Region."* Bitte, ich frage nicht, worin diese größere geographische Region bestehen soll. Aber sagen wir doch unseren Leuten die Wahrheit, damit sie wissen, wie sie dran sind und wie man es, glaube ich, in der Vergangenheit doch gesagt hat. Nämlich, da hat es jüngst - und ich zitiere da nicht erklärte Gegner der kommenden politischen Union - in Mailand, veranstaltet vom Regionalrat der Lombardei, am 29. Juni 1992 eine Tagung gegeben, bei der Universitätsprofessoren aufgetreten sind, der Vorsitzende der JUS-Fakultät der Universität Mailand, der Professor für vergleichendes öffentliches Recht der Universität Padua, der Leiter des internationalen Studienzentrums der Europäischen Gemeinschaften in Parma, und diese haben bei dieser Tagung - bitteschön, es ist in dieser Broschüre enthalten; ich habe sie zugeschickt erhalten; es steht dafür, sie zu lesen - gesagt, ich habe die wesentlichen Punkte kurz zusammengefaßt: Die Übertragung irgendeiner Funktion von der Region auf die EG - wenn die EG eine Funktion an sich zieht, was ja bereits schon erfolgt - bedeutet nicht den Übergang von einem Mitgliedsstaat auf die Regierung des Bundesstaates - den gibt es nicht -, denn die Gemeinschaft bleibt ein zwischenstaatliches, von den Staatsregierungen gebildetes Organ, so daß die so genommene Kompetenz praktisch wieder vom Staate angeeignet wird - die Region Lombardei ist bestimmt nicht europafeindlich -; also die so genommene Kompetenz praktisch wieder vom Staat angeeignet wird. Und die Vergemeinschaftlichung, "comunitarizzazione", eines Sachgebietes bedeutet, daß nur mehr der Staat die entsprechenden politischen Entscheidungen vornimmt, also das Gesetz macht, während die Region nur mehr Durchführungsverordnungen und Verwaltungsakte setzen kann. Konkret hat die Verstärkung der europäischen Einigung sich bisher - also durch den Vertrag von Maastricht wird das noch erhärtet - schon beträchtlich in der Erosion von regionalen Zuständigkeiten ausgewirkt oder ist vom Staat als Werkzeug dazu ausgenützt worden. Und noch: Das Subsidiaritätsprinzip ist im Maastrichter Vertrag nur im Verhältnis zwischen EG und den Staaten verankert - also von Regionen ist keine Rede - und nicht auf die Ebene unterhalb des Staates. Gemäß Artikel 3 des Maastrichter Vertrages erhält die politische europäische Union neue Eingriffszuständigkeiten auf folgenden Sachgebieten: Gesundheitswesen und Sanität, Fremdenverkehr, Zivilschutz,

Energie, Unterricht, Bildung und Kultur und europäisches Verkehrsnetz. Und Delors, sagen sie, hat ausdrücklich erklärt, daß das Subsidiaritätsprinzip der Gemeinschaft gestatten muß, alle Initiativen zu ergreifen, die ihr nützlicher und wirksamer erscheinen, als jene der Staaten und Regionen. Bitte, in dieser Broschüre etwas ausführlicher nachzulesen.

Und da von einem kommenden Europa der Regionen reden, also ich meine, wenn man sagt, das wäre unser Wunschtraum, ist das eines, aber daß das Europa der Regionen etwa unterwegs sei ... Wie gesagt, das Gegenteil ist unterwegs, aufgrund des Maastrichter Vertrages! Lest Euch den Vertrag durch und lest das, was meinetwegen jetzt Juristen geschrieben haben, die nicht im Verdacht stehen, daß sie irgendwie aufgepeitscht sind gegen Europa, denn die Region Lombardei möchte eben auch eine europäische Region werden. Die Universitätsprofessoren haben sich aber in diesem Sinne geäußert.

Aber bitte, ich glaube ich darf für heute Schluß machen.

PRESIDENTE: Lei intende proseguire domani?

BENEDIKTER (UFS): Jawohl.

PRESIDENTE: Va bene.

La seduta è tolta.

ORE 22.59 UHR

SEDUTA 176. SITZUNG

22.12.1992

Sono intervenuti i seguenti consiglieri:
Es haben folgende Abgeordnete gesprochen:

Benedikter (110)
Bertolini (57)
Frasnelli (14)
Holzmann (64)
Meraner (33,34)
Tribus (4,34)
Viola (79,82)
von Egen (99)